Schleswig-Holstein
Der echte Norden

SH Schleswig-Holstein
Finanzministerium

Finanzministerium | Postfach 71 27 | 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Christian Dirschauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Ministerin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/7684

nachrichtlich:
Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Schleswig-Holstein
Dr. Silke Torp
Berliner Platz 2
24103 Kiel

12. November 2026

Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushalts 2027

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

seit der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2027 durch die Landesregierung am 30. Juni 2026 sind verschiedene aktuelle Entwicklungen eingetreten, die über die Nachschiebeliste in die abschließende parlamentarische Beratung des Haushaltsentwurfs eingebracht werden. Die Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2027 lege ich hiermit vor.

Dienstgebäude Düsternbrooker Weg 64, 24105 Kiel (Barrierefreier Zugang über Fahrstuhl im Innenhof) | Telefon 0431 988 – 3900 | Telefax 0431 988 – 4176 | Silke.Schneider@fimi.landsh.de | DE-Mail: poststelle@fimi.landsh.DE-MAIL.de | Buslinie 41, 42, 51 | www.schleswig-holstein.de/finanzministerium | E-Mail-Adressen: Kein Zugang für elektronisch verschlüsselte Dokumente.

Mit den Änderungsvorschlägen der Landesregierung in der Nachschiebeliste werden **bereinigte Einnahmen** in Höhe von 18.801,3 Mio. Euro vorgesehen. Sie steigen gegenüber dem Haushaltsentwurf 2027 um 328,3 Mio. Euro. Dies ist in erster Linie auf Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen, die Erhöhung der Entnahmen aus dem Versorgungsfonds sowie eine Erhöhung der Entnahmen für Investitionen aus dem Sondervermögen IMPULS und im Weiteren auf die Auswirkungen der Oktober-Steuerschätzung 2026 sowie die Änderungen von Vorsorgen im Einzelplan 11 zurückzuführen.

Die **bereinigten Ausgaben** betragen in der Nachschiebeliste 19.593,5 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsentwurf 2027 erhöhen sie sich um 228,0 Mio. Euro. Enthalten sind die budgetneutralen Umsetzungen von Mitteln für Tariferhöhungen sowie Besoldungs- und Versorgungsanpassungen für die Bezugsjahre 2025 und 2026 in einer Gesamthöhe von 345,8 Mio. Euro. Mehrbedarfe der Ressorts, u. a. für Kostensteigerungen bei der Eingliederungs- und Sozialhilfe sowie strukturelle Mehrbedarfe für die zentrale IT des Landes, werden durch eine Erhöhung der bereinigten Einnahmen wie vorstehend ausgeführt ausgeglichen.

Nach der Oktober-Steuerschätzung 2026 ist eine Anpassung der **Konjunkturkomponente** an die wirtschaftliche Entwicklung erforderlich. Die Möglichkeit der konjunkturbedingten Kreditaufnahme sinkt von 281,0 Mio. Euro im Haushaltsentwurf 2027 mit der Nachschiebeliste um 100,1 Mio. Euro auf 180,9 Mio. Euro. Der Abstand zur Verfassungsgrenze liegt nach dem Gesetz zur Ausführung von Artikel 61 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein – unverändert gegenüber dem Haushaltsentwurf – bei Null.

Die **globale Minderausgabe** beträgt im Haushaltsentwurf 232,9 Mio. Euro und sinkt mit der Nachschiebeliste um 7,8 Mio. Euro auf 225,1 Mio. Euro. Die globale Minderausgabe ist im Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung ausgewiesen und im Haushaltsvollzug des Jahres 2027 aufzulösen.

Besonderheiten in der Veranschlagung in den Einzelplänen (gegenüber Haushaltsentwurf 2027)

Veränderungen im Sachhaushalt von besonderer Bedeutung in den Einzelplänen 03 bis 14 sowie Einzelplan 16

Einzelplan 03 – Ministerpräsident, Staatskanzlei

- Für die **Landesvertretung in Berlin** werden zusätzliche Mittel in Höhe von 82,8 TEuro für die Grundstücksbewirtschaftung einschließlich der damit zusammenhängenden Tätigkeiten sowie zusätzliche Mittel in Höhe von 25,5 TEuro für politische Repräsentationsveranstaltungen veranschlagt.
- Für **Nachwuchskräftefortbildungen** an der FHVD, der Verwaltungsakademie Bordesholm und für die Trainees im juristischen Bereich werden zusätzliche Mittel in Höhe von 236,0 TEuro veranschlagt. Damit wird der Ansatz des Jahres 2026 fortgeschrieben.

Einzelplan 04 – Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

- Zur Fortsetzung der **Energieberatung** werden 1,0 Mio. Euro (zusätzlich 0,5 Mio. Euro) veranschlagt.
- Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat sich am 26. September 2026 für die Münchener **Olympiabewerbung** und damit für Kiel als Ausrichter der Segelwettbewerbe ausgesprochen. Um den weiteren Bewerbungsprozess um Olympische Spiele in Deutschland mit dem Segelstandort Kiel erfolgreich zu gestalten, sind vielfältige Koordinations-, Tagungs- und Bewerbungsarbeiten des Landes erforderlich. Dafür werden mehrjährig 200,0 TEuro, beginnend im Jahr 2027, zur Verfügung gestellt.
- Für die Erstattung von **Wohngeld** an die Bewilligungsstellen werden aufgrund einer aktualisierten Prognose des Bundes 156,0 Mio. Euro veranschlagt (zusätzlich 18,0 Mio. Euro, davon 9,0 Mio. Euro Landesmittel).
- Für das **Rechen- und Dienstleistungszentrum für Telekommunikationsüberwachung** sind 1,9 Mio. Euro Mehrausgaben zu veranschlagen.
- Für den **Brandschutz beim Kampfmittelräumdienst** in Groß Nordsee wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 0,9 Mio. Euro zur Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs veranschlagt.

Einzelplan 06 – Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

- Im Einzelplan 06 werden Finanzmittel für die der Stadt Flensburg zugesagte Einzelförderung für die Sanierung der **Kaikante** im Bereich der Schiffbrücke in Höhe von 4,0 Mio. Euro berücksichtigt (Verpflichtungsermächtigungen: fällig 2028 und 2029 mit je 1,5 Mio. Euro, fällig 2030 und 2031 mit je 0,5 Mio. Euro).
- Die zum Haushaltsjahr 2025 entfallene **Dynamisierung der Landes- und Regionalisierungsmittel** nach der Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs ist ab dem Jahr 2027 wieder aufzunehmen und zukünftig mit 3 % zu dynamisieren. Die entstehenden Mehrausgaben (in 20272.465,2 TEuro) werden über den Gesamthaushalt gedeckt.

Einzelplan 07 – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Lehrkräfte/Schulbereich:

- Im Rahmen der **Pilotphase Entwicklungsfokus Viereinhalbjährige (Evi)** zur vorschulischen Sprachförderung wurden mit dem Haushaltsentwurf 20 neue Stellen für die Phase 3 (alle Startchancenschulen und kooperierende Kindertagesstätten) zur Verfügung gestellt. Diese werden statt bisher zum Beginn des Schuljahres 2027/2028 bereits zum 1. Januar 2027 benötigt, um den Start der 3. Phase vorbereiten zu können (+0,6 Mio. Euro).
- Auf der Grundlage der im September 2026 von den allgemeinbildenden Schulen gemeldeten DaZ-Schülerzahlen wird die Anzahl der **DaZ-Stellen** ab 1. August 2027 um 80 Stellen reduziert; es wird im Stellenplan ein entsprechender kw-Vermerk ausgebracht. Der Ansatz wird um 1.666,7 TEuro reduziert; ab 2028 beläuft sich die strukturelle Reduzierung auf 4,0 Mio. Euro.

Bildungsbereich:

- Für die gemäß Schulgesetz und Vereinbarungen innerhalb der KMK auszugleichenden steigenden **Schulkostenbeiträge** an die Träger der Landesberufsschulen und Bezirksklassen für Schülerinnen und Schüler anderer Länder werden zusätzlich 350,0 TEuro veranschlagt. Der entsprechende Titel wird von jeglicher Deckungsfähigkeit ausgenommen.

- Für das **Gastschulabkommen mit Hamburg** werden zusätzlich 11,4 Mio. Euro veranschlagt. Der Ansatz für Einnahmen durch Erstattungen von Wohnortgemeinden im Rahmen des Gastschulabkommens wird um 1,0 Mio. Euro angehoben.
- Für die Kofinanzierung von EU-Fördermaßnahmen an berufsbildenden Schulen werden für die **überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU)** zusätzlich 0,8 Mio. Euro strukturell bereitgestellt.
- Aufgrund der Neuberechnung des Mittelbedarfs in der Ersatzschulfinanzierung für 2027 auf Grundlage der Schülerkostensätze 2027 erhöhen sich die **Zuschüsse für die privaten allgemeinbildenden Schulen** um 0,9 Mio. Euro.
- Die Finanzierung des Projekts „**Traumapädagogik an Grundschulen**“ (1,5 Mio. Euro) wird mit der Nachschiebeliste 2027 sichergestellt.
- Im Zusammenhang mit einem **Olympia-Paket** sind zwei Maßnahmen vorgesehen:
  - Zusätzliche Bewegungseinheit im Ganztag: geplant ist ein zusätzliches wöchentliches Sportangebot für alle Kinder in der Ganztagsbetreuung. Für 2027 werden 1,7 Mio. Euro veranschlagt. Die Vorsorge „Betriebskosten Ganztagsbetreuung Grundschule“ im Einzelplan 11 (Titel 1111 - 971 02) wird entsprechend verringert.
  - Stärkung der Gemeinschaftsschule mit Oberstufe Friedrichsort als Partnerschule des Leistungssports mit strukturell 200,0 TEuro pro Jahr.

<u>Wissenschaft:</u>

- Der Zuschuss für die **Hochschulmedizin** (+1,2 Mio. Euro) wird aufgrund der aktuellen Besoldungsanpassung erhöht. Die hierfür gebildete Vorsorge im Titel 1111 - 971 02 wird aufgelöst.
- Saldiert wird eine Reduzierung i. H. v. 291,0 TEuro bei den **Gemeinschaftsfinanzierungen/GWK-Abkommen im Forschungsbereich** aufgrund der aktualisierten Wirtschaftspläne für 2027 vorgenommen.
- Die Titel 0721 - 682 03 MG 01 und 0721 - 891 01 MG 01 mit insgesamt rund 35,0 Mio. Euro für **Zuschüsse an das UKSH** für Mieten von Gebäuden und Geräten und für Investitionen werden in das Kapitel 1223 umgesetzt (s. Ausführungen zum Einzelplan 12).

Kultur:

Aufgrund der Angleichung an die aktuelle Besoldungsanpassung werden die Zuschüsse für den **Staatskirchenvertrag** (+913,0 TEuro) und für die **jüdischen Landesverbände** (+63,4 TEuro) erhöht; die Finanzierung erfolgt durch Auflösung der hierfür gebildeten Vorsorge (vgl. Titel 1111 - 971 02).

Einzelplan 09 – Ministerium für Justiz und Gesundheit

- Die Einnahmen bei der **Abschiebungshafteinrichtung in Glückstadt** (Erstattung durch andere Bundesländer) werden um rund 1,3 Mio. Euro erhöht. Die Erhöhung berücksichtigt die Vergabe von nicht durch Schleswig-Holstein genutzten Abschiebungshaftplätzen auch an Länder, die nicht – wie Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern – am Betrieb der Einrichtung beteiligt sind. Hierfür fallen höhere Haftkostensätze an.
- **Die Auslagen für Rechtssachen werden** um 1,0 Mio. Euro vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Entgelte beim Porto bzw. bei den Zustellungsentgelten erhöht.
- Der Landesanteil zur Finanzierung der **Pflegeausbildung** wird um rund 5,7 Mio. Euro erhöht. Hintergrund ist die im Pflegeberufegesetz neu gestaltete Pflegefachassistenzausbildung, die aktuell parallel zu der noch laufenden dreijährigen Pflegefachausbildung an den beruflichen Schulen und den privaten Pflegeschulen zusätzliche Bedarfe an Ausbildungskapazitäten notwendig macht. Die Finanzierung erfolgt durch eine Ansatzerhöhung im Einzelplan 09 sowie aus der Auflösung der Vorsorge bei Titel 1111 - 971 02 in Höhe von 5,0 Mio. Euro.

Einzelplan 10 – Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

- **Sozialpädagogische Assistenz**
  Für die Schuljahre 2026/2027 und 2027/2028 hat sich das Land verpflichtet, bis zur Neuordnung des Unterstützungssystems einen finanziellen Ausgleich für den Einsatz von sozialpädagogischer Assistenz an den Förderzentren mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung und körperlich-motorische Entwicklung an die Kreise und kreisfreien Städte als Schulträger i. H. v. jährlich rund 8,3 Mio. Euro zu

leisten. Die Finanzierung erfolgt durch Veranschlagung im Einzelplan 10 und Absenkung der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 971 02 in dieser Höhe.

- **Moratoriumsmittel**

  Aktuell sind zur Deckung der Erstattungsleistungen 4,8 Mio. Euro für die Nachfinanzierung aus 2026 veranschlagt. Die teilweise Finanzierung erfolgt durch Auflösung der hierfür gebildeten Vorsorge (vgl. Titel 1111 - 971 02) in Höhe von 2,0 Mio. Euro.

- **Eingliederungs- und Sozialhilfe**

  Die Erhöhungen beider Ansätze sind notwendig, um die Verpflichtungen des Landes 2027 entsprechend den Regelungen des AG-SGB IX und XII unterjährig zu gewährleisten und Verschiebungen in die Folgejahre mittels Spitzabrechnung zu vermeiden.

  Der Ansatz bei **„Erstattungen der Kosten der Eingliederungshilfe“** wird gegenüber dem bisherigen Ansatz von 1.226,9 Mio. Euro um 174,0 Mio. Euro auf 1.400,9 Mio. Euro erhöht.

  Der Ansatz bei Titel **„Erstattungen der Kosten der Sozialhilfe“** wird um 26,0 Mio. Euro auf 201,7 Mio. Euro erhöht.

  Somit werden zusätzlich insgesamt 200,0 Mio. Euro, davon 75,0 Mio. Euro aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 971 08, in den beiden Leistungstiteln veranschlagt.

- **Gewalthilfegesetz**

  Für die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes werden Bundesmittel i. H. v. 4,0 Mio. Euro für das Jahr 2027 mit dem Ziel der Entflechtung der Finanzierungsstruktur über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) anteilig in Höhe von 2,0 Mio. Euro für die Kommunen bereitgestellt. Die weiteren 2,0 Mio. Euro sind für den Betrieb von neuen Frauenhausplätzen sowie die Stärkung der Frauenberatungsstellen vorgesehen. Zusätzlich sind für das Jahr 2027 rund 13,5 Mio. Euro als Ausgaben im Einzelplan 10 im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (GewHG), mit Gegenfinanzierung im Einzelplan 11, veranschlagt.

- **Wohnungslose Personen**

  Mit der Nachschiebeliste werden 0,6 Mio. Euro zusätzlich für wohnungslose Personen im Einzelplan 10 bereitgestellt.

- **Unbegleitete minderjährige Ausländer**

Aufgrund steigender Fallzahlen und Personalkosten wird der Ansatz um 10,0 Mio. Euro erhöht. In gleicher Höhe wird die Vorsorge für Mehrbedarfe im Bereich Flucht und Asyl (Titel 1111 - 971 17) aufgelöst.

Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung

- Die **Steuereinnahmen** im Kapitel 1101 erhöhen sich aufgrund der Oktober-Steuerschätzung 2026 insgesamt um 23,4 Mio. Euro.
- Die Nachschiebeliste beinhaltet zudem **globale Mehr- und Mindereinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen im Kapitel 1101**, die in der Oktober-Steuerschätzung nicht berücksichtigt worden sind. Bei den Mehreinnahmen sind dies 4,1 Mio. Euro aus dem **Pakt für den Rechtsstaat**. Für die Länderbeteiligung an den finanziellen Auswirkungen des sogenannten **Tankrabatts** sind Mindereinnahmen in Höhe von 21,6 Mio. Euro etatisiert. Schließlich finden die Mindereinnahmen aus dem **Einkommensteuerreformgesetz 2027** in Höhe von 66,7 Mio. Euro Berücksichtigung.

  Nach den Ergebnissen der Oktober-Steuerschätzung erhöhen sich die **Bundesergänzungszuweisungen** um 82,6 Mio. Euro.
- Die geplanten Ausgaben für **Schlüsselzuweisungen an die Kommunen** nach dem Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz - FAG) sind infolge der Oktober-Steuerschätzung um rund 3,4 Mio. Euro zu erhöhen. Darin enthalten ist zudem die Berücksichtigung der Mindereinnahme aufgrund des sogenannten Tankrabatts und der Einkommensteuerreform, die als solche zu einer Verringerung der Ausgaben für Schlüsselzuweisungen in Höhe von 16,2 Mio. Euro führen sowie die Anpassungen, die sich aus dem Wegfall von § 23 FAG für Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen (Vorwegabzug) ergeben.
- Die Bundesmittel nach dem Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (**Länder- und Kommunalentlastungsgesetz — LKEG**) von rund 3,3 Mio. Euro werden in voller Höhe zur Erhöhung der Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG (Vorwegabzug) zugunsten der Kommunen verwendet. Die hierfür erforderliche Anpassung des FAG erfolgt zugleich rückwirkend für 2026, so dass die Bundesmittel auch im aktuellen Haushaltsjahr für Fehlbetragszuweisungen zu verwenden sind.

- Der Vorwegabzug nach § 23 FAG für Zuweisungen zur **Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen** entfällt ab 2027. Die Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (GewHG) sind im Einzelplan 10 veranschlagt.
- Es wird mit der Zahlung einer **Ausgleichsabgabe nach dem Spielbankgesetz** durch die Spielbanken an das Land i. H. v. 1,0 Mio. Euro gerechnet. Die entsprechende Einnahme wird im Kapitel 1103 veranschlagt.
- Die **beamtenrechtliche Versorgung** (OGr. 43 ohne Erstattung von Versorgungsausgleichsbeiträgen an Sozialversicherungsträger) im Kapitel 1105 wächst auf 1.788,4 Mio. Euro (+124,1 Mio. Euro) an. Bei den 124,1 Mio. Euro handelt es sich um Mehrbedarfe, die sich aus der gesetzlichen Versorgungsanpassung ergeben. Zum Zeitpunkt des Haushaltsentwurfs 2027 waren diese noch beim Personalvorsorgentitel 1111 - 461 01 veranschlagt; mit der Nachschiebeliste erfolgt nunmehr die Umsetzung auf die betroffenen Titel. Darüber hinaus wird eine Verbesserung der Einnahmeerwartung durch die Erstattung von Versorgungslasten durch Dritte von insgesamt rund 1,5 Mio. Euro in den Ansätzen berücksichtigt.
- Dem **Versorgungsfonds** werden weitere 57,9 Mio. Euro entnommen.
- Bei den **Gewinnen aus Beteiligungen des Landes** (Titel 1111 - 121 01) werden zusätzlich 113,5 Mio. Euro an Einnahmen erwartet.
- Die **globale Mehrausgabe für Personalausgaben** (Titel 1111 - 461 01) sinkt um 381,9 Mio. Euro. Die Mittel für Tariferhöhungen sowie Besoldungs- und Versorgungsanpassungen für die Bezugsjahre 2025 und 2026 (345,8 Mio. Euro) werden in den Einzelplänen von Staatskanzlei und Ressorts und dem Kapitel 1105 (Versorgung) veranschlagt. Die Mittel für die Folgen der Anpassung von Besoldung und Versorgung und Tariferhöhung in 2027 verbleiben weiterhin im Titel 1111 - 461 01. Die globale Mehrausgabe zum Ausgleich von Schwankungen im Lehrkräftebudget wird dauerhaft um 36,1 Mio. Euro abgesenkt und im Einzelplan 07 bei den entsprechenden Personalansätzen im Lehrkräftebudget als struktureller Mehrbedarf veranschlagt.
- Die **globale Mehrausgabe** (Titel 1111 - 971 02) sinkt um 16,9 Mio. Euro. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die Ausgaben für Mehrbedarfe in der Pflegeausbildung (5,0 Mio. Euro) und für Schulbegleitung – Beteiligung des Landes an den Kosten der SPA in Förderzentren (8,3 Mio. Euro) sowie Schulbeglei-

tungs-Moratoriumsmittel (2,0 Mio. Euro) – hinreichend konkretisiert haben und die Mittel jetzt in den jeweiligen Einzelplänen veranschlagt werden. Des Weiteren werden die Mehrbedarfe für Tariferhöhungen sowie Besoldungsanpassungen für die Bereiche Medizin an Hochschulen, Staatskirchenleistungen und jüdische Landesverbände (2,5 Mio. Euro) reduziert und entsprechend in den Ressorteinzelplänen veranschlagt. Die im Haushalt 2026 veranschlagten Mittel für den Digitalpakt 2.0 (3,0 Mio. Euro) werden nicht abgerufen. Da diese Mittel zeitverzögert benötigt werden, erfolgt eine gleichmäßige Verteilung auf die Jahre 2027 bis 2029. Aus diesem Grund erhöht sich der Ansatz für den Digitalpakt 2.0 mit der Nachschiebeliste für 2027 um 1,0 Mio. Euro.

- Die **Vorsorge im Bereich der Eingliederungs- und Sozialhilfe** (Titel 1111 - 971 08) in Höhe von 75,0 Mio. Euro wird zugunsten des Einzelplans 10 vollständig aufgelöst.
- Die **Vorsorge für Mehrbedarfe im Bereich Flucht und Asyl** (Titel 1111 - 971 17) in Höhe von 10,0 Mio. Euro wird vollständig aufgelöst und entsprechende Haushaltsmittel werden im Einzelplan 10 für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zusätzlich veranschlagt.

<u>Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes</u>

- Es besteht ein geringerer Bedarf für 2027 im Kapitel 1211 für den Ausbau der **Landesinfrastruktur** am Campus Düsternbrook i. H. v. 1,7 Mio. Euro. Die Veranschlagung verschiebt sich nach 2028.
- Es besteht ein erhöhter Bedarf im Kapitel 1212 für den **Hochschulbau** i. H. v. +4,1 Mio. Euro, davon
  - für Bauunterhaltung und kleine Baumaßnahmen an Hochschulen +3,3 Mio. Euro,
  - als Aufstockung des Ansatzes für Brandschutz +0,4 Mio. Euro und
  - für Planungskosten im Rahmen der Erstellung einer Liegenschaftsentwicklungsplanung 2027-2029 +0,4 Mio. Euro.
- Die **Bewirtschaftungskosten** sind um 5,0 Mio. Euro bzw. etwa 5 % zu reduzieren. Hintergrund ist eine Absenkung der Risikovorsorge für steigende Energiepreise aufgrund höherer Prognosesicherheit.

- Im Kapitel 1220 sind erhöhte Mietausgaben durch **zusätzliche Anmietungen** für das Amtsgericht Pinneberg, die Staatsanwaltschaft Itzehoe, die Polizeidirektion Itzehoe sowie das LASG in Heide und Schleswig i. H. v. insgesamt 2,9 Mio. Euro zu berücksichtigen.
- Zudem ergeben sich einmalige **Investitionskostenzuschüsse** im Kapitel 1220 für Umbaumaßnahmen in den zusätzlichen Anmietungen in Höhe von 8,6 Mio. Euro.
- Es werden zwei Haushaltstitel aus dem Kapitel 0721 nach Kapitel 1223 für **Zuschüsse an das UKSH** für Mieten von Gebäuden und Geräten und für Investitionen i. H. v. rund 35,0 Mio. Euro umgesetzt. Die Zuschüsse werden auf Basis von § 92 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 3 HSG gewährt. Hintergrund der Umsetzung ist die Zuständigkeit des Finanzministeriums für Baumaßnahmen und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten des UKSH im Bereich Krankenversorgung.

Einzelplan 13 – Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

- Mit der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift für einen Allgemeinen Notfallplan des Bundes nach § 98 des Strahlenschutzgesetzes" soll ein **einheitliches Notfallmanagementsystem** von Bund und Ländern umgesetzt werden. Um die damit verbundenen staatlichen Pflichten der nuklearen und radiologischen Notfallvorsorge und der Gefahrenabwehr zu erfüllen, ist die Stabsunterstützungssoftware zu modernisieren. Dafür werden strukturell zusätzliche Mittel i. H. v. 220,0 TEuro veranschlagt.
- Es werden zusätzlich 230,0 TEuro in 2027 (Jahreswirkung ab 2028 i. H. v. 340,0 TEuro) für die Personalkostenförderung in den Naturparks zur Verstetigung der bisherigen Förderung von **Naturpark-Ranger:innen** bereitgestellt. Die Mittel werden im Rahmen von Zuwendungen nach der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen an Naturparks bewilligt.
- Um die bundesseitig zur Verfügung gestellten Mittel der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“** im Förderbereich des investiven Naturschutzes vollumfänglich nutzen zu können, werden mit der Nachschiebeliste zusätzliche Kofinanzierungsmittel in Höhe von 513,8 TEuro veranschlagt. Gemeinsam mit den Mitteln des Bundes können damit insgesamt 1.284,7 TEuro u. a. zur Realisierung großräumiger, zusammenhängender

Pilotmaßnahmen zur Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung (WVO) eingesetzt werden.

- Eine Verminderung um 4,8 Mio. Euro wird im Bereich der Investitionen in die Neuausrichtung der **Klärschlammentsorgung mit Phosphorrückgewinnung** vorgenommen, da die ursprünglich vorgesehene Förderung nicht mehr zum Tragen kommen soll.

Einzelplan 14 – Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

- Über den gesamten Einzelplan 14 betrachtet erhöhen sich die Ausgaben gegenüber dem Haushaltsentwurf 2027 um rund 17,0 Mio. Euro.
- Es kommt im Wesentlichen zu folgenden Veränderungen:

  Kapitel 1402 - Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

  Die Ausgaben erhöhen sich aufgrund der Planungen der Ressorts gegenüber dem Haushaltsentwurf 2027 um insgesamt rund 21,6 Mio. Euro, davon 10,0 Mio. Euro Vorsorge für Umsatzsteuerzahlungen an Dataport bei Inkrafttreten von § 2b UStG. Zusätzlich bestehen in Höhe von 11,0 Mio. Euro strukturelle Mehrbedarfe der Ressorts, welche im Haushaltsentwurf 2027 noch nicht enthalten waren. Davon wurden 1,2 Mio. Euro budgetneutral nach Kapitel 1402 MG 08 Digitale Assistenz für Verwaltungsassistenzen nach § 15 EGovG-E umgeschichtet.

  Weitere Bedarfe entstehen durch das Maßnahmenpaket zum Schutz von Frauen vor digitaler sexualisierter Gewalt in Höhe von 0,6 Mio. Euro.

  Kapitel 1403 - E-Government (IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt)

  Im Kapitel 1403 werden aus haushaltstechnischen Gründen rund 0,3 Mio. Euro zusätzlich veranschlagt.

  Kapitel 1407 - Einzelfinanzierungen für Informations- und Kommunikationstechnologien

  Für die Umsetzung der landeseigenen Maßnahmen des Digitalpakts 2.0 wird eine neue MG 04 eingerichtet und mit entsprechenden Leertiteln versehen.

  In MG 63 – Leihgeräte Lehrkräfte – verändern sich die Planungen für den rücklagenfinanzierten Reinvest aufgrund weiterer zeitlicher Verschiebungen. Die Ausgaben sinken gegenüber dem Haushaltsentwurf 2027 von 19,9 Mio. Euro um 4,9

Mio. Euro auf 15,0 Mio. Euro. Die Rücklagenentnahme wird entsprechend angepasst.

Einzelplan 16 – InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

- Im Rahmen des Konnexitätsprinzips werden Ausgleichsleistungen für Mehrbedarfe von öffentlichen Schulträgern von Gymnasien für den Wechsel von **G8 auf G9** ausgeglichen. Eine Antragstellung war bis zum 30. Juni 2026 möglich. Der durch die Anträge bedingte Gesamtbedarf von insgesamt 6,2 Mio. Euro übersteigt das im IMPULS-Programm vorgesehene Budget von 5,0 Mio. Euro um 1,2 Mio. Euro.
- Die finanztechnische Abwicklung des Ausbaus des schulischen **Ganztags** durch die IB.SH wird ab 2027 vollumfänglich im Einzelplan 16 veranschlagt. Dafür wird der Zuschussbedarf des Einzelplans 16 um 0,7 Mio. Euro erhöht; der Zuschuss des Einzelplans 07 in selber Höhe abgesenkt.
- Der DOSB hat sich am 26. September 2026 für die Münchener **Olympiabewerbung** und damit für Kiel als Ausrichter der Segelwettbewerbe ausgesprochen. Begleitend dazu wird die **Sportinfrastruktur** verbessert. Dem Landessportverband Schleswig-Holstein (LSV) werden dazu in den Jahren 2027 bis 2031 insgesamt 15,0 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des MEKUN „Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Bürgerenergie“ für die Förderung vereins- und verbandseigener Sportstätten zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Austausch der Wärmequelle zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden dem LSV in diesem Zeitraum weitere 2,0 Mio. Euro p. a. für die Förderung vereins- und verbandseigener Sportstätten zum Abbau des Sanierungsstaus zur Verfügung gestellt. Somit stehen 25,0 Mio. Euro für bauliche Maßnahmen zur Verfügung.
- Zur **Konsolidierung des Gesamthaushalts** wird der Zuschussbedarf für den Einzelplan 16 um 90,0 Mio. Euro pauschal abgesenkt. Zum Ausgleich ist eine zusätzliche Entnahme in selber Höhe aus dem Sondervermögen IMPULS notwendig.
- Das Land Schleswig-Holstein unterstützt das Verbundvorhaben **"CO2-Hub Brunsbüttel – CO2-Pipelinebau und Errichtung eines CO2-Hubs"** im Rahmen der Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK). Hierzu soll mit dem Bund eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen werden. Mit der Nachschiebeliste wer-

den daher Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 15,0 Mio. Euro, fällig 2028 ff., veranschlagt.

Damit wird der Zuschuss für den Einzelplan 16 mit der Nachschiebeliste insgesamt um rund 71,1 Mio. Euro abgesenkt.

Im Einzelplan 16 werden darüber hinaus die Ausgaben saldiert um insgesamt rund 1,3 Mio. Euro erhöht. Zudem werden die Erstattungen des Bundes um rund 89,7 Mio. Euro und die der Kommunen um rund 10,2 Mio. Euro nach unten korrigiert. Die Deckung der Mehrausgaben und Mindereinnahmen erfolgt durch zusätzliche Entnahmen aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 in Höhe von rund 101,3 Mio. Euro.

Maßgeblich hierfür sind folgende Änderungen:

- Für den Ausbau der schulischen **Ganztagsbetreuung** wurde der Mittelbedarf 2027 nach Abschluss der Vorprüfungen der offenen Anträge im Juli 2026 um 71,7 Mio. Euro erhöht. Die Finanzierung dieser Bedarfe erfolgt ausschließlich aus den Mitteln des Sondervermögens IMPULS 2040. Im Gegenzug werden im Jahr 2027 die Ansätze für den schulischen Ganztag, die aus den Bundesmitteln gemäß LuKIFG finanziert werden, um 43,2 Mio. Euro abgesenkt.
- Für weitere Maßnahmen der Landessäule auf Grundlage des **LuKIFG** wurde die Mittelabflussprognose um rund 18,5 Mio. Euro reduziert. Diese Ausgaben werden zu 100 Prozent aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes gedeckt, so dass sich die Bundeserstattung in selber Höhe reduziert.
- Bei laufenden Projekten kommt es aufgrund von **Verschiebungen im Mittelabfluss** zu Mehrausgaben i. H. v. insgesamt rund 39,2 Mio. Euro, die zu Lasten der bestehenden IMPULS-Infrastrukturbudgets veranschlagt sind. In Höhe von rund 38,7 Mio. Euro erfolgt die Finanzierung aus dem Sondervermögen IMPULS 2040, für Maßnahmen an außeruniversitären Forschungseinrichtungen erstattet der Bund rund 0,6 Mio. Euro.
- Bei Investitionen an **Krankenhäusern** verschiebt sich der Mittelabfluss von 2027 in die Folgejahre, wodurch sich die veranschlagten Ausgaben um rund 47,9 Mio. Euro reduzieren. In diesem Zuge sinken einerseits die Beteiligung des Bundes um rund 28,6 Mio. Euro und die der Kommunen um rund 10,2 Mio. Euro, andererseits erfolgt eine geringere Entnahme aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 in Höhe von rund 9,0 Mio. Euro.

Veränderungen im Personalhaushalt von besonderer Bedeutung

Einzelplan 04 – Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

6 Stellen für die Polizei für die Aufgabenbereiche

- 1 Stelle finanziert aus dem Bundesprogramm **Polizei 2020** und
- 5 Stellen finanziert vom Bundesinnenministerium für eine Entwicklungspartnerschaft für das Vorgangsbearbeitungssystem **@rtus.**

Einzelplan 07 – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

- Ministerium und Dienststellen:
  - Es wird 1 Stelle für die Errichtung des **Auszubildendenwerks** eingerichtet und aus der vorhandenen Vorsorge finanziert.
  - Insgesamt werden 8 bislang zum 31.12.2027 wirksam werdende **kw-Vermerke** - ohne Budgeterhöhung - verlängert, davon 1 kw-Vermerk für die Begleitung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag und des Ausbaus der multiprofessionellen Teams an Schulen bis 31.12.2029 und 7 kw-Vermerke im Bereich Lehrkräftepersonalverwaltung bis 31.12.2030. Neue Stellen entstehen dadurch in 2027 nicht.
  - Gemäß haushaltsgesetzlicher Ermächtigung 2026 werden weitere 12 Stellen für das **Archäologische Landesamt** im Zusammenhang mit Grabungstätigkeiten mit der Nachschiebeliste 2027 nachvollzogen.
- Lehrkräfte/Schulbereich:
  - Es werden 20 Stellen der sog. **„Vertretungsfeuerwehr“** (Kapitel 0710 - MG 04) in das Kapitel für schulartübergreifende Aufgaben (Kapitel 0713) unter Wegfall des kw-Vermerks 31.12.2028 umgesetzt. Die Stellen werden zur Zusammenführung von Ausgleichsstunden für Weiterbildungsteilnahmen genutzt, und zwar mit dem Ziel einer Vereinfachung des Verfahrens für Schulen, Teilnehmende sowie das Personalzuteilungsverfahren (PZV). Neue Stellen entstehen dadurch im Haushaltsjahr 2027 nicht.
  - Im Zuge der Neuaufstellung des bisherigen Programms **„Geld statt Stellen“** werden 850,0 TEuro aus dem Lehrkräftebudget in das Sachkostenbudget des

Kapitels 0703 umgesetzt und gleichzeitig 17 Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen für die Besetzung gesperrt.

Einzelplan 09 – Ministerium für Justiz und Gesundheit

- Zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Auslastung der **Abschiebungshafteinrichtung in Glückstadt** werden im Justizvollzug insgesamt 10 Planstellen bereitgestellt, die über Mehreinnahmen und Einsparungen für externes Sicherheitspersonal finanziert werden.
- Zur Umsetzung des **Paktes für den Rechtsstaat** werden 21 neue Planstellen in der Justiz geschaffen. Die **Verwaltungsgerichtsbarkeit** wird durch 4 zusätzliche Planstellen gestärkt, um insbesondere den zusätzlichen Herausforderungen aus der GEAS-Reform zu begegnen. Die weiteren 17 Planstellen werden zur weiteren Stärkung der **Staatsanwaltschaften** geschaffen. Für alle 21 Planstellen sind kw-Vermerke vorgesehen, die sich an der Ausfinanzierung durch die zusätzlichen Bundesmittel orientieren.

Einzelplan 13 – Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Folgende drittmittelfinanzierte Stellen und Planstellen wurden zusätzlich berücksichtigt:

- 1 Planstelle zur **Fachaufsicht Bundesbau** durch eine Bauingenieurin/einen Bauingenieur (aus Haushaltsvollzug 2026),
- 1 Planstelle zur Umsetzung neuer Anforderungen der IE-Richtlinie im Bereich der **Bearbeitung von Tierhaltungsanlagen**,
- 1 Planstelle im Bereich **IT-Administration** zur Sicherstellung des Betriebs der Betriebsdatenbank IFAS, in der sämtliche Verfahren und Unterlagen zu allen nichtkerntechnischen Betrieben und Einrichtungen in Schleswig-Holstein einschließlich der atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung geführt werden,
- 1 Planstelle für **Rechtsangelegenheiten des Strahlenschutzes,**
- 1 Planstelle zur Hälfte besetzbar für **Einzelangelegenheiten im Bereich Strahlenschutz**, Fachkundebescheinigungen Strahlenschutz,
- 1 Stelle zur Hälfte besetzbar für Werkstudierende zur Unterstützung bei **atom- und strahlenschutzrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen** und
- 2 Stellen für **Auszubildende** im Rahmen einer studentischen Kooperation des Bundesbeauftragten für den zivilen und militärischen Wasserbau mit der Helmut-Schmidt-Universität - Universität der Bundeswehr Hamburg.

Steuerschätzung und steuergesetzliche Änderungen

Nach der Oktober-Steuerschätzung 2026 ist für 2027 die geänderte Einnahmeerwartung in der Nachschiebeliste zu berücksichtigen (vgl. Kapitel 1101, 1103 und 1111). Die davon abzuleitenden Ausgaben nach dem FAG sind entsprechend anzupassen (vgl. Kapitel 1102). Darüber hinaus sind die Vorsorgen für mögliche Steuermindereinnahmen als globale Mindereinnahmen an die aktuelle Entwicklung anzupassen (vgl. Kapitel 1111).

Zinsausgaben

Die Zinsausgaben werden zur Nachschiebeliste 2027 unter Berücksichtigung der Kapitalmarktfinanzierungen im Haushaltsvollzug 2026, der gestiegenen Zinsen und der Finanzierungsbedarfe auf Basis der Steuerschätzung aus dem Oktober 2026 neu kalkuliert. Die Mehrbelastung i. H. v. 6,9 Mio. Euro im Vergleich zum Haushaltsentwurf 2027 ist in der Veranschlagung berücksichtigt. Gleichzeitig kann die Vorsorge für Zinsänderungsrisiken in gleicher Höhe abgesenkt werden.

Weitere Anpassungsbedarfe an den Entwurf des Haushaltsgesetzes und den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes

Eine grundsätzliche Überarbeitung und Anpassung des Haushaltsgesetzes 2027 ist vor dem Hintergrund eines Urteils des Landesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2025 erforderlich (LVerfG SH, Urt. v. 15.04.2025 - LVerfG 1/24). Das Gericht hatte die Aufnahme von Notkrediten im Jahr 2024 für nichtig erklärt und in diesem Zusammenhang befunden, dass haushaltsgesetzliche Ermächtigungen in unbestimmter Höhe und mit unbestimmtem Inhalt der Regierung eine unangemessene Verfügungsmacht einräumen und der parlamentarischen Budgethoheit entgegenstehen (siehe Randnummern 219 und 220 des Urteils). Vor diesem Hintergrund sind durch das Finanzministerium in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ressorts bzw. der Staatskanzlei alle im Entwurf des Haushaltsgesetzes 2027 enthaltenen Regelungen auf erforderliche Anpassungen oder mögliche Streichungen geprüft worden. Das Ergebnis dieser Prüfung kann den Änderungsvorschlägen zum Haushaltsgesetz 2027 entnommen werden.

Für das Haushaltsgesetz 2027 werden neben betragsmäßigen Anpassungen in den §§ 1 und 2, den Anpassungen aufgrund des Urteils des Landesverfassungsgerichts

vom 15. April 2025 sowie erforderlichen redaktionellen Änderungen u. a. folgende weitere Anpassungen und neue Ermächtigungen eingebracht:

- **§ 10 Abs. 1**
  Begrenzung der gemäß § 20 Abs. 1 LHO weiten Deckungskreise der Hauptgruppe 4 und der Obergruppen 51 bis 54 je Einzelplan nunmehr jeweils auf die Personalausgaben (OGr. 42) und die sächlichen Verwaltungsausgaben (OGr. 51-54).

- **§ 27 Abs. 8**
  Aufnahme des Finanzprodukts "Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger" in die Ermächtigung zur Übernahme von Ausfällen.

- **§ 27 Abs. 10**
  Neue Ermächtigung zur Übernahme möglicherweise entstehender Ausfälle im Zusammenhang mit der Realisierung der Wasserstoffleitung von Klein Offenseth nach Brunsbüttel.

Für das Haushaltsbegleitgesetz 2027 werden folgende Änderungen eingebracht:

- **Artikel 7 - Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Schleswig-Holstein**
  Es werden folgende Punkte neu geregelt:
  - Regelung zur Verwendung der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aufgrund des Länder- und Kommunalentlastungsgesetzes zugunsten der Fehlbetragszuweisungen (§ 3 Abs. 2 und 4 sowie §§ 4 und 17 FAG).
  - Regelung zur Verwendung von Mitteln der Sonderbedarfszuweisungen für Fehlbedarfszuweisungen in den Jahren 2027 bis 2029 (§ 18 Abs. 1 FAG).
  - Wegfall der Zuweisungen für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen (§ 23 FAG) und Folgeanpassungen zur Bemessung der Finanzausgleichsmasse (§ 3 Abs. 4 und 10 FAG).

- **Artikel 8 - Änderung des Gesetzes über die Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein**
  Klarstellung der im Gesetz abzubildenden Zuständigkeiten und der zwischenzeitlich etablierten Aufgabenverteilung innerhalb der Versorgungsausgleichskasse.

- **Artikel 9 (neu) - Änderung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes**
  Der Bund novelliert derzeit das Energieeffizienzgesetz. Aus dem Energieeffizienzgesetz folgen Pflichten für das Land und für andere öffentliche Stellen, insbeson-

dere die Kommunen. Gegenüber den Kommunen bedarf das Bundesrecht einer Umsetzung durch Landesrecht. Die bestehende landesrechtliche Umsetzung über § 5 EWKG wird aufgehoben. Eine Umsetzung folgt stattdessen durch Verordnung der Landesregierung aufgrund von Verordnungsermächtigungen des Energieeffizienzgesetzes nach dessen Inkrafttreten. Da das Bundesrecht nur zum Erlass der Sachregelung, nicht aber zum Erlass einer Ausgleichsregelung gegenüber den Kommunen per Verordnung ermächtigt, muss für Letzteres eine landesrechtliche Verordnungsermächtigung geschaffen werden. Hierfür werden die §§ 36 f. EWKG entsprechend angepasst.

Zugleich wird durch eine Ergänzung in §§ 24 f. EWKG das Verhältnis des EWKG zu den neuen, bundesrechtlichen Pflichten zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden klargestellt.

- **Artikel 10 (neu) - Änderung der Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs**

  Die Wiederaufnahme der Dynamisierung der Landes- und Regionalisierungsmittel erfordert eine Änderung der Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV-FinVO).

Auf Umdruck 19/5352 zum etwaigen Erfordernis einer dritten Lesung des Haushaltsbegleitgesetzes wird mit Blick auf die neuen Artikel 9 und 10 verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Silke Schneider

Anlagen

1. Änderungsvorschläge zum Sachhaushalt 2027
2. Änderungsvorschläge zum Personalhaushalt 2027
3. Änderungsvorschläge zum Haushaltsgesetz 2027
4. Lesefassung Haushaltsgesetz 2027, Stand Nachschiebeliste
5. Änderungsvorschläge zum Haushaltsbegleitgesetz 2027
6. Haushaltsdaten

Landeshaushaltsplan
Schleswig-Holstein

Anlage 1
Haushaltsjahr 2027

Änderungsvorschläge zum Sachhaushalt

Inhalt

	Seite
Einzelplan 01	2
Einzelplan 03	9
Einzelplan 04	20
Einzelplan 05	39
Einzelplan 06	48
Einzelplan 07	68
Einzelplan 08	143
Einzelplan 09	162
Einzelplan 10	204
Einzelplan 11	244
Einzelplan 12	268
Einzelplan 13	291
Einzelplan 14	317
Einzelplan 16	324

01 Landtag

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Ausgaben			
422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**5.188,4**	**+80,3**	**5.268,7**
		Haushaltsvermerk unverändert			
518 01	011	**Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**21,0**	**+9,0**	**30,0**
533 01	011	**Leistungen durch Dritte**	**636,7**	**+50,0**	**686,7**
546 99	011	**Vermischte Verwaltungsausgaben**	**75,1**	**+1,4**	**76,5**
		Abschluss Kapitel 01 01			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**484,8**	**0,0** **0,0**	**484,8**
		Gesamtausgaben	**59.784,5**	**+140,7** **0,0**	**59.925,2**
		Zuschuss	**59.299,7**	**+140,7**	**59.440,4**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Ausgaben			
422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**1.984,5**	**+35,0**	**2.019,5**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Abschluss Kapitel 01 02			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**80,1**	**0,0** **0,0**	**80,1**
		Gesamtausgaben	**4.396,0**	**+35,0** **0,0**	**4.431,0**
		Zuschuss	**4.315,9**	**+35,0**	**4.350,9**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Ausgaben			
422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**619,1**	**+9,6**	**628,7**
		Haushaltsvermerk unverändert			
	01	**Polizeibeauftragte/r**			
422 02 (01)	042	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**288,9**	**+4,7**	**293,6**
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**298,9**	**+4,7**	**303,6**
		Abschluss Kapitel 01 03			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
		Gesamtausgaben	**2.029,6**	**+14,3** **0,0**	**2.043,9**
		Zuschuss	**2.029,6**	**+14,3**	**2.043,9**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 04 Die Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Ausgaben			
422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**220,5**	**+2,0**	**222,5**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Abschluss Kapitel 01 04			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
		Gesamtausgaben	**805,1**	**+2,0** **0,0**	**807,1**
		Zuschuss	**805,1**	**+2,0**	**807,1**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 05 Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Ausgaben			
422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**252,4**	**+3,6**	**256,0**
		Abschluss Kapitel 01 05			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
		Gesamtausgaben	**1.270,1**	**+3,6** **0,0**	**1.273,7**
		Zuschuss	**1.270,1**	**+3,6**	**1.273,7**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Ausgaben			
422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**210,7**	**+2,0**	**212,7**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Neuer Titel			
518 01	011	**Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume**	**0,0**	**+4,2**	**4,2**
		Abschluss Kapitel 01 06			
		2027 Gesamteinnahmen	**8,0**	**0,0** **0,0**	**8,0**
		Gesamtausgaben	**1.174,7**	**+6,2** **0,0**	**1.180,9**
		Zuschuss	**1.166,7**	**+6,2**	**1.172,9**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**572,9**	**0,0** **0,0**	**572,9**
	Gesamtausgaben	**69.460,0**	**+201,8** **0,0**	**69.661,8**
	Zuschuss	**68.887,1**	**+201,8**	**69.088,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

119 06 011 **Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen für nicht investive Vorhaben der Barrierefreiheit** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei Titel 0301 - 685 05 geleistet werden.

119 07 011 **Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen für nicht investive Vorhaben der digitalen Barrierefreiheit.** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Summe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0301 - 119 07 und 0301 - 359 07 dürfen Ausgaben bei Titel 0301 - 685 07 geleistet werden.

Neuer Titel

119 09 011 **Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen im Zusammenhang mit dem Sozialfonds und dem Verfügungsfonds** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen insgesamt Mehrausgaben bei den Titeln 0301 - 681 01 und 0301 - 684 02 geleistet werden.

02 Zentrales IT-Management

381 03 (02) 011 **Einnahmen aus der Erstattung der Länder für den Betrieb der schleswig-holsteinischen EfA-Onlinedienste** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei den Titeln 0301 - 422 03 MG 02 und 0301 - 428 03 MG 02 geleistet werden.

Vgl. Titel 1402 - 981 01.

Summe der Maßnahmegruppe 02

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **155,0** — **+56,0** — **211,0**

Bemerkung:

Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

421 02 011 **Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers** — **150,0** — **+40,0** — **190,0**

Bemerkung:

Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **7.195,9** — **+483,1** — **7.679,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Erläuterungen:

Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **4.000,0** — **+150,0** — **4.150,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

533 98 011 **Planungskosten für nicht realisierte Unterbringungsuntersuchungen** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

681 01 011 **Hilfen zur Linderung von Notständen in besonderen Härtefällen (“Sozialfonds“)** — **15,0** — **0,0** — **15,0**

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 681 01			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben in den Titeln 0301 - 681 01 und 0301 - 684 02 dürfen zusammen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301 - 119 09 geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 0301 - 684 02.

684 02	011	**Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf minderheitenpolitischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem, sportlichem und gesellschaftlichem Gebiet ("Verfügungsfonds")**	**25,0**	**0,0**	**25,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben in den Titeln 0301 - 681 01 und 0301 - 684 02 dürfen zusammen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301 - 119 09 geleistet werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Titel 0301 - 681 01.

686 05	011	**Maßnahmen zur Schaffung von Medienvielfalt**	**200,0**	**-60,0**	**140,0**
	01	**Förderung der Medienkompetenz in Schleswig-Holstein**			

Haushaltsvermerk unverändert

685 01 (01)	011	**Zuwendungen an den Offenen Kanal Schleswig-Holstein**	**245,0**	**+15,0**	**260,0**
685 06 (01)	011	**Förderung von Projekten Dritter**	**355,0**	**+45,0**	**400,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**600,0**	**+60,0**	**660,0**
	02	**Zentrales IT-Management**			
422 02 (02)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**2.100,0**	**+100,0**	**2.200,0**

Bemerkung:

Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 01 Ministerpräsident, Staatskanzlei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 422 02			T€		

Erläuterungen:
Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42.

422 03 (02)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten im Bereich der schleswig-holsteinischen EfA-Onlinedienste**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben in den Titeln 0301 - 422 03 MG 02 und 0301 - 428 03 MG 02 dürfen zusätzlich zusammen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301 - 381 03 MG 02 geleistet werden.

428 02 (02)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**4.200,0**	**+200,0**	**4.400,0**

Bemerkung:
Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 03 (02)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich der schleswig-holsteinischen EfA-Onlinedienste**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben in den Titeln 0301 - 422 03 MG 02 und 0301 - 428 03 MG 02 dürfen zusätzlich zusammen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0301 - 381 03 MG 02 geleistet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**6.300,0**	**+300,0**	**6.600,0**

Abschluss Kapitel 03 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**24,0**	**0,0** **0,0**	**24,0**
	Gesamtausgaben	**21.242,3**	**+1.089,1** **-60,0**	**22.271,4**
	Zuschuss	**21.218,3**	**+1.029,1**	**22.247,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**2.700**	**-**	**2.700**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.500**	**-**	**1.500**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**600**	**-**	**600**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**600**	**-**	**600**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 02 Bundesangelegenheiten, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**700,0**	**+20,0**	**720,0**
		Bemerkung: Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
428 01	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**1.100,0**	**+20,0**	**1.120,0**
		Bemerkung: Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert. **Erläuterungen:** Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42.			
517 01	011	**Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume**	**250,0**	**+42,8**	**292,8**
529 02	011	**Zur Verfügung für Repräsentation und Veranstaltungen des Landes in Berlin**	**135,0**	**+25,5**	**160,5**
533 01	011	**Werkverträge**	**80,0**	**+40,0**	**120,0**

Abschluss Kapitel 03 02

2027	**Gesamteinnahmen**	**194,0**	**0,0** **0,0**	**194,0**
	Gesamtausgaben	**2.512,8**	**+148,3** **0,0**	**2.661,1**
	Zuschuss	**2.318,8**	**+148,3**	**2.467,1**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 05 Ressortübergreifende Organisationsangelegenheiten und Ausbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neue Maßnahmegruppe

02 Digitalisierung

Neuer Titel

119 01 (02)	011	**Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuweisungen einschließlich Zinsen für Maßnahmen zur Fortbildung im Zusammenhang mit Digitalisierung**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei Titel 0301 - 686 02 MG 02 geleistet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 02

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 05 Ressortübergreifende Organisationsangelegenheiten und Ausbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

01 Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

422 03 (01)	011	**Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst**	**2.674,9**	**+125,1**	**2.800,0**

Bemerkung:
Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 04 (01)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.442,6**	**+94,3**	**1.536,9**

Bemerkung:
Der Ansatz bildet die Reduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei den Ansätzen von Titeln der Obergruppe 42 und die Anpassung zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 ab. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 02 (01)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**54,5**	**-54,5**	**0,0**
525 02 (01)	011	**Aus- und Fortbildung**	**1.209,5**	**+236,0**	**1.445,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Summe der Maßnahmegruppe 01	**7.540,4**	**+400,9**	**7.941,3**

02 Digitalisierung

686 02 (02)	011	**Zuweisungen für Maßnahmen zur Fortbildung im Zusammenhang mit Digitalisierung**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0305 - 119 01 MG 02 geleistet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**360,0**	**0,0**	**360,0**

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 05 Ressortübergreifende Organisationsangelegenheiten und Ausbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 03 05			
2027		**Gesamteinnahmen**		**0,0** **0,0**	
		Gesamtausgaben	**9.281,4**	**+455,4** **-54,5**	**9.682,3**
		Zuschuss	**9.281,4**	**+400,9**	**9.682,3**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 06 Künstliche Intelligenz und Digitaler Wandel

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

119 03	011	**Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen für den Betrieb eines KI-Rechenzentrums an der Universität zu Lübeck**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei Titel 0306 - 686 03 geleistet werden.

03 Der Ministerpräsident - Staatskanzlei

03 06 Künstliche Intelligenz und Digitaler Wandel

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Haushaltsvermerk unverändert

686 03	011	**Zuwendung des Landes für den Betrieb eines KI-Rechenzentrums an der Universität zu Lübeck**	**625,0**	**0,0**	**625,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0306 - 119 03 geleistet werden.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 03

2027	**Gesamteinnahmen**	**6.218,0**	**0,0** **0,0**	**6.218,0**
	Gesamtausgaben	**43.326,5**	**+1.692,8** **-114,5**	**44.904,8**
	Zuschuss	**37.108,5**	**+1.578,3**	**38.686,8**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**2.700**	**-**	**2.700**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.500**	**-**	**1.500**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**600**	**-**	**600**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**600**	**-**	**600**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

119 01 011 **Einnahmen aus Veröffentlichungen** **0,0** **0,0** **0,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Haushaltsvermerk nicht benötigt wird.

119 02 011 **Einnahmen der Verwaltungsbereiche des Ministeriums** **0,0** **0,0** **0,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Haushaltsvermerk nicht benötigt wird.

381 01 891 **Einnahmen aus den Zweckabgaben nach dem Gesetz des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (GlüStV 2021 AG SH)** **742,8** **+134,7** **877,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Siehe Titel 0401 - 632 07.

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Haushaltsvermerk unverändert

421 01 011 **Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers** **166,2** **+16,1** **182,3**

Bemerkung:

Anpassung um 16,1 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** **10.788,5** **+995,6** **11.784,1**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 995,6 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **8.794,8** **+1.169,1** **9.963,9**

Bemerkung:

Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 800,0 T€
Anpassung um 369,1 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

429 01 011 **Ausgaben für Besoldungs- und Tariferhöhungen** **0,0** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Veranschlagung gegen Finanzierung aus dem EP 11. Die Mittel sind im Haushaltsvollzug bedarfsgerecht in die jeweiligen Titel der Obergruppe 42 innerhalb des Einzelplans bis zum Ende des Haushaltsjahres umzusetzen.

525 01 011 **Aus- und Fortbildung** **333,0** **+52,4** **385,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

teilweise Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung; hier 52,4 T€

527 01 011 **Dienstreisen** **453,7** **+60,7** **514,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

teilweise Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 60,7 T€

533 01 012 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen** **138,4** **+41,6** **180,0**

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 01			T€		

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung; hier 41,6 T€

533 02 681 **Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten** — **130,7** — **+39,3** — **170,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung; hier 39,3 T€

Titel weggefallen

541 99 011 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

weggefallen

Bemerkung:
Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

632 07 011 **Beiträge für ländereinheitliche Verfahren nach dem Glücksspielstaatsvertrag** — **742,8** — **+134,7** — **877,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Mehr aufgrund eines aktualisierten Bedarfs der Gemeinsamen Glücksspielbehörde anhand des nunmehr vorliegenden Wirtschaftsplanentwurfs 2027. Vgl. Titel 0401 - 381 01.

63 Zentrale Fahrbereitschaft des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

428 63 (63) 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **3.817,9** — **+407,1** — **4.225,0**

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 300,0 T€
Anpassung um 107,1 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

514 63 (63) 011 **Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.** — **384,5** — **+65,5** — **450,0**

Bemerkung:
teilweise Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung; hier 65,5 T€

518 63 (63) 011 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Leasingkosten für Dienstkraftfahrzeuge** — **346,0** — **+54,0** — **400,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 518 63			T€		

Bemerkung:
teilweise Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung; hier 54,0 T€

Summe der Maßnahmegruppe 63		**4.698,4**	**+526,6**	**5.225,0**

64 Verfassungsschutz

Haushaltsvermerk unverändert

422 64 (64)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**6.562,8**	**+433,3**	**6.996,1**

Bemerkung:
Anpassung um 433,3 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 64 (64)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**3.011,1**	**+84,9**	**3.096,0**

Bemerkung:
Anpassung um 84,9 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Summe der Maßnahmegruppe 64	**10.936,9**	**+518,2**	**11.455,1**

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 02 Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Haushaltsvermerk unverändert

Neuer Titel

546 99	322	**Vermischte Verwaltungsausgaben im Zuge der Olympiabewerbung**	**0,0**	**+200,0**	**200,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+400	400
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+200	200
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+200	200
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Hauptgruppe 5.

Bemerkung:
Deutschland bewirbt sich mit Kiel als Ausrichter der Segelwettbewerbe für Olympia.

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

111 01	421	**Gebühren und tarifliche Entgelte**	**6.900,0**	**+130,0**	**7.030,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Anpassung Ist-Einnahmen			
231 01	421	**Erstattung des Bundes für amtliche digitale Geobasisdaten**	**17,0**	**-17,0**	**0,0**
		Bemerkung: Kündigung des Vertrages über die kontinuierliche Übermittlung amtlicher digitaler Geobasisdaten der Länder zur Verwendung im Bundesbereich (V GeoBund 2024)			

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 03 Vermessung und Geoinformation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 421 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **2.764,7** — **+1.100,0** — **3.864,7**

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 1.100,0 T€

428 01 421 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **26.802,8** — **+1.075,6** — **27.878,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung um 1.075,6 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

514 01 421 **Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.** — **149,4** — **+80,6** — **230,0**

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 80,6 T€

525 01 421 **Aus- und Fortbildung** — **123,4** — **+66,6** — **190,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 66,6 T€

533 01 421 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen** — **282,6** — **+113,0** — **395,6**

Bemerkung:
Anpassung an die aktuelle Planung.

Abschluss Kapitel 04 03

		Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
2027	**Gesamteinnahmen**	**7.842,5**	**+130,0** **-17,0**	**7.955,5**
	Gesamtausgaben	**31.659,8**	**+2.435,8** **0,0**	**34.095,6**
	Zuschuss	**23.817,3**	**+2.322,8**	**26.140,1**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**170**	**-**	**170**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**170**	**-**	**170**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 05 Feuerwehrwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

381 01 891 **Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer** **30.700,0** **+400,0** **31.100,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung an die Oktober-Steuerschätzung 2026 (vgl. Titel 1101 - 981 01).

381 02 891 **Einnahmen aus der Zweckabgabe zur Förderung des Landesfeuerwehrverbandes** **668,7** **-1,3** **667,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Weniger aufgrund einer veränderten Verteilungsmasse zur Verwendung der Lotteriezweckabgaben.

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 05 Feuerwehrwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

685 01 044 **Förderung des Landesfeuerwehrverbandes aus Glückspielmitteln** — **668,7** | **-1,3** | **667,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Siehe Titel 0405 - 381 02.

01 Landesfeuerwehrschule Schleswig-Holstein

517 05 (01) 044 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** — **32,0** | **+161,0** | **193,0**

Bemerkung:
Erhöhung aufgrund der Fremdvergabe von Dienstleistungen im Beherbergungsbetrieb.

Titel weggefallen

541 99 (01) 044 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** | **0,0**

812 05 (01) 044 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** — **963,5** | **+1.269,0** | **2.232,5**

Bemerkung:
Mehr aufgrund der Verschiebung von Beschaffungen in das Jahr 2027, die im Jahr 2026 nicht umgesetzt werden können.

Summe der Maßnahmegruppe 01 — **7.615,2** | **+1.430,0** | **9.045,2**

04 Brandschutz Fehmarnbeltquerung

Haushaltsvermerk unverändert

525 04 (04) 044 **Tunnelspezifische Ausbildung Einsatzkräfte Feuerwehr** — **130,7** | **+39,3** | **170,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Rücknahme Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung, hier 39,3 T€.

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 05 Feuerwehrwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**5.256,4**	**+39,3**	**5.295,7**
		61 Förderung des Feuerwehrwesens			
		Haushaltsvermerk unverändert			
533 61 (61)	044	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**50,0**	**+25,0**	**75,0**
		Bemerkung: Mehr aufgrund der Verlängerung des Kooperationsvertrages PSNV mit der Nordkirche bei gleichzeitiger Stundenerhöhung.			
534 61 (61)	044	**Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung**	**648,0**	**+100,0**	**748,0**
		Bemerkung: Mehr aufgrund von Preissteigerungen bei der Beschaffung der Ehrengabe für Feuerwehrjubiläen sowie der Einführung einer Ehrengabe auch zum 175-jährigen Jubiläum.			
883 61 (61)	044	**Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionen**	**17.713,3**	**-1.462,5**	**16.250,8**
		Bemerkung: Weniger aufgrund der Anpassungen bei 0405 - 381 01, in den Titeln der MG 01 und MG 61 sowie einzelplanübergreifend bei Titel 1220 - 571 05.			
		Summe der Maßnahmegruppe 61	**21.220,8**	**-1.337,5**	**19.883,3**
		70 Wasserrettung			
		Haushaltsvermerk unverändert			
883 70 (70)	045	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Erwerb von Fahrzeugen**	**175,0**	**-100,0**	**75,0**
		Bemerkung: Konsolidierungsbeitrag; hier 100,0 T€ Weniger aufgrund einer aktualisierten Bedarfsschätzung.			
893 70 (70)	045	**Zuschüsse an Sonstige für die Beschaffung von Fahrzeugen**	**225,0**	**-150,0**	**75,0**

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 05 Feuerwehrwesen

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 893 70		T€		

Bemerkung:
Konsolidierungsbeitrag; hier 150,0 T€
Weniger aufgrund einer aktualisierten Bedarfsschätzung.

	Summe der Maßnahmegruppe 70	**668,8**	**-250,0**	**418,8**

Abschluss Kapitel 04 05

2027	**Gesamteinnahmen**	**33.810,1**	**+400,0 -1,3**	**34.208,8**
	Gesamtausgaben	**40.775,7**	**+1.594,3 -1.713,8**	**40.656,2**
	Zuschuss	**6.965,6**	**-518,2**	**6.447,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**45**	**-**	**45**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**45**	**-**	**45**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

231 02	042	**Zuweisungen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!**	**1.920,3**	**+204,5**	**2.124,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Aufstockung Bundesprogramm "Demokratie leben!"

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 042 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **441.776,4** — **+31.416,4** — **473.192,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 32.116,4 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert. Darüber hinaus werden 700 T€ nach 0410 - 428 01 umgesetzt.

422 03 042 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **17.263,7** — **+411,0** — **17.674,7**

Bemerkung:

Anpassung um 411,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 042 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **69.242,9** — **+2.583,9** — **71.826,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 1.883,9 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert. Darüber hinaus werden 700 T€ von 0410 - 422 01 umgesetzt.

514 01 042 **Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.** — **17.264,7** — **+250,0** — **17.514,7**

Bemerkung:

Mehrbedarf bei den Einsatzkartuschen aufgrund Ausstattungsfortschritt des Einsatzmittels “Distanz-Elektro-Impuls-Gerät (DEIG)“.

Titel weggefallen

541 99 042 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

632 01 042 **Länderübergreifende Einrichtungen und Programme** — **4.938,9** — **+1.935,6** — **6.874,5**

Bemerkung:

Mehr aufgrund eines aktualisierten Bedarfs RDZ/TKÜ

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
633 01	042	**Zuweisungen von Verwaltungsausgaben an Kreise für die Überwachung des fließenden Verkehrs**	**1.300,0**	**-300,0**	**1.000,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Konsolidierungsbeitrag; hier 300,0 T€ Weniger aufgrund einer aktualisierten Bedarfsschätzung.			
812 01	042	**Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen**	**18.067,2**	**0,0**	**18.067,2**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	11.362	-250	11.112
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	10.682	-20	10.662
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	680	-230	450
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	62	**Bundesprogramm “Demokratie leben!“**			
		Haushaltsvermerk unverändert			
684 62 (62)	042	**Zuschüsse zur Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung an Vereine, Verbände, Institutionen oder sonstige Akteure -nicht Kommunen-**	**1.485,0**	**+204,5**	**1.689,5**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	1.485	+204	1.689
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	1.485	+204	1.689
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Zusätzliche Fördermittel Bundesprogramm “Demokratie Leben“			
		Summe der Maßnahmegruppe 62	**1.920,3**	**+204,5**	**2.124,8**

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 10 Polizei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

63 Digitalfunk

Haushaltsvermerk unverändert

711 63 (63)	042	**Bauliche Maßnahmen für den Aufbau und die Fortentwicklung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems**	**2.357,1**	**0,0**	**2.357,1**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+2.400	2.400
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.200	1.200
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.200	1.200
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Zur Beauftragung mehrjähriger Baumaßnahmen durch die GMSH.

		Summe der Maßnahmegruppe 63	**24.794,8**	**0,0**	**24.794,8**

66 Landespräventionsrat Schleswig-Holstein

633 66 (66)	042	**Zuweisungen an Kommunen und sonstige staatliche Einrichtungen für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Extremismus**	**130,0**	**0,0**	**130,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	110	+15	125
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	110	+15	125
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an die aktuelle Planung.

684 66 (66)	042	**Zuschüsse für die Förderung von Präventionsprojekten sowie von Maßnahmen zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus durch freie Träger**	**125,0**	**0,0**	**125,0**

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 66		T€		
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	50	+30	80
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	50	+15	65
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+15	15
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	Bemerkung: Anpassung an die aktuelle Planung.			
	Summe der Maßnahmegruppe 66	**317,5**	**0,0**	**317,5**
	68 Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition			
	Haushaltsvermerk unverändert			
811 68 045 (68)	**Erwerb von Fahrzeugen**	**300,0**	**0,0**	**300,0**
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+935	935
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	0	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+935	935
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	Bemerkung: Verpflichtungsermächtigung für ein Feuerwehrfahrzeug zur Sicherstellung des Brandschutzes.			
	Summe der Maßnahmegruppe 68	**1.799,3**	**0,0**	**1.799,3**
	Abschluss Kapitel 04 10			
2027	**Gesamteinnahmen**	**46.047,7**	**+204,5 0,0**	**46.252,2**
	Gesamtausgaben	**644.097,7**	**+36.801,4 -300,0**	**680.599,1**
	Zuschuss	**598.050,0**	**+36.296,9**	**634.346,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**22.884**	**+3.334**	**26.218**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**21.855**	**+1.414**	**23.269**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**1.029**	**+985**	**2.014**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030		**+935**	**935**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Einnahmen			
231 01	233	**Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld**	**69.000,0**	**+9.000,0**	**78.000,0**
		Bemerkung: Mehr aufgrund einer aktualisierten Prognose des Bundes.			
	03	**Wohnraumförderung**			
119 03 (03)	411	**Rückzahlung nicht abgerufener Fördermittel**	**450,0**	**+2.400,0**	**2.850,0**
		Bemerkung: Erhöhung Konsolidierungsbeitrag; hier 1.900,0 T€ Veranschlagt ist die Rückzahlung von im Rahmen der Abwicklung des Sonderprogramms “Neue Perspektive Wohnen“ nicht abgerufener Fördermitteln von der IB.SH.			
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**113.750,0**	**+2.400,0**	**116.150,0**

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 16 Städtebau, Wohnungs- und Bauwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Ausgaben			
661 01	419	**Erstattung von Zinsen und Geldbeschaffungskosten für Darlehen zur Finanzierung der Förderung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ansiedlung einer Batteriezellenfabrik in der Region Heide**	**740,0**	**-250,0**	**490,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Erhöhung Konsolidierungsbeitrag; hier 250,0 T€ Weniger aufgrund eines aktualisierten Sachstands zweier Förderanträge der Stadt Heide.			
681 02	233	**Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen**	**138.000,0**	**+18.000,0**	**156.000,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Siehe Titel 0416 - 231 01.			
684 01	419	**Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Energieberatungen**	**500,0**	**+500,0**	**1.000,0**
		Bemerkung: Vorgesehen sind Mittel für die Fortsetzung eines Förderprogramms für Energieberatungen.			
		Abschluss Kapitel 04 16			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**220.563,7**	**+11.400,0 0,0**	**231.963,7**
		Gesamtausgaben	**286.633,0**	**+18.500,0 -250,0**	**304.883,0**
		Zuschuss	**66.069,3**	**+6.850,0**	**72.919,3**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**228.977**	**-**	**228.977**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**45.667**	**-**	**45.667**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**56.540**	**-**	**56.540**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**61.273**	**-**	**61.273**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**65.497**	**-**	**65.497**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 04

2027	**Gesamteinnahmen**	**322.810,6**	**+12.269,2 -18,3**	**335.061,5**
	Gesamtausgaben	**1.090.201,4**	**+63.085,8 -2.263,8**	**1.151.023,4**
	Zuschuss	**767.390,8**	**+48.571,1**	**815.961,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**252.826**	**+3.734**	**256.560**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**68.437**	**+1.614**	**70.051**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**57.619**	**+1.185**	**58.804**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**61.273**	**+935**	**62.208**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**65.497**	**-**	**65.497**

05 Finanzministerium

05 01 Allgemeine Angelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **189,7** — **+16,7** — **206,4**

Bemerkung:

Anpassung um 16,7 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **2.906,6** — **+185,1** — **3.091,7**

Haushaltsvermerk geändert

150 T€ umgesetzt nach Titel 0502 - 422 01 und 37,6 T€ umgesetzt nach Titel 0512 - 422 01.

Bemerkung:

Anpassung um 222,7 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.
Umsetzung einer A 8 Planstelle mit 37,6 T€ an das DLZP.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.901,3** — **+81,3** — **2.982,6**

Bemerkung:

Anpassung um 81,3 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111-461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 012 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 05 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**50,3**	**0,0** **0,0**	**50,3**
	Gesamtausgaben	**7.571,7**	**+283,1** **0,0**	**7.854,8**
	Zuschuss	**7.521,4**	**+283,1**	**7.804,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

05 Finanzministerium

05 02 Finanzen und Haushalt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 062 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **4.504,0** — **+339,3** — **4.843,3**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 339,3 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 062 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **7.854,3** — **+228,5** — **8.082,8**

Bemerkung:

Anpassung um 228,5 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 062 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 05 02

2027	**Gesamteinnahmen**	**811,5**	**0,0**	**811,5**
			0,0	
	Gesamtausgaben	**12.850,7**	**+567,8**	**13.418,5**
			0,0	
	Zuschuss	**12.039,2**	**+567,8**	**12.607,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

05 Finanzministerium

05 05 Steuerwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 061 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **172.024,1** — **+12.405,2** — **184.429,3**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 12.405,2 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 03 061 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **9.611,2** — **+208,5** — **9.819,7**

Bemerkung:

Anpassung um 208,5 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 061 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **28.896,6** — **+743,8** — **29.640,4**

Bemerkung:

Anpassung um 743,8 T€ zur Finanzierung der Tarifanpassung für 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 061 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

04 Amt für Informationstechnik (AIT)

Haushaltsvermerk unverändert

422 04 061 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **7.307,4** — **+576,3** — **7.883,7**

(04)

Bemerkung:

Anpassung um 576,3 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

05 Finanzministerium

05 05 Steuerwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
428 04 (04)	061	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**6.393,6**	**+182,2**	**6.575,8**
		Bemerkung: Anpassung um 182,2 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**13.906,5**	**+758,5**	**14.665,0**

Abschluss Kapitel 05 05

2027	**Gesamteinnahmen**	**60.110,7**	**0,0** **60.110,7**
	Gesamtausgaben	**235.424,4**	**+14.116,0** **249.540,4**
	Zuschuss	**175.313,7**	**+14.116,0** **189.429,7**
	Überschuss	**0,0**	**0,0** **0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung		

05 Finanzministerium

05 06 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

231 02	016	**Erstattung von Verwaltungskosten durch den Bund für das Amt für Bundesbau**	**5.567,1**	**+451,9**	**6.019,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an die Ist-Entwicklung - vgl. 0506 MG 01 für das Amt für Bundesbau.

05 Finanzministerium

05 06 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **2.241,4** — **+270,1** — **2.511,5**

Bemerkung:

Anpassung um 270,1 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.014,0** — **+125,4** — **2.139,4**

Bemerkung:

Anpassung um 125,4 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 012 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

01 Amt für Bundesbau

Haushaltsvermerk unverändert

428 04 (01) 016 **Entgelte an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.648,0** — **+15,2** — **2.663,2**

Bemerkung:

Mehrbedarf für zwei zusätzliche Ausbildungsstellen für ein Studium im Rahmen der Hochschulkooperation mit dem Bund sowie für eine Stellenhebung im AfB.
Erstattung durch den Bund vgl. Titel 0506 - 231 02.

525 04 (01) 016 **Aus-und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** — **46,0** — **+27,7** — **73,7**

Bemerkung:

Übertragung von Fortbildungsleistungen durch und für den Bund (Länderübergreifend). Daraus resultierender eigener Fortbildungsmehrbedarf 6,4 T€. Entsprechend der Zusatzvereinbarung ZV-BImA hat das Amt für Bundesbau nunmehr 60 VZÄ im Stellenplan. Darüber hinaus wird mit 21,3 T€/ Jahr für 2 Studierendenstellen HSU für 4 Jahre gerechnet.

05 Finanzministerium

05 06 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
526 04 (01)	016	**Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen**	**6,5**	**+1,0**	**7,5**
		Bemerkung: Anpassung an die erwartete Ist-Entwicklung aufgrund Personalaufwuchs.			
527 04 (01)	016	**Dienstreisen**	**29,0**	**+6,0**	**35,0**
		Bemerkung: Erhöhte Frequenz an Dienstreisen auf Niveau vor Corona, insbesondere auch aufgrund des neuen, bundesweit tätigen Fachbereiches FB 16. Stellenzuwachs auf 60 VZÄ und Aufgabenzuwachs des AfB bedingen eine Zunahme von Dienstreisen.			
533 04 (01)	016	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen**	**13,0**	**+387,0**	**400,0**
		Bemerkung: Das Amt für Bundesbau wird ab 2027 mit der Fähigkeit ausgestattet, eigene Freiberuflich Tätige über diesen Titel zu beauftragen. Es sollen Verträge zur externen Projektsteuerung der bundesweiten Bauprogramme, sowie Gutachten und Fachleistungen eingekauft werden. Aufgrund der Ist-Kosten-Erstattung durch den Bund ist dies für das Land kostenneutral.			
533 07 (01)	016	**IT-Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**110,0**	**+10,0**	**120,0**
		Bemerkung: Die Ansätze 2027 begründen sich auf einer notwendigen Programmumstellung des AfB-internen Programmes WIKO für notwendige Anpassungsbedarfe durch die neue RBBau (Projektterminplanung). Darüber hinaus soll weitere Software (Cadenza, OpenProject) angeschafft werden.			
546 04 (01)	016	**Vermischte Verwaltungsausgaben**	**47,0**	**+5,0**	**52,0**
		Bemerkung: Die Umstellung auf eine andere, günstigere Bewerberplattform SEO für Jobs (Google) führte zu einem massiven Rückgang der Bewerbungen. Daher ist eine Rückkehr zum alten Veröffentlichungsverfahren trotz höherer Kosten notwendig.			
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**5.567,1**	**+451,9**	**6.019,0**

Abschluss Kapitel 05 06

2027	**Gesamteinnahmen**	**5.865,3**	**+451,9** **0,0**	**6.317,2**
	Gesamtausgaben	**9.947,1**	**+847,4** **0,0**	**10.794,5**
	Zuschuss	**4.081,8**	**+395,5**	**4.477,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

05 Finanzministerium

05 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01 012 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **5.597,2** **+496,6** **6.093,8**

Neuer Haushaltsvermerk

37,6 T€ umgesetzt von Titel 0501 - 422 01 und 50 T€ umgesetzt von Titel 0902 - 422 01.

Bemerkung:

Anpassung um 409,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.
Mit je einer A 8 Planstelle werden 37,6 T€ aus dem FM zur Übernahme einer Nachwuchskraft und 50 T€ aus dem Epl. 09 für die Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal umgesetzt.

428 01 012 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **11.476,3** **+325,0** **11.801,3**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 325,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111-461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 012 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 05 12

2027	**Gesamteinnahmen**	**63,6**	**0,0**	**63,6**
			0,0	
	Gesamtausgaben	**17.789,5**	**+821,6**	**18.611,1**
			0,0	
	Zuschuss	**17.725,9**	**+821,6**	**18.547,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 05

2027	**Gesamteinnahmen**	**66.901,4**	**+451,9** **0,0**	**67.353,3**
	Gesamtausgaben	**283.583,4**	**+16.635,9** **0,0**	**300.219,3**
	Zuschuss	**216.682,0**	**+16.184,0**	**232.866,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 01 Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

112 01	011	**Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten**	**0,0**	**+100,0**	**100,0**

Bemerkung:
Veranschlagt sind Einnahmen aus Bußgeldern i.R.d. Vollzuges des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 01 Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers** **175,5** **+30,9** **206,4**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 16,4 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** **4.101,6** **+635,5** **4.737,1**

Neuer Haushaltsvermerk

Die Ausgaben in Höhe von 100,0 T€ für den Vollzug des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes sind künftig wegfallend mit Beendigung der Wahrnehmung dieser Aufgabe, spätestens am 31.12.2029.

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06. Zusätzlicher Bedarf für zwei Planstellen für den Vollzug des Kraftstoffpreisanpassungsgesetzes.

Anpassung um 239,7 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 01 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** **28,4** **+2,7** **31,1**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **3.192,0** **+410,3** **3.602,3**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 102,3 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

453 01 011 **Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums** **5,0** **+5,0** **10,0**

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 01 Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

511 01 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** — **107,1** — **+2,9** — **110,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.

514 01 011 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** — **58,8** — **+1,2** — **60,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.

525 01 011 **Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschl. Reisekosten** — **119,0** — **+1,0** — **120,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.

526 01 011 **Gerichts- und ähnliche Kosten** — **18,2** — **-3,2** — **15,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

526 03 011 **Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse** — **2,1** — **-1,6** — **0,5**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

526 04 011 **Entschädigungen bei Einigungsstellenverfahren** — **0,7** — **-0,7** — **0,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

526 05 011 **Arbeitsmedizinische Betreuung, ärztliche Untersuchungen und Gesundheitsmanagement** — **25,4** — **-0,4** — **25,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 01 Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

526 99 011 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** **210,0** **+90,0** **300,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

527 01 011 **Dienstreisen** **108,5** **-3,5** **105,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

529 10 011 **Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben** **5,6** **+1,4** **7,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.

531 02 011 **Öffentlichkeitsarbeit** **42,0** **+3,0** **45,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

533 01 011 **Verträge an Dritte** **0,0** **+60,5** **60,5**

Bemerkung:

Umschichtung i.H.v. 100 T€ von 0613 - 533 02 MG 05 wegen Aufgabenverlagerung aus Abteilung 3 in Abteilung 1, sowie einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung 2027 bei Ansätzen der Hauptgruppe 5.

533 07 011 **Beiträge zur Kinderbetreuung** **15,7** **-5,7** **10,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

546 99 011 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge** **16,8** **+3,2** **20,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.

812 02 011 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** **190,0** **-40,0** **150,0**

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 01 Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 812 02			T€		

Bemerkung:
Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

05 Veranstaltungen zu ressortspezifischen Themen

Haushaltsvermerk unverändert

534 03 (05)	011	**Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen**	**84,0**	**+66,0**	**150,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Bündelung aller Veranstaltungen bei diesem Titel.
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Summe der Maßnahmegruppe 05	**84,0**	**+66,0**	**150,0**

06 Maßnahmen im Zusammenhang mit der Dachmarke des Landes Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

546 01 (06)	011	**Standortmarketing**	**780,0**	**+595,0**	**1.375,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Summe der Maßnahmegruppe 06	**780,0**	**+595,0**	**1.375,0**

Abschluss Kapitel 06 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**55,0**	**+100,0** **0,0**	**155,0**
	Gesamtausgaben	**9.854,4**	**+1.908,6** **-55,1**	**11.707,9**
	Zuschuss	**9.799,4**	**+1.753,5**	**11.552,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 12 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **1.641,6** — **+291,0** — **1.932,6**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 132,6 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.368,0** — **+170,6** — **1.538,6**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 38,6 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 062 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

633 04 692 **An Gemeinden und Gemeindeverbände für Potenzialanalysen** — **80,0** — **0,0** — **80,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+734	734
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+734	734
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:

Anpassung der Verpflichtungsermächtigung an den Bedarf.

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 12 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		02 Inanspruchnahme von Gewährleistungszusagen und Beteiligungen *Haushaltsvermerk unverändert*			
683 11 (02)	691	**Zuschüsse an Unternehmen für stille Beteiligungen im Rahmen von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen** **Bemerkung:** Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**100,0**	**-70,0**	**30,0**
871 08 (02)	691	**Darlehensfonds "Energieeinsparung und Ressourceneffizienz"** *Neuer Haushaltsvermerk* weggefallen	**0,0**	**0,0**	**0,0**
871 09 (02)	691	**EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein** *Neuer Haushaltsvermerk* weggefallen	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**2.800,0**	**-70,0**	**2.730,0**
		04 Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein *Haushaltsvermerk unverändert*			
534 01 (04)	635	**Veranstaltungen** **Bemerkung:** Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**14,0**	**-14,0**	**0,0**
547 06 (04)	635	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** **Bemerkung:** Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**3,5**	**-3,5**	**0,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**957,5**	**-17,5**	**940,0**
		06 Werbemaßnahmen im Interesse der gewerblichen Wirtschaft und der interregionalen Zusammenarbeit *Haushaltsvermerk unverändert*			
535 01 (06)	023	**Werbemaßnahmen des Landes und Wirtschaftskontakte** **Bemerkung:** Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.	**14,0**	**+1,0**	**15,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 06	**5.561,0**	**+1,0**	**5.562,0**
		07 Soforthilfen im Rahmen der Corona-Pandemie *Haushaltsvermerk unverändert*			
671 03 (07)	045	**Ausgaben für die Abwicklung der Hilfsprogramme** **Bemerkung:** Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**12.500,0**	**-500,0**	**12.000,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 07	**13.000,0**	**-500,0**	**12.500,0**

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 12 Wirtschaft

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 06 12			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**64.556,5**	**0,0** **0,0**	**64.556,5**
		Gesamtausgaben	**137.667,1**	**+462,6** **-587,5**	**137.542,2**
		Zuschuss	**73.110,6**	**-124,9**	**72.985,7**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**75.899**	**+734**	**76.633**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**26.399**	**+734**	**27.133**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**25.000**	**-**	**25.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**24.500**	**-**	**24.500**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 13 Technologie, Digitalisierung und Tourismus

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **1.641,6** — **+286,9** — **1.928,5**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 128,5 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.185,6** — **+143,6** — **1.329,2**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 29,2 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

05 Gründung und Digitalisierung

Haushaltsvermerk unverändert

533 02 681 **Aufträge an Dritte** — **428,4** — **-108,4** — **320,0**
(05)

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 sowie Umschichtung i.H.v. 100 T€ nach 0613.05.981 01.

534 01 681 **Veranstaltungen** — **24,5** — **-24,5** — **0,0**
(05)

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

Neuer Titel

981 01 681 **Verrechnung von Ausgaben für ein gemeinsames Projekt mit dem MBWFK** — **0,0** — **+100,0** — **100,0**
(05)

Bemerkung:

Vorgesehen sind Verrechnungen zugunsten des Einzelplans 07 zur gemeinsamen Projektfinanzierung.

Summe der Maßnahmegruppe 05 — **2.702,9** — **-32,9** — **2.670,0**

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 13 Technologie, Digitalisierung und Tourismus

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

07 Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

533 01 (07)	165	**Für Aufträge an Dritte im Rahmen des Technologietransfers sowie für Marktanalysen und Projektstudien**	**545,0**	**+55,0**	**600,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

547 02 (07)	165	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**19,6**	**-19,6**	**0,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

685 11 (07)	165	**Institutionelle Förderung öffentlicher Einrichtungen**	**905,0**	**-5,0**	**900,0**

Bemerkung:
Anpassung an den Bedarf.

685 13 (07)	165	**Projektförderungen öffentlicher Einrichtungen**	**694,8**	**-94,8**	**600,0**

Bemerkung:
Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

Neuer Titel

831 01 (07)	165	**Erwerb von Anteilen an der Innovationsagentur**	**0,0**	**+5,0**	**5,0**

Bemerkung:
Anpassung an den Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 07	**9.854,4**	**-59,4**	**9.795,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

61 Tourismus

Haushaltsvermerk unverändert

526 61 (61)	652	**Kosten für Sachverständige, Gutachten, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse**	**72,8**	**+12,2**	**85,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

547 61 (61)	652	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben**	**35,0**	**-35,0**	**0,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

686 61 (61)	652	**An Sonstige**	**886,5**	**-50,0**	**836,5**

Bemerkung:
Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung 2027.

883 61 (61)	652	**An Kommunen für Investitionen**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+4.000	4.000
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.500	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.500	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+500	500
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+500	500

Bemerkung:
Bedarf für die Sanierung der Kaikante in Flensburg.

Summe der Maßnahmegruppe 61	**5.767,3**	**-72,8**	**5.694,5**

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 13 Technologie, Digitalisierung und Tourismus

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 06 13			
2027		**Gesamteinnahmen**	**200,0**	**0,0** **0,0**	**200,0**
		Gesamtausgaben	**23.962,0**	**+602,7** **-337,3**	**24.227,4**
		Zuschuss	**23.762,0**	**+265,4**	**24.027,4**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**13.733**	**+4.000**	**17.733**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**4.125**	**+1.500**	**5.625**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**2.960**	**+1.500**	**4.460**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**2.991**	**+500**	**3.491**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**3.657**	**+500**	**4.157**

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 14 Verkehrswesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **2.280,0** — **+391,0** — **2.671,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 171,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.550,4** — **+191,6** — **1.742,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 42,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

526 07 711 **Fachausschüsse** — **0,7** — **+3,3** — **4,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

533 07 011 **Leistungen Dritter für Analyseverfahren** — **10,5** — **-10,5** — **0,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

633 05 741 **An die Aufgabenträger der ÖPNV-Kommunalisierung** — **40.722,3** — **+2.465,2** — **43.187,5**

Bemerkung:

Erhöhung durch Wiederaufnahme der Dynamisierung gem. KLV - Vereinbarung.

Titel weggefallen

682 10 791 **An öffentliche Unternehmen für Maßnahmen zur Umsetzung der Radstrategie des Landes** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 14 Verkehrswesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

02 Maßnahmen aus Regionalisierungsmitteln

Haushaltsvermerk unverändert

682 12 (02)	741	**An öffentliche Unternehmen für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und SPNV-Ersatzleistungen auf der Straße**	**365.037,7**	**-500,0**	**364.537,7**

Bemerkung:
Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**525.674,8**	**-500,0**	**525.174,8**

04 Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV-SH)

Haushaltsvermerk unverändert

547 01 (04)	711	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**70,0**	**+15,0**	**85,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt zum Teil an anderer Stelle im Einzelplan 06.

682 04 (04)	711	**An den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) für den Betrieb**	**77.897,9**	**+2.831,6**	**80.729,5**

Bemerkung:
Anpassung um 2.891,6T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung 2027 i.H.v. 60,0 T€.

Summe der Maßnahmegruppe 04	**129.672,9**	**+2.846,6**	**132.519,5**

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 14 Verkehrswesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

06 Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH)

Haushaltsvermerk unverändert

883 03 (06)	731	**Sedimentmanagement Häfen Nordsee**	**1.431,0**	**-100,0**	**1.331,0**

Bemerkung:
Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

Summe der Maßnahmegruppe 06	**5.304,6**	**-100,0**	**5.204,6**

65 Maßnahmen zur Verkehrssicherheit

Haushaltsvermerk unverändert

531 65 (65)	729	**Informationstätigkeit und -material für die Verkehrssicherheit**	**105,0**	**+45,0**	**150,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Summe der Maßnahmegruppe 65	**605,0**	**+45,0**	**650,0**

66 Amt für Planfeststellung Verkehr beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein (APV)

Haushaltsvermerk unverändert

422 66 (66)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**1.030,6**	**+179,4**	**1.210,0**

Bemerkung:
Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 80,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 14 Verkehrswesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
428 66 (66)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**1.915,2**	**+233,7**	**2.148,9**
		Bemerkung: Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06. Anpassung um 48,9 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
752 66 (66)	711	**Baunebenkosten für Straßenbaumaßnahmen des Landes**	**1.400,0**	**-400,0**	**1.000,0**
		Bemerkung: Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.			
		Summe der Maßnahmegruppe 66	**4.505,4**	**+13,1**	**4.518,5**
	73	**Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr** *Haushaltsvermerk unverändert*			
682 73 (73)	291	**An öffentliche Unternehmen**	**5.288,4**	**-288,4**	**5.000,0**
		Bemerkung: Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.			
		Summe der Maßnahmegruppe 73	**7.288,4**	**-288,4**	**7.000,0**

Abschluss Kapitel 06 14

2027	**Gesamteinnahmen**	**482.971,8**	**0,0** **0,0**	**482.971,8**
	Gesamtausgaben	**761.360,7**	**+6.355,8** **-1.298,9**	**766.417,6**
	Zuschuss	**278.388,9**	**+5.056,9**	**283.445,8**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**83.930**	**-**	**83.930**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**33.215**	**-**	**33.215**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**28.215**	**-**	**28.215**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**22.500**	**-**	**22.500**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 16 Arbeit und Qualifizierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **1.368,0** — **+225,8** — **1.593,8**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 93,8 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **912,0** — **+116,0** — **1.028,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027 erfolgt an anderer Stelle im Einzelplan 06.

Anpassung um 28,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

526 02 011 **Fachbeiräte und Ausschüsse** — **1,4** — **-0,4** — **1,0**

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

Titel weggefallen

541 99 062 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

02 Fachkräfteentwicklung und Weiterbildung

Haushaltsvermerk unverändert

531 01 153 **Maßnahmen zur Unterstützung der Weiterbildungsbeteiligung** — **24,5** — **-4,5** — **20,0**
(02)

Bemerkung:

Entsprechend der Erläuterung im Haushaltsentwurf 2027 zur Nachschiebeliste überprüft und bedarfsgerechte Anpassung vorgenommen. Weitere einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 16 Arbeit und Qualifizierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
684 03 (02)	153	**An soziale und ähnliche Einrichtungen für Maßnahmen der Fachkräfteentwicklung und -sicherung** **Bemerkung:** Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**400,0**	**-200,0**	**200,0**
685 12 (02)	153	**An Organisationen der Wirtschaft für Maßnahmen zur Information und Beratung in der beruflichen Weiterbildung** **Bemerkung:** Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**80,0**	**-80,0**	**0,0**
686 03 (02)	153	**An Sonstige für Maßnahmen der Fachkräfteentwicklung und -sicherung** **Bemerkung:** Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**630,0**	**-200,0**	**430,0**
686 04 (02)	153	**Maßnahmen zur Fachkräftesicherung durch Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt** **Bemerkung:** Einmalige Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung in 2027.	**1.950,0**	**-300,0**	**1.650,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**6.093,0**	**-784,5**	**5.308,5**

Abschluss Kapitel 06 16

2027	**Gesamteinnahmen**	**40.948,0**	**0,0** **0,0**	**40.948,0**
	Gesamtausgaben	**69.281,9**	**+341,8** **-784,9**	**68.838,8**
	Zuschuss	**28.333,9**	**-443,1**	**27.890,8**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**67.520**	**-**	**67.520**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**27.905**	**-**	**27.905**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**18.955**	**-**	**18.955**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**10.330**	**-**	**10.330**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**10.330**	**-**	**10.330**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 06

2027	**Gesamteinnahmen**	**588.731,3**	**+100,0 0,0**	**588.831,3**
	Gesamtausgaben	**1.002.126,1**	**+9.671,5 -3.063,7**	**1.008.733,9**
	Zuschuss	**413.394,8**	**+6.507,8**	**419.902,6**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**241.082**	**+4.734**	**245.816**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**91.644**	**+2.234**	**93.878**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**75.130**	**+1.500**	**76.630**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**60.321**	**+500**	**60.821**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**13.987**	**+500**	**14.487**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neuer Titel

119 08	062	**Rückzahlungsanspruch aufgrund eines Urteils des Oberlandesgerichts S.-H.**	**0,0**		**0,0**

Bemerkung:

Dieser Titel wurde im Haushaltsvollzug 2026 für die Abwicklung eines Rückzahlungsanspruchs eingerichtet.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **183,7** — **+16,1** — **199,8**

Bemerkung:

Anpassung um 16,1 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **22.348,9** — **+2.266,0** — **24.614,9**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+50,0 T€ für 1 neue Stelle für die Errichtung des Azubi-Werks.
Anpassung um 2.216,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 01 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **519,9** — **+2,7** — **522,6**

Bemerkung:

Anpassung um 2,7 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **9.705,5** — **+639,5** — **10.345,0**

Bemerkung:

Anpassung um 639,5 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Zweckbestimmung geändert

526 02 011 **Sonstige Ausgaben in Personalvertretungsangelegenheiten für den Schulbereich** — **127,0** — **-15,0** — **112,0**

Neuer Haushaltsvermerk

15,0 T€ umgesetzt nach Tit. 526 08.

Bemerkung:

Aus organisatorischen Gründen erfolgt ab 2027 eine gesonderte Veranschlagung der Ausgaben für die Hauptschwerbehindertenvertretung im Schulbereich, vgl. Tit. 526 08. In diesem Zusammenhang wurde die Zweckbestimmung entsprechend angepasst.

Neuer Titel

526 08 011 **Sonstige Ausgaben in Schwerbehindertenangelegenheiten für den Schulbereich** — **0,0** — **+15,0** — **15,0**

Neuer Haushaltsvermerk

15,0 T€ umgesetzt von Tit. 526 02.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 526 08			T€		
		Bemerkung: Die Umsetzung von Tit. 526 02 erfolgt aus organisatorischen Gründen.			
		Neuer Titel			
533 02	111	**Datenschutz im Schulbereich**	**0,0**	**+10,0**	**10,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Mit Vorjahreswerten umgesetzt von Tit. 0710 - 533 02.			
		Bemerkung: Die Umsetzung von Tit. 0710 - 533 02 erfolgt aus organisatorischen Gründen.			
		Neuer Titel			
533 06	111	**Arbeitsmedizinische Betreuung im Schulbereich**	**0,0**	**+532,0**	**532,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Mit Vorjahreswerten umgesetzt von Tit. 0710 - 533 01.			
		Bemerkung: Die Umsetzung von Tit. 0710 - 533 01 erfolgt aus organisatorischen Gründen.			
		Neuer Titel			
681 02	291	**Unfallrenten u. ä. bei Schülerunfällen**	**0,0**	**+26,0**	**26,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Mit Vorjahreswerten umgesetzt von Tit. 0710 - 681 02.			
		Bemerkung: Die Umsetzung von Tit. 0710 - 681 02 erfolgt aus organisatorischen Gründen.			

Abschluss Kapitel 07 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**154,5**	**0,0** **0,0**	**154,5**
	Gesamtausgaben	**34.844,1**	**+3.507,3** **-15,0**	**38.336,4**
	Zuschuss	**34.689,6**	**+3.492,3**	**38.181,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

111 01	311	**Gebühren und tarifliche Entgelte**	**320,0**	**+260,0**	**580,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei MG 11 zu verwenden.

Bemerkung:

+ 260,0 T€ zur anteiligen Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 526 99 MG 11 (30,0 T€) sowie zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 111 64 MG 64 (230,0 T€).

64 Seemannsschule

Haushaltsvermerk unverändert

111 64 (64)	127	**Lehrgangsgebühren und Entgelte für Unterbringung und Verpflegung**	**1.000,0**	**0,0**	**1.000,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung in voller Höhe bei diesem Titel nicht angezeigt. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 111 01 (230,0 T€).
Der bisherige Konsolidierungsbeitrag wird anteilig (200,0 T€) zur Gegenfinanzierung von Mehrausgaben bei Tit. 517 64 MG 64 und zur anteiligen Kompensation (30,0 T€) des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 526 99 MG 11 verwendet.

Erläuterungen:

+ 260,0 T€ aufgrund von folgenden Veränderungen gegenüber dem Vorjahr 2026, davon

+ 230,0 T€ zur Anpassung an die voraussichtliche Einnahmen und zur Gegenfinanzierung der Mehrausgaben, Tit. 514 64 MG (28,0 T€), Tit. 517 64 MG 64 (200,0 T€) sowie Tit. 525 64 MG 64 (2,0 T€).
+ 30,0 T€ zur anteiligen Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrags bei Tit. 526 99 MG 11.

Summe der Maßnahmegruppe 64	**1.005,4**	**0,0**	**1.005,4**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **3.685,9** — **+100,0** — **3.785,9**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

Anpassung um 100,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.381,4** — **+311,7** — **2.693,1**

Bemerkung:

Anpassung um 311,7 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

533 06 012 **Aufträge an Dritte** — **0,0** — **+15,0** — **15,0**

Bemerkung:

+ 15,0 T€ gegenfinanziert durch Minderausgaben bei Tit. 812 01 für Betrieb und inhaltliche Pflege der Plattform “berufsausbildung.sh“.

541 99 062 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen.

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung. Der mit dem Haushaltsentwurf 2027 eingerichtete Titel wird daher nicht benötigt und gelöscht.

812 01 011 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** — **28,0** — **-15,0** — **13,0**

Bemerkung:

- 15,0 T€ zur Gegenfinanzierung der Mehrausgaben bei Tit. 533 06.

04 Berufsbildende Schulen

422 05 127 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **245.948,8** — **+22.474,5** — **268.423,3**

(04)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 422 05			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 281 01 MG 04 überschritten werden. Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 633 01 MG 04, 671 02 MG 04 sowie 684 01 MG 04.

850,0 T€ umgesetzt nach Tit. 527 88 MG 88 (90,0 T€) und Tit. 547 88 MG 88 (760,0 T€) zur Sicherung des Unterrichtsangebots und Verbesserung der Unterrichtsqualität.

Bemerkung:
Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

Anpassung um 23.324,5 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Zur Sicherung des Unterrichtsangebots und Verbesserung der Unterrichtsqualität werden 850,0 T€ umgesetzt auf Titel der Maßnahmegruppe 88.

428 05 (04)	127	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**35.531,0**	**+1.500,0**	**37.031,0**

Bemerkung:
Anpassung um 1.500,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

633 01 (04)	127	**Schulkostenbeiträge an die Träger von Landesberufsschulen und Bezirksfachklassen für Schülerinnen und Schüler anderer Bundesländer**	**2.450,0**	**+350,0**	**2.800,0**

Haushaltsvermerk geändert

Die Deckungsfähigkeit gemäß § 20 Abs. 2 LHO ist ausgeschlossen.

Bemerkung:
+ 350,0 T€ strukturell zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf. Die Schulkostenbeiträge sind über den zunächst kalkulierten Ansatz weiter sehr deutlich gestiegen und werden insoweit zu diesen Mehrausgaben führen.
Die Deckungsfähigkeit nach § 20 Abs. 2 LHO wird ausgeschlossen.

Summe der Maßnahmegruppe 04	**292.459,4**	**+24.324,5**	**316.783,9**

06 Landesseminar Berufliche Bildung

Haushaltsvermerk unverändert

428 04 (06)	154	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**147,4**	**+124,6**	**272,0**

Bemerkung:
Anpassung um 124,6 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Summe der Maßnahmegruppe 06	**2.257,2**	**+124,6**	**2.381,8**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

08 Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung

Haushaltsvermerk unverändert

683 01 (08)	253	**An private Unternehmen für Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen und Migrant/ innen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt**	**570,0**	**+200,0**	**770,0**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nicht möglich. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 893 03 MG 09.

Summe der Maßnahmegruppe 08	**3.022,0**	**+200,0**	**3.222,0**

09 Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein (JAW)

Haushaltsvermerk unverändert

893 03 (09)	253	**Zuschüsse an Sonstige**	**400,0**	**-200,0**	**200,0**

Bemerkung:
-200,0 T€ zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 683 01 MG 08.

Summe der Maßnahmegruppe 09	**949,7**	**-200,0**	**749,7**

11 Gesundheitsfachberufe

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 01 geleistet werden.

Bemerkung:
Der Kopplungsvermerk zum Einnahmetitel fehlte bisher.

526 99 (11)	311	**Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.**	**108,3**	**+60,0**	**168,3**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nicht möglich. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 111 01 (30,0 T€) sowie bei Tit. 111 64 MG 64 (30,0 T€).

Summe der Maßnahmegruppe 11	**8.909,2**	**+60,0**	**8.969,2**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		14 Europäischer Sozialfonds (ESF) - Förderperiode 2021 bis 2027			
		Haushaltsvermerk unverändert			
685 03 (14)	153	**Zuschüsse für laufende Maßnahmen an öffentlichen Einrichtungen**	**1.715,2**	**+784,8**	**2.500,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 14	**4.915,2**	**+784,8**	**5.700,0**
		64 Seemannsschule			
		Haushaltsvermerk unverändert			
422 64 (64)	127	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**339,0**	**+164,0**	**503,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		140,0 T€ umgesetzt von 428 64 MG 64.			
		Bemerkung: Anpassung um 24,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
		Die Umwandlung von Beschäftigten- in Beamtenstellen erfolgt aufgrund der Lehramtsbefähigung von Lehrkräften.			
428 64 (64)	127	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**1.120,0**	**-46,5**	**1.073,5**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		140,0 T€ umgesetzt nach 422 64 MG 64.			
		Bemerkung: Anpassung um 93,5 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
		Die Umwandlung von Beschäftigten- in Beamtenstellen erfolgt aufgrund der Lehramtsbefähigung von Lehrkräften.			
517 64 (64)	127	**Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume**	**280,0**	**+200,0**	**480,0**
		Bemerkung: +200,0 T€ gegenfinanziert durch Mehreinnahmen bei Tit. 111 01 zur Finanzierung erheblicher Kostensteigerungen im Bereich der Wärmelieferung und anderer Bewirtschaftungsleistungen (Wasser, Abwasser etc.) sowie steigender Netzentgelte.			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 64	**2.885,5**	**+317,5**	**3.203,0**

Maßnahmegruppe geändert

88 Sicherung des Unterrichtsangebots und Verbesserung der Unterrichtsqualität

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie zusätzlich gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln der HGr. 5-8 des Kapitels 0703 sowie einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Titel der HGr. 4 des Kapitels 0703.

Bemerkung:
Die Maßnahmegruppe 88 (bislang: “Geld statt Stellen“) erhält zur deutlicheren Darstellung der Zielrichtung eine geänderte Zweckbestimmung und eigene Haushaltsmittel.

427 88 (88)	127	**Beschäftigungsentgelte (Vergütungen) an Vertretungs- und Aushilfskräfte**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Künftig wegfallend.			
527 88 (88)	127	**Reisekosten**	**0,0**	**+90,0**	**90,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		90,0 T€ umgesetzt von Tit. 422 05 MG 04.			
547 88 (88)	127	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0**	**+760,0**	**760,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		760,0 T€ umgesetzt von Tit. 422 05 MG 04.			
919 88 (88)	851	**Zuführung an die Rücklage “Geld statt Stellen“ für RBZ**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Haushaltsvermerk geändert			
		Künftig wegfallend.			
		Summe der Maßnahmegruppe 88	**0,0**	**+850,0**	**850,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 07 03			
2027		**Gesamteinnahmen**	**3.518,5**	**+260,0** **0,0**	**3.778,5**
		Gesamtausgaben	**331.396,5**	**+27.134,6** **-261,5**	**358.269,6**
		Zuschuss	**327.878,0**	**+26.613,1**	**354.491,1**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**820**	**-**	**820**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**510**	**-**	**510**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**310**	**-**	**310**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030			
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 04 Berufliche Bildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Zweckbestimmung geändert

671 04	253	**Erstattungen im Zusammenhang mit Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen**	**450,0**	**0,0**	**450,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die Zweckbestimmung wurde redaktionell angepasst, da der ursprüngliche Bezug zum Anerkennungsgesetz nicht korrekt gewesen ist. Dieser Titel dient den Kostenerstattungen im Rahmen von Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.

Abschluss Kapitel 07 04

Gesamtausgaben	**836,0**	**0,0 0,0**	**836,0**
Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**100**	**-**	**100**
davon fällig Haushaltsjahr 2028	**100**	**-**	**100**
davon fällig Haushaltsjahr 2029			
davon fällig Haushaltsjahr 2030			
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 05 Startchancen-Programm 2024 bis 2034

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Haushaltsvermerk unverändert

422 01 111 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **6.000,0** — **+265,2** — **6.265,2**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 265,2 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

533 04 129 **Dienst- und Werkverträge** — **2.300,0** — **-442,0** — **1.858,0**

Bemerkung:

Anpassung des Haushaltssolls damit eine im Haushaltsvollzug 2026 gemäß § 24 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2026 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung in Anspruch genommen werden kann (vgl. Tit. 684 01).

684 01 129 **Zuwendungen an Dritte** — **0,0** — **+442,0** — **442,0**

Bemerkung:

Anpassung des Haushaltssolls damit eine im Haushaltsvollzug 2026 gemäß § 24 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2026 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung in Anspruch genommen werden kann (vgl. Tit. 533 04).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Die VE ist erforderlich für die überjährige Förderung.
Die Belastung des Haushalts 2027 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung 2026 stellt sich wie folgt dar:

		2027 T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0,0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2026	442,0
	Summe	**442,0**

+442,0 T€ zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

02 Säule II: Chancenbudgets

Neuer Titel

527 02 129 **Dienstreisen** — **0,0** — **0,0**

(02)

Bemerkung:

Änderung aus dem Haushaltsvollzug 2026 gemäß § 24 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2026.

Neuer Titel

534 02 129 **Veranstaltungen** — **0,0** — **0,0**

(02)

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 05 Startchancen-Programm 2024 bis 2034

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 534 02		T€		

Bemerkung:
Änderung aus dem Haushaltsvollzug 2026 gemäß § 24 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2026.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**10.080,0**	**0,0**	**10.080,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 06 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

381 01 891 **Einnahmen aus der Lotteriezweckabgabe zur Förderung des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein** **334,4** **-0,7** **333,7**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung entsprechend der Änderung bei Tit. 1103 - 981 08 MG 03, vgl. auch Tit. 686 08 MG 04.

381 02 891 **Einnahmen aus der Lotteriezweckabgabe zur Förderung der Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig-Holstein (Friesenstiftung - Friisk Stifting)** **334,4** **-0,7** **333,7**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung entsprechend der Änderung bei Tit. 1103 - 981 07 MG 03, vgl. auch Tit. 686 02 MG 03.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 06 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Zweckbestimmung geändert

684 05 187 **Zuwendungen für internat. Kooperationsprojekte des Landes SH zur Förderung des Minderheitenschutzes, der gesellschaftl. Teilhabe und des soz. Zusammenhalts sowie zur Unterstützung rechtsstaatl. und europ. Integrations- und Transformationsprozesse** — **59,0** — **0,0** — **59,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung der Zweckbestimmung aufgrund der Ausweitung der geförderten Projekte auf internationale Kooperationsvorhaben.

684 10 187 **Förderung einer niederdeutschen Medienplattform** — **140,0** — **0,0** — **140,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+420	420
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+140	140
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+140	140
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+140	140
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:

Die Verpflichtungsermächtigung 2027 i.H.v. 420,0 T€ wird beantragt für die geplante Weiterförderung der niederdeutschen Medienplattform und den Abschluss eines Anschlussvertrages mit der Medienanstalt Hamburg/ Schleswig-Holstein (MA HSH) für den Förderzeitraum 2028-2030.

03 Friesen

Haushaltsvermerk unverändert

686 02 (03) 187 **An die Stiftung für die friesische Volksgruppe im Land Schleswig-Holstein (Friesenstiftung - Friisk Stifting) aus der Lotteriezweckabgabe** — **334,4** — **-0,7** — **333,7**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung entsprechend der Änderung bei Tit. 1103 - 981 07 MG 03, vgl. Tit. 381 02.

Summe der Maßnahmegruppe 03 — **1.659,5** — **-0,7** — **1.658,8**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 06 Minderheiten und Grenzverbände

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		04 Sinti und Roma			
		Haushaltsvermerk unverändert			
686 08 (04)	187	**Förderung des Verbandes Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein aus der Lotteriezweckabgabe**	**334,4**	**-0,7**	**333,7**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Anpassung entsprechend der Änderung bei Tit. 1103 - 981 08 MG 03, vgl. Tit. 381 01.			
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**652,8**	**-0,7**	**652,1**

Abschluss Kapitel 07 06

2027	**Gesamteinnahmen**	**668,8**	**0,0** **-1,4**	**667,4**
	Gesamtausgaben	**5.570,0**	**0,0** **-1,4**	**5.568,6**
	Zuschuss	**4.901,2**	**0,0**	**4.901,2**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		**+420**	**420**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028		**+140**	**140**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029		**+140**	**140**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030		**+140**	**140**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 07 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 10	114	**Planstellen der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst für die Schularten Grundschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Förderzentrum**	**33.374,7**	**+2.836,4**	**36.211,1**

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz und die Planstellen dürfen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst aller allgemeinbildenden Schularten - einschließlich Förderzentrum - und Laufbahnen in Anspruch genommen werden.

Bemerkung:

Anpassung um 2.836,4 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Abschluss Kapitel 07 07

Gesamtausgaben	**45.644,7**	**+2.836,4**	**48.481,1**
		0,0	
keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 08 Deutsche Schulen in Nordschleswig

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Ausgaben			
684 02	024	**Ausgleichszulage aus Bundesmitteln an die deutschen Lehrkräfte in Nordschleswig**	**125,0**	**0,0**	**125,0**
		Haushaltsvermerk geändert			
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei Tit. 231 02 geleistet werden.			
		Bemerkung:			
		Die Anpassung des Haushaltsvermerks dient der Klarstellung, dass die vom Bund zugesagten Mittel verausgabt werden dürfen.			
		Abschluss Kapitel 07 08			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**209,8**	**0,0** **0,0**	**209,8**
		Gesamtausgaben	**2.034,9**	**0,0** **0,0**	**2.034,9**
		Zuschuss	**1.825,1**	**0,0**	**1.825,1**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 09 DigitalPakt Schule und Digitalpakt 2.0 (ohne landeseigene Maßnahmen)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Maßnahmegruppe geändert

02 Digitalpakt 2.0 (ohne landeseigene Maßnahmen)

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Zur Klarstellung wird die Zweckbestimmung um den Klammerzusatz ergänzt, da die landeseigenen Maßnahmen aus haushaltssystematischen Gründen im Kapitel 1407 MG 04 veranschlagt werden.

533 01 (02)	129	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder andere Vertragsformen für Landesmaßnahmen**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen.

Bemerkung:

Der Titel war für landeseigene Maßnahmen vorgesehen, er ist hier entbehrlich, da aus haushaltssystematischen Gründen die Titel für landeseigene Maßnahmen im Kapitel 1407 MG 04 veranschlagt werden, s.a. Tit. 812 02 MG 02.

812 02 (02)	129	**Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen im Rahmen von Landesmaßnahmen (ohne Schulen der Gesundheitsfachberufe)**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen.

Bemerkung:

Der Titel war für landeseigene Maßnahmen vorgesehen, er ist hier entbehrlich, da aus haushaltssystematischen Gründen die Titel für landeseigene Maßnahmen im Kapitel 1407 MG 04 veranschlagt werden, s.a. Tit. 533 01 MG 02.

	Summe der Maßnahmegruppe 02	**13,5**	**0,0**	**13,5**

Abschluss Kapitel 07 09

2027	**Gesamteinnahmen**		**0,0**	
			0,0	
	Gesamtausgaben	**14,5**	**0,0**	**14,5**
			0,0	
	Zuschuss	**14,5**	**0,0**	**14,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

381 02 891 **Verrechnung des Anteils des MWVATT an der Finanzierung des Projekts Me and my City** — **0,0** — **+100,0** — **100,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Ausgaben bei Tit. 684 27 MG 13 zur Verfügung.

Bemerkung:

Schaffung der haushaltstechnischen Voraussetzungen zur Verrechnung des Anteils des MWVATT an der Finanzierung des Projekts Me and my City.

08 Beteiligung der Kommunen nach § 113 SchulG

233 28 (08) 115 **Beteiligung der Kommunen an dem Schullastenausgleich des Landes Schleswig-Holstein mit Hamburg für Kinder aus Schleswig-Holstein in Hamburger Privatschulen** — **963,9** — **+300,0** — **1.263,9**

Bemerkung:

Es werden höhere Einnahmen infolge der Einigung mit der Freien und Hansestadt Hamburg erwartet.

233 58 (08) 129 **Beteiligung der Kommunen an den Schullasten des Landes Schleswig-Holstein mit Hamburg für Kinder aus Schleswig-Holstein an Hamburger Schulen (ohne Privatschulen)** — **2.525,6** — **+700,0** — **3.225,6**

Bemerkung:

Es werden höhere Einnahmen infolge der Einigung mit der Freien und Hansestadt Hamburg erwartet.

Summe der Maßnahmegruppe 08 — **21.158,2** — **+1.000,0** — **22.158,2**

31 Durchführung des Investitionsprogramms des Bundes zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Haushaltsvermerk geändert

Künftig wegfallend in 2029.

Bemerkung:

Streichung der bisherigen Vermerke und Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
119 14 (31)	129	**Rückzahlung überzahlter Beträge aus dem Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Künftig wegfallend in 2029. Umgesetzt nach Tit. 1607 - 119 10 MG 10. **Bemerkung:** Streichung des bisherigen Kopplungsvermerkes und Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.			
331 04 (31)	112	**Zuweisungen des Bundes für Investitionsmaßnahmen zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Künftig wegfallend in 2029. Umgesetzt nach Tit. 1607 - 331 10 MG 10 ohne Vorjahreswerte. **Bemerkung:** Streichung des bisherigen Kopplungsvermerkes und Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.			
334 31 (31)	813	**Entnahme aus dem Sondervermögen IMPULS**	**0,0**		**0,0**
		Haushaltsvermerk geändert Künftig wegfallend in 2028. **Bemerkung:** Streichung des bisherigen Kopplungsvermerkes und Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Titel weggefallen			
359 31 (31)	851	**Entnahme aus der Rücklage Ganztags-Ausbau**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Weggefallen. **Bemerkung:** Streichung des bisherigen Kopplungsvermerkes und Aufnahme eines Wegfallvermerks aus haushaltssystematischen Gründen.			
359 32 (31)	851	**Entnahme aus der Rücklage beschleunigter Ganztags-Ausbau**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Künftig wegfallend in 2029. **Bemerkung:** Streichung des bisherigen Kopplungsvermerkes und Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung nach IMPULS 2040 zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Summe der Maßnahmegruppe 31

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Titel weggefallen

533 01 111 **Arbeitsmedizinische Betreuung im Schulbereich** — **532,0** — **-532,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten umgesetzt nach Tit. 0701 - 533 06.

Bemerkung:
Die Umsetzung erfolgt aus organisatorischen Gründen.

Titel weggefallen

533 02 111 **Datenschutz im Schulbereich** — **10,0** — **-10,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten umgesetzt nach Tit. 0701 - 533 02.

Bemerkung:
Die Umsetzung erfolgt aus organisatorischen Gründen.

534 01 129 **Betriebliches Gesundheitsmanagement an Schulen** — **17,0** — **+13,0** — **30,0**

Bemerkung:
Nach Überprüfung kann bei diesem Titel
a) kein anteiliger Beitrag zur Auflösung einer in der Finanzplanung enthaltenen globalen Minderausgabe in Höhe von 10,0 T€
b) kein Beitrag zur Konsolidierung i.H.v. 3,0 T€
erbracht werden.

Die Kompensation erfolgt bei Tit. 527 21 MG 02.

534 06 129 **Förderung eines Programms für Netzwerkstrukturen zur Leseförderung der Initiative "SH.liest" durch die Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V.** — **85,0** — **+15,0** — **100,0**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nicht möglich. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 534 07.

534 07 129 **Stärkung von Informatik und Future Skills für Schülerinnen und Schüler** — **127,5** — **-127,5** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

112,5 T€ umgesetzt nach Tit. 685 06.

Bemerkung:
Die Umsetzung nach Tit. 685 06 erfolgt erfolgt aus haushaltstechnischen Gründen, da da das Vorhaben künftig mittels Zuwendungen abgewickelt wird.

-15,0 T€ zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 534 06.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

632 02 129 **Ausgleichsleistungen an die Freie und Hansestadt Hamburg für grenzüberschreitenden Schulbesuch** — **13.600,0** — **+11.400,0** — **25.000,0**

Bemerkung:
Gemäß aktuellem Verhandlungsstand mit der Freien und Hansestadt Hamburg wird der Ansatz um 11.400,0 T€ erhöht.

Titel weggefallen

681 02 291 **Unfallrenten u. ä. bei Schülerunfällen** — **26,0** — **-26,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Mit Vorjahreswerten umgesetzt nach Tit. 0701 - 681 02.

Bemerkung:
Die Umsetzung erfolgt aus organisatorischen Gründen.

684 41 129 **Traumapädagogik an Grundschulen** — **0,0** — **+1.500,0** — **1.500,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+3.000	3.000
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.500	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.500	1.500
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
+1.500,0 T€ zuzüglich Verpflichtungsermächtigung zur Weiterführung des Programms.

Zweckbestimmung geändert

684 60 129 **Förderung des PETZE-Instituts für Gewaltprävention im schulischen Zusammenhang** — **198,0** — **0,0** — **198,0**

Bemerkung:
Präzisierung der Zweckbestimmung hinsichtlich des Zuwendungsempfängers.

Neuer Titel

685 06 129 **Zuwendungen im Rahmen des Vorhabens Stärkung von Informatik und Future Skills für Schülerinnen und Schüler** — **0,0** — **+112,5** — **112,5**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+400	400
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+100	100
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+100	100
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+100	100
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+100	100

Neuer Haushaltsvermerk

112,5 T€ umgesetzt von Tit. 534 07.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 685 06			T€		

Bemerkung:
Die Umsetzung von Tit. 534 07 erfolgt aus haushaltstechnischen Gründen, da da das Vorhaben künftig mittels Zuwendungen abgewickelt wird.

Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Bewilligung einer Zuwendung über den Zeitraum von sechs Jahren erforderlich.

02 Lehramtsprüfungen

Haushaltsvermerk unverändert

527 21 (02)	111	**Reisekostenvergütungen**	**90,0**	**-63,0**	**27,0**

Bemerkung:
Zur Kompensation der zurückgenommenen Konsolidierungsbeiträge bei Tit. 527 18 MG 03 (-50,0 T€) sowie bei Tit. 534 01 (-3,0 T€).

-10,0 T€ zur anteiligen Auflösung einer in der Finanzplanung enthaltenen globalen Minderausgabe (1.020,0 T€).

Summe der Maßnahmegruppe 02	**90,0**	**-63,0**	**27,0**

03 Reisekostenvergütungen für Schulausflüge

Haushaltsvermerk unverändert

527 18 (03)	111	**Reisekosten für Lehrerinnen, Lehrer und Begleitpersonen für Schulausflüge an allgemein bildenden Schulen**	**1.642,5**	**+50,0**	**1.692,5**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist der bisher vorgesehene Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nur in Höhe von 150,0 T€ möglich. Eine anteilige Kompensation von 50,0 T€ erfolgt bei Tit. 527 21 MG 02.

Summe der Maßnahmegruppe 03	**1.752,5**	**+50,0**	**1.802,5**

04 "Vertretungsfonds" zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall sowie Personalkosten-Erstattungen an Dritte

Haushaltsvermerk unverändert

422 04 (04)	114	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, die als "Mobile Vertretungsfeuerwehr" an schulamtsgebundenen Schulen eingesetzt werden**	**2.540,0**	**-800,0**	**1.740,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 422 04			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

800,0 T€ umgesetzt nach Tit. 0711 - 422 01.

Bemerkung:
800,0 T€ umgesetzt aufgrund der Zusammenführung von Ausgleichsstunden für Weiterbildungsteilnahmen nach Tit. 0711 - 422 01.

		Summe der Maßnahmegruppe 04	**13.409,9**	**-800,0**	**12.609,9**

05 Beteiligung des Landes an den Kosten der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und anderer Einrichtungen

Haushaltsvermerk unverändert

632 50 (05)	111	**Anteil des Landes an KMK-Vorhaben zur Qualitätssicherung**	**783,8**	**+17,0**	**800,8**

Haushaltsvermerk geändert

Jeweils mit Vorjahreswerten umgesetzt von Tit. 632 55 MG 05, Tit. 632 56 MG 05, Tit. 632 57 MG 05 und Tit. 632 58 MG 05 wegen Zusammenlegung von Titeln von KMK-Vorhaben zur Qualitätssicherung.

17,0 T€ umgesetzt von Tit. 527 23 MG 21.

Bemerkung:
Die Umsetzung erfolgt zur Finanzierung des Bedarfs aufgrund des Haushaltsplans der KMK.

632 51 (05)	011	**Anteil des Landes an den Kosten der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und ihrer Einrichtungen**	**1.207,2**	**+4,2**	**1.211,4**

Bemerkung:
Anteil des Landes gemäß Königsteiner Schlüssel an den Kosten für die Stelle des deutschen Mitglieds im Inspektionsausschuss der Europäischen Schulen im Sekretariat der Kultusministerkonferenz.

		Summe der Maßnahmegruppe 05	**2.338,6**	**+21,2**	**2.359,8**

06 Förderung von Initiativen im Bereich des schulischen Bildungswesens

Haushaltsvermerk unverändert

534 16 (06)	129	**Umsetzung der Internationalisierungsstrategie für Schulen**	**41,7**	**-10,0**	**31,7**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 534 16			T€		

Bemerkung:
-10,0 T€ zur teilweisen Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 536 08 MG 06.

Neuer Titel

535 04 (06)	011	**Regiekosten im Rahmen der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire**	**0,0**	**+6,8**	**6,8**

Neuer Haushaltsvermerk

6,8 T€ umgesetzt von Tit. 0807 - 684 08.

Bemerkung:
Aus dem Haushaltsvollzug 2026. Umsetzung von Tit. 0807 - 684 08 gemäß § 50 Absatz 1 LHO.

536 08 (06)	129	**Umsetzung pädagogischer Begleitmaßnahmen des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch**	**0,0**	**+52,5**	**52,5**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung nur in Höhe von 7,5 T€ möglich. Eine Kompensation erfolgt bei den Tit. 534 16 MG 06 (10,0 T€) und 547 02 MG 14 (42,5 T€).

Summe der Maßnahmegruppe 06	**2.371,9**	**+49,3**	**2.421,2**

07 Zuschüsse an deutsche Privatschulen

Haushaltsvermerk unverändert

684 02 (07)	115	**Zuschüsse an private allgemeinbildende Schulen (ausgenommen Waldorfschulen)**	**52.202,2**	**+875,4**	**53.077,6**

Bemerkung:
Aufgrund der Neuberechnung des Mittelbedarfs in der Ersatzschulfinanzierung für 2027 auf Grundlage der Schülerkostensätze 2027.

684 03 (07)	128	**Zuschüsse an private berufsbildende Schulen**	**5.459,0**	**-507,7**	**4.951,3**

Bemerkung:
Aufgrund der Neuberechnung des Mittelbedarfs in der Ersatzschulfinanzierung für 2027 auf Grundlage der Schülerkostensätze 2027.

684 09 (07)	115	**Zuschüsse für Waldorfschulen**	**36.479,4**	**+252,9**	**36.732,3**

Bemerkung:
Aufgrund der Neuberechnung des Mittelbedarfs in der Ersatzschulfinanzierung für 2027 auf Grundlage der Schülerkostensätze 2027.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 07	**94.294,0**	**+620,6**	**94.914,6**
		09 Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit			
		Haushaltsvermerk unverändert			
684 12 (09)	115	**Zuschuss an den Dänischen Schulverein für die Schulen der dänischen Minderheit**	**54.454,4**	**+300,5**	**54.754,9**
		Bemerkung: Aufgrund der Neuberechnung des Mittelbedarfs in der Ersatzschulfinanzierung für 2027 auf Grundlage der Schülerkostensätze 2027.			
		Summe der Maßnahmegruppe 09	**54.454,4**	**+300,5**	**54.754,9**
		12 Maßnahmen zur Förderung des Schulsports			
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Neuer Titel			
633 12 (12)	129	**Zuweisung an die Landeshauptstadt Kiel zur Stärkung der Gemeinschaftsschule mit Oberstufe Friedrichsort als Partnerschule des Leistungssports**	**0,0**	**+200,0**	**200,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums.			
		Bemerkung: Teil des Olympia-Pakets. Stärkung der Gemeinschaftsschule mit Oberstufe Friedrichsort als Partnerschule des Leistungssports und damit als Ausbildungsort für künftige Olympionikinnen und Olympioniken.			
		Summe der Maßnahmegruppe 12	**492,7**	**+200,0**	**692,7**
		13 Bildungsketten - Übergänge im vorschulischen und schulischen Bildungsverlauf			
		Haushaltsvermerk unverändert			
684 27 (13)	129	**Me and my City - Finanzierung der Träger für die Projektumsetzung in Schleswig-Holstein**	**12,0**	**+100,0**	**112,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 27			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 381 02 geleistet werden.

Bemerkung:
Zur Fortführung des Projekts.
Schaffung der haushaltstechnischen Voraussetzungen zur Verrechnung des Anteils des MWVATT an der Finanzierung des Projekts Me and my City.

		Summe der Maßnahmegruppe 13	**3.117,5**	**+100,0**	**3.217,5**

14 Vorschulische Sprachförderung und Sprachbildung

Haushaltsvermerk unverändert

547 02 (14)	129	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben**	**42,5**	**-42,5**	**0,0**

Bemerkung:
Zur teilweisen Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 536 08 MG 06.

		Summe der Maßnahmegruppe 14	**2.225,0**	**-42,5**	**2.182,5**

15 Vorhaben der Bildungsplanung im schulischen Bereich

Haushaltsvermerk unverändert

525 15 (15)	111	**Aus- und Fortbildung**	**22,0**	**-15,0**	**7,0**

Bemerkung:
Zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 527 61 MG 61.

		Summe der Maßnahmegruppe 15	**221,1**	**-15,0**	**206,1**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

17 Ganztagsschulen, Betreuungsangebote sowie Kooperationen zwischen Schulen und weiteren Partnern

Haushaltsvermerk unverändert

Neuer Titel

684 30 (17)	129	**Förderung einer zusätzlichen Bewegungsstunde in der Primarstufe (“Olympiastunde“)**	**0,0**	**+1.700,0**	**1.700,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums.

Bemerkung:
Teil des Olympia-Pakets. Geplant wird ein zusätzliches wöchentliches Sportangebot für alle Kinder in der Primarstufe.

Summe der Maßnahmegruppe 17	**17.977,0**	**+1.700,0**	**19.677,0**

21 Weiterentwicklung der Qualitätssicherung

Haushaltsvermerk unverändert

525 16 (21)	111	**Stärkung schulischer Eigenverantwortung und Entwicklung der Fachanforderungen**	**51,0**	**+45,0**	**96,0**

Neuer Haushaltsvermerk

36,0 T€ umgesetzt von Tit. 535 21 MG 21.

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung i.H.v. 9,0 T€ bei diesem Titel nicht möglich. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 535 21 MG 21.

Die Umsetzung erfolgt zur Deckung des Bedarfs.

527 23 (21)	111	**Reisekosten**	**17,0**	**-17,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

17,0 T€ umgesetzt nach Tit. 632 50 MG 05.

Bemerkung:
Die Umsetzung erfolgt zur Finanzierung des Bedarfs.

535 21 (21)	111	**Regiekosten zur Qualitätssicherung sowie Aufbau und Durchführung einer internen Evaluation**	**85,0**	**-45,0**	**40,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 535 21			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

36,0 T€ umgesetzt nach Tit. 525 16 MG 21.

Bemerkung:
-9,0 T€ zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 525 16 MG 21.

Die Umsetzung erfolgt zur Deckung des Bedarfs.

		Summe der Maßnahmegruppe 21	**274,7**	**-17,0**	**257,7**

24 Schulische Assistenz

Haushaltsvermerk unverändert

428 24 (24)	112	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**11.576,6**	**+620,9**	**12.197,5**

Bemerkung:
Anpassung um 620,9 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

		Summe der Maßnahmegruppe 24	**21.718,6**	**+620,9**	**22.339,5**

25 Kulturelle Bildung

Haushaltsvermerk unverändert

633 03 (25)	129	**An Schulträger für das Projekt "Kulturschule"**	**65,0**	**0,0**	**65,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+195	195
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+65	65
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+65	65
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+65	65
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Bewilligung einer Zuwendung über den Zeitraum von vier Jahren erforderlich.

671 25 (25)	129	**Erstattungen für von Dritten durchgeführte Projekte**	**165,0**	**-25,0**	**140,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 671 25			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

25,0 T€ umgesetzt nach Tit. 685 25 MG 25.

Bemerkung:

Aus haushaltssystematischen Gründen wird ab 2027 die Projektförderung “Kunst hoch Schule“ im Tit. 685 25 MG 25 zusammengeführt, s.a. Tit. 0740 - 686 10 MG 14.

Neuer Titel

685 25 (25)	129	**Projektförderung “Kunst hoch Schule“**	**0,0**	**+45,0**	**45,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+90	90
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+45	45
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+45	45
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

25,0 T€ umgesetzt von Tit. 671 25 MG 25.
20,0 T€ umgesetzt von Tit. 0740 - 686 10 MG 14.

Bemerkung:

Aus haushaltssystematischen Gründen wird ab 2027 die Projektförderung “Kunst hoch Schule“ zusammengeführt und die bisher getrennt veranschlagten Mittel hier zusammengeführt, s.a. Tit. 671 25 MG 25 und Tit. 0740 - 686 10 MG 14.
Es ist eine dreijährige Projektförderung (2027 - 2029) vorgesehen, so dass eine Verpflichtungsermächtigung 2027 i.H.v. insgesamt 90,0 T€ beantragt wird.

		Summe der Maßnahmegruppe 25	**405,5**	**+20,0**	**425,5**

31 Durchführung des Investitionsprogramms des Bundes zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Haushaltsvermerk geändert

Künftig wegfallend in 2029.

Bemerkung:

Streichung der bisherigen Vermerke und Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

533 31 (31)	129	**Leistungsentgelt an die IB.SH für die finanztechnische Abwicklung des Ausbaus des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein**	**400,0**	**-400,0**	**0,0**

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 31		T€		
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	1.200	-1.200	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	400	-400	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	400	-400	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	400	-400	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	Neuer Haushaltsvermerk			
	Künftig wegfallend in 2028.			
	Umgesetzt nach Tit. 1607 - 533 10 MG 10.			
	Bemerkung: Aufnahme eines Wegfallvermerks und eines Umsetzungsvermerkes aufgrund Umsetzung nach IMPULS 2040 im Haushaltsvollzug 2026 nach § 24 Abs. 11 HG aus haushaltssystematischen Gründen.			
533 33 (31) 129	**Leistungsentgelt an die IB.SH für die finanztechnische Abwicklung des Bundesprogramms**	**300,0**	**-300,0**	**0,0**
	Haushaltsvermerk geändert			
	Künftig wegfallend in 2028.			
	Umgesetzt nach Tit. 1607 - 533 10 MG 10 ohne Vorjahreswerte.			
	Bemerkung: Aufnahme eines Wegfallvermerks und eines Umsetzungsvermerkes aufgrund Umsetzung nach IMPULS 2040 im Haushaltsvollzug 2026 nach § 24 Abs. 11 HG aus haushaltssystematischen Gründen.			
631 31 (31) 129	**Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel an den Bund (einschließlich Zinsen)**	**0,0**		**0,0**
	Neuer Haushaltsvermerk			
	Umgesetzt nach Tit. 1607 - 631 10 MG 10.			
	Bemerkung: Aufnahme des Umsetzungsvermerkes aufgrund der Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) aus haushaltssystematischen Gründen.			
883 13 (31) 112	**Zuweisungen für Investitionen an Träger öffentlicher Schulen**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Haushaltsvermerk geändert			
	Umsetzung nach Tit. 1607 - 883 09 MG 10.			
	Titel weggefallen			
883 33 (31) 112	**Landesmittel zur Kofinanzierung des Investitionsprogramms des Bundes zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder**	**0,0**		**0,0**
	Haushaltsvermerk geändert			
	Weggefallen			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 883 33			T€		

Bemerkung:
Aufnahme eines Wegfallvermerks aufgrund Umsetzung der MG 31 nach nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) aus haushaltssystematischen Gründen.

893 33 (31)	113	**Zuschüsse für Investitionen an Träger von Schulen in privater Trägerschaft**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung nach Tit. 1607 - 893 31 MG 10.

Titel weggefallen

919 33 (31)	851	**Zuführung an die Rücklage Ganztags-Ausbau**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen.

Bemerkung:
Aufnahme des Wegfallvermerkes aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) aus haushaltssystematischen Gründen.

Summe der Maßnahmegruppe 31	**700,0**	**-700,0**	**0,0**

61 Schulpsychologischer Dienst

Haushaltsvermerk unverändert

527 61 (61)	129	**Reisekostenvergütungen für Dienstreisen**	**15,0**	**+15,0**	**30,0**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nicht möglich. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 525 15 MG 15 (+15,0 T€).

Summe der Maßnahmegruppe 61	**26,5**	**+15,0**	**41,5**

68 Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für allgemeinbildende Schulen

Haushaltsvermerk unverändert

422 68 (68)	112	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**53.408,3**	**-1.666,7**	**51.741,6**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 422 68		T€		

Bemerkung:

Reduzierung um 80 Stellen auf Grundlage der im September 2026 von den allgemeinbildenden Schulen gemeldeten DaZ-Schülerzahlen

	Summe der Maßnahmegruppe 68	**55.123,3**	**-1.666,7**	**53.456,6**

Abschluss Kapitel 07 10

2027	**Gesamteinnahmen**	**22.568,2**	**+1.100,0** **0,0**	**23.668,2**
	Gesamtausgaben	**311.821,3**	**+17.325,7** **-4.587,4**	**324.559,6**
	Zuschuss	**289.253,1**	**+11.638,3**	**300.891,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**136.950**	**+2.485**	**139.435**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**134.590**	**+1.310**	**135.900**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**1.020**	**+1.310**	**2.330**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**1.020**	**-235**	**785**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**320**	**+100**	**420**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 11 Grundschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 112 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **348.642,5** — **+1.383,3** — **350.025,8**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 281 01 und 359 01 geleistet werden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Kap. 0701 MG 01, Tit. 0710 - 526 02, Tit. 671 01 und 919 01.

240,0 T€ umgesetzt nach Tit. 0710 - 526 02.
800,0 T€ umgesetzt von Tit. 0710 - 422 04 MG 04.

Bemerkung:
Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

+800,0 T€ umgesetzt aufgrund der Zusammenführung von Ausgleichsstunden für Weiterbildungsteilnahmen von Tit. 0710 - 422 04 MG 04.

+583,3 T€ für 20 Stellen für Entwicklungsfokus Viereinhalbjährige (EVi) zum 01.01.2027. Im Haushaltsentwurf 2027 waren die Stellen erst ab dem 01.08.2027 vorgesehen.

428 01 112 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **35.382,8** — **+41.170,0** — **76.552,8**

Bemerkung:
Anpassung um 41.170,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

429 01 129 **Ausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen

Bemerkung:
Haushaltstechnische Änderung.

88 "Geld statt Stellen" zur Flexibilisierung der Unterrichtsversorgung

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:
Entfall der Maßnahmegruppe, da das Programm "Geld statt Stellen" nicht fortgeführt wird.

Titel weggefallen

427 88 (88) 112 **Beschäftigungsentgelte (Vergütungen) an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 427 88			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
429 88 (88)	112	**Sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Künftig wegfallend.			
		Titel weggefallen			
518 88 (88)	112	**Lizenzgebühren für unterrichtsunterstützende IT-Programme**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
527 88 (88)	112	**Reisekosten**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
547 88 (88)	112	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Summe der Maßnahmegruppe 88	**0,0**	**0,0**	

Abschluss Kapitel 07 11

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**384.025,3**	**+42.553,3** **0,0**	**426.578,6**
	Zuschuss	**384.025,3**	**+42.553,3**	**426.578,6**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 12 Förderzentren und sonderpädagogische Förderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 124 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **136.544,4** — **+11.486,3** — **148.030,7**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 281 01 geleistet werden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 671 01.

Bemerkung:
Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

Anpassung um 11.486,3 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 124 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **45.108,0** — **+7.366,6** — **52.474,6**

Bemerkung:
Anpassung um 7.366,6 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

88 “Geld statt Stellen“ zur Flexibilisierung der Unterrichtsversorgung

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:
Entfall der Maßnahmegruppe, da das Programm “Geld statt Stellen“ nicht fortgeführt wird.

Titel weggefallen

427 88 (88) 124 **Beschäftigungsentgelte (Vergütungen) an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Titel weggefallen

429 88 (88) 124 **Sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Titel weggefallen

518 88 (88) 124 **Lizenzgebühren für unterrichtsunterstützende IT-Programme** — **0,0** — — **0,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 12 Förderzentren und sonderpädagogische Förderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 518 88			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
527 88 (88)	124	**Reisekosten**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
547 88 (88)	124	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Summe der Maßnahmegruppe 88	**0,0**	**0,0**	

Abschluss Kapitel 07 12

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**181.652,4**	**+18.852,9** **0,0**	**200.505,3**
	Zuschuss	**181.652,4**	**+18.852,9**	**200.505,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**

keine Verpflichtungsermächtigung

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 14 Gymnasien

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 114 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **345.055,9** — **+21.810,1** — **366.866,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 281 01 geleistet werden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 671 01.

Bemerkung:
Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung zur Konsolidierung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

Anpassung um 21.810,1 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 114 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **34.359,4** — **+6.020,6** — **40.380,0**

Bemerkung:
Anpassung um 6.020,6 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

88 “Geld statt Stellen“ zur Flexibilisierung der Unterrichtsversorgung

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:
Entfall der Maßnahmegruppe, da das Programm “Geld statt Stellen“ nicht fortgeführt wird.

Titel weggefallen

427 88 (88) 114 **Beschäftigungsentgelte (Vergütungen) an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Titel weggefallen

429 88 (88) 114 **Sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Titel weggefallen

518 88 (88) 114 **Lizenzgebühren für unterrichtsunterstützende IT-Programme** — **0,0** — — **0,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 518 88			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
527 88 (88)	114	**Reisekosten**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
547 88 (88)	114	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Summe der Maßnahmegruppe 88	**0,0**	**0,0**	

Abschluss Kapitel 07 14

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**379.630,6**	**+27.830,7** **0,0**	**407.461,3**
	Zuschuss	**379.630,6**	**+27.830,7**	**407.461,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 15 Gemeinschaftsschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 114 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **491.976,3** — **+26.712,8** — **518.689,1**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 281 01 geleistet werden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 671 01.

Bemerkung:
Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

Anpassung um 26.712,8 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 114 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **68.880,2** — **+18.112,0** — **86.992,2**

Bemerkung:
Anpassung um 18.112,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

88 “Geld statt Stellen“ zur Flexibilisierung der Unterrichtsversorgung

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:
Entfall der Maßnahmegruppe, da das Programm “Geld statt Stellen“ nicht fortgeführt wird.

Titel weggefallen

427 88 (88) 114 **Beschäftigungsentgelte (Vergütungen) an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Titel weggefallen

429 88 (88) 114 **Sonstige nicht aufteilbare Personalausgaben** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Titel weggefallen

518 88 (88) 114 **Lizenzgebühren für unterrichtsunterstützende IT-Programme** — **0,0** — — **0,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 15 Gemeinschaftsschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 518 88			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
527 88 (88)	114	**Reisekosten**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Titel weggefallen			
547 88 (88)	114	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Weggefallen			
		Summe der Maßnahmegruppe 88	**0,0**	**0,0**	

Abschluss Kapitel 07 15

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**560.856,5**	**+44.824,8** **0,0**	**605.681,3**
	Zuschuss	**560.856,5**	**+44.824,8**	**605.681,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 17 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01 154 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **22.619,0** — **+1.228,8** — **23.847,8**

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 281 01 überschritten werden.

Bemerkung:
Aufgrund des Wegfalls der Sabbatrücklagen-Bewirtschaftung werden die entsprechenden Deckungsvermerke nicht mehr benötigt.

Anpassung um 1.228,8 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

422 03 154 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) (Perspektivschulbegleitung)** — **0,0** — — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen

Bemerkung:
Änderung aus dem Haushaltsvollzug 2026 gemäß § 24 Absatz 8 Haushaltsgesetz 2026.

428 01 154 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **3.889,0** — **+815,4** — **4.704,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung um 815,4 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

511 01 154 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** — **129,5** — **+5,0** — **134,5**

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nicht in voller Höhe möglich. Eine Kompensation in Höhe von 5,0 T€ erfolgt bei Tit. 535 05 MG 05.

541 99 061 **Abführung von Steuerzahlungen an das Finanzamt** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 17 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 541 99			T€		

Bemerkung:
Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung. Der mit dem Haushaltsentwurf 2027 eingerichtete Titel wird daher nicht benötigt und gelöscht.

04 Lernen mit digitalen Medien

Haushaltsvermerk unverändert

535 04 (04)	111	**Durchführung von Maßnahmen**	**316,0**	**-5,8**	**310,2**

Neuer Haushaltsvermerk

5,8 T€ umgesetzt nach Tit. 1220 - 518 92.

Bemerkung:
Die Umsetzung erfolgt für die Anmietung von Räumlichkeiten für das IQSH zum Betrieb einer Medienwerkstatt in Itzehoe.

Summe der Maßnahmegruppe 04	**470,6**	**-5,8**	**464,8**

05 Schulentwicklung

Haushaltsvermerk unverändert

535 05 (05)	111	**Umsetzung der Maßnahmen zur Führungskräftequalifizierung und Personalentwicklung im Schulbereich**	**405,0**	**-5,0**	**400,0**

Bemerkung:
- 5,0 T€ zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 511 01.

Summe der Maßnahmegruppe 05	**435,0**	**-5,0**	**430,0**

Abschluss Kapitel 07 17

2027	**Gesamteinnahmen**	**100,0**	**0,0** **0,0**	**100,0**
	Gesamtausgaben	**31.747,2**	**+2.049,2** **-10,8**	**33.785,6**
	Zuschuss	**31.647,2**	**+2.038,4**	**33.685,6**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**

keine Verpflichtungsermächtigung

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 18 Landesförderzentrum Hören und Kommunikation

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	124	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**214,6**	**+37,2**	**251,8**
		Bemerkung: Anpassung um 37,2 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
428 01	124	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**2.274,0**	**+112,9**	**2.386,9**
		Bemerkung: Anpassung um 112,9 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			

Abschluss Kapitel 07 18

2027	**Gesamteinnahmen**	**3.965,1**	**0,0** **0,0**	**3.965,1**
	Gesamtausgaben	**3.588,8**	**+150,1** **0,0**	**3.738,9**
	Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Überschuss	**376,3**	**-150,1**	**226,2**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 19 Landesförderzentren Sehen sowie körperliche und motorische Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	124	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**65,0**	**+10,9**	**75,9**

Bemerkung:

Anpassung um 10,9 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 04	124	**Entgelte für Freiwilligendienste**	**12,0**	**+2,2**	**14,2**

Bemerkung:

Anpassung um 2,2 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01	124	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**1.551,6**	**+143,4**	**1.695,0**

Bemerkung:

Anpassung um 143,4 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Abschluss Kapitel 07 19

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.237,7**	**0,0** **0,0**	**1.237,7**
	Gesamtausgaben	**4.494,9**	**+156,5** **0,0**	**4.651,4**
	Zuschuss	**3.257,2**	**+156,5**	**3.413,7**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 20 Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

Neuer Titel

281 03	139	**Kostenerstattungen im Zusammenhang mit Verfahren der staatlichen Anerkennung von nichtstaatlichen Hochschulen nach §§ 76ff. HSG**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 685 03 geleistet werden.

Bemerkung:

Dieser Titel wurde gemäß § 6 Absatz 1 Haushaltsgesetz 2026 im Haushaltsvollzug für die Abwicklung der Zahlungsströme der institutionellen Reakkreditierung der Dualen Hochschule Schleswig-Holstein (DHSH) eingerichtet. Das Verfahren wurde im Mai 2026 durch den Wissenschaftsrat aufgenommen und wird in 2026 abgeschlossen werden.

06 Zweckgebundene Einnahmen im Hochschulbereich

231 21 (06)	133	**Zuweisung des Bundes für die Hochschulen des Landes**	**26,1**	**0,0**	**26,1**

Haushaltsvermerk geändert

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 685 25 MG 06 zu verwenden.
Darüber hinaus sind Mehreinnahmen zweckgebunden für zusätzliche Ausgaben in der MG 06 zu verwenden.

Bemerkung:

Redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerks.

Summe der Maßnahmegruppe 06	**26,1**	**0,0**	**26,1**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 20 Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Neuer Titel

685 03 139 **Zuweisungen an den Wissenschaftsrat im Zusammenhang mit Verfahren der staatlichen Anerkennung von nichtstaatlichen Hochschulen nach §§ 76ff. HSG** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei Tit. 281 03 geleistet werden.

Bemerkung:

Dieser Titel wurde gemäß § 6 Absatz 1 Haushaltsgesetz 2026 im Haushaltsvollzug für die Abwicklung der Zahlungsströme der institutionellen Reakkreditierung der Dualen Hochschule Schleswig-Holstein (DHSH) eingerichtet. Das Verfahren wurde im Mai 2026 durch den Wissenschaftsrat aufgenommen und wird in 2026 abgeschlossen werden.

06 Zuschüsse an die Hochschulen des Landes

Haushaltsvermerk unverändert

685 06 133 **Hochschulvereinbarung Schleswig-Holstein** — **23.162,8** — **+75,0** — **23.237,8**
(06)

Neuer Haushaltsvermerk

45,0 T€ von Tit. 0720 - 685 20 MG 06 und 30,0 T€ von 0720 - 685 08 MG 08 umgesetzt für die Geschäftsstelle der Allianz für Lehrkräftebildung

Bemerkung:

Im Rahmen der Finanzierung der Geschäftsstelle für die Allianz für Lehrkräftebildung ist es erforderlich, eine dauerhafte Finanzierung gemäß § 18a Absatz 6 Satz 3 HSG in Höhe von 400,0 T€ p. a. ab 2027 sicherzustellen; im Haushaltsentwurf vorgesehen sind bislang 310,0 T€.
Zur Finanzierung des Mehrbedarfs werden 15,0 T€ von 284,7 T€, die zum Ausgleich von Kostensteigerungen bei den Verträgen von studentischen Hilfskräften im Rahmen der gesetzlich geregelten Anpassung des Mindestlohns vorgesehen wurden, nunmehr hierfür verwendet: nach Rückmeldungen der Hochschulen werden an Stelle der eingeplanten 284,7 T€ ab 2027 nur 269,5 T€ benötigt.
Darüber hinaus werden insgesamt 75,0 T€ von den Tit. 0720 - 685 20 MG 06 und 0720 - 685 08 MG 08 hierher umgesetzt.

685 20 139 **Maßnahmenbudget** — **1.080,0** — **-45,0** — **1.035,0**
(06)

Neuer Haushaltsvermerk

45,0 T€ umgesetzt nach Tit. 0720 - 685 06 MG 06 zur Deckung des Mehrbedarfs bei der Finanzierung der Geschäftsstelle der Allianz für Lehrkräftebildung.

685 23 133 **Zuschuss an die Europa-Universität Flensburg** — **35.705,5** — **0,0** — **35.705,5**
(06)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 685 23			T€		

Haushaltsvermerk geändert

900,0 T€ umgesetzt von Tit. 685 08 MG 08

		Summe der Maßnahmegruppe 06	**447.426,7**	**+30,0**	**447.456,7**

08 Allianz für Lehrkräftebildung im Hochschulbereich

Haushaltsvermerk unverändert

685 08 (08)	139	**Zuschuss für Maßnahmen der Allianz für Lehrkräftebildung**	**30,0**	**-30,0**	**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

30,0 T€ umgesetzt nach Tit. 0720 - 685 06 MG 06 zur Deckung des Mehrbedarfs bei der Finanzierung der Geschäftsstelle der Allianz für Lehrkräftebildung.

		Summe der Maßnahmegruppe 08	**30,0**	**-30,0**	**0,0**

10 Bundes-, Bund-Länder- und länderübergreifende Förderprogramme im Wissenschaftsbereich

Haushaltsvermerk unverändert

685 34 (10)	133	**Zukunftsvertrag “Studium und Lehre stärken“**	**97.266,9**	**0,0**	**97.266,9**

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zur Höhe von 48.633,5 T€, darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 12 MG 10, geleistet werden.

Übertragbar auch in Höhe der nicht verbrauchten Einnahmen.

Bemerkung:

Korrektur des Betrages im Haushaltsvermerk an die Veranschlagung in Tit. 231 12 MG 10.

		Summe der Maßnahmegruppe 10	**98.172,3**	**0,0**	**98.172,3**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 20 Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 07 20			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**48.659,6**	**0,0** **0,0**	**48.659,6**
		Gesamtausgaben	**550.342,8**	**+75,0** **-75,0**	**550.342,8**
		Zuschuss	**501.683,2**	**0,0**	**501.683,2**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**200**	**-**	**200**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**100**	**-**	**100**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**100**	**-**	**100**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030			
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

01 Zuschuss an das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) für seine Aufgaben und die Aufgaben der Fachbereiche Medizin in der klinischen Medizin nach dem Hochschulgesetz (HSG)

Haushaltsvermerk unverändert

682 01 (01)	132	**Zuschuss für Forschung und Lehre in der klinischen Medizin**	**136.643,0**	**+1.153,9**	**137.796,9**

Neuer Haushaltsvermerk

1.153,9 T€ umgesetzt von Tit. 1111 - 971 02.

Bemerkung:

Mehrbedarf aufgrund der aktuellen Besoldungserhöhung; die Finanzierung erfolgt aus der Absenkung der Vorsorge, vgl. Nr. 3 der Erläuterung zu Tit. 1111 - 971 02.

682 03 (01)	132	**Zuschuss zur Deckung der Mieten für Gebäude und Geräte**	**9.053,0**	**-9.053,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

9.053,0 T€ umgesetzt nach Tit. 1223 - 682 01.

Bemerkung:

Zuständigkeit für Bauvorhaben und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten im Bereich UKSH - Krankenversorgung liegt im FM.

891 01 (01)	132	**Zuschuss für Investitionen in der Krankenversorgung**	**26.000,0**	**-26.000,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

26.000,0 T€ umgesetzt nach Tit. 1223 - 891 01.

Bemerkung:

Zuständigkeit für Bauvorhaben und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten im Bereich UKSH - Krankenversorgung liegt im FM.

Summe der Maßnahmegruppe 01	**179.248,3**	**-33.899,1**	**145.349,2**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 21 Innovation und Hochschulmedizin

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

02 Digitalisierung und Transfer im Hochschulbereich

Haushaltsvermerk unverändert

685 01 (02)	139	**Zuschuss für Digitalisierungs- und Transferprojekte**	**185,7**	**0,0**	**185,7**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+280	280
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+70	70
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+70	70
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+70	70
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+70	70

Bemerkung:
Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Bewilligung einer überjährigen Förderung der Landesinitiative Forschungdatenmangement Schleswig-Holstein (kurz FDM.SH) der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen über den Zeitraum von fünf Jahren benötigt. Ziel der fünfjährigen Förderung ist eine Verstetigung der Finanzierung der Initiative, um erforderliche gesellschaftsrechtliche und organisatorische Weiterentwicklungen anstoßen zu können. Die Finanzierung erfolgt aus den verfügbaren Haushaltsmitteln der MG 02 des Kapitel 0721.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**537,7**	**0,0**	**537,7**

04 Anteile des Landes an der Finanzierung überregionaler Einrichtungen

685 05 (04)	139	**Anteil an den Kosten des Wissenschaftsrates**	**177,3**	**-19,5**	**157,8**

Bemerkung:
Minderbedarf aufgrund Anpassung an den aktuellen Bedarf gem. vorläufigem Wirtschaftsplan des Wissenschaftsrates.

Summe der Maßnahmegruppe 04	**297,3**	**-19,5**	**277,8**

05 Bundes-, Bund-Länder- und länderübergreifende Förderungen

685 11 (05)	139	**Anteil des Landes an der Förderinitiative Innovative Hochschule**	**294,3**	**+29,4**	**323,7**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 685 11			T€		
		Bemerkung: Mehrbedarf aufgrund des Aufwuchses der Finanzierung für das HHJ 2027 der vier Maßnahmen in Schleswig-Holstein im Rahmen der Bund-Länder-Initiative Innovative Hochschule.			
685 30 (05)	164	**Anteil des Landes an der Förderinitiative Forschung an Fachhochschulen bzw. Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW)**	**210,3**	**+19,0**	**229,3**
		Bemerkung: Mehrbedarf aufgrund Anpassung an den tatsächlichen Bedarf gem. Bund-Länder-Vereinbarung aufgrund Förderung eines weiteren Vorhabens in Schleswig-Holstein.			
		Summe der Maßnahmegruppe 05	**5.300,1**	**+48,4**	**5.348,5**

Abschluss Kapitel 07 21

2027	**Gesamteinnahmen**	**912,3**	**0,0** **0,0**	**912,3**
	Gesamtausgaben	**197.522,7**	**+1.202,3** **-35.072,5**	**163.652,5**
	Zuschuss	**196.610,4**	**-33.870,2**	**162.740,2**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**230**	**+280**	**510**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**115**	**+70**	**185**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**115**	**+70**	**185**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030		**+70**	**70**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff		**+70**	**70**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 23 Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

359 02	851	**Entnahme aus der Rücklage für überregionale Finanzierungen im Forschungsbereich**	**0,0**	**+933,5**	**933,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Veranschlagung der voraussichtlichen Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage in Höhe des erwarteten Bedarfes zur anteiligen Finanzierung der N+3 Abrechnung des Jahrs 2024 der Max Planck-Gesellschaft (vgl. Tit. 685 12 MG 01).

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 23 Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

01 Überregionale Finanzierungen im Forschungsbereich

Haushaltsvermerk unverändert

685 10 (01) 164 **Institutionelle Förderung öffentlicher Einrichtungen - Fraunhofer** — **2.001,8** — **+28,8** — **2.030,6**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Mehrbedarf aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf gemäß vorläufigen Wirtschaftsplan der FhG.

685 12 (01) 164 **Anteil des Landes an der Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft - MPG -** — **25.171,5** — **+1.119,5** — **26.291,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Mehrbedarf aufgrund des erwarten Bedarfs gemäß Wirtschaftsplan.
Davon 186,0 T€ mehr zur Finanzierung des SH-Anteils entsprechend der vorläufigen Aufteilung der gemeinsamen Zuwendung des Bundes und der Länder für das Planungsjahr 2027 sowie 933,5 T€ mehr aufgrund N+3 Abrechnung des Jahres 2024. Die Mehrkosten in Folge der N+3-Abrechnung des Jahres 2024 werden aus der zweckgebundenen Rücklage finanziert (vgl. Tit. 359 02).

685 18 (01) 164 **Zuschuss für den laufenden Betrieb des European XFEL** — **2.955,2** — **-354,2** — **2.601,0**

Bemerkung:
Minderbedarf aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf gemäß vorläufigem Wirtschaftsplan 2027.

Summe der Maßnahmegruppe 01 — **73.018,3** — **+794,1** — **73.812,4**

63 Helmholtz-Zentrum hereon

Haushaltsvermerk unverändert

686 63 (63) 164 **Betriebszuschuss an das Helmholtz-Zentrum hereon** — **6.720,0** — **+168,0** — **6.888,0**

Bemerkung:
Mehrbedarf aufgrund einer erwarteten Anpassung des Wirtschaftsplans des hereon zur Finanzierung der Maßnahmen “Digital Twins“. Der Mehrbedarf entspricht dem schleswig-holsteinischen Finanzierungsanteil i.H.v. 10% (vgl. MG-Erläuterung).

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 23 Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
893 63 (63)	164	**Investitionszuschuss an das Helmholtz-Zentrum hereon**	**1.227,0**	**-40,0**	**1.187,0**
		Bemerkung: Minderbedarf aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf gemäß vorläufigem Wirtschaftplan.			
		Summe der Maßnahmegruppe 63	**7.947,0**	**+128,0**	**8.075,0**
	65	**Institut des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) für Maritime Technologien und Antriebssysteme**			
		Haushaltsvermerk unverändert			
685 65 (65)	169	**Zuschuss als Landesanteil für die Förderung des laufenden Betriebs des DLR**	**1.798,0**	**-237,4**	**1.560,6**
		Bemerkung: Minderbedarf aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf gemäß vorläufigem Wirtschaftsplan.			
893 65 (65)	165	**Zuschuss als Landesanteil für die Förderung von Investitionen des DLR**	**262,8**	**-71,1**	**191,7**
		Bemerkung: Minderbedarf aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf gemäß vorläufigem Wirtschaftsplan.			
		Summe der Maßnahmegruppe 65	**2.060,8**	**-308,5**	**1.752,3**

		Abschluss Kapitel 07 23			
2027		**Gesamteinnahmen**	**56.143,1**	**+933,5** **0,0**	**57.076,6**
		Gesamtausgaben	**182.428,0**	**+1.316,3** **-702,7**	**183.041,6**
		Zuschuss	**126.284,9**	**-319,9**	**125.965,0**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**3.973**	**-**	**3.973**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.300**	**-**	**1.300**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**1.324**	**-**	**1.324**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**1.349**	**-**	**1.349**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 24 Leistungen für Schülerinnen und Schüler und Studierende

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

03 Soziale Leistungen für Studierende

Haushaltsvermerk unverändert

Zweckbestimmung geändert

681 35 (03)	142	**Zuschüsse des Landes an das Studentenwerk Schleswig-Holstein zum Ausbau der internen Kapazitäten für wohnheimbedingte Planungen**	**750,0**	**0,0**	**750,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Durch eine Konkretisierung der Zweckbestimmung soll die Intention für die Veranschlagung des Zuschusses verdeutlicht werden.

Summe der Maßnahmegruppe 03	**5.749,9**	**0,0**	**5.749,9**

Abschluss Kapitel 07 24

2027	**Gesamteinnahmen**	**141.500,0**	**0,0** **0,0**	**141.500,0**
	Gesamtausgaben	**153.233,1**	**0,0** **0,0**	**153.233,1**
	Zuschuss	**11.733,1**	**0,0**	**11.733,1**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

541 02 187 **Zur Ausrichtung von Tagungen** **2,5** **-0,5** **2,0**

Bemerkung:
Zur Kompensation des zurückgenommenen Konsolidierungsbeitrages bei Tit. 534 06 MG 13.

06 Förderung des Bibliothekswesens und der Literatur

Haushaltsvermerk unverändert

633 04 (06) 186 **Förderung von Innovationen in Öffentlichen Bibliotheken** **190,0** **-20,0** **170,0**

Neuer Haushaltsvermerk

20,0 T€ umgesetzt nach Tit. 684 26 MG 06.

Bemerkung:
Die Umsetzung i.H.v. 20,0 T€ erfolgt zur Verstetigung von Angeboten für Schulbibliotheken, vgl. Tit. 684 26 MG 06.

684 26 (06) 187 **Leseförderung** **55,0** **+20,0** **75,0**

Neuer Haushaltsvermerk

20,0 T€ umgesetzt von Tit. 633 04 MG 06.

Bemerkung:
Die bisher aus dem Tit. 633 04 MG 06 “Förderung von Innovationen im Öffentlichen Bibliotheken“ geförderten Angebote für Schulbibliotheken sollen verstetigt werden. Hierfür wird die in dem Tit. 684 26 MG 06 veranschlagte Projektförderung an den Landesverband Bibliotheken e.V. um 20,0 T€ erhöht.

Summe der Maßnahmegruppe 06 **959,4** **0,0** **959,4**

13 Internationale Kulturmaßnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

534 06 (13) 187 **Regiekosten für internationale Kulturmaßnahmen** **1,5** **+0,5** **2,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 534 06			T€		

Bemerkung:
Nach Überprüfung ist ein Beitrag zur Konsolidierung bei diesem Titel nicht möglich. Eine Kompensation erfolgt bei Tit. 541 02.

		Summe der Maßnahmegruppe 13	**459,6**	**+0,5**	**460,1**

14 Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

686 10 (14)	187	**Kulturelle Kinder- und Jugendbildung**	**168,2**	**-20,0**	**148,2**

Neuer Haushaltsvermerk

20,0 T€ umgesetzt nach Tit. 0710 - 685 25 MG 25.

Bemerkung:
Aus haushaltssystematischen Gründen wird ab 2027 die Projektförderung “Kunst hoch Schule“ im Tit. 0710 - 685 25 MG 25 zusammengeführt, s.a. Tit. 0710 - 671 25 MG 25.

		Summe der Maßnahmegruppe 14	**2.739,5**	**-20,0**	**2.719,5**

15 Museen und kulturelles Erbe

Haushaltsvermerk unverändert

893 07 (15)	183	**Investitionsprogramm Kulturelles Erbe**	**570,0**	**0,0**	**570,0**

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 334 02 geleistet werden.

Zusätzlich gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 0745 - 893 01.

Minderausgaben sowie nicht verwendete tatsächliche Einnahmen bei Tit. 334 02 dürfen bei Tit. 1611 - 634 01 für Zuführungen zum Sondervermögen IMPULS 2040 verwendet werden.

Bemerkung:
Anpassung des 1. Haushaltsvermerks (Streichung des Wortes “zusätzlich“) aufgrund des einmaligen Konsolidierungsbeitrages erforderlich.

		Summe der Maßnahmegruppe 15	**1.542,0**	**0,0**	**1.542,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 07 40			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**1.605,7**	**0,0** **0,0**	**1.605,7**
		Gesamtausgaben	**32.018,9**	**+20,5** **-40,5**	**31.998,9**
		Zuschuss	**30.413,2**	**-20,0**	**30.393,2**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**5.165**	**-**	**5.165**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**2.505**	**-**	**2.505**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**2.395**	**-**	**2.395**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**145**	**-**	**145**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**120**	**-**	**120**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 41 Kirchen- und Religionsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

684 01	199	**Zuschüsse an Kirchen und kirchliche Organisationen**	**18.605,8**	**+913,0**	**19.518,8**
		Bemerkung: Mehrbedarf von 913,0 T€ aufgrund Angleichung an die aktuelle Besoldungserhöhung; die Erhöhung erfolgt durch Absenkung der hierfür gebildeten Vorsorge, vgl. Tit. 1111 - 971 02.			
684 02	199	**Zuschüsse für die religiösen und kulturellen Angelegenheiten der jüdischen Landesverbände**	**1.088,3**	**+63,4**	**1.151,7**
		Bemerkung: Mehrbedarf von 63,4 T€ aufgrund Angleichung an die aktuelle Besoldungserhöhung; die Erhöhung erfolgt durch Absenkung der hierfür gebildeten Vorsorge, vgl. Tit. 1111 - 971 02.			

Abschluss Kapitel 07 41

2027	**Gesamteinnahmen**		**0,0**	
			0,0	
	Gesamtausgaben	**19.931,0**	**+976,4**	**20.907,4**
			0,0	
	Zuschuss	**19.931,0**	**+976,4**	**20.907,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

119 05	162	**Erlöse und sonstige Einnahmen**	**45,0**	**0,0**	**45,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Haushaltsvermerk “Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden.“ zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

282 01	162	**Zuschüsse der DFG für das Projekt Erschließung Nachlass Prof. Heydemann**	**0,0**	**+62,0**	**62,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Das Projekt wurde bis zum 31.08.2027 verlängert, vgl. Ausgabetitel der Maßnahmegruppe 63.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 162 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **1.199,1** — **+145,3** — **1.344,4**

Bemerkung:

Anpassung um 145,3 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 03 162 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **68,0** — **+37,6** — **105,6**

Bemerkung:

Anpassung um 37,6 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 162 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.397,1** — **+124,1** — **1.521,2**

Bemerkung:

Anpassung um 124,1 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung. Der mit dem Haushaltsentwurf 2027 eingerichtete Titel wird daher nicht benötigt und gelöscht, s.a. Änderung bei Tit. 119 05.

63 DFG-Projekt Erschließung Nachlass Prof. Heydemann

Haushaltsvermerk unverändert

427 63 (63) 162 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **0,0** — **+50,0** — **50,0**

Bemerkung:

Das Projekt wurde bis zum 31.08.2027 verlängert, vgl. Tit. 282 01.

547 63 (63) 162 **Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** — **0,0** — **+12,0** — **12,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 42 Landesarchiv

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 547 63		T€		

Bemerkung:
Das Projekt wurde bis zum 31.08.2027 verlängert, vgl. Tit. 282 01.

Summe der Maßnahmegruppe 63	**0,0**	**+62,0**	**62,0**

Abschluss Kapitel 07 42

2027	**Gesamteinnahmen**	**400,8**	**+62,0** **0,0**	**462,8**
	Gesamtausgaben	**3.466,0**	**+369,0** **0,0**	**3.835,0**
	Zuschuss	**3.065,2**	**+307,0**	**3.372,2**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**153**	**-**	**153**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**153**	**-**	**153**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

111 01 162 **Gebühren und tarifliche Entgelte** **12,0** **0,0** **12,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Haushaltsvermerk “Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden.“ zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

124 01 162 **Einnahmen aus Vermietungen der Räumlichkeiten an Dritte zur Durchführung von Veranstaltungen** **0,0** **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Die tatsächlichen Einnahmen können zusätzlich für Mehrausgaben bei Tit. 533 07 verwendet werden.

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Haushaltsvermerk “Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden.“ zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

359 01 851 **Entnahme aus der Rücklage** **0,0** **0,0** **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. 812 01 zur Verfügung.

Bemerkung:

Für den Fall, dass die Rücklage in 2026 nicht in voller Höhe abgewickelt werden kann, ist vorsorglich der ursprüngliche Haushaltsvermerk nochmals aufgenommen worden.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

428 01 162 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **894,1** — **+101,7** — **995,8**

Bemerkung:
Anpassung um 101,7 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

533 07 162 **Aufwendungen für Pförtnerdienste** — **90,0** — **0,0** — **90,0**

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 124 01 geleistet werden.

Bemerkung:
Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist er Zusatz im Haushaltsvermerk ".., sofern diese nicht für Ausgaben bei Tit. 541 99 zu verwenden sind." zu streichen, vgl. Tit.124 01 und Tit. 541 99.

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen.

Bemerkung:
Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung. Der mit dem Haushaltsentwurf 2027 eingerichtete Titel wird daher nicht benötigt und gelöscht, s.a. Änderung bei Tit. 111 01 und 124 01.

Abschluss Kapitel 07 43

		Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
2027	**Gesamteinnahmen**	**12,0**	**0,0** **0,0**	**12,0**
	Gesamtausgaben	**2.404,3**	**+101,7** **0,0**	**2.506,0**
	Zuschuss	**2.392,3**	**+101,7**	**2.494,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**800**	**-**	**800**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**400**	**-**	**400**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**400**	**-**	**400**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 01 und bis zur Höhe der angeordneten Mehreinnahmen bei Tit. 233 01 und 282 02 dürfen zusätzlich Mehrausgaben bei den Titeln der HGr. 4 und HGr. 5 geleistet werden, sofern sie nicht für Mehrausgaben der Maßnahmegruppe 61 verwendet werden.
Ausgaben der HGr. 4 und HGr. 5 des Grundhaushalts sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben der MG 61, sofern deren Finanzierung aus Einnahmen sichergestellt ist.

Die Ausgaben der HGr. 5 des Grundhaushalts sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der HGr. 8.

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Zusatz im 1. Kapitelvermerk "..., sofern diese nicht für Ausgaben bei Tit. 541 99 zu verwenden sind." zu streichen, vgl. Tit.119 01, Tit. 233 01, Tit. 282 02 und Tit. 541 99.
Darüber hinaus ist eine Änderung des Kapitelvermerks 0744 erforderlich, um - wie in den Vorjahren - im Bedarfsfalle zu ermöglichen, dass die Einnahmen aus Erstattungen und Beiträgen Dritter für Maßnahmen der Archäologischen Denkmalpflege (Tit. 233 01 und Tit. 282 02) auch für Mehrausgaben bei den Titeln der HGr. 4 und HGr. 5 des Grundhaushalts zur Verfügung gestellt werden können.

Einnahmen

119 01	195	**Einnahmen aus dem Verkauf von Fotos und Filmen von archäologischen Grabungen und Funden des ALSH**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen zusätzlich Mehrausgaben bei der Maßnahmegruppe 61 sowie bei Titeln der HGr. 4 und 5 des Grundhaushalts geleistet werden.

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der bisherige 2. Haushaltsvermerk "Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden." zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

119 02	195	**Einnahmen aus Veröffentlichungen**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei der Maßnahmegruppe 64 geleistet werden.

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Zusatz in dem 1. Haushaltsvermerk "..., sofern sie nicht für Ausgaben bei Tit. 541 99 verwendet werden." sowie ist der bisherige 2. Haushaltsvermerk "Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden." zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

119 99	195	**Vermischte Einnahmen**	**12,0**	**0,0**	**12,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Haushaltsvermerk "Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden." zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

231 01	195	**Zuweisung des Bundes für archäologische Denkmalpflege**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 231 01		T€		

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben bei der Maßnahmegruppe 61 geleistet werden.

Bemerkung:
Änderung des Haushaltsvermerks, da die Mehreinnahmen nicht für Tit. der HGr. 4 und 5 des Grundhaushalts zur Verfügung stehen sollen.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 195 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **238,7** — **+10,0** — **248,7**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

10,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 01 195 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **198,0** — **-78,0** — **120,0**

Neuer Haushaltsvermerk

78,0 T€ umgesetzt nach Tit. 428 01.

Bemerkung:

Die Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit den 3 neu beantragten Stellen (vgl. Stellenplan).

428 01 195 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.346,1** — **+118,0** — **2.464,1**

Haushaltsvermerk geändert

78,0 T€ umgesetzt von Tit. 427 01.
250,0 T€ umgesetzt von Tit. 422 01.

Bemerkung:

Die Umsetzung i.H.v. 78,0 T€ erfolgt im Zusammenhang mit den 3 neu beantragten Stellen (vgl. Stellenplan).

40,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Neuer Titel

526 01 195 **Gerichts- und ähnliche Kosten sowie Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** — **0,0** — — **0,0**

Bemerkung:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.
Vorgesehen für anwaltliche Beratungskosten insbesondere bei der Unterstützung bei Terminen vor dem Verwaltungsgericht sowie für die juristische Beratung im Zusammenhang mit Detektorgängen und anderen archäologischen Themen. Bei Bedarf wird die Finanzierung im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HG 5 oder durch Inanspruchnahme des Kapitelvermerks sichergestellt.

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 541 99		T€		

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung. Der mit dem Haushaltsentwurf 2027 eingerichtete Titel wird daher nicht benötigt und gelöscht, s.a. Änderung bei Tit. 119 01, Tit. 119 02 und Tit. 119 99 sowie bei Tit. 233 01, Tit. 282 02 und MG 61 und MG 64.

61 Archäologische Denkmalpflege

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 01 und Tit. 272 01 sowie bis zur Höhe der angeordneten Mehreinnahmen bei Tit. 231 01, Tit. 233 01 und Tit. 282 02 dürfen zusätzlich Mehrausgaben bei der Maßnahmegruppe 61 geleistet werden, sofern die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 01 und Tit. 272 01 sowie die angeordneten Mehreinnahmen bei Tit. 233 01 und Tit. 282 02 nicht für Mehrausgaben bei Tit. der HGr. 4 und 5 des Grundhaushalts verwendet werden.
Ausgaben der MG 61 sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der HGr. 4 und HGr. 5 des Grundhaushalts, sofern ihre Finanzierung aus Einnahmen sichergestellt ist.
Übertragbar.

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Zusatz im 2. Haushaltsvermerk zur Maßnahmegruppe MG 61 “Die nicht für Tit. 541 99 verwendeten ...“ zu streichen, vgl. Tit. 119 01, Tit. 233 01, Tit. 282 02 und Tit. 541 99.
Darüber hinaus ist eine Ergänzung des Haushaltsvermerks der Maßnahmegruppe 61 erforderlich, um - wie in den Vorjahren - im Bedarfsfalle zu ermöglichen, dass die Einnahmen aus Erstattungen und Beiträgen Dritter für Maßnahmen der Archäologischen Denkmalpflege (Tit. 233 01 und Tit. 282 02) auch für Mehrausgaben bei den Titeln der HGr. 4 und HGr. 5 des Grundhaushalts zur Verfügung gestellt werden können.

Summe der Maßnahmegruppe 61	**6.009,4**	**0,0**	**6.009,4**

64 UNESCO Weltkulturerbe Haithabu/Danewerk

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 und Tit. 282 03 geleistet werden.

Bemerkung:

Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Zusatz im 2. Haushaltsvermerk zur Maßnahmegruppe MG 61 “Die nicht für Tit. 541 99 verwendeten ....“ zu streichen, vgl. Tit. 119 02 und Tit. 541 99.

428 64 (64)	195	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**100,0**	**+6,2**	**106,2**

Neuer Haushaltsvermerk

6,2 T€ umgesetzt von Tit. 535 64 MG 64.

Bemerkung:

Die Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit der beantragten Stellenhebung (vgl. Stellenplan).

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
535 64 (64)	195	**Für Aufträge an Dritte**	**70,0**	**-6,2**	**63,8**
		Neuer Haushaltsvermerk 6,2 T€ umgesetzt nach Tit. 428 64 MG 64. **Bemerkung:** Die Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit der beantragten Stellenhebung (vgl. Stellenplan).			
		Summe der Maßnahmegruppe 64	**323,8**	**0,0**	**323,8**

Abschluss Kapitel 07 44

2027	**Gesamteinnahmen**	**6.008,2**	**0,0** **0,0**	**6.008,2**
	Gesamtausgaben	**9.229,4**	**+134,2** **-84,2**	**9.279,4**
	Zuschuss	**3.221,2**	**+50,0**	**3.271,2**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**156**	**-**	**156**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**78**	**-**	**78**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**78**	**-**	**78**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 111 01 und bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 dürfen zusätzlich Mehrausgaben bei Titeln der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titel der OGr. 42 zusätzlich gegenseitig deckungsfähig.

Bemerkung:
Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der Zusatz im 1. Kapitelvermerk “, sofern sie nicht für Ausgaben bei Tit. 541 99 verwendet werden.“ zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

Einnahmen

111 01	188	**Gebühren und tarifliche Entgelte**	**105,0**	**0,0**	**105,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titeln der HGr. 5 bis 8 verwendet werden.

Bemerkung:
Infolge des Wegfalls des Tit. 541 99 ist der bisherige 2. Haushaltsvermerk “Bis zur Höhe des Umsatzsteueranteils der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei Tit. 541 99 geleistet werden.“ ist zu streichen, vgl. Tit. 541 99.

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 188 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **1.030,7** — **+100,0** — **1.130,7**

Haushaltsvermerk geändert

50,0 T€ umgesetzt von Tit. 428 01.
200,0 T€ umgesetzt von Tit. 0744 - 422 01.

Bemerkung:

Die Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit der Umwandlung einer Stelle (vgl. Stellenplan).

50,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 188 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.495,6** — **-30,0** — **1.465,6**

Neuer Haushaltsvermerk

50,0 T€ umgesetzt nach Tit. 422 01.

Bemerkung:

Die Umsetzung erfolgt im Zusammenhang mit der Umwandlung einer Stelle (vgl. Stellenplan).

20,0 T€ von insgesamt 167.633,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassungen und Tariferhöhungen für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung. Der mit dem Haushaltsentwurf 2027 eingerichtete Titel wird daher nicht benötigt und gelöscht, s.a. Tit. 111 01 und Tit. 119 04.

Abschluss Kapitel 07 45

2027	**Gesamteinnahmen**	**106,0**	**0,0** **0,0**	**106,0**
	Gesamtausgaben	**3.625,5**	**+100,0** **-30,0**	**3.695,5**
	Zuschuss	**3.519,5**	**+70,0**	**3.589,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**100**	**-**	**100**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**100**	**-**	**100**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 07

2027	**Gesamteinnahmen**	**287.770,3**	**+2.355,5 -1,4**	**290.124,4**
	Gesamtausgaben	**3.470.794,7**	**+192.224,1 -41.323,0**	**3.621.695,8**
	Zuschuss	**3.183.024,4**	**+148.547,0**	**3.331.571,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**158.061**	**+3.185**	**161.246**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**144.658**	**+1.520**	**146.178**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**10.449**	**+1.520**	**11.969**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**2.514**	**-25**	**2.489**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**440**	**+170**	**610**

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

381 04 891 **Verrechnung der anteiligen Erstattungen der EU aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) - Förderperiode 2023 - 2027** — **55.167,6** — **+800,0** — **55.967,6**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen dürfen Ausgaben bei den Titeln 0801 - 422 01 und 428 01, 0802 - 685 28 MG 22, 685 29 MG 22, 683 05 MG 30, 683 14 MG 30, 686 30 MG 30, 0805 - 892 03, 883 05 MG 03, 893 01 MG 03, 893 02 MG 03, 0808 - 422 01 und 428 01 geleistet werden.

Bemerkung:

+ 800,0 T€ für Teilanpassung der Personalkosten aus der Technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 422 01, 428 01 und 0808 - 422 01, 428 01. Mit dem MEKUN abgestimmt.

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **179,6** — **+16,8** — **196,4**

Bemerkung:

Anpassung um + 16,8 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **11.152,8** — **+1.148,0** — **12.300,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 350,0 T€ für Teilanpassung der Personalkosten aus der Technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 381 04. Abgestimmt mit dem MEKUN.
+ 200,0 T€ Umsetzung von Titel 0804 - 682 07 wegen angepasster Bedarfe Personalkostenbudget.
+ 598,0 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

422 03 331 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **141,6** — **+4,4** — **146,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um + 4,4 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

427 01 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **10,0** — **+0,7** — **10,7**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um + 0,7 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **9.280,6** — **+510,8** — **9.791,4**

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0801 - 356 06 und 0801 - 359 01 verstärkt werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck bei den Titeln 0801 - 232 01, 232 02, 381 04, 381 05, 381 07, 0804 - 261 01, 0807 - 271 02, 271 03 und 287 01 zugesagten Einnahmen geleistet werden.

Bemerkung:

+ 150,0 T€ für Teilanpassung der Personalkosten aus der Technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 381 04. + Ergänzung Haushaltsvermerk.
+ 360,8 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

525 01 011 **Aus- und Fortbildung** **117,5** **+1,0** **118,5**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

+ 1,0 T€ Umverteilung z. L. Titel 0808 - 525 01 MG 02 im Zusammenhang mit dem digitalen Reisemanagement und der damit verbundenen zentralen Buchung der Reisekosten im DLZP. Umschichtung notwendig, da der Deckungsvermerk bei 0808 MG 02 eine Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln außerhalb der MG im HH-Vollzug verhindert.

527 01 011 **Dienstreisen** **140,0** **+27,0** **167,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

+ 27,0 T€ Umverteilung z. L. Titel 0808 - 527 01 MG 02 im Zusammenhang mit dem digitalen Reisemanagement und der damit verbundenen zentralen Buchung der Reisekosten im DLZP. Umschichtung notwendig, da der Deckungsvermerk bei 0808 MG 02 eine Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln außerhalb der MG im HH-Vollzug verhindert.

Titel weggefallen

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** **0,0** **0,0**

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 08 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**60.009,0**	**+800,0** **0,0**	**60.809,0**
	Gesamtausgaben	**21.767,8**	**+1.708,7** **0,0**	**23.476,5**
	Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Überschuss	**38.241,2**	**-908,7**	**37.332,5**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 02 Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

10 Einnahmen im Bereich Fischerei und Aquakultur

Neuer Titel

359 03 (10)	851	**Entnahme aus der Rücklage Zielvereinbarung "Ostseefischerei"**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Die tatsächlichen Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei Titel 0802 - 683 01 zur Verfügung.

Bemerkung:

Zur überjährigen Bewirtschaftung der für die Maßnahme durch Zielvereinbarung zugesagten Gesamtmittel in Höhe von 7.500,0 T€ über 10 Jahre.

Summe der Maßnahmegruppe 10	**6.838,0**	**0,0**	**6.838,0**

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 02 Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Zweckbestimmung geändert

683 01	532	**Ausgaben zur Umsetzung der mit den Fischereiverbänden geschlossenen Zielvereinbarung "Ostseefischerei" zum Aktionsplan Ostseeschutz**	**750,0**	**-100,0**	**650,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	2.250	-300	1.950
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	750	-100	650
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	750	-100	650
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	750	-100	650
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0801 - 359 01 und 0802 - 359 03 MG 10 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Titel 0802 - 981 03 geleistet werden.

Der § 20 LHO findet keine Anwendung.

Bemerkung:

- 100,0 T€ Umverteilung z. G. Titel 0802 - 981 03 gemäß Aufgabenverteilung in der Zielvereinbarung "Ostseefischerei" zum Aktionsplan Ostseeschutz: Das MEKUN ist zuständig für die Ausführung der Module 3 und 4 mit einem Mittelumfang von 100,0 T€. Anpassung der VE an den reduzierten Ansatz. Ausbringung neuer Haushaltsvermerk und Ergänzung bestehender Haushaltsvermerk.

Neuer Titel

919 03	851	**Zuführung an die Rücklage Zielvereinbarung "Ostseefischerei"**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln 0802 - 683 01 und 981 03 geleistet werden.

Bemerkung:

Zur überjährigen Bewirtschaftung der für die Maßnahme durch Zielvereinbarung zugesagten Gesamtmittel in Höhe von 7.500,0 T€ über 10 Jahre.

Neuer Titel

981 03	891	**Verrechnung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Zielvereinbarung "Ostseefischerei"**	**0,0**	**+100,0**	**100,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Minderausgaben stehen für Mehrausgaben bei Titel 0802 - 683 01 zur Verfügung.

Bemerkung:

+ 100,0 T€ Umverteilung z. L. Titel 0802 - 683 01 gemäß Aufgabenverteilung in der Zielvereinbarung "Ostseefischerei" zum Aktionsplan Ostseeschutz: Das MEKUN ist zuständig für die Ausführung der Module 3 und 4 mit einem Mittelumfang von 100,0 T€.

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 02 Landwirtschaft, Fischerei

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

10 Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Fischereisektor (EMFAF)

Haushaltsvermerk unverändert

428 10 (10)	532	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**100,0**	**+2,4**	**102,4**

Bemerkung:
Anpassung um + 2,4 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

Summe der Maßnahmegruppe 10	**4.020,0**	**+2,4**	**4.022,4**

11 Maßnahmen zur Förderung der Fischerei aus der Fischereiabgabe Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

428 11 (11)	532	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**105,0**	**+2,9**	**107,9**

Bemerkung:
Anpassung um + 2,9 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

Summe der Maßnahmegruppe 11	**1.400,0**	**+2,9**	**1.402,9**

30 Ausgaben für den Bereich Produktion, Erzeugung und ökologischer Landbau

537 30 (30)	523	**Vollzug Düngeverordnung Landwirtschaft**	**100,0**	**+13,0**	**113,0**

Bemerkung:
+ 13,0 T€ aufgrund der Übernahme der anteiligen Kosten des bundesweiten Monitorings in sogenannten Modellregionen. Die Kosten sind durch die Bundesländer zu tragen gem. AMK-Beschluss.
Davon 12,0 T€ gedeckt durch Minderbedarf bei Titel 0807 - 632 09 und 1,0 T€ durch Minderbedarf bei Titel 0804 - 533 04.

686 31 (30)	332	**Förderung des Kleegrasanbaus durch landwirtschaftliche Betriebe**	**500,0**	**0,0**	**500,0**

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 02 Landwirtschaft, Fischerei

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 686 31		T€		
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	1.000	-500	500
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	500	0	500
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	500	-500	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	Haushaltsvermerk unverändert			
	Summe der Maßnahmegruppe 30	**35.574,1**	**+13,0**	**35.587,1**
	Abschluss Kapitel 08 02			
2027	**Gesamteinnahmen**	**6.974,7**	**0,0 0,0**	**6.974,7**
	Gesamtausgaben	**58.230,4**	**+118,3 -100,0**	**58.248,7**
	Zuschuss	**51.255,7**	**+18,3**	**51.274,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**18.333**	**-800**	**17.533**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**6.305**	**-100**	**6.205**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**6.412**	**-600**	**5.812**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**4.348**	**-100**	**4.248**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**1.268**	**-**	**1.268**

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 03 Forstwirtschaft, Jagd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

111 01 512 **Gebühren und tarifliche Entgelte** **20,0** **0,0** **20,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei Titel 0808 - 546 99 MG 02 geleistet werden.

Bemerkung:

Anpassung des Haushaltsvermerks, da der Titel 0803 - 541 99 ab 2027 wegfällt. Begründung: Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisch über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel 0803 - 541 99 nicht benötigt wird.

Neuer Titel

111 03 512 **Gebühren für Genehmigungen nach der Bundeswildschutzverordnung** **0,0** **+1,0** **1,0**

Bemerkung:

+ 1,0 T€ erwartete Gebühreneinnahmen für Genehmigungen nach der Bundeswildschutzverordnung.

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 03 Forstwirtschaft, Jagd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Neuer Titel

534 01 512 **Aufträge zur Bekämpfung jagdbarer invasiver Arten** — **0,0** — **+42,5** — **42,5**

Neuer Haushaltsvermerk

42,5 T€ umgesetzt von Titel 1313 - 534 04 MG 02.

Bemerkung:

Umsetzung von Titel 1313 - 534 04 MG 02 gem. Zuständigkeit für Nutrias (Drs. 20/4401).

Titel weggefallen

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

685 02 512 **Zuweisungen an die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten für Gemeinwohlleistungen** — **3.287,0** — **+15,0** — **3.302,0**

Bemerkung:

+ 15,0 T€ bei Ziffer 2: Umverteilung z. L. Titel 0803 - 686 03 zur Deckung des Mehrbedarfs aufgrund einer Änderung der Zielvereinbarung zu besonderen Gemeinwohlleistungen mit dem SHLF zum 01.01.2026. Mittelbedarfsanpassung erfolgt jetzt nachträglich zum HH 2027. Umschichtung notwendig, da der Deckungsvermerk beim Titel 0803 - 686 03 eine Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln außerhalb der MG im HH-Vollzug verhindert.

686 03 512 **Initiative Forst und Holz** — **100,0** — **-15,0** — **85,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	100	-15	85
davon fällig Haushaltsjahr 2028	100	-15	85
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

- 15,0 T€ Umverteilung zur Deckung Mehrbedarf i. H. v. 15,0 T€ z. G. Titel 0803 - 685 02 inkl. Anpassung VE 2028 (- 15,0 T€).

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 03 Forstwirtschaft, Jagd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 08 03			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**1.143,5**	**+1,0** **0,0**	**1.144,5**
		Gesamtausgaben	**8.046,7**	**+57,5** **-15,0**	**8.089,2**
		Zuschuss	**6.903,2**	**+41,5**	**6.944,7**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**100**	**-15**	**85**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**100**	**-15**	**85**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029			
		davon fällig Haushaltsjahr 2030			
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 04 Veterinärwesen, Landeslabor, Absatzförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

533 04	314	**Qualitätsmanagement "interne und externe Audits und unabhängige Prüfungen" gemäß VO (EU) Nr. 2017/625**	**4,0**	**-1,0**	**3,0**

Bemerkung:

- 1,0 T€ Umverteilung für den Mehrbedarf bei 0802 - 537 30 MG 30.

03 Landesbetrieb "Landeslabor"

Haushaltsvermerk unverändert

682 07 (03)	314	**Personalkostenzuschuss**	**13.234,4**	**+303,0**	**13.537,4**

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zu 13.490,4 T€, darüber hinaus in Höhe der für diesen Zweck bei Titel 0802 - 124 10 MG 10 tatsächlichen Einnahmen geleistet werden.

Zusätzlich dürfen Mehrausgaben in Höhe der für diesen Zweck tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0804 - 359 02 geleistet werden.

Bemerkung:

- 200,0 T€ Umsetzung nach Titel 0801 - 422 01 wegen angepasster Bedarfe Personalkostenbudget.
+ 503,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

Summe der Maßnahmegruppe 03	**19.565,9**	**+303,0**	**19.868,9**

61 Qualitäts- und Absatzförderung für die Land- und Ernährungswirtschaft

Haushaltsvermerk unverändert

533 61 (61)	332	**Maßnahmen zur Förderung des Absatzes regionaler Produkte**	**40,0**	**-30,0**	**10,0**

Bemerkung:

- 30,0 T€ Umverteilung z. G. neuen Titel 0804 - 686 61 MG 61 für Zahlungen von Zuwendungen nach der Förderrichtlinie Absatzförderung

534 61 (61)	332	**Grüne Woche und Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Binnenlandtourismus-Strategie**	**150,0**	**-50,0**	**100,0**

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 04 Veterinärwesen, Landeslabor, Absatzförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 534 61			T€		

Bemerkung:

- 50,0 T€ Umverteilung z. G. Titel 0806 - 684 15 MG 02 für die Institutionelle Förderung der VZSH gemäß Zielvereinbarung vom 21.03.2022.

Neuer Titel

686 61 (61)	332	**Förderung des Absatzes der schleswig-holsteinischen Land- und Ernährungswirtschaft gemäß Förderrichtlinie Absatzförderung**	**0,0**	**+30,0**	**30,0**

Bemerkung:

+ 30,0 T€ Umverteilung z. L. Titel 0804 - 533 61 MG 61 für Zahlungen von Zuwendungen nach der Förderrichtlinie Absatzförderung.

Summe der Maßnahmegruppe 61	**440,0**	**-50,0**	**390,0**

Abschluss Kapitel 08 04

2027	**Gesamteinnahmen**	**330,0**	**0,0** **0,0**	**330,0**
	Gesamtausgaben	**21.161,7**	**+333,0** **-81,0**	**21.413,7**
	Zuschuss	**20.831,7**	**+252,0**	**21.083,7**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 06 Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

02 Wirtschaftlicher und technischer Verbraucherschutz

Haushaltsvermerk unverändert

684 15 (02)	314	**An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.**	**1.770,0**	**+150,0**	**1.920,0**

Bemerkung:

+ 50,0 T€ Umverteilung z. L. Titel 0804 - 534 61 MG 61 für die Institutionelle Förderung der VZSH gemäß Zielvereinbarung vom 21. März 2022.

+ 100,0 T€ Ansatzerhöhung für die Institutionelle Förderung der VZSH gemäß Zielvereinbarung vom 21. März 2022.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**1.921,7**	**+150,0**	**2.071,7**

Abschluss Kapitel 08 06

2027	**Gesamteinnahmen**	**42,3**	**0,0** **0,0**	**42,3**
	Gesamtausgaben	**2.254,1**	**+150,0** **0,0**	**2.404,1**
	Zuschuss	**2.211,8**	**+150,0**	**2.361,8**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 07 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

271 02 011 **Erstattungen der EU für das Interreg-Nordsee-projekt H2ignite** — **609,5** — **0,0** — **609,5**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei den Titeln 0801 - 428 01 (35,0 T€) und 0807 - 676 06 geleistet werden.

271 03 011 **Erstattung Interreg-Ostseeprogramm Koordinierung Politikbereich Kultur EUSBSR** — **47,4** — **0,0** — **47,4**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Ausgaben bei den Titeln 0801 - 428 01 (15,0 T€) und 0807 - 541 03 geleistet werden.

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 07 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Ausgaben			
632 09	011	**Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union**	**34,0**	**-12,0**	**22,0**
		Bemerkung:			
		- 12,0 T€ Minderbedarf aufgrund einer in 2027 unbesetzten Stelle; Umverteilung für den Mehrbedarf bei 0802 - 537 30 MG 30.			
684 08	011	**Zuwendungen für Projektförderungen aufgrund der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire**	**6,8**	**-6,8**	**0,0**
		Bemerkung:			
		- 6,8 T€ Ansatzreduzierung aufgrund der Umsetzung des Titel in den Epl. 07 (0710 - 535 04 MG 06) im HH-Vollzug 2026			
		Abschluss Kapitel 08 07			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**1.244,4**	**0,0** **0,0**	**1.244,4**
		Gesamtausgaben	**2.263,1**	**0,0** **-18,8**	**2.244,3**
		Zuschuss	**1.018,7**	**-18,8**	**999,9**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

08 08 Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **6.196,4** — **+511,6** — **6.708,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 50,0 T€ für eine A 11-Stelle im Bereich Wolfsmanagement; Umsetzung aus Einzelplan 13, Titel 1313 - 422 01, wegen Geschäftsumverteilung.
+ 150,0 T€ für Teilanpassung der Personalkosten aus der Technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 381 04. Abgestimmt mit dem MEKUN.
+ 311,6 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

422 03 011 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **34,5** — **+5,4** — **39,9**

Bemerkung:

Anpassung um + 5,4 T€ zur Finanzierung der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **11.630,2** — **+666,0** — **12.296,2**

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz darf zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0808 - 356 06 und 0801 - 359 01 verstärkt werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck bei Titel 0801 - 381 04 zugesagten Einnahmen geleistet werden.

Bemerkung:

+ 150,0 T€ für drei Stellen (1x E 13, 1x E 11, 1x E 9a) im Bereich Wolfsmanagement; Umsetzung aus Einzelplan 13, Titel 1313 - 428 01, wegen Geschäftsumverteilung.
+ 150,0 T€ für Teilanpassung der Personalkosten aus der Technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 381 04. Zusätzliche Ausbringung Haushaltsvermerk. Abgestimmt mit dem MEKUN.
+ 366,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 aus der Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01.

02 Untere Forstbehörde

Haushaltsvermerk unverändert

525 01 512 **Kosten der Durchführung von Fachfortbildungen** — **2,0** — **-1,0** — **1,0**
(02)

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

- 1,0 T€ Umverteilung z. G. Titel 0801 - 525 01 im Zusammenhang mit dem digitalen Reisemanagement und der damit verbundenen zentralen Buchung der Reisekosten im DLZP. Umschichtung notwendig, da der Deckungsvermerk bei 0808 - MG 02 eine Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln außerhalb der MG im HH-Vollzug verhindert.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

527 01 (02)	512	**Reisekosten**	**29,0**	**-27,0**	**2,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

- 27,0 T€ Umverteilung z. G. Titel 0801 - 527 01 im Zusammenhang mit dem digitalen Reisemanagement und der damit verbundenen zentralen Buchung der Reisekosten im DLZP. Umschichtung notwendig, da der Deckungsvermerk bei 0808 - MG 02 eine Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln außerhalb der MG im HH-Vollzug verhindert.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**102,5**	**-28,0**	**74,5**

Neue Maßnahmegruppe

03 Ausgaben im Rahmen des Wolfsmanagements

Neuer Haushaltsvermerk

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Bemerkung:

Neue Maßnahmegruppe für die Umsetzung der Titel zum Wolfsmanagement mit eigener Deckungsfähigkeit.
Umsetzung erfolgt aufgrund Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung vom MEKUN an das MLLEV bzw. LLnL.

Neuer Titel

533 03 (03)	512	**Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen im Rahmen des Wolfsmanagements**	**0,0**	**+250,0**	**250,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+150	150
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+100	100
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+50	50
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 13 13 - 533 08 MG 02.
Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.

Bemerkung:

Umsetzung von 13 13 - 533 08 MG 02.
Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.

Neuer Titel

546 02 (03)	512	**Vermischte Ausgaben im Rahmen des Wolfsmanagements**	**0,0**	**+100,0**	**100,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 13 13 - 546 01 MG 02.
Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 546 02			T€		
		Bemerkung: Umsetzung von 13 13 - 546 01 MG 02. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
		Neuer Titel			
685 01 (03)	512	**An Vereine, Verbände und Sonstige für Maßnahmen im Rahmen des Wolfsmanagements**	**0,0**	**+250,0**	**250,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von 13 13 - 685 02 MG 02. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
		Bemerkung: Umsetzung von 13 13 - 685 02 MG 02. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
		Neuer Titel			
686 01 (03)	512	**Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von durch Wölfe entstandene Schäden insbesondere an Haustieren (Nutz- und Heimtiere)**	**0,0**	**+70,0**	**70,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von 13 13 - 686 12 MG 02. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
		Bemerkung: Umsetzung von 13 13 - 686 12 MG 02. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
		Summe der Maßnahmegruppe 03		**+670,0**	**670,0**

Abschluss Kapitel 08 08

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**18.006,6**	**+1.853,0** **-28,0**	**19.831,6**
	Zuschuss	**18.006,6**	**+1.825,0**	**19.831,6**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		**+150**	**150**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028		**+100**	**100**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029		**+50**	**50**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 08

2027	**Gesamteinnahmen**	**69.743,9**	**+801,0 0,0**	**70.544,9**
	Gesamtausgaben	**152.134,2**	**+4.220,5 -242,8**	**156.111,9**
	Zuschuss	**82.390,3**	**+3.176,7**	**85.567,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**19.273**	**-665**	**18.608**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**6.875**	**-15**	**6.860**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**6.732**	**-550**	**6.182**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**4.398**	**-100**	**4.298**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**1.268**	**-**	**1.268**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99 011 **Umsatzsteuererstattungen des Finanzamtes** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **193,0** — **+16,2** — **209,2**

Bemerkung:

16,2 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **12.395,8** — **+795,1** — **13.190,9**

Haushaltsvermerk geändert

Der Ansatz bei Titel 0901 - 422 01 darf insgesamt um die Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0901 - 359 01 verstärkt werden. Die hiernach zusätzlich bei Titel 0901 - 422 01 zur Verfügung stehenden Mittel stehen im Einzelplan 09 für Mehrausgaben bei allen Titeln der Obergruppe 42 (mit Ausnahme der Titel der OGr. 42 im Kapitel 0915) zur Verfügung.

Bemerkung:

104,5 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

427 04 011 **Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten** — **23,4** — **+0,5** — **23,9**

Bemerkung:

0,5 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **9.768,5** — **+335,7** — **10.104,2**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 428 01			T€		

Bemerkung:

335,7 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Titel weggefallen

541 99	011	**Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Titel weggefallen

547 02	011	**Sächliche Verwaltungsausgaben zur Verbesserung der Verfügbarkeit von psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen für den Justizbereich**	**15,0**	**-15,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach 09 01 - 547 03 MG 01.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

Titel weggefallen

684 01	011	**Zuschuss an die Ärztekammer SH zum Ausbau und Betrieb eines "Kompetenzzentrums Gutachten (Vermittlungsstelle)"**	**100,0**	**-100,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach 09 01 - 684 02 MG 01.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

01 Zentrale Mittel des Ministeriums im Bereich der Justiz

Zweckbestimmung geändert

525 03 (01)	051	**Zentrale Fortbildungsmittel im Bereich Justiz**	**10,0**	**0,0**	**10,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Redaktionelle Anpassung der Zweckbestimmung.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Neuer Titel			
547 03 (01)	011	**Sächliche Verwaltungsausgaben zur Verbesserung der Verfügbarkeit von psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen für den Justizbereich**	**0,0**	**+15,0**	**15,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von 09 01 - 547 02. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Neuer Titel			
684 02 (01)	011	**Zuschuss an die Ärztekammer SH zum Ausbau und Betrieb eines "Kompetenzzentrums Gutachten (Vermittlungsstelle)"**	**0,0**	**+100,0**	**100,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von 09 01 - 684 01. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**45,0**	**+115,0**	**160,0**
		Neue Maßnahmegruppe			
	02	**Opferschutz**			
		Neuer Titel			
547 01 (02)	011	**Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige**	**0,0**	**+20,0**	**20,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von Titel 09 03 - 547 01 MG 04. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Bemerkung: Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.			
		Neuer Titel			
684 03 (02)	236	**Zuschuss für das Childhood-Haus in Flensburg**	**0,0**	**+50,0**	**50,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+50	50
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+50	50
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von Titel 09 03 - 684 03 MG 04. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 03			T€		

Bemerkung:
Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.

Neuer Titel

684 07 (02)	051	**Psychosoziale Prozessbegleitung**	**0,0**	**+95,0**	**95,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von Titel 09 03 - 684 07 MG 04.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

Bemerkung:
Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.

Neuer Titel

684 11 (02)	051	**Förderung für Hilfen für Kinder, die häusliche Gewalt erfahren und deren Angehörige**	**0,0**	**+240,0**	**240,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung in Höhe von 240,0 T € von Titel 0903 - 684 11 MG 04.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

Bemerkung:
Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.

Aus den bisher bei Titel 0903 - 684 11 MG 04 veranschlagten Mittel betrifft dies lediglich den Teilansatz für die Förderung der Hilfen für Kinder, die häusliche Gewalt erfahren und deren Angehörige in Höhe von 240,0 T €.

Die bisherige Zweckbestimmung im Kapitel 0903 “Förderung von Hilfen für Kinder von Probandinnen und Probanden und deren Angehörige“ veranschlagten Mittel wird im Kapitel 0901 wie folgt angepasst: Förderung für Hilfen für Kinder, die häusliche Gewalt erfahren und deren Angehörige.

Neuer Titel

684 14 (02)	011	**Unterstützung von Opferschutzorganisationen für Opfer von rechter und antisemitischer Gewalt**	**0,0**	**+50,0**	**50,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von Titel 09 03 - 684 14 MG 04.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

Bemerkung:
Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.

Neuer Titel

684 15 (02)	051	**Förderung der professionellen Opferberatung**	**0,0**	**+100,0**	**100,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von Titel 09 03 - 684 15 MG 04.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 01 Ministerium

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 15		T€		

Bemerkung:

Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.

Summe der Maßnahmegruppe 02			**+555,0**	**555,0**

Abschluss Kapitel 09 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**9,0**	**0,0** **0,0**	**9,0**
	Gesamtausgaben	**23.231,8**	**+1.817,5** **-115,0**	**24.934,3**
	Zuschuss	**23.222,8**	**+1.702,5**	**24.925,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)		**+50**	**50**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028		**+50**	**50**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	051	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 051 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **113.826,8** — **+8.467,1** — **122.293,9**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung in Höhe von 505,2 T € von Titel 0902 - 428 01 nach Titel 0902 - 422 01.
Teilumsetzung in Höhe von 50,0 T € von Titel 0902 - 422 01 nach Titel 0512 - 422 01.

Bemerkung:
Weniger zur Abbildung der finanziellen Auswirkungen der Umsetzung einer Planstelle der BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- von Titel 0902 - 422 01 nach Titel 0512 - 422 01.

Im Zuge der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements im Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) ist zu Lasten des Einzelplanes 09 mit dem HH 2027 eine Planstelle der BesGr. A8 in den Geschäftsbereich des DLZP umzusetzen. Die Abbildung dieser Umsetzung erfolgt (einschließlich der finanziellen Auswirkungen) zentral für den gesamten Geschäftsbereich bei Titel 0902 - 422 01 (vgl. auch Stellenplan zu Titel 0902 - 422 01).

Darüber hinaus werden 8.517,1 T € zusätzlich zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026 veranschlagt. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

422 03 051 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **4.524,2** — **+90,8** — **4.615,0**

Haushaltsvermerk geändert

Vollständige Umsetzung der bei Titel 0902 - 428 03 in Höhe von 264,0 T € veranschlagten Mittel nach Titel 0902 - 422 03.

Bemerkung:
90,8 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

427 05 051 **Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten** — **50,0** — **+0,3** — **50,3**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 427 05			T€		

Bemerkung:

0,3 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01	051	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**60.574,3**	**+1.735,0**	**62.309,3**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung in Höhe von 505,2 T € von Titel 0902 - 428 01 nach Titel 0902 - 422 01.
Teilumsetzung in Höhe von 50,0 T € von Titel 1301 - 428 01 nach Titel 0902 - 428 01.

Bemerkung:

1.735,0 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 04	051	**Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare**	**14.826,6**	**+494,3**	**15.320,9**

Bemerkung:

494,3 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

511 01	051	**Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände**	**4.400,0**	**-2.000,0**	**2.400,0**

Haushaltsvermerk geändert

Übertragbar.

Umsetzung nach 09 02 - 526 18.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen: Teilumsetzung der auf Porto- und Zustellungskosten entfallenden Anteile in den Bereich der sonstigen Rechtsauslagen.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

518 01 051 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** — **50,0** — **0,0** — **50,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Zusätzlich zu den Deckungsfähigkeiten gem. § 20 Abs. 1 u. 2 der Landeshaushaltsordnung deckungsfähig zu Gunsten des Titels 632 03.

Bemerkung:
Neuausbringung eines korrespondierenden Deckungsvermerkes; vgl. im Übrigen Titel 0902 - 632 03.

Zweckbestimmung geändert

525 01 051 **Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** — **1.195,0** — **-55,0** — **1.140,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung nach 09 02 - 527 01.
Umsetzung i. H. v. 55,0 T€ im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Reisekosten.

525 03 051 **Vergütung für die Durchführung von Prüfungen** — **131,9** — **0,0** — **131,9**

Neuer Haushaltsvermerk

Zusätzlich zu den Deckungsfähigkeiten gem. § 20 Abs. 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung deckungsfähig zu Gunsten des Titels 632 03.

Bemerkung:
Neuausbringung eines korrespondierenden Deckungsvermerkes; vgl. im Übrigen Titel 0902 - 632 03.

526 02 051 **Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten** — **100,0** — **-40,0** — **60,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung nach 09 02 - 527 01.
Umsetzung i. H. v. 40,0 T€ im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Reisekosten.

526 18 051 **Sonstige Auslagen in Rechtssachen** — **7.620,0** — **+2.800,0** — **10.420,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 09 02 - 511 01.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen: Teilumsetzung der auf Porto- und Zustellungskosten entfallenden Anteile in den Bereich der sonstigen Rechtsauslagen.

Bemerkung:
Mehrbedarf i. H. v. 800,0 T€ im Zusammenhang mit der turnusmäßigen Anpassung der Porto- und Postzustellkosten.

527 01 051 **Dienstreisen** — **200,0** — **+95,0** — **295,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Zusätzlich zu den Deckungsfähigkeiten gem. § 20 Abs. 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung deckungsfähig zu Gunsten des Titels 632 03.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 527 01			T€		

Teilumsetzung von 09 02 - 525 01.
Umsetzung i. H. v. 55,0 T€ im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Reisekosten.
Teilumsetzung von 09 02 - 526 02.
Umsetzung i. H. v. 40,0 T€ im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Reisekosten.

Bemerkung:

Neuausbringung eines korrespondierenden Deckungsvermerkes; vgl. im Übrigen Titel 0902 - 632 03.

Titel weggefallen

541 99	051	**Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Neuer Titel

632 03	059	**Kosten der elektronischen Klausur in der staatlichen Pflichtfachprüfung**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Zusätzlich zu den Deckungsfähigkeiten gem. § 20 Abs. 1 und 2 der Landeshaushaltsordnung deckungsfähig zu Lasten der Titel 518 01, 525 03 und 527 01.

Bemerkung:

Ausbringung eines vorsorglicher Leertitel für Ausgaben im Zusammenhang mit der Ein- und Durchführung der elektronischen Klausur in der staatlichen Pflichtfachprüfung (“1. Staatsexamen“), soweit diese nicht aus den Titeln 0902 - 518 01, 0902 - 525 03 oder 0902 - 527 01 finanziert werden.

Abschluss Kapitel 09 02

2027	**Gesamteinnahmen**	**182.083,0**	**0,0** **0,0**	**182.083,0**
	Gesamtausgaben	**352.014,9**	**+13.682,5** **-2.095,0**	**363.602,4**
	Zuschuss	**169.931,9**	**+11.587,5**	**181.519,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

119 02 056 **Sonstige Verwaltungseinnahmen** **2,0** **0,0** **2,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Da die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung erfolgt, entfällt mit dem HH 2027 der Titel 0903 - 541 99.

In diesem Zusammenhang ist auch der bisherige Kopplungsvermerk bei diesem Titel “Die bei diesem Titel im Rahmen der Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 2b UstG vereinnahmten Umsatzsteueranteile dürfen bei Titel 0903 - 541 99 verausgabt werden“ nicht weiter erforderlich und kann daher entfallen.

124 01 056 **Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung** **28,0** **0,0** **28,0**

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Da die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung erfolgt, entfällt mit dem HH 2027 der Titel 0903 - 541 99.

In diesem Zusammenhang ist auch der bisherige Kopplungsvermerk bei diesem Titel “Die bei diesem Titel im Rahmen der Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 2b UstG vereinnahmten Umsatzsteueranteile dürfen bei Titel 0903 - 541 99 verausgabt werden“ nicht weiter erforderlich und kann daher entfallen.

125 01 056 **Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung** **20,0** **0,0** **20,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehreinnahmen bei Titel 0903 - 125 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln im Kapitel 0903 MG 02 verwendet werden.

(Vgl. auch Kapitelvermerk bei der MG 02 im Kapitel 0903)

Bemerkung:

Da die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung erfolgt, entfällt mit dem HH 2027 der Titel 0903 - 541 99.

In diesem Zusammenhang ist auch der bisherige Kopplungsvermerk bei diesem Titel “Die bei diesem Titel im Rahmen der Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 2b UstG vereinnahmten Umsatzsteueranteile dürfen bei Titel 0903 - 541 99 verausgabt werden.“ nicht weiter erforderlich und kann daher entfallen.

Darüber hinaus ist der Kopplungsvermerk “Soweit nicht bei Titel 0903 - 541 99 verausgabt, dürfen Mehreinnahmen für Mehrausgaben bei den Titeln im Kapitel 0903 MG 02 verwendet werden.“ durch den Wegfall des Titels 0903 - 541 99 entsprechend anzupassen und wie folgt neuzufassen “Mehreinnahmen bei Titel 0903 - 125 01 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln im Kapitel 0903 MG 02 verwendet werden.“

125 02 056 **Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben** **1.300,0** **0,0** **1.300,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 125 02			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Mehreinnahmen bei Titel 0903 - 125 02 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln im Kapitel 0903 MG 01 verwendet werden.

(Vgl. auch Kapitelvermerk bei der MG 01 im Kapitel 0903)

Bemerkung:
Da die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung erfolgt, entfällt mit dem HH 2027 der Titel 0903 - 541 99.

In diesem Zusammenhang ist auch der bisherige Kopplungsvermerk bei diesem Titel “Die bei diesem Titel im Rahmen der Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 2b UstG vereinnahmten Umsatzsteueranteile dürfen bei Titel 0903 - 541 99 verausgabt werden.“ nicht weiter erforderlich und kann daher entfallen.

Darüber hinaus ist der Kopplungsvermerk “Soweit nicht bei Titel 0903 - 541 99 verausgabt, dürfen Mehreinnahmen für Mehrausgaben bei den Titeln im Kapitel 0903 MG 01 verwendet werden.“ durch den Wegfall des Titels 0903 - 541 99 entsprechend anzupassen und wie folgt neu zu fassen “Mehreinnahmen bei Titel 0903 - 125 02 dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln im Kapitel 0903 MG 01 verwendet werden.“

Titel weggefallen

129 99	056	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:
Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

03 Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt

232 03 (03)	235	**Erstattung von Kosten durch andere Bundesländer**	**7.347,7**	**+1.328,6**	**8.676,3**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Im Zuge der im HH 2027 abgebildeten Schaffung und Besetzung von zehn zusätzlichen Planstellen des BesGr. A9 LG 1.2 - Amtsinspektoren/-innen- für die Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt (AHE Glückstadt) soll ab 2027 ein vollständiger und dauerhafter Betrieb der AHE mit dann 60 Plätzen realisierbar sein. Hierdurch kann ab 2027 voraussichtlich die Vergabe von Plätzen die von dem auf Schleswig-Holstein entfallenden Kontingent von 20 Plätzen nicht benötigt werden an Drittländer erfolgen. In der erhöhten Veranschlagung ist dies berücksichtigt.

Darüber hinaus berücksichtigt die angepasste Veranschlagung auch die Mehreinnahmen durch die infolge der steigenden Personalkosten höheren Erstattungsbeiträge der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Ferner berücksichtigt sind in der Veranschlagung auch aktualisierte Beträge für die anteilige Beteiligung der Betreiberländer Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern an den künftigen Versorgungslasten und den Beihilfekosten für die in der AHE eingesetzten Beamtinnen und Beamten.

Summe der Maßnahmegruppe 03	**7.347,7**	**+1.328,6**	**8.676,3**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 056 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **49.115,7** — **+3.812,8** — **52.928,5**

Haushaltsvermerk geändert

Über die für diesen Titel bestehenden Deckungsregelungen hinaus sind Minderausgaben bei den Titeln 0903 - 422 01 und 0903 - 428 01 (aufgrund unbesetzter Planstellen und Stellen für Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal) zugunsten von Mehrausgaben bei Titel 0903 - 533 11 MG 02 deckungsfähig. Dies gilt nur, soweit die Mehrausgaben durch den Einsatz von zusätzlich erforderlichen externen Ärztinnen, Ärzten und medizinischem Personal entstehen.

Bemerkung:

Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Justizvollzug ist der flexible Rückgriff auf externes ärztliches und medizinisches Personal unumgänglich, da sich die Besetzung der eigenen Planstellen und Stellen (Titel 0903 - 422 01 und 0903 - 428 01) weiterhin herausfordernd gestaltet. Durch den neuen Deckungsvermerk wird sichergestellt, dass vakanzbedingte Minderausgaben im Personalkostenbudget zweckgebunden genutzt werden können, um unterjährige Mehrbedarfe für den Einsatz externer Fachkräfte bei Titel 0903 - 533 11 MG 02 haushaltsneutral zu finanzieren. Dies unterstützt auch die Umsetzung der Konsolidierungsvorgaben im Sachkostenbudget, da unvorhersehbare Spitzenbedarfe flexibel im Haushaltsvollzug ausgeglichen werden können.

Die bedarfsgerecht um 300,0 T € erhöhte Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Die zunächst veranschlagte Kürzung (Konsolidierungsbeitrag) ist mit Blick auf den prognostizierten Finanzbedarf unter Berücksichtigung der verfügbaren bzw. besetzbaren Planstellen und Stellen im Justizvollzug abzumildern und der Ansatz wieder entsprechend zu erhöhen. Die Gegenfinanzierung erfolgt budgetneutral im Wege einer kapitelinternen Gesamtumschichtung.

Darüber hinaus werden 3.512,8 T € zusätzlich zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026 veranschlagt. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

422 03 056 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **3.245,9** — **+47,6** — **3.293,5**

Bemerkung:

47,6 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

427 05 056 **Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten** — **40,0** — **+0,8** — **40,8**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 427 05			T€		

Bemerkung:

0,8 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01	056	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**12.060,7**	**+327,2**	**12.387,9**

Neuer Haushaltsvermerk

Über die für diesen Titel bestehenden Deckungsregelungen hinaus sind Minderausgaben bei den Titeln 0903 - 422 01 und 0903 - 428 01 (aufgrund unbesetzter Planstellen und Stellen für Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal) zugunsten von Mehrausgaben bei Titel 0903 - 533 11 MG 02 deckungsfähig. Dies gilt nur, soweit die Mehrausgaben durch den Einsatz von zusätzlich erforderlichen externen Ärztinnen, Ärzten und medizinischem Personal entstehen.

Bemerkung:

Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Justizvollzug ist der flexible Rückgriff auf externes ärztliches und medizinisches Personal unumgänglich, da sich die Besetzung der eigenen Planstellen und Stellen (Titel 0903 - 422 01 und 0903 - 428 01) weiterhin herausfordernd gestaltet. Durch den neuen Deckungsvermerk wird sichergestellt, dass vakanzbedingte Minderausgaben im Personalkostenbudget zweckgebunden genutzt werden können, um unterjährige Mehrbedarfe für den Einsatz externer Fachkräfte bei Titel 0903 - 533 11 MG 02 haushaltsneutral zu finanzieren. Dies unterstützt auch die Umsetzung der Konsolidierungsvorgaben im Sachkostenbudget, da unvorhersehbare Spitzenbedarfe flexibel im Haushaltsvollzug ausgeglichen werden können.

Weiterhin werden in Höhe von 327,2 T € zusätzliche Mittel zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026 veranschlagt. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

453 01	056	**Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen**	**290,0**	**-90,0**	**200,0**

Bemerkung:

Der bedarfsgerechten Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen entsprechende haushaltsneutrale Erhöhungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Die Zahlung der Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen kann auch unter Berücksichtigung der erhöhten Trennungsgeldansprüche, die sich im Zusammenhang mit der baulich bedingten, vorübergehenden Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg sowie der Schaffung und Inbetriebnahme der neuen Abteilung für Ersatzfreiheitsstrafen der Justizvollzugsanstalt Kiel in Moltsfelde ergeben mit dem reduzierten Ansatz sichergestellt werden.

511 01	056	**Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände**	**125,0**	**+100,0**	**225,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 511 01			T€		

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des HH 2026 weitgehend wieder erreicht. Gleichwohl wird durch die Veranschlagung unterhalb des Ist-Ergebnisses 2025 - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

514 01	056	**Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.**	**560,0**	**+20,0**	**580,0**

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushalterisch ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des Haushaltssolles 2026 weitgehend wieder erreicht. Gleichwohl erfolgt die Veranschlagung nur noch auf Höhe des Ist-Ergebnisses 2025, sodass - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet wird.

Zweckbestimmung geändert

525 01	056	**Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**	**120,0**	**-24,0**	**96,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung in Höhe von 4,0 T € nach Titel 0903 - 527 01.
Umsetzung im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal.

Bemerkung:

Die Mittel für die im Zusammenhang mit der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugseinrichtungen (ohne Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt) anfallenden Reisekosten waren bisher bei diesem Titel mit veranschlagt. Im Zuge der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements im Dienstleistungszentrum Personal erfolgt mit dem HH 2027 für den Justizvollzug die Umsetzung dieser Mittel zentral nach Titel 0903 - 527 01.

Darüber hinaus berücksichtigt die abgesenkte Veranschlagung die (innerhalb des Kapitels 0903) bedarfsgerechte und budgetneutrale Umschichtung der zur Haushaltskonsolidierung abzubildenden Ansatzreduzierungen. Die Absenkung erfolgt mit Blick auf den bisherigen bzw. vor dem Hintergrund der abgebildeten Mittelumsetzung erwarteten Mittelbedarf bei diesem Titel.

525 02	056	**Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten**	**150,0**	**+120,0**	**270,0**

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des HH 2026 weitgehend wieder erreicht. Gleichwohl wird durch die Veranschlagung unterhalb des Ist-Ergebnisses 2025 - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

527 01	056	**Dienstreisen**	**35,0**	**+4,0**	**39,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 527 01			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung in Höhe von 4,0 T € von Titel 0903 - 525 01.
Umsetzung im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal.

Bemerkung:

Die Mittel für die im Zusammenhang mit der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justizvollzugseinrichtungen (ohne Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt) anfallenden Reisekosten waren bisher bei Titel 0903 - 525 01 mit veranschlagt. Im Zuge der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements im Dienstleistungszentrum Personal erfolgt mit dem HH 2027 für den Justizvollzug die Umsetzung dieser Mittel zentral nach Titel 0903 - 527 01.

533 02	011	**Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung sowie für Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements**	**125,0**	**+125,0**	**250,0**

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des Haushaltssolles 2026 beibehalten. Gleichwohl wird durch die Veranschlagung unterhalb des Ist-Ergebnisses 2025 - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

Titel weggefallen

541 99	056	**Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt**	**0,0**		**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht mehr benötigt wird.

Der Kopplungsvermerk “Ausgaben dürfen bis zur Höhe der bei den Titeln 0903 - 119 02, 0903 - 124 01, 0903 - 125 01 und 0903 - 125 02 vereinnahmten Umsatzsteueranteile geleistet werden“ wird in den Sonstigen Vermerk “Weggefallen“ geändert.

812 03	056	**Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen**	**310,6**	**-34,4**	**276,2**

Bemerkung:

Der bedarfsgerechten Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen entsprechende haushaltsneutrale Erhöhungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Durch eine zeitliche Verschiebung der Wiederinbetriebnahme der Justizvollzugsanstalt Flensburg nach erfolgter Sanierung fallen in 2027 noch keine Ausgaben für diverse Erstausstattungsbedarfe an. Der Ansatz kann daher entsprechend abgesenkt werden.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen

Haushaltsvermerk unverändert

511 03 (01)	056	**Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände**	**90,0**	**+90,0**	**180,0**

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des Haushaltssolles 2026 beibehalten. Gleichwohl wird durch die Veranschlagung unterhalb des Ist-Ergebnisses 2025 - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

533 07 (01)	056	**Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte**	**207,0**	**+60,0**	**267,0**

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung erfolgt eine maßvolle Annäherung an das Niveau des HH 2026. Gleichwohl orientiert sich der neue Ansatz eng am Ist-Ergebnis 2025, sodass - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet wird.

681 05 (01)	056	**Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene**	**6.600,0**	**-350,0**	**6.250,0**

Bemerkung:

Der bedarfsgerechte Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 entsprechende Ansatzerhöhungen gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsauswirkungen insgesamt erreicht.

Die Absenkung basiert auf einer datenbasierten Nachsteuerung der Berechnungsgrundlagen für die Gefangenenbeschäftigung. Da nicht alle Gefangenen in Vollzeit beschäftigt werden können, wird für die Veranschlagung künftig ein durchschnittliches Arbeitszeitvolumen von 90 % zugrunde gelegt. Der Ansatz ist infolge entsprechend zu reduzieren.

Die Anpassungen stehen nicht im Zusammenhang mit der in der Veranschlagung weiterhin berücksichtigten Erhöhung der Gefangenenentgelte aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

684 04 (01)	056	**Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt**	**3.800,0**	**0,0**	**3.800,0**

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 04		T€		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+7.600	7.600
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+3.800	3.800
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+3.800	3.800
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Um die Kontinuität der Bildungsangebote sicherzustellen und Personalfluktuation bei den Bildungsträgern zu vermeiden, soll - wie auch in der Vorjahren - mit dem HH 2027 erneut eine überjährige Bescheidung ermöglicht werden.

Hierzu bedarf es mit dem HH 2027 der Ausbringung entsprechender Verpflichtungsermächtigungen für die HH 2028 und 2029.

Summe der Maßnahmegruppe 01	**11.859,4**	**-200,0**	**11.659,4**

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Haushaltsvermerk unverändert

511 05 056 (02) **Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** — **115,0** | **+85,0** | **200,0**

Bemerkung:
Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird sich dem Niveau des HH 2026 wieder maßvoll angenähert. Gleichwohl wird durch die Veranschlagung unterhalb des Ist-Ergebnisses 2025 - infolge der fortgeführten, dauerhaft konsequent wirtschaftlichen Haushaltsführung - auch weiterhin ein aktiver Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

514 04 056 (02) **Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Körperpflege** — **3.700,0** | **+140,0** | **3.840,0**

Bemerkung:
Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung erfolgt eine maßvolle Annäherung an das Niveau des Haushaltssolles 2026. Dabei wird der ursprüngliche Ansatz 2026 zwar unterschritten, im Vergleich zum Ist-Ergebnis 2025 wird jedoch ein Mehrbedarf veranschlagt. Dieser resultiert aus veränderten Rahmenbedingungen (z.B. Preisentwicklung, steigende Gefangenenzahlen) und wird durch die fortgeführte, konsequent wirtschaftliche Haushaltsführung begrenzt.

533 10 056 (02) **Seelsorgerische Angebote in den Justizvollzugseinrichtungen** — **0,0** | **+300,0** | **300,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 10			T€		

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des HH 2026 weitgehend wieder erreicht. Eine Fortführung der seelsorgerischen Angebote in den Justizvollzugseinrichtungen (evangelische, katholische und muslimische Seelsorge) ist damit in 2027 sichergestellt.

Gleichwohl erfolgt eine Veranschlagung unterhalb des Ist-Ergebnisses 2025. Dies ist jedoch einzig darauf zurückzuführen, dass bis 2025 aus diesem Titel auch die Finanzierung der musikalischen Begleitung der Messen in den Justizvollzugsanstalten mit Kirchenräumen sowie darüber hinaus der Friseurdienstleistungen erfolgte. Diese Ausgaben sind seit 2026 bei Titel 0903 - 533 09 MG 02 mit veranschlagt.

Darüber hinaus Wegfall des Haushaltsvermerks “Künftig wegfallend.“.

533 11 (02)	056	**Gesundheitsfürsorge für Gefangene**	**4.847,6**	**+351,0**	**5.198,6**

Neuer Haushaltsvermerk

Über die für diesen Titel bestehenden Deckungsregelungen hinaus dürfen Mehrausgaben bei Titel 0903 - 533 11 MG 02 gegen Minderausgaben bei den Titeln 0903 - 422 01 und 0903 - 428 01 geleistet werden. Dies gilt unbeschadet sonstiger Deckungsregelungen und nur soweit die Mehrausgaben auf den Einsatz von externem ärztlichen und medizinischen Personal zurückzuführen sind, das als Ersatz für die nicht mögliche Besetzung entsprechender Planstellen und Stellen zusätzlich erforderlich wird.

Bemerkung:

Zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Vollzug ist der flexible Rückgriff auf externes ärztliches und medizinisches Personal unumgänglich, da sich die Besetzung der eigenen Planstellen und Stellen (Titel 0903 - 422 01 und 0903 - 428 01) weiterhin herausfordernd gestaltet. Durch den neuen Deckungsvermerk wird sichergestellt, dass vakanzbedingte Minderausgaben im Personalkostenbudget zweckgebunden genutzt werden können, um unterjährige Mehrbedarfe für den Einsatz externer Fachkräfte bei Titel 0903 - 533 11 MG 02 haushaltsneutral zu finanzieren. Dies unterstützt auch die Umsetzung der Konsolidierungsvorgaben im Sachkostenbudget, da unvorhersehbare Spitzenbedarfe flexibel im Haushaltsvollzug ausgeglichen werden können.

Darüber hinaus wird die Veranschlagung bei diesem Titel bedarfsgerecht erhöht. Dieser Mehrbedarf wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des HH 2026 nahezu vollständig wieder erreicht. Diese Anpassung noch über das Ist-Ergebnis 2025 hinaus ist notwendig, um im Jahr 2027 zwingende Mehrbedarfe - unter anderem im Zusammenhang mit der neuen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Kiel für Ersatzfreiheitsstrafen am Standort Moltsfelde sowie für den parallelen Betrieb der Hafthäuser B und E der Justizvollzugsanstalt Lübeck (bzw. den Weiterbetrieb des Hafthauses E) - sachgerecht abzubilden. Zudem ist infolge veränderter Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor mit anhaltenden Kostensteigerungen bei ärztlichen Honoraren, Pflegeleistungen sowie bei Arznei- und Heilmitteln zu rechnen.

533 12 (02)	056	**Für Beratungs- und Therapiemaßnahmen externer Fachkräfte sowie für Familienorientierung im Vollzug**	**1.648,0**	**+382,0**	**2.030,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 12			T€		

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Mit der geänderten Veranschlagung wird das Niveau des HH 2026 im Wesentlichen beibehalten. Hierbei werden auch die erst mit dem HH 2026 bereitgestellten Mittel für zusätzliche Beratungs- und Therapiemaßnahmen aufgrund der Ausweitung der Anzahl der Haftplätze und damit auch der Anzahl der Gefangenen durch den Betrieb der neuen Abteilung der Justizvollzugsanstalt Kiel für Ersatzfreiheitsstrafen am Standort Moltsfelde sowie dem parallelen Betrieb der Hafthäuser B und E (bzw. dem Weiterbetrieb des Hauses E) der Justizvollzugsanstalt Lübeck berücksichtigt.

Das inhaltliche Leistungs- und Behandlungsangebot wird im Jahr 2027 unverändert beibehalten. Zur Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit und zur Erreichung des Vollzugsziels gem. § 2 LStVollzG SH werden die Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäterinnen sowie -straftäter, die Beauftragung externer prognostischer Gutachten sowie die bewährten Angebote der Schuldner- und Suchtmittelberatung und des familienorientierten Vollzuges im bisherigen Umfang fortgeführt.

533 17 (02)	056	**Extremismusprävention**	**165,0**	**-50,0**	**115,0**

Bemerkung:

Der bedarfsgerechte Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 entsprechende Ansatzerhöhungen gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsauswirkungen insgesamt erreicht.

Mit dem reduzierten Ansatz erfolgt in 2027 durch das Land Schleswig-Holstein weiterhin die Kofinazierung zur Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern im Programmbereich “Extremismusprävention in Strafvollzug und Bewährungshilfe“ des Bundesprogramms “Demokratie leben!“ (Projekt “kick-off+“). Darüber hinaus ist vorgesehen die Finanzierung eines Projektes zur Bekämpfung von “Hate Speech im Internet“ aus den veranschlagten Mitteln sicherzustellen.

Neuer Titel

533 20 (02)	056	**Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug**	**0,0**	**+30,0**	**30,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von Titel 0903 - 684 01 MG 02.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen (Änderung der Finanzierungsart).

Bemerkung:

Die Förderung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug erfolgte bisher mit einem Ansatz in Höhe von 42,0 T € nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2022 bis 2026 vom 17. Januar 2022 (Amtsbl. Schl.-H. 2022 S. 140).

Die weitere Durchführung der Maßnahmen soll im Rahmen eines Vergabeverfahrens sichergestellt werden - eine Fortsetzung der Förderung über die o.g. Richtlinie kommt daher nicht mehr in Betracht. Die Mittel sind daher aus haushaltssystematischen Gründen künftig als sächliche Verwaltungsausgaben in der Hauptgruppe 5 zu veranschlagen.

Darüber hinaus erfolgt eine Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel. Dem stehen entsprechende Erhöhungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 gegenüber, damit eine bedarfsgerechte (insgesamt aber budgetneutrale) Umschichtung der zur Haushaltskonsolidierung vorgenommenen Ansatzreduzierungen abgebildet wird.

Die bei diesem Titel veranschlagten Mittel stehen weiterhin für Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs - sog. Restorative Justice-Maßnahmen - im Strafverfahren und nach der Verurteilung bei Jugendlichen, Heranwachsenden und Erwachsenen (hierzu zählen insbesondere Opfer-Empathie-Trainings (OET) und vergleichbare Programme) zur Verfügung. Der reduzierte Ansatz trägt der bisherigen Ist-Belastung Rechnung, sodass die Maßnahmen auch mit den geringeren Mitteln durchgeführt werden können.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

681 06 (02) 056 **Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug** — **20,0** — **-8,0** — **12,0**

Bemerkung:

Der bedarfsgerechte Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 entsprechende Ansatzerhöhungen gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsauswirkungen insgesamt erreicht.

Die Veranschlagung wird unter Bezugnahme auf die tatsächliche Ist-Belastung dieses Titels abgesenkt. Steigende Belegungszahlen im Justizvollzug und eine damit potenziell wachsende Zahl zuschussberechtigter Gefangener im offenen Vollzug sind bei dem weiterhin oberhalb des Ist 2025 liegenden Ansatz bereits berücksichtigt.

Titel weggefallen

684 01 (02) 056 **Förderung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug** — **42,0** — **-42,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach Titel 0903 - 533 20 MG 02.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen (Änderung der Finanzierungsart).

Bemerkung:

Die Förderung von Maßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs im Justizvollzug erfolgte bisher nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2022 bis 2026 vom 17. Januar 2022 (Amtsbl. Schl.-H. 2022 S. 140).

Die weitere Durchführung der Maßnahmen soll im Rahmen eines Vergabeverfahrens sichergestellt werden - eine Fortsetzung der Förderung über die o.g. Richtlinie kommt daher nicht mehr in Betracht. Die Mittel sind daher aus haushaltssystematischen Gründen künftig als sächliche Verwaltungsausgaben in der Hauptgruppe 5 zu veranschlagen.

812 02 (02) 056 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen** — **617,0** — **-380,0** — **237,0**

Bemerkung:

Der bedarfsgerechten Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen entsprechende haushaltsneutrale Erhöhungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht.

Durch eine zeitliche Verschiebung der Wiederinbetriebnahme der Justizvollzugsanstalt Flensburg nach erfolgter Sanierung fallen in 2027 noch keine Ausgaben für diverse Erstausstattungsbedarfe an. Der Ansatz kann daher entsprechend abgesenkt werden.

Summe der Maßnahmegruppe 02 — **14.030,1** — **+808,0** — **14.838,1**

03 Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt

Haushaltsvermerk unverändert

422 02 (03) 235 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **2.383,9** — **+742,3** — **3.126,2**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 422 02		T€		

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung nach Titel 0903 - 428 02 MG 03 in Höhe von 400,0 T €.

Bemerkung:
500,0 T € mehr zur Abbildung der Finanzierung von zehn zusätzlich für die Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt ausgebrachten Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen-.

Für einen vollständigen und dauerhaften Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt mit insgesamt 60 Plätzen bedarf es der Schaffung und Besetzung von zusätzlichen Planstellen in dem genannten Umfang.

Vgl. dazu auch Absenkung der Veranschlagung bei Titel 0903 - 533 04.

Darüber hinaus werden 242,3 T € zusätzlich zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026 veranschlagt. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

422 04 (03)	056	**Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst**	**805,7**	**-271,5**	**534,2**

Bemerkung:
Mit dem Haushaltsentwurf 2027 ist durch die teils vorzeitige Realisierung von insgesamt 15 kw-Vermerken die Anzahl der für die Nachwuchskräfte der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt vorgehaltenen Stellen von 38 auf 23 reduziert worden. Die abgesenkte Veranschlagung berücksichtigt den niedrigeren Budgetbedarf bei diesem Titel aufgrund der verringerten Ausbildungskapazitäten.

In der Veranschlagung berücksichtigt ist zudem die Finanzierung i.H.v. 12,0 T € der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 02 (03)	235	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**400,0**	**+8,2**	**408,2**

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung von Titel 0903 - 422 02 MG 03 in Höhe von 400,0 T €.
.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 428 02			T€		

Bemerkung:

8,2 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Zweckbestimmung geändert

525 04 (03)	235	**Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**	**120,0**	**-4,0**	**116,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung in Höhe von 4,0 T € nach Titel 0903 - 527 02 MG 03.
Umsetzung im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal.

Bemerkung:

Die Mittel für die im Zusammenhang mit der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt (AHE) anfallenden Reisekosten waren bisher bei diesem Titel mit veranschlagt. Im Zuge der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements im Dienstleistungszentrum Personal erfolgt mit dem HH 2027 für die AHE die Umsetzung dieser Mittel zentral nach Titel 0903 - 527 02 MG 03.

527 02 (03)	235	**Dienstreisen**	**3,0**	**+4,0**	**7,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung in Höhe von 4,0 T € von Titel 0903 - 525 04 MG 03.
Umsetzung im Zusammenhang mit der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal.

Bemerkung:

Die Mittel für die im Zusammenhang mit der Ausbildung und Umschulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt (AHE) anfallenden Reisekosten waren bisher bei Titel 0903 - 525 04 MG 03 mit veranschlagt. Im Zuge der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements im Dienstleistungszentrum Personal erfolgt mit dem HH 2027 für die AHE die Umsetzung dieser Mittel zentral nach Titel 0903 - 527 02 MG 03.

533 04 (03)	235	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**5.550,0**	**-300,0**	**5.250,0**

Bemerkung:

Weniger wegen durch sinkenden Bedarf im Bereich der Beschäftigung externer Sicherheitskräfte.

Mit dem HH 2026 sind im Zusammenhang mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) bei diesem Titel zusätzliche Mittel für die Beschäftigung von zehn zusätzlichen externen Sicherheitskräften bereitgestellt worden, soweit und solange Planstellen für die Besetzung mit eigenem Personal noch nicht zur Verfügung stehen.

Mit der nun für einen vollständigen und dauerhaften Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt mit insgesamt 60 Plätzen erfolgten Ausbringung von 10 zusätzlichen Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- können die mit dem HH 2026 bereitgestellten Sachmittel wieder entfallen bzw. zur anteiligen Gegenfinanzierung der mit dem Stellenaufwuchs verbundenen Mehrkosten eingesetzt werden.

Vgl. dazu Veranschlagung bei Titel 0903 - 422 02 MG 03 nebst Stellenplan.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**9.700,6**	**+179,0**	**9.879,6**

Maßnahmegruppe geändert

04 Ambulante Resozialisierung

Haushaltsvermerk unverändert

525 06 (04)	051	**Fortbildung der Fachkräfte der Ambulanten Sozialen Dienste der Justiz und der Freien Träger in den Leistungsbereichen des ResOG SH einschließlich Reisekosten**	**25,0**	**+10,0**	**35,0**

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Der geänderte Ansatz nähert sich wieder moderat dem Niveau des HH 2026 an. Die oberhalb des Ist 2025 liegende Veranschlagung berücksichtigt dabei, dass infolge der fachlichen Neuausrichtung (ResOG SH) die Ist-Belastung nicht repräsentativ für den künftigen Bedarf ist. Der jetzige Ansatz stellt sicher, dass die an den neuen fachlichen Standards ausgerichtete Fortbildungsplanung nicht gefährdet wird.

533 14 (04)	051	**Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten**	**50,0**	**+15,0**	**65,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die bedarfsgerechte Erhöhung der Veranschlagung bei diesem Titel wird durch entsprechende Absenkungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 haushaltsneutral ausgeglichen. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge insgesamt erreicht.

Die moderat angepasste Veranschlagung berücksichtigt die nicht steuerbare Möglichkeit einer sich ändernden Fallzahl in diesem Bereich. Aufgrund der inhärenten Anfälligkeit für Einzelfallschwankungen wird diesem spezifischen finanziellen Risiko Rechnung getragen, um die rechtlich unabweisbare staatliche Unterbringungs- und Sicherungspflicht jederzeit gewährleisten zu können.

Titel weggefallen

547 01 (04)	011	**Zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige**	**20,0**	**-20,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach Titel 0901 - 547 01 MG 02.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

Bemerkung:

Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Titel weggefallen			
684 03 (04)	236	**Zuschuss für das Childhood-Haus in Flensburg**	**50,0**	**-50,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	50	-50	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	50	-50	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach Titel 0901 - 684 03 MG 02. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Bemerkung: Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.			
		Titel weggefallen			
684 07 (04)	051	**Psychosoziale Prozessbegleitung**	**95,0**	**-95,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach Titel 0901 - 684 07 MG 02. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Bemerkung: Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.			
		Zweckbestimmung geändert			
684 11 (04)	051	**Förderung für Kinder Inhaftierter**	**465,0**	**-240,0**	**225,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Teilumsetzung in Höhe von 240,0 T € nach Titel 0901 - 684 11 MG 02. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Bemerkung: Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt. Aus den bei diesem Titel veranschlagten Mittel betrifft dies lediglich den Teilansatz für die Förderung der Hilfen für Kinder, die häusliche Gewalt erfahren und deren Angehörige. Die im Kapitel 0903 MG 04 verbleibenden Mittel in Höhe von 225,0 T € stehen künftig ausschließlich für die Förderung von Maßnahmen für Kinder Inhaftierter zur Verfügung. Diese Aufgabenwahrnehmung fällt nicht unter die Angelegenheiten des Opferschutzes und wird künftig organisatorisch als Bestandteil der Maßnahmen der Ambulanten Resozialisierung mit übernommen. Die bisherige Zweckbestimmung “Förderung von Hilfen für Kinder von Probandinnen und Probanden und deren Angehörige“ veranschlagten Mittel wird entsprechend angepasst und lautet ab 2027 “Förderung für Kinder Inhaftierter“.			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Titel weggefallen			
684 14 (04)	011	**Unterstützung von Opferschutzorganisationen für Opfer von rechter und antisemitischer Gewalt**	**50,0**	**-50,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 0901 - 684 14 MG 02. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen. **Bemerkung:** Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.			
		Titel weggefallen			
684 15 (04)	051	**Förderung der professionellen Opferberatung**	**100,0**	**-100,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach Titel 0901 - 684 15 MG 02. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen. **Bemerkung:** Die bisher im Kapitel 0903 MG 04 (Ambulante Resozialisierung und Opferschutz) veranschlagten Mittel des Opferschutzes werden künftig aus haushaltssystematischen Gründen separat im Kapitel 0901 in der Maßnahmegruppe 02 (Opferschutz) veranschlagt.			
685 02 (04)	051	**Kampagne zur Bekanntmachung der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder**	**75,0**	**-25,0**	**50,0**
		Bemerkung: Der bedarfsgerechten Absenkung der Veranschlagung bei diesem Titel stehen entsprechende haushaltsneutrale Erhöhungen an anderen Stellen innerhalb des Kapitels 0903 gegenüber. Hierdurch wird im Sinne einer aufgabengerechten, aber weiterhin budgetneutralen Umschichtung eine dem tatsächlichen Bedarf entsprechende Abmilderung der Konsolidierungsbeiträge erreicht. Die eingesetzten Mittel dienen vor allem der Steigerung der Bekanntheit des bereits etablierten Primärpräventionsangebotes. Die Kürzung betrifft somit die Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit für das Angebot. Die eigentliche Umsetzung des Angebotes - die in der Zuständigkeit der Gesetzlichen Krankenkassen liegt - wird durch die Kürzung nicht beeinträchtigt.			
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**5.978,6**	**-555,0**	**5.423,6**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 09 03			
2027		**Gesamteinnahmen**	**9.277,7**	**+1.328,6 0,0**	**10.606,3**
		Gesamtausgaben	**110.694,7**	**+6.774,9 -2.133,9**	**115.335,7**
		Zuschuss	**101.417,0**	**+3.312,4**	**104.729,4**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**6.630**	**+7.550**	**14.180**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**2.930**	**+3.750**	**6.680**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**3.700**	**+3.800**	**7.500**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**-**	**-**	**-**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**-**	**-**	**-**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	051	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**7.944,4**	**+757,7**	**8.702,1**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung in Höhe von 10,0 T € von Titel 0904 - 422 01 nach Titel 0904 - 427 01.

Bemerkung:

612,6 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Darüber hinaus berücksichtigt die geänderte Veranschlagung die jahresanteilige Finanzierung von 4 weiteren Planstellen, die mit dem HH 2027 zur Umsetzung der Personalsäule des Pakts für den Rechtsstaat für die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Zusammenhang mit den Auswirkungen der GEAS-Reform sowie mit der Entwicklung der Asylverfahren geschaffenen wurden.

428 01	051	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**3.067,1**	**+76,9**	**3.144,0**

Bemerkung:

76,9 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Abschluss Kapitel 09 04

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.553,0**	**0,0** **0,0**	**1.553,0**
	Gesamtausgaben	**12.577,0**	**+834,6** **0,0**	**13.411,6**
	Zuschuss	**11.024,0**	**+834,6**	**11.858,6**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01 051 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **8.064,0** **+560,7** **8.624,7**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung in Höhe von 168,4 T € von Titel 0905 - 428 01 nach Titel 0905 - 422 01.

Bemerkung:
560,7 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01 051 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **4.400,7** **+112,9** **4.513,6**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung in Höhe von 168,4 T € von Titel 0905 - 428 01 nach Titel 0905 - 422 01.
Teilumsetzung in Höhe von 50,0 T € von Titel 0905 - 428 01 nach Titel 0908 - 428 01.

Bemerkung:
112,9 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Abschluss Kapitel 09 05

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.602,0**	**0,0** **0,0**	**1.602,0**
	Gesamtausgaben	**18.394,7**	**+673,6** **0,0**	**19.068,3**
	Zuschuss	**16.792,7**	**+673,6**	**17.466,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01 051 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **1.778,8** — **+133,9** — **1.912,7**

Bemerkung:

133,9 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01 051 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **529,5** — **+11,9** — **541,4**

Bemerkung:

11,9 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Abschluss Kapitel 09 06

2027	**Gesamteinnahmen**	**440,0**	**0,0**	**440,0**
			0,0	
	Gesamtausgaben	**2.671,3**	**+145,8**	**2.817,1**
			0,0	
	Zuschuss	**2.231,3**	**+145,8**	**2.377,1**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01 051 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **40.186,9** **+3.490,1** **43.677,0**

Bemerkung:

2.937,3 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Darüber hinaus berücksichtigt die geänderte Veranschlagung die jahresanteilige Finanzierung von 17 weiteren Planstellen, die mit dem HH 2027 zur Umsetzung der Personalsäule des Pakts für den Rechtsstaat für die Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung nach dem Personalbedarfsberechnungssystem Pebb§y geschaffen wurden.

427 05 051 **Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten** **25,0** **+0,9** **25,9**

Bemerkung:

0,9 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01 051 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **15.815,0** **+423,1** **16.238,1**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung in Höhe von 50,0 T € von Titel 0905 - 428 01 nach Titel 0908 - 428 01.

Bemerkung:

423,1 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
511 01	051	**Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände**	**900,0**	**-200,0**	**700,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 09 08 - 526 15. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen: Teilumsetzung i. H. v. 200,0 T€ der auf Porto- und Zustellungskosten entfallenden Anteile in den Bereich der sonstigen Rechtsauslagen.			
518 03	051	**Mieten für Archivflächen**	**4,5**	**-1,8**	**2,7**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 12 20 - 518 92. Umsetzung i. H. v. 1,8 T€ im Zusammenhang mit der Anmietung von Asservaten- und Archivflächen für die Staatsanwaltschaft Kiel.			
526 15	051	**Sonstige Auslagen in Rechtssachen**	**1.200,0**	**+420,0**	**1.620,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung von 09 08 - 537 01. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen. . Umsetzung von 09 08 - 511 01. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen: Teilumsetzung der auf Porto- und Zustellungskosten entfallenden Anteile in den Bereich der sonstigen Rechtsauslagen.			
		Bemerkung: Darüber hinaus Mehrbedarf i. Z. m. der Anpassung von Porto- und Zustellungskosten.			
		Titel weggefallen			
537 01	051	**Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals**	**20,0**	**-20,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 09 08 - 526 15. Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.			

Abschluss Kapitel 09 08

2027	**Gesamteinnahmen**	**24.055,0**	**0,0** **0,0**	**24.055,0**
	Gesamtausgaben	**66.001,2**	**+4.334,1** **-221,8**	**70.113,5**
	Zuschuss	**41.946,2**	**+4.112,3**	**46.058,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

422 01	051	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**3.391,0**	**+249,8**	**3.640,8**

Bemerkung:

249,8 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

428 01	051	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**2.951,3**	**+66,1**	**3.017,4**

Bemerkung:

66,1 T € mehr zur Finanzierung der strukturellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zum 01.04.2026 bzw. der Besoldungsanpassungen für die Jahre 2025 bis 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Die bereits im Jahr 2026 benötigten Mittel werden im Haushaltsvollzug 2026 umgesetzt; die Abbildung der Solländerung 2026 erfolgt mit dem endgültigen Haushaltsplan 2027.

Die Mittel für die weiteren Tarif- und Besoldungsanpassungen des Jahres 2027 werden vom Finanzministerium im Haushaltsvollzug 2027 umgesetzt.

Abschluss Kapitel 09 09

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.050,5**	**0,0** **0,0**	**1.050,5**
	Gesamtausgaben	**9.253,8**	**+315,9** **0,0**	**9.569,7**
	Zuschuss	**8.203,3**	**+315,9**	**8.519,2**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99 311 **Umsatzsteuererstattungen des Finanzamtes** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

381 01 891 **Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages** **869,4** **-1,8** **867,6**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den verringerten Ansatz bei Titel 1103 - 981 05 MG 03 (Zweckabgabe zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs). Laut Finanzministerium ergibt sich für die Verwendung der Lotteriezweckabgabe bei diesem Titel eine geringere Verteilungsmasse.

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

526 99 011 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** **391,5** **-73,1** **318,4**

Bemerkung:

Weitere Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen.

533 04 314 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen** **90,6** **-1,7** **88,9**

Bemerkung:

Weitere Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen.

535 02 011 **Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft in Schleswig-Holstein** **29,7** **-4,7** **25,0**

Bemerkung:

Weitere Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen.

541 01 314 **Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen** **12,7** **-7,7** **5,0**

Bemerkung:

Weitere Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen.

Titel weggefallen

541 99 314 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

546 99 011 **Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge** **7,6** **-7,6** **0,0**

Bemerkung:

Weitere Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen.

684 03 291 **Landesanteil zur Finanzierung der Pflegeausbildung** **14.898,4** **+5.674,1** **20.572,5**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 03			T€		

Bemerkung:

Aufgrund der Einbeziehung der Pflegefachassistenzausbildung in das Umlageverfahren zur Finanzierung der Pflegeausbildung steigt der vom Land Schleswig-Holstein zu leistende Finanzierungsanteil am Finanzbedarf der Pflegeausbildungen. Der Gesamtfinanzierungsbedarf wird durch die Ausbildungsfonds der Pflegeberufe Schleswig-Holstein GmbH jährlich für das Folgejahr kalkuliert. Zusätzlich zu dem Bedarf für die privaten Pflegeschulen kommt auch der Bedarf für die Auszubildenden aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen hinzu. Der Mehrbedarf für das Haushaltsjahr 2027 beträgt 5.674,1 T€.
Im Haushaltsentwurf 2027 wurde hierfür im Einzelplan 11 (Titel 1111 - 971 02) eine Vorsorge in Höhe von 5.000,0 T€ veranschlagt, die somit aufgelöst wird.

684 07	235	**Zuwendungen an Verbände, Vereine, soziale oder ähnliche Einrichtungen als Träger von Altenpflegeschulen für das Vorhalten von Räumlichkeiten**	**1.400,0**	**+140,0**	**1.540,0**

Bemerkung:

Das Land gewährt den Pflegeschulen gemäß der “Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für das Vorhalten von Räumlichkeiten“ eine Zuwendung in Höhe von maximal 500,00 € je tatsächlich besetztem Schulplatz. Zuwendungsberechtigt sind alle Pflegeschulen ohne Anbindung an ein Krankenhaus, welche keine Förderung über das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) erhalten. Anhand der Anträge der Pflegeschulen im Jahr 2026 ist ein überproportionaler Anstieg der Zahl der Auszubildenden festzustellen. Ausgehend von einer sich fortsetzenden Entwicklung der Ausbildungszahlen im Haushaltsjahr 2027 ist daher eine Erhöhung des Ansatzes notwendig.

04 Gesundheitsförderung und Prävention

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0915 - 359 01 verwendet werden, sofern diese Einnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Kapitel 0915 zur Deckung von Mehrausgaben verwendet worden sind.

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und gegenseitig deckungsfähig mit der Maßnahmegruppe 68 im Kapitel 0915.. Darüber hinaus können Minderausgaben der Maßnahmegruppe für Mehrausgaben bei Titel 0915 - 919 01 verwendet werden.

Bemerkung:

Anpassung des Deckungsvermerks.
Der in dieser Maßnahmegruppe abgebildete Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention ist eng mit dem in der Maßnahmegruppe 68 abgebildeten Bereich der Gesundheitsberichterstattung verzahnt. Dies ist auch im Haushalt durch eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der beiden Maßnahmegruppen abzubilden.

526 02 (04)	314	**Externe wissenschaftliche Begleitung für die Entwicklung der Präventionsstrategie**	**85,0**	**+15,0**	**100,0**

Bemerkung:

Rücknahme der Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.
Dem Ansatz liegt eine vertragliche Verpflichtung zu Grunde. Die Mittel werden in der veranschlagten Höhe benötigt und stehen daher für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung.

Summe der Maßnahmegruppe 04	**456,0**	**+15,0**	**471,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten

Haushaltsvermerk unverändert

534 02 (06) 314 **Bevorratung von Impfstoffen und Medikamenten, Vorbereitung und Sicherstellung von Schutzimpfungen und ähnlichem nach dem Infektionsschutzgesetz** — **38,2** — **+3,8** — **42,0**

Bemerkung:

Anteilige Rücknahme der Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.
Dem Ansatz liegt eine vertragliche Verpflichtung zu Grunde. Die Mittel werden in der veranschlagten Höhe benötigt und stehen daher für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung.

534 03 (06) 314 **Bereitschaftsgebühr für die Reservierung von Impfdosen** — **719,1** — **+126,9** — **846,0**

Bemerkung:

Rücknahme der Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.
Dem Ansatz liegen vertragliche Verpflichtungen zu Grunde. Die Mittel werden in der veranschlagten Höhe benötigt und stehen daher für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung.

Summe der Maßnahmegruppe 06 — **765,8** — **+130,7** — **896,5**

09 Öffentlicher Gesundheitsdienst

Haushaltsvermerk unverändert

631 02 (09) 314 **Landesanteil NPP-Koordinierungsstelle** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Künftig wegfallend.

Bemerkung:

Der Titel wird zukünftig nicht mehr benötigt.
Der Landesanteil an der Koordinierungsstelle Nationaler Pandemieplan in Höhe von ca. 4,0 T€ pro Jahr wird ab 2027 aus dem Titel 0915 - 534 62 MG 62 (Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten) gezahlt, da ab 2027 eine Kooperationsvereinbarung des Bundes mit den Ländern zur Finanzierung der Koordinierungsstelle geschlossen wird. Die Kosten können bei diesem Titel aus den vorhandenen Mitteln gedeckt werden.

Summe der Maßnahmegruppe 09 — **0,0** — **0,0** — **0,0**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs und Maßnahmen im Bereich der dezentralen Psychiatrie

Haushaltsvermerk unverändert

526 61 (61)	314	**Sachverständige**	**15,7**	**-2,7**	**13,0**

Bemerkung:
Weitere Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen.

534 61 (61)	314	**Sachkosten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs**	**15,4**	**+2,7**	**18,1**

Bemerkung:
Rücknahme der Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.
Dem Ansatz liegt eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zu Grunde. Die Mittel werden in der veranschlagten Höhe benötigt und stehen daher für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung.

684 61 (61)	314	**An die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V.**	**1.463,9**	**-1,8**	**1.462,1**

Bemerkung:
Weniger aufgrund der niedrigeren Einnahmen bei Titel 0915 - 381 01.
Laut Finanzministerium stehen für die Verwendung der Lotteriezweckabgabe weniger Mittel zur Verfügung.

Summe der Maßnahmegruppe 61	**5.602,8**	**-1,8**	**5.601,0**

62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0915 - 359 01 verwendet werden, sofern diese Einnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Kapitel 0915 zur Deckung von Mehrausgaben verwendet worden sind.

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Darüber hinaus können Minderausgaben der Maßnahmegruppe für Mehrausgaben bei Titel 0915 - 919 01 verwendet werden.

Bemerkung:
Anpassung des Deckungsvermerks.
Die bisher bestehende Deckungsfähigkeit mit der Maßnahmegruppe 68 wird aufgrund fehlender fachlicher Zusammenhänge gestrichen.

891 62 (62)	132	**Investitionszuschüsse für das Medizinaluntersuchungsamt beim UKSH**	**150,0**	**-72,2**	**77,8**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 891 62			T€		

Bemerkung:

Weniger zur Deckung der erforderlichen Rücknahmen von Ansatzreduzierungen bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.
Das UKSH ist in der Vergangenheit bei den beantragten Mitteln deutlich unter den Ansätzen geblieben.

Summe der Maßnahmegruppe 62		**3.667,6**	**-72,2**	**3.595,4**

67 Epidemiologisches Krebsregister

Haushaltsvermerk unverändert

534 67 (67)	314	**Anteil Schleswig-Holstein an der Finanzierung des Deutschen Krebsregisters**	**10,2**	**+1,8**	**12,0**

Bemerkung:

Rücknahme der Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.
Dem Ansatz liegt eine vertragliche Verpflichtung zu Grunde. Die Mittel werden in der veranschlagten Höhe benötigt und stehen daher für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung.

Summe der Maßnahmegruppe 67	**426,5**	**+1,8**	**428,3**

68 Gesundheitsberichterstattung

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 0915 - 359 01 verwendet werden, sofern diese Einnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Kapitel 0915 zur Deckung von Mehrausgaben verwendet worden sind.

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und gegenseitig deckungsfähig mit der Maßnahmegruppe 04 im Kapitel 0915. Darüber hinaus können Minderausgaben der Maßnahmegruppe für Mehrausgaben bei Titel 0915 - 919 01 verwendet werden.

Bemerkung:

Anpassung des Deckungsvermerks.
Der in dieser Maßnahmegruppe abgebildete Bereich der Gesundheitsberichterstattung ist eng mit dem in der Maßnahmegruppe 04 abgebildeten Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention verzahnt. Dies ist auch im Haushalt durch eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der beiden Maßnahmegruppen abzubilden.
Die bisher bestehende Deckungsfähigkeit mit der Maßnahmegruppe 62 wird aufgrund fehlender fachlicher Zusammenhänge gestrichen.

Summe der Maßnahmegruppe 68	**278,9**	**0,0**	**278,9**

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 15 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		69 Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene *Haushaltsvermerk unverändert*			
533 69 (69)	314	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen** **Bemerkung:** Rücknahme der Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54. Dem Ansatz liegen vertragliche Verpflichtungen zu Grunde. Die Mittel werden in der veranschlagten Höhe benötigt und stehen daher für die Haushaltskonsolidierung nicht zur Verfügung.	**110,5**	**+19,5**	**130,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 69	**1.725,8**	**+19,5**	**1.745,3**

		Abschluss Kapitel 09 15			
2027		**Gesamteinnahmen**	**30.536,9**	**0,0** **-1,8**	**30.535,1**
		Gesamtausgaben	**154.339,3**	**+5.983,8** **-171,5**	**160.151,6**
		Zuschuss	**123.802,4**	**+5.814,1**	**129.616,5**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**6.820**	**-**	**6.820**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.900**	**-**	**1.900**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**927**	**-**	**927**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**819**	**-**	**819**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**3.174**	**-**	**3.174**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 09

2027	**Gesamteinnahmen**	**250.607,1**	**+1.328,6 -1,8**	**251.933,9**
	Gesamtausgaben	**749.178,7**	**+34.562,7 -4.737,2**	**779.004,2**
	Zuschuss	**498.571,6**	**+28.498,7**	**527.070,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**13.450**	**+7.600**	**21.050**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**4.830**	**+3.800**	**8.630**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**4.627**	**+3.800**	**8.427**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**819**	**-**	**819**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**3.174**	**-**	**3.174**

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99 011 **Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **185,0** — **+17,0** — **202,0**

Bemerkung:

Anpassung um 17,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **2.993,5** — **+189,0** — **3.182,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 189,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 01 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **20,5** — **+1,0** — **21,5**

Bemerkung:

Anpassung um 1,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 05 011 **Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten** — **46,8** — **+1,0** — **47,8**

Bemerkung:

Anpassung um 1,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.328,0** — **+169,0** — **2.497,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 428 65 MG 65 i. H. v. 100,0 T€

Bemerkung:

Anpassung um 69,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Erhöhung um 100,0 T€ für die Umsetzung von zwei unbefristeten Stellen im Haushaltsvollzug auf Grundlage des Einvernehmens des Finanzministeriums.

Titel weggefallen

541 99 011 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 01 Ministerium

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 541 99		T€		

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 10 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**36,0**	**0,0** **0,0**	**36,0**
	Gesamtausgaben	**6.710,5**	**+377,0** **0,0**	**7.087,5**
	Zuschuss	**6.674,5**	**+377,0**	**7.051,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 02 Gesundheits- und Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	011	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 02 Gesundheits- und Verbraucherschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Titel weggefallen

541 99	011	**Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 10 02

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.210,0**	**0,0**	**1.210,0**
			0,0	
	Gesamtausgaben	**96,8**	**0,0**	**96,8**
			0,0	
	Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Überschuss	**1.113,2**	**0,0**	**1.113,2**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	219	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 219 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **15.202,9** — **+687,0** — **15.889,9**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 687,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 02 219 **Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** — **434,6** — **+22,0** — **456,6**

Bemerkung:

Anpassung um 22,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 01 219 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** — **10,3** — **+7,0** — **17,3**

Bemerkung:

Anpassung um 7,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 219 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **16.942,1** — **+546,0** — **17.488,1**

Bemerkung:

Anpassung um 546,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 219 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 10 03

2027	**Gesamteinnahmen**	**14.327,9**	**0,0** **0,0**	**14.327,9**
	Gesamtausgaben	**95.113,9**	**+1.262,0** **0,0**	**96.375,9**
	Zuschuss	**80.786,0**	**+1.262,0**	**82.048,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	313	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 04 Arbeitsschutz, Sozialversicherungssysteme und Verbraucheraufklärung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **2.454,5** — **+165,0** — **2.619,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 165,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.967,6** — **+47,0** — **2.014,6**

Bemerkung:

Anpassung um 47,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 313 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 10 04

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.666,0**	**0,0** **0,0**	**1.666,0**
	Gesamtausgaben	**46.962,9**	**+212,0** **0,0**	**47.174,9**
	Zuschuss	**45.296,9**	**+212,0**	**45.508,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**6.200**	**-**	**6.200**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.800**	**-**	**1.800**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**1.800**	**-**	**1.800**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**800**	**-**	**800**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**1.800**	**-**	**1.800**

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	236	**Umsatzsteuererstattung des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **1.120,0** — **+52,0** — **1.172,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 52,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **165,7** — **+3,0** — **168,7**

Bemerkung:

Anpassung um 3,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 236 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Neuer Titel

633 04 291 **Erstattungen an die Kreise und kreisfreien Städte für die Sozialpädagogische Assistenz an Förderzentren Geistige Entwicklung und Körperlich-Motorische Entwicklung** — **0,0** — **+8.250,0** — **8.250,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Gegenseitig deckungsfähig mit der Maßnahmegruppe 04.

Bemerkung:

In Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden hat sich das Land unterjährig dazu verpflichtet, einen finanziellen Ausgleich für die Sozialpädagogische Assistenz an Förderzentren Geistige Entwicklung und Körperlich-Motorische Entwicklung zu leisten.
Die Finanzierung erfolgt durch Auflösung der Vorsorge bei Titel 1111 - 971 02.

Erläuterungen:

Das Land hat sich in einer mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffenen Vereinbarung dazu verpflichtet, den Kreisen und kreisfreien Städten bis zur Neuordnung des bisherigen Unterstützungssystems der Sozialpädagogischen Assistenz an Förderzentren Geistige Entwicklung und Körperlich-Motorische Entwicklung einen finanziellen Ausgleich zu leisten.

633 05 283 **Erstattung von Ausgaben der örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe zum angemessenen Schulbesuch** — **10.513,4** — **+4.800,0** — **15.313,4**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 633 05			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Gegenseitig deckungsfähig mit der Maßnahmegruppe 04.

Teilumsetzung von Titel 1111 - 971 02 i. H. v. 2.000,0 T€ zur Auflösung der Vorsorge.

Bemerkung:
Es werden zusätzlich 4.800,0 T€ zur Deckung der Erstattungsleistungen (Nachfinanzierung aus 2026) benötigt. Davon werden 2.000,0 T€ aus der Vorsorge entnommen.

684 03	235	**Zuschüsse für Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe**	**900,0**	**+600,0**	**1.500,0**

Bemerkung:
Erhöhung des Ansatzes um 600,0 T€; Aufteilung des Gesamtansatzes wie folgt:

1. Zuschüsse des Landes an die Beratungsstellen für Wohnungslosenhilfe 1.200,0 T€ zur Ausweitung Housing First
2. Zuschüsse des Landes zur Ausweitung von Housing First für Frauen (Frauen_Obdach) 300,0 T€

Zweckbestimmung geändert

684 09	291	**Zuschuss an den Landesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Schleswig-Holstein e. V. zum Aufbau eines Beratungsangebotes “Unterstützte Kommunikation in SH“**	**80,0**	**0,0**	**80,0**

Bemerkung:
Änderung der Zweckbestimmung an das Ergebnis des abgeschlossenen Vergabeverfahrens.

Titel weggefallen

684 17	291	**Förderung der Tafeln oder vergleichbarer sozialer Einrichtungen**	**500,0**	**-500,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach 10 12 - 684 22 MG 11.
Zuführung zur MG Ehrenamtliches Engagement.

Titel weggefallen

893 01	291	**Förderung der Tafeln oder vergleichbarer sozialer Einrichtungen für investive Maßnahmen**	**500,0**	**-500,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach 10 12 - 893 01 MG 11.
Zuführung zur MG Ehrenamtliches Engagement.

04 Leistungen der Eingliederungs- und Sozialhilfe sowie sonstiger sozialgesetzlichen Leistungen

Haushaltsvermerk geändert

Gegenseitig deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe, sowie mit den Titeln 526 07, 533 01, 633 01, 633 03, 633 04, 633 05 und 671 03.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 119 02 und 119 06 (zweckgebunden) geleistet werden.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 05 Soziale Hilfen und Behindertenpolitik

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
633 06 (04)	283	**Erstattungen der Kosten der Eingliederungshilfe**	**1.226.851,3**	**+174.000,0**	**1.400.851,3**
		Bemerkung: Anpassung für bedarfsgerechtere Leistungen der Eingliederungshilfe unter Berücksichtigung der Abschlagszahlungen und Spitzabrechnung 2026.			
633 07 (04)	286	**Erstattungen der Kosten der Sozialhilfe**	**175.671,2**	**+26.000,0**	**201.671,2**
		Bemerkung: Anpassung für bedarfsgerechtete Leistungen der Sozialhilfe unter Berücksichtigung der Abschlagszahlungen und Spitzabrechnung 2026.			
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**1.442.896,4**	**+200.000,0**	**1.642.896,4**

Abschluss Kapitel 10 05

2027	**Gesamteinnahmen**	**532.549,5**	**0,0** **0,0**	**532.549,5**
	Gesamtausgaben	**2.003.858,5**	**+213.705,0** **-1.000,0**	**2.216.563,5**
	Zuschuss	**1.471.309,0**	**+212.705,0**	**1.684.014,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**20**	**-**	**20**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**20**	**-**	**20**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	271	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **536,3** — **+40,0** — **576,3**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung um 40,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **727,3** — **+25,0** — **752,3**

Bemerkung:
Anpassung um 25,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 271 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:
Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

03 Ergänzende Fördermaßnahmen im Bereich der Kindertageseinrichtungen, Tagespflege und Familienzentren

633 17 271 **Förderung von Maßnahmen der Kommunen zur Fachkräftegewinnung** — **10.136,0** — **-184,0** — **9.952,0**
(03)

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung i. H. v. 150,0 T€ nach Titel 1007 - 684 05 MG 03.
Teilumsetzung i. H. v. 34,0 T€ nach 1012 - 684 16 MG 03.

Bemerkung:
Mittelumsetzung zur strukturellen Stärkung des Qualifizierungsangebotes zum Thema Traumapädagogik.
Mittelumsetzung zur strukturellen Stärkung der institutionellen Förderung der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V. (LKJ SH).

633 19 271 **An die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die "Kompetenzteams Inklusion"** — **13.964,0** — **0,0** — **13.964,0**
(03)

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 07 Sicherung der Qualitätsentwicklung der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 633 19		T€		
	Haushaltsvermerk geändert Teilumsetzung i. H. v. 4.000,0 T€ von Titel 1007 - 633 18.			
684 05 271 (03)	**Unterstützungsmaßnahmen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, Familienzentren und FachberaterInnen zum Thema Traumapädagogik**	**1.000,0**	**+150,0**	**1.150,0**
	Neuer Haushaltsvermerk Teilumsetzung i.H.v. 150,0 T€ von Titel 1007 - 633 17 MG 03 **Bemerkung:** Mittelumsetzung zur strukturellen Stärkung des Qualifizierungsangebotes zum Thema Traumapädagogik.			
	Summe der Maßnahmegruppe 03	**42.072,0**	**-34,0**	**42.038,0**

Abschluss Kapitel 10 07

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**874.381,0**	**+215,0** **-184,0**	**874.412,0**
	Zuschuss	**874.381,0**	**+31,0**	**874.412,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**45.328**	**-**	**45.328**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**22.064**	**-**	**22.064**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**22.264**	**-**	**22.264**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**1.000**	**-**	**1.000**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Titel weggefallen

129 99	011	**Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 02 291 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **1.161,0** — **+49,0** — **1.210,0**

Bemerkung:

Anpassung um 49,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 02 291 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **372,0** — **+12,0** — **384,0**

Bemerkung:

Anpassung um 12,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 011 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

03 Förderung der Gleichstellung

Haushaltsvermerk unverändert

533 03 291 **Sachkosten der Geschäftsstelle für die Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein (außer Kommunen)** — **68,0** — **+12,0** — **80,0**
(03)

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 10 08 - 533 04 MG 04 i. H. v. 12,0 T€.

Bemerkung:

Die Mittelumsetzung ist erforderlich, um den tatsächlichen Mittelbedarf abzudecken und die im Rahmen der Haushaltsklausur vorgenommenen Ansatzreduzierungen bedarfsgerecht auszugleichen.

533 04 291 **Maßnahmen im Rahmen der Gleichstellungsstrategie Schleswig-Holstein** — **34,0** — **-20,5** — **13,5**
(03)

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 08 Förderung der Gleichstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 04			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von 20,5 T€ auf Titel
10 08 - 533 03 MG 03 i. H. v. 12,0 T€
10 08 - 535 02 MG 03 i. H. v. 6,7 T€ und
10 08 - 547 03 MG 03 i. H. v. 1,8 T€.

Bemerkung:
Die Mittelumsetzung ist erforderlich, um den tatsächlichen Mittelbedarf bei den jeweiligen Titeln abzudecken und die vorgenommenen Ansatzreduzierungen bedarfsgerecht auszugleichen.

535 02 (03)	291	**Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen**	**38,3**	**+6,7**	**45,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 10 08 - 533 04 MG 04 i. H. v. 6,7 T€.

Bemerkung:
Die Mittelumsetzung ist erforderlich, um den tatsächlichen Mittelbedarf abzudecken und die vorgenommenen Ansatzreduzierungen bedarfsgerecht auszugleichen.

547 03 (03)	236	**Einzelfallhilfen und Kosten für Sprachmittlerinnen für gewaltbetroffene Frauen**	**10,2**	**+1,8**	**12,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 10 08 - 533 04 MG 04 i. H. v. 1,8 T€.

Bemerkung:
Die Mittelumsetzung ist erforderlich, um den tatsächlichen Mittelbedarf abzudecken und die vorgenommenen Ansatzreduzierungen bedarfsgerecht auszugleichen.

633 08 (03)	291	**Zuweisung an Kommunen ab 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner zum Ausgleich von Mehrkosten für die Beschäftigung von kommunalen hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten**	**1.000,0**	**+200,0**	**1.200,0**

Bemerkung:
Anpassung aufgrund des gestiegenen Kreises der Antragsberechtigten: Die Zahl der Kommunen in Schleswig-Holstein mit mehr als 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nimmt kontinuierlich zu.
Die Deckung erfolgt aus der Absenkung der Einnahmen in Titel 1012 - 231 02 in Höhe von 133,0 T€ und der Absenkung der Ausgaben in Titel 1012 - 633 01 in Höhe von 333,0 T€.

684 01 (03)	236	**Förderung einer Fachstelle für Prostituierte nach dem ProstSchG**	**240,0**	**+50,0**	**290,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung i. H. v. 50,0 T€ von Titel 10 08 - 685 01 MG 03.

Bemerkung:
Mehr aufgrund erhöhter Bedarfe. Deckung erfolgt aus Titel 1008 - 685 01 MG 03.

684 07 (03)	236	**Förderung von Beratungsangeboten**	**75,0**	**+35,0**	**110,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 07			T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung i. H. v. 35,0 T€ von Titel 10 08 - 685 01 MG 03.

Bemerkung:
Mehr aufgrund höherer Bedarfe.

684 21 (03)	235	**Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt**	**400,0**	**0,0**	**400,0**

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung aus Titel 1009 - 633 01 MG 03 i. H. v. 150,0 T€.

Neuer Titel

684 26 (03)	236	**Umsetzung Gewalthilfegesetz**	**0,0**	**+17.466,8**	**17.466,8**

Bemerkung:
Veranschlagt aufgrund des Übergangspfads mit den KLV (Umsatzsteuerfestbetrag aus Anteil des Bundes nach § 1 Abs. 2 FAG-Bund) i. H. v. 4.000,0 T€. Zusätzlich sind Mittel i. H. v. 13.466,8 T€ im Zusammenhang mit der Umsetzung des GewHG, mit Gegenfinanzierung im EP 11, veranschlagt.

685 01 (03)	236	**Zuwendungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung**	**85,0**	**-85,0**	**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Teilumsetzung i. H. v. 465,0 T€ an 09 15 - 685 07.
Umsetzung Restmittel auf Titel 10 08 - 684 01 (50,0 T€) und 10 08 - 684 07 MG 03).

Bemerkung:
Restmittel werden zur Deckung der Mehrbedarfe bei Titel 10 08 - 684 01 und 10 08 - 684 07, jeweils MG 03, benötigt.

Summe der Maßnahmegruppe 03	**4.699,5**	**+17.666,8**	**22.366,3**

Abschluss Kapitel 10 08

2027	**Gesamteinnahmen**	**1,0**	**0,0** **0,0**	**1,0**
	Gesamtausgaben	**6.960,5**	**+17.833,3** **-105,5**	**24.688,3**
	Zuschuss	**6.959,5**	**+17.727,8**	**24.687,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 09 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzlich deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 42, sowie der Maßnahmegruppe 07. Für die Titel der Obergruppe 42 gilt § 20 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung entsprechend.

Einnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

Titel weggefallen

129 99 011 **Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2 b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **1.981,5** **+149,0** **2.130,5**

Bemerkung:

Anpassung um 149,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

427 03 011 **Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** **88,0** **+1,0** **89,0**

Bemerkung:

Anpassung um 1,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **1.548,0** **+39,0** **1.587,0**

Bemerkung:

Anpassung um 39,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 011 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** **0,0** **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 09 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 541 99			T€		

Bemerkung:
Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

01 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds -Projekte (AMIF) und Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany-Government Assisted Repatriation Programme (REAG-GARP)

428 03 (01)	235	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für AMIF-Förderprojekte**	**230,0**	**+8,0**	**238,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung um 8,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

631 03 (01)	291	**REAG/GARP**	**0,0**	**+135,3**	**135,3**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen über den Eigenanteil hinaus bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 1009 - 231 07 MG 01 geleistet werden.

Teilumsetzung von Titel 1009 - 68402 MG 02 i. H. v. 135,3 T€.

Bemerkung:
Die Bewilligung vom Bund liegt zwischenzeitlich vor. Die Mittel dienen der Kofinanzierung.

684 18 (01)	291	**Projekte zur Förderung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration**	**78,3**	**+72,1**	**150,4**

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen über den Eigenanteil hinaus bis zur Höhe der zweckgebundenen Mehreinnahmen bei Titel 1009 - 231 07 MG 01 geleistet werden.

Teilumsetzung von Titel 1009 - 68402 MG 02 i. H. v. 72,1 T€.

Bemerkung:
Die Bewilligung vom Bund liegt zwischenzeitlich vor. Die Mittel dienen der Kofinanzierung.

Summe der Maßnahmegruppe 01	**433,8**	**+215,4**	**649,2**

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 09 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

02 Integration von Migrantinnen und Migranten

Haushaltsvermerk unverändert

684 02 291 **Ergänzende Förderung von Sprache, Erstorientierung und Kursabschlüssen** **5.537,0** **-707,4** **4.829,6**
(02)

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung auf Titel 1009 - 684 15 MG 03 i. H. v. 500,0 T€.
Teilumsetzung auf Titel 1009 - 631 03 MG 01 i. H. v. 135,3 T€.
Teilumsetzung auf Titel 1009 - 684 18 MG 01 i. H. v. 72,1 T€.

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf zur Verstärkung der Migrationsberatung (500,0 T€) und zur Deckung der Eigenanteile für AMIF-Förderungen (207,4 T€).

Erläuterungen:

Zuwendung (Förderrichtlinie)

Gefördert wird auf Grundlage der Richtlinie über die Förderung von Sprache und Erstorientierung von erwachsenen Zugewanderten in Schleswig-Holstein (Amtsbl. Schl.-H. Nr. 2025/28 vom 31. Januar 2025).

Veranschlagt sind Kosten von ergänzend zu Bundesangeboten durchgeführten Sprach- und Erstorientierungsmaßnahmen. Der Fokus liegt auf erwachsenen Neuzugewanderten, die noch nicht an einem der Bundesangebote teilnehmen können. Übergangsweise dienen die landeseigenen Sprachkursangebote teilweise zur Überbrückung von Wartezeiten, bis die Bundesangebote flächendeckend bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Weiterhin sind Kosten für eine zentrale Stelle zur Koordinierung der Bedarfe im Land (Deutschkurs-Kompass) sowie für ein erstes Sprachangebot in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen (STAFFkompakt) veranschlagt.

Für die Einzelmaßnahmen sind folgende Fördermittel vorgesehen:

		2027 T€
1.	STAFF-Basis- und Aufbaukurse	2.300,0
2.	STAFFkompakt-Kurse	1.537,0
3.	Koordinierungsstelle Deutschkurs-Kompass	200,0
4.	ergänzende Maßnahmen zu den Erstorientierungskursen	800,0
5.	Pilotprojekte	200,0
	Summe	**5.037,0**

Einsparungen im Rahmen der Konsolidierung.

Die Belastungen des Haushaltsjahres 2027 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2026 stellt sich wie folgt dar:

		2027 T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2027	301,2
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2026 (Fälligkeitsbetrag 2027)	0,0
	Summe	**301,2**

684 04 291 **Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten** **969,5** **0,0** **969,5**
(02)

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 04		T€		

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	160	+157	317
davon fällig Haushaltsjahr 2028	110	+101	211
davon fällig Haushaltsjahr 2029	50	+56	106
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:

Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für die Haushaltsjahre 2028 und 2029 auf jeweils 211 T€ bzw. 106 T€ aufgrund von unterjährig eingegangenen Kofinanzierungen für LaNeMo, Matz

684 15 (02)	291	**Migrationsberatung Schleswig-Holstein**	**4.047,3**	**+500,0**	**4.547,3**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	8.094	+1.000	9.094
davon fällig Haushaltsjahr 2028	4.047	+500	4.547
davon fällig Haushaltsjahr 2029	4.047	+500	4.547
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 684 02 MG 03 i. H. v. 500,0 T€.

Bemerkung:

Anhebung der Förderung je Vollzeitstellenanteil insbesondere aufgrund von deutlichen Personalkostensteigerungen. In der Folge wird die Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2028 und 2029 (Bewilligungszeitraum) gem. Ansatzhöhe angepasst.

Erläuterungen:

Zuwendung (Förderrichtlinie)

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung von Migrationsberatung Schleswig-Holstein (MBSH).

Die Richtlinie wird für den Zeitraum ab 2027 derzeit überarbeitet.

Es handelt sich um eine Maßnahme des Landes, die die bundesfinanzierten Angebote Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) und Jugendmigrationsdienste (JMD) ergänzt.

Veranschlagt sind Zuschüsse im Umfang von 4.482,3 T€ für Personal- und Sachkosten zur Sicherstellung einer Beratung von Migrantinnen und Migranten als Unterstützung in konkreten migrationsspezifischen Bedarfslagen in allen Kreisen und kreisfreien Städten sowie 25,0 T€, die als struktureller Aufwuchs für Belange der Migrationsberatung veranschlagt worden sind.

Veranschlagt sind darüber hinaus Kofinanzierungsmittel für zwei länderübergreifend geförderte Projekte im Bereich “Digital Streetwork“ (“Nedim“ als AMIF-Maßnahme und “Kompan“, Förderzeitraum 2025 bis 2027), die die Arbeit der Migrationsberatungsstellen flankieren und im Vorfeld unterstützen. Hierfür stehen im Jahr 2027 40,0 T€ zur Verfügung.

Die Belastungen des Haushaltsjahres 2027 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2026 stellt sich wie folgt dar:

		2027 T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre für 2027	11,8
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2026 (Fälligkeitsbetrag 2027)	0,0
	Summe	**11,8**

Mehr aufgrund der Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**31.327,1**	**-207,4**	**31.119,7**
	03	**Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten**			
633 01 (03)	287	**Erstattungen von Leistungen im Rahmen der Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten** *Haushaltsvermerk geändert* Teilumsetzung auf Titel 1008 - 684 21 MG 03 i. H. v. 150,0 T€. Teilumsetzung auf Titel 1012 - 684 18 MG 02 i. H. v. 94,0 T€.	**98.434,0**	**0,0**	**98.434,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**99.738,2**	**0,0**	**99.738,2**
	04	**Bewirtschaftung der Landesunterkünfte**			
526 04 (04)	235	**Dolmetscherkosten** *Neuer Haushaltsvermerk* Teilumsetzung auf Titel 1009 - 526 03 MG 08 i. H. v. 479,5 T€. **Bemerkung:** Teilumsetzung von Mitteln zur Umsetzung der GEAS-Reform.	**1.702,0**	**-479,5**	**1.222,5**
533 04 (04)	235	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen** *Haushaltsvermerk geändert* **Bemerkung:** Teilumsetzung von Mitteln i. H. v. 294,0 T€ zur Umsetzung der GEAS-Reform.	**45.273,3**	**-294,0**	**44.979,3**
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**67.697,8**	**-773,5**	**66.924,3**

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 09 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

08 Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

511 02 (08) 235 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (GEAS)** **0,0** **+5,0** **5,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 511 65 MG 65 i. H. v. 5,0 T€.

Bemerkung:

Die GEAS-Bestimmungen sind erst am 12.06.2026 in Kraft getreten - vorher war keine Kosteneinschätzung möglich.

Erläuterungen:

Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Reform) und zur Umsetzung der elf Rechtsakte müssen Anschaffungen getätigt werden.

525 02 (08) 235 **Aus- und Fortbildung (GEAS)** **0,0** **+25,6** **25,6**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 525 65 MG 65 i. H. v. 25,6 T€.

Bemerkung:

Die GEAS-Bestimmungen sind erst am 12.06.2026 in Kraft getreten - vorher war keine Kosteneinschätzung möglich.

Erläuterungen:

Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Reform) und zur laufenden Umsetzung der elf Rechtsakte müssen die betroffenen Mitarbeitenden des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge im Bereich der GEAS-Reform geschult werden.

526 03 (08) 235 **Dolmetscherkosten (GEAS)** **0,0** **+479,5** **479,5**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 526 04 MG 04 i. H. v. 479,5 T€.

Bemerkung:

Die GEAS-Bestimmungen sind erst am 12.06.2026 in Kraft getreten - vorher war keine Kosteneinschätzung möglich.

Erläuterungen:

Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Reform) und zur Umsetzung der elf Rechtsakte sind Dolmetscherleistungen u.a. bei dem Prozess der Registrierung notwendig.

533 06 (08) 235 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen (GEAS)** **0,0** **+287,0** **287,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 533 04 MG 04 i. H. v. 287,0 T€.

Bemerkung:

Die GEAS-Bestimmungen sind erst am 12.06.2026 in Kraft getreten - vorher war keine Kosteneinschätzung möglich.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 06			T€		

Erläuterungen:

Im Zuge der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS-Reform) und zur Umsetzung der elf Rechtsakte werden verschiedene Dienstleistungen im Bereich der Werkverträge des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge notwendig sein.

Veranschlagt werden die Kosten für die ärztliche Versorgung.

Neuer Titel

632 02 (08)	219	**Kostenanteil für die Beteiligung an der nationalen EUAA Kontaktstelle Aufnahme**	**0,0**	**+7,0**	**7,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 1009 - 533 04 MG 04 i. H. v. 7,0 T€.

Bemerkung:

Die GEAS-Bestimmungen sind erst am 12.06.2026 in Kraft getreten - vorher war keine Kosteneinschätzung möglich.

Die dazugehörige Verwaltungsvereinbarung wurde im September 2026 unterzeichnet.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Kostenanteil für die Beteiligung an der Kontaktstelle.

		Summe der Maßnahmegruppe 08	**+804,1**	**804,1**

65 Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge Schleswig-Holstein

422 65 (65)	235	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten**	**4.241,3**	**+90,0**	**4.331,3**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 90,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 65 (65)	235	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**9.451,8**	**+218,0**	**9.669,8**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung auf Titel 1001 - 428 01 i. H. v. 100,0 T€

Bemerkung:

Anpassung um 318,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Reduzierung um 100,0 T€ für die Umsetzung von zwei unbefristeten Stellen im Haushaltsvollzug auf Grundlage des Einvernehmens des Finanzministeriums.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

511 65 (65) 235 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **229,1** **-5,0** **224,1**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung auf Titel 1009 - 511 02 MG 08 i. H. v. 5,0 T€.

Bemerkung:

Teilumsetzung von Mitteln zur Umsetzung der GEAS-Reform.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2027 T€
1.	Büromaterial	123,1
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	20,0
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	10,0
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	30,0
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	30,0
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	1,0
7.	Unterhaltung von Geräten	9,0
8.	Sonstiges	1,0
	Summe	**224,1**

Ansatzreduzierung zur Haushaltskonsolidierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54.

525 65 (65) 235 **Aus- und Fortbildung** **163,2** **-25,6** **137,6**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung auf Titel 1009 - 525 02 MG 08 i. H. v. 25,6 T€.

Bemerkung:

Teilumsetzung von Mitteln zur Umsetzung der GEAS-Reform.

Summe der Maßnahmegruppe 65	**16.474,9**	**+277,4**	**16.752,3**

Abschluss Kapitel 10 09

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.801,0**	**0,0** **0,0**	**1.801,0**
	Gesamtausgaben	**219.289,3**	**+2.016,5** **-1.511,5**	**219.794,3**
	Zuschuss	**217.488,3**	**+505,0**	**217.993,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**8.334**	**+1.157**	**9.491**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**4.210**	**+601**	**4.811**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**4.124**	**+556**	**4.680**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Zweckbestimmung geändert

119 04 291 **Erstattung von Zuwendungen aus dem Bereich Senioren, Bürgergesellschaft und soziale Maßnahmen** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben in der Maßnahmegruppe 11 geleistet werden.

Bemerkung:

Änderung Zweckbestimmung und Haushaltsvermerk. Die Anpassung ist erforderlich, da die MG 14 und 17 in die MG 11 integriert werden.

119 05 291 **Erstattung von Zuwendungen aus dem Bereich Gesamtstrategie Ehrenamt** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Künftig wegfallend.

Titel weggefallen

129 99 011 **Umsatzsteuererstattungen des Finanzamts** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

231 02 237 **Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes** — **56.755,2** — **-192,6** — **56.562,6**

Bemerkung:

Vgl. Titel 1012 - 633 01 und 684 46

381 01 891 **Umsetzung des Ausführungsgesetzes zum ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag (Erster GlüÄndStV AG)** — **3.611,2** — **-7,3** — **3.603,9**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Berichtigung des Haushaltsansatzes durch das FM aufgrund gesunkener Prognosewerte im Bereich der Lotterieabgaben.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **2.583,9** — **+178,0** — **2.761,9**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung um 178,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.625,1** — **+42,0** — **1.667,1**

Bemerkung:

Anpassung um 42,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 011 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

633 01 237 **Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes** — **141.887,9** — **-481,4** — **141.406,5**

Haushaltsvermerk geändert

§ 20 LHO findet keine Anwendung. Ausnahmen sind mit Einwilligung des Finanzministeriums zulässig.
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bis zur Höhe von 60 v. H. der Einnahmen bei Titel 233 01 geleistet werden.

Teilumsetzung nach Titel 1012 - 684 46 i. H. v. 88,8 T€.
Teilumsetzung nach Titel 1008 - 633 08 MG 03 i. H. v. 200,0 T€.

Bemerkung:

Weniger aufgrund aktualisierter Berechnung.
Die Reduzierung in Höhe von 148,0 T€ wird zur Deckung der Mehrbedarfe in Titel 1012 - 684 46 und in Höhe von 333,4 T€ zur Deckung der Mehrbedarfe in 1008 - 633 08 verwandt.

633 08 265 **Erstattung von Kosten der Jugendhilfe bei fehlendem gewöhnlichen Aufenthalt gem. §§ 89, 89 a - e SGB VIII** — **37.232,0** — **+10.000,0** — **47.232,0**

Bemerkung:

Die Finanzierung erfolgt durch Auflösung der Vorsorge bei Titel 1111 - 971 17.

Mehr aufgrund der Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Neuer Titel

633 11 291 **Erstattung von Fahrtkosten im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen** — **0,0** — **+5,0** — **5,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung von Titel 10 12 - 684 46 i. H. v. 5,0 T€.

Bemerkung:

Zur sachgerechten Abbildung der Mittel nach der geltenden Haushaltssystematik ist eine entsprechende Umsetzung auf den hierfür zusätzlich auszubringenden Titel erforderlich.

633 29 266 **Erstattungen an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen der Umsetzung der GEAS-Reform** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leerstitel.

684 46 291 **Erstattungen für Beratungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG)** — **6.397,5** — **+83,8** — **6.481,3**

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung von Titel 1012 - 671 02.
Anpassung an die Haushaltssystematik.

Teilumsetzung i. H. v. 5,0 T€ nach Titel 1012 - 633 11.
Teilumsetzung i. H. v. 88,8 T€ von Titel 1012 - 633 01.

Bemerkung:

Die Erstattung an die Beratungsstellen der Träger hängt ab von der Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins, der Anzahl der Beratungsstellen der Kommunen und der Ärztinnen und Ärzte sowie vom TV-L S, jeweils mit Stand 30.06 des Vorjahres. Die Berechnung mit den aktuellen Daten ergibt einen erhöhten Bedarf, der durch das SchKG und die BeratSt-KostVO geregelt ist.
Die Deckung erfolgt aus der Absenkung der Einnahmen in Titel 1012 - 231 02 in Höhe von 59,2 T€ und dem Titel 1012 - 633 01 in Höhe von 148,0 T€.
Zur sachgerechten Abbildung der Mittel nach der geltenden Haushaltssystematik ist eine entsprechende Umsetzung auf den hierfür zusätzlich auszubringenden Titel erforderlich.

02 Weiterentwicklung und Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen

684 18 263 **Förderung des PETZE Instituts für Gewaltprävention** — **282,5** — **0,0** — **282,5**
(02)

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung aus Titel 1009 - 633 01 MG 03 i. H. v. 94,0 T€.

Summe der Maßnahmegruppe 02 — **513,7** — **0,0** — **513,7**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

03 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz

684 16 (03)	261	**Zuschüsse zur institutionellen Förderung von überregionalen freien Trägern**	**804,0**	**+34,0**	**838,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Teilumsetzung i. H. v. 34,0 T€ von 1007 - 63317 MG 03.

Bemerkung:
Mittelumsetzung zur strukturellen Stärkung der institutionellen Förderung der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Schleswig-Holstein e.V. (LKJ SH).

Summe der Maßnahmegruppe 03		**5.334,0**	**+34,0**	**5.368,0**

Maßnahmegruppe geändert

11 Seniorenpolitische Maßnahmen, Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 04 geleistet werden.

Bemerkung:
Aufgrund der Neuausrichtung der Gesamtstrategie Ehrenamt erfolgt eine Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.

531 03 (11)	291	**Öffentlichkeitsarbeit**	**8,5**	**+46,8**	**55,3**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 10 12 - 531 05 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 10 12 - 531 06 MG 17.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.

Neuer Titel

533 06 (11)	291	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder ähnlichen Auftragsformen**	**0,0**	**+9,2**	**9,2**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 10 12 - 533 03 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.

Umsetzung von 10 12 - 533 05 MG 17.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.

Teilumsetzung i.H.v. 347,0 T€ auf Titel 1012 - 684 22 MG 11.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Neuer Titel

534 04 291 **Versicherung für Ehrenamtliche** **0,0** **+15,0** **15,0**

(11)

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 10 12 - 534 09 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.

547 03 291 **Veranstaltungen** **14,2** **+34,8** **49,0**

(11)

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 10 12 - 547 05 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 10 12 - 547 06 MG 17.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.

Zweckbestimmung geändert

633 04 291 **Zuschüsse an Kommunen** **10,0** **+1.800,3** **1.810,3**

(11)

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 10 12 - 633 12 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 10 12 - 633 19 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 1012 - 633 20 MG 17.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 1012 - 684 22 i. H. v. 1,0 T€.
Umsetzung erfolgt aufgrund der Neuordnung der Gesamtstrategie Ehrenamt.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Weiterentwicklung der Gesamtstrategie Ehrenamt.

Gefördert wird auf Grundlage der Richtlinie zur Vergabe von Fördermitteln für die Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen im kommunalen Raum - Gesamtstrategie Ehrenamt vom 15. Dezember 2025 (Amtsbl. Schl.-H. 2025/434).

Darunter entfallen Teilansätze für:

		2027 T€
1.	Seniorenpolitische Maßnahmen	10,0
2.	Innovative Projekte	4,3
3.	Stärkung Ehrenamt	3,0
4.	Projekte im Rahmen der Umsetzung der Gesamtstrategie Ehrenamt	1.792,0
5.	Allgemeine soziale Maßnahmen	1,0
	Summe	**1.810,3**

Ziele:
- Aktivierung der Potentiale ältere Menschen
- Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe
- Unterstützung des solidarischen Miteinanders der Generationen

Kennzahl:
3 Veranstaltungen pro Jahr

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 633 04			T€		
		Gefördert wird aufgrund folgender Richtlinien: Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Schleswig-Holstein (Amtsbl. S.-H. 2022, S. 1657), Richtlinie zur Vergabe von Fördermitteln für die Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen im kommunalen Raum “Gesamtstrategie Ehrenamt“ (Amtsbl. Schl.-H. 2025/434), Richtlinie zur Förderung allgemeiner sozialer Maßnahmen wohlfahrtsverbandsunabhängiger Träger (Amtsbl. Schl.-H. 2026/ 267), Richtlinie zur Stärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit und Förderung von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich (in Überarbeitung), Richtlinie zur Förderung von seniorenpolitischen Maßnahmen (in Überarbeitung), Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln für den Auf- und Ausbau landesweiter Unterstützungsstrukturen im Bereich Ehrenamt und Engagement (in Bearbeitung).			
		Neuer Titel			
681 10 (11)	291	**Zuschüsse an sonstige Bereiche für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements**	**0,0**	**+1,0**	**1,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von 10 12 - 681 08 MG 14. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Neuer Titel			
683 04 (11)	291	**Zuschüsse an private Unternehmen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements**	**0,0**	**+8,5**	**8,5**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung von 10 12 - 683 03 MG 14. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Zweckbestimmung geändert			
684 22 (11)	291	**Zuschüsse an Vereine, Verbände und ähnliche Institutionen**	**315,0**	**+1.101,4**	**1.416,4**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+414	414
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+414	414
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 22		T€		

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 10 05 - 684 17.
Zusammenführung mit 1012 - 684 22 MG 11 zur Umsetzung von haushaltsrechtlichen Vorschriften.
Umsetzung von 10 12 - 684 06 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 10 12 - 684 15 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 10 12 - 684 21 MG 14.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 10 12 - 684 23 MG 11.
Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.
Umsetzung von 1012 - 533 06 MG 11 i. H. v. 347,0 T€.
Umsetzung erfolgt aufgrund der Neuordnung der Gesamtstrategie Ehrenamt.
Umsetzung auf 1012 - 633 04 i. H. v. 1,0 T€.
Umsetzung erfolgt aufgrund der Neuordnung der Gesamtstrategie Ehrenamt.

Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Weiterentwicklung des Gesamtstrategie Ehrenamt.

Darunter entfallen Teilansätze für:

		2027 T€
1.	Innovative Projekte	65,3
2	Allgemeine soziale Maßnahmen	45,6
3.	Förderung der Tafeln	500,0
4.	Stärkung Ehrenamt	69,5
5.	Senior*innenselbsthilfegruppen	315,0
6.	Landesseniorenbeirat	75,0
7.	Unterstützungsstrukturen	347,0
	Summe	**1.417,4**

Ziele:
- Aktivierung der Potenziale älterer Menschen,
- Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe,
- Unterstützung des solidarischen Miteinanders der Generationen.

Kennzahlen:
Mindestens eine mehrtägige Weiterbildung sowie 5 eintägige Fortbildungen.

Gefördert wird aufgrund folgender Richtlinien:
Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Schleswig-Holstein (Amtsbl. S.-H. 2022, S. 1657),
Richtlinie zur Vergabe von Fördermitteln für die Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen im kommunalen Raum “Gesamtstrategie Ehrenamt“ (Amtsbl. Schl.-H. 2025/434),
Richtlinie zur Förderung allgemeiner sozialer Maßnahmen wohlfahrtsverbandsunabhängiger Träger (Amtsbl. Schl.-H. 2026/ 267),
Richtlinie zur Stärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit und Förderung von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich (in Überarbeitung),
Richtlinie zur Förderung von seniorenpolitischen Maßnahmen (in Überarbeitung),
Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln für den Auf- und Ausbau landesweiter Unterstützungsstrukturen im Bereich Ehrenamt und Engagement (in Bearbeitung),
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur strukturellen Förderung von Tafeln und vergleichbaren sozialen Einrichtungen.

Titel weggefallen

684 23 (11)	291	**Zuschüsse an den Landesseniorenrat**	**75,0**	**-75,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach 10 12 - 684 22 MG 11.
Zusammenfassung der Titel aufgrund Anpassung an die Haushaltssystematik.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Neuer Titel			
893 01 (11)	291	**Förderung der Tafeln oder vergleichbarer sozialer Einrichtungen für investive Maßnahmen**	**0,0**	**+500,0**	**500,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung von 10 05 - 893 01. Zuführung zur MG Ehrenamtliches Engagement.			
		Summe der Maßnahmegruppe 11	**422,7**	**+3.442,0**	**3.864,7**
		14 Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen			
		Haushaltsvermerk weggefallen			
		Bemerkung: Die bereitgestellten Mittel zur Förderung der Bürgergesellschaft und allgemeine soziale Maßnahmen werden im Rahmen der Gesamtstrategie Ehrenamt und dem 12-Punkte Plan in vollem Umfang nach 1012 MG 11 transferiert.			
		Titel weggefallen			
531 05 (14)	291	**Öffentlichkeitsarbeit**	**4,3**	**-4,3**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 10 12 - 531 03 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
533 03 (14)	291	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**4,3**	**-4,3**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 10 12 - 533 06 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
534 09 (14)	291	**Versicherung für Ehrenamtliche**	**15,0**	**-15,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 10 12 - 534 04 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
547 05 (14)	291	**Veranstaltungen**	**4,2**	**-4,2**	**0,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 547 05			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 10 12 - 547 03 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
633 12 (14)	291	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** *Neuer Haushaltsvermerk* Umsetzung nach 10 12 - 633 04 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.	**4,3**	**-4,3**	**0,0**
		Titel weggefallen			
633 19 (14)	291	**Zuweisungen zur Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich an Gemeinden und Gemeindeverbände** *Neuer Haushaltsvermerk* Umsetzung nach 10 12 - 633 04 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.	**3,0**	**-3,0**	**0,0**
		Titel weggefallen			
681 08 (14)	291	**Zuschüsse an sonstige Bereiche für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** *Neuer Haushaltsvermerk* Umsetzung nach 10 12 - 681 10 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.	**1,0**	**-1,0**	**0,0**
		Titel weggefallen			
683 03 (14)	291	**Zuschüsse an private Unternehmen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** *Neuer Haushaltsvermerk* Umsetzung nach 10 12 - 683 04 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.	**8,5**	**-8,5**	**0,0**
		Titel weggefallen			
684 06 (14)	291	**Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements** *Neuer Haushaltsvermerk* Umsetzung nach 10 12 - 684 22 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.	**65,3**	**-65,3**	**0,0**
		Titel weggefallen			
684 15 (14)	291	**Allgemeine soziale Maßnahmen wohlfahrtsverbandsunabhängiger Träger**	**45,6**	**-45,6**	**0,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 684 15			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 10 12 - 684 22 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
684 21 (14)	291	**Zuschüsse zur Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen**	**69,5**	**-69,5**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 10 12 - 684 22 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Summe der Maßnahmegruppe 14	**225,0**	**-225,0**	**0,0**

17 Gesamtstrategie Ehrenamt

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:

Die bereitgestellten Mittel zur Förderung des Ehrenamtes werden im Rahmen der Gesamtstrategie Ehrenamt und dem 12-Punkte Plan in vollem Umfang nach 1012 MG 11 transferiert. Die Maßnahmegruppe wird wegfallen.

Titel weggefallen

531 06 (17)	291	**Öffentlichkeitsarbeit**	**42,5**	**-42,5**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 10 12 - 531 03 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
533 05 (17)	291	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen**	**351,9**	**-351,9**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	414	-414	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	414	-414	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 1012 - 533 06 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 12 Kinder-, Jugend-, Familien- und Seniorenpolitik, bürgerschaftliches Engagement / Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Titel weggefallen			
547 06 (17)	291	**Veranstaltungen**	**30,6**	**-30,6**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 10 12 - 547 03 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Titel weggefallen			
633 20 (17)	291	**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Projekte im Rahmen der Umsetzung der Gesamtstrategie Ehrenamt**	**1.792,0**	**-1.792,0**	**0,0**
		Haushaltsvermerk geändert Umsetzung von 1012 - 684 43 MG 17. Anpassung an Haushaltssystematik nach Neufokussierung der Förderung. Umsetzung nach 1012 - 633 04 MG 11. Zusammenführung der MG 11, 14 und 17.			
		Summe der Maßnahmegruppe 17	**2.217,0**	**-2.217,0**	

Abschluss Kapitel 10 12

2027	**Gesamteinnahmen**	**91.639,7**	**0,0** **-199,9**	**91.439,8**
	Gesamtausgaben	**247.809,7**	**+13.859,8** **-2.998,4**	**258.671,1**
	Zuschuss	**156.170,0**	**+11.061,3**	**167.231,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**1.718**	**-**	**1.718**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.718**	**-**	**1.718**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029			
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 10

2027	**Gesamteinnahmen**	**643.231,1**	**0,0 -199,9**	**643.031,2**
	Gesamtausgaben	**3.501.183,1**	**+249.480,6 -5.799,4**	**3.744.864,3**
	Zuschuss	**2.857.952,0**	**+243.881,1**	**3.101.833,1**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**61.600**	**+1.157**	**62.757**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**29.812**	**+601**	**30.413**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**28.188**	**+556**	**28.744**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**1.800**	**-**	**1.800**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**1.800**	**-**	**1.800**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die Ansätze ändern sich aufgrund der regionalisierten Ergebnisse der 171. Sitzung des Arbeitskreises “Steuerschätzungen“ vom 20. bis 22. Oktober 2026 in Saarbrücken.

Einnahmen

011 01	821	**Lohnsteuer**	**3.932.100,0**	**-36.500,0**	**3.895.600,0**
012 01	821	**Veranlagte Einkommensteuer**	**1.390.700,0**	**-82.500,0**	**1.308.200,0**
013 01	821	**Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)**	**237.400,0**	**+20.400,0**	**257.800,0**
014 01	821	**Körperschaftsteuer**	**574.200,0**	**-41.400,0**	**532.800,0**
015 01	821	**Umsatzsteuer**	**4.599.300,0**	**+110.400,0**	**4.709.700,0**
016 01	821	**Einfuhrumsatzsteuer**	**1.252.100,0**	**+63.900,0**	**1.316.000,0**
017 01	821	**Gewerbesteuerumlage**	**138.700,0**	**-4.100,0**	**134.600,0**
018 01	821	**Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge**	**314.500,0**	**+30.400,0**	**344.900,0**
019 01	821	**Mindeststeuer**	**6.300,0**	**-5.900,0**	**400,0**
052 01	821	**Erbschaftsteuer**	**351.800,0**	**+44.000,0**	**395.800,0**
053 04	821	**Grunderwerbsteuer**	**806.200,0**	**-74.900,0**	**731.300,0**
057 01	821	**Lotteriesteuer**	**68.700,0**	**-2.400,0**	**66.300,0**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
058 02	821	**Sportwettensteuer**	**14.700,0**	**+800,0**	**15.500,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
058 03	821	**Virtuelle Automatensteuer**	**7.400,0**	**+800,0**	**8.200,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
058 04	821	**Online Pokersteuer**	**1.000,0**	**+300,0**	**1.300,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
059 01	821	**Feuerschutzsteuer**	**30.700,0**	**+400,0**	**31.100,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
061 01	821	**Biersteuer**	**11.700,0**	**-300,0**	**11.400,0**
371 03	881	**Globale Mehreinnahmen für Steuerrechtsänderungen**	**0,0**	**+4.145,4**	**4.145,4**

Bemerkung:

Steuerrechtsänderungen; bisher nicht in Steuerschätzung berücksichtigt.

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Veranschlagung der Mehreinnahmen für Steuerrechtsänderungen, die noch nicht in der Steuerschätzung berücksichtigt sind.

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Auswirkungen der nachstehenden Steuerrechtsänderungen.

	2027 T€
Pakt für den Rechtsstaat (MPK-Beschluss vom 25. Juni 2026)	4.145,4
Summe	**4.145,4**

372 01	881	**Globale Mindereinnahmen für Steuerrechtsänderungen**	**0,0**	**-88.290,0**	**-88.290,0**

Bemerkung:

Steuerrechtsänderungen; bisher nicht in Steuerschätzung berücksichtigt.

Erläuterungen:

Hier erfolgt die Veranschlagung der Mindereinnahmen für Steuerrechtsänderungen, die noch nicht in der Steuerschätzung berücksichtigt sind.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 372 01		T€		

Veranschlagt sind die voraussichtlichen finanziellen Auswirkungen der aufgeführten Steuerrechtsänderung. Nach Berücksichtigung der veranschlagten Mindereinnahmen in der Berechnung der Finanzausgleichsmasse bei Kapitel 1102 beträgt der Netto-Effekt der globalen Mindereinnahme für das Land Schleswig-Holstein im Jahr 2027 rund -72.100 TEuro.

		2027 T€
	FAG-Änderungsgesetz 2026 (Gesetzentwurf BR-Drs. 506-26 (Tankrabatt))	-21.600,0
	Einkommensteuerreformgesetz 2027 (Gesetzentwurf BT-Drs. 21/8235)	-66.690,0
	Summe	**-88.290,0**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 01 Steuern und steuerähnliche Abgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Ausgaben			
981 01	891	**Verrechnung der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer mit Epl. 04**	**30.700,0**	**+400,0**	**31.100,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Abschluss Kapitel 11 01			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**13.737.500,0**	**+275.545,4** **-336.290,0**	**13.676.755,4**
		Gesamtausgaben	**30.701,0**	**+400,0** **0,0**	**31.101,0**
		Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Überschuss	**13.706.799,0**	**-61.144,6**	**13.645.654,4**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 02 Kommunaler Finanzausgleich

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

613 02 821 **Zuweisung zum Ausgleich der Belastungen der Gemeinden aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs** — **204.260,4** — **+800,0** — **205.060,4**

Bemerkung:
Anpassung nach Neuberechnung aufgrund der Steuerschätzung im Oktober 2026.

02 Sonstige Vorwegabzüge nach § 4 Abs. 2 FAG

Haushaltsvermerk unverändert

613 21 821 **Fehlbetragszuweisungen gemäß § 17 FAG** — **50.000,0** — **+3.344,2** — **53.344,2**
(02)

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Die dem Land Schleswig-Holstein in den Jahren 2026 bis 2029 zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (Länder- und Kommunalentlastungsgesetz - LKEG) in Höhe von jährlich 3.344,2 TEuro sollen zur Aufstockung für die Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG verwendet werden.
Die Mittel der allgemeinen Sonderbedarfszuweisungen nach § 18 Abs. 1 Satz 2 FAG werden in den Jahren 2027 bis 2029 bei den Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG verwendet.

633 24 235 **Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen gemäß § 23 FAG** — **13.665,3** — **-13.665,3** — **0,0**
(02)

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Zur Umsetzung des Gesetzes zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechterspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfegesetz - GewHG) übernimmt für Schleswig-Holstein das Land die Aufgabe. Der Vorwegabzug gemäß § 23 FAG entfällt ab dem Jahr 2027.

Summe der Maßnahmegruppe 02 — **264.924,1** — **-10.321,1** — **254.603,0**

03 Schlüsselzuweisungen nach § 4 Abs. 1 FAG

613 30 821 **Schlüsselzuweisungen** — **2.227.630,0** — **+3.363,3** — **2.230.993,3**
(03)

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 02 Kommunaler Finanzausgleich

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 613 30		T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Veränderung aufgrund neuer Steuerrechtsänderungen, die auf die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse wirken und bisher nicht im Ergebnis der Steuerschätzung enthalten sind. Des weiteren wurden die Schlüsselzuweisungen nach Neuberechnung der Finanzausgleichsmasse aufgrund der Steuerschätzung im Oktober 2026 sowie weiterer Änderungen aufgrund der Änderungen des FAG angepasst.

Summe der Maßnahmegruppe 03	**2.227.630,0**	**+3.363,3**	**2.230.993,3**

Abschluss Kapitel 11 02

2027	**Gesamteinnahmen**	**5.000,0**	**0,0** **0,0**	**5.000,0**
	Gesamtausgaben	**2.697.039,5**	**+7.507,5** **-13.665,3**	**2.690.881,7**
	Zuschuss	**2.692.039,5**	**-6.157,8**	**2.685.881,7**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 03 Finanzzuweisungen, sonstige zweckgebundene Abgaben und Kommunalförderungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

122 01 632 **Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze** — **40.000,0** — **+20.000,0** — **60.000,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Der Ansatz wurde aufgrund der derzeitig sehr hohen Marktwerte und mit der Annahme, dass der Konflikt in der Straße von Hormus noch bis Mitte 2027 anhält, geschätzt und angepasst. Die erwartete Einnahme hat bei der 171. Sitzung des Arbeitskreises “Steuerschätzungen“ vom 20. bis 22. Oktober 2026 in Saarbrücken Berücksichtigung gefunden.

01 Spielbankabgaben

093 03 891 **Ausgleichsabgabe zur Spielbankabgabe** — **0,0** — **+1.000,0** — **1.000,0**
(01)

Bemerkung:

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsentwurfes 2027 lagen noch keine Daten zur Hochrechnung vor. Für das Jahr 2027 kann nunmehr ein Aufkommen von 1,0 Mio. Euro erwartet werden.

Erläuterungen:

Mit der Gesetzesänderung zum Spielbankgesetz wird ab dem Haushaltsjahr 2025 eine Ausgleichsabgabe zur Spielbankabgabe erhoben.

Summe der Maßnahmegruppe 01 — **13.160,0** — **+1.000,0** — **14.160,0**

04 Bundeszuweisungen und Zuschüsse

211 01 821 **Bundesergänzungszuweisungen** — **146.300,0** — **+82.600,0** — **228.900,0**
(04)

Bemerkung:

Die Ansätze ändern sich aufgrund der regionalisierten Ergebnisse der 171. Sitzung des Arbeitskreises “Steuerschätzungen“ vom 20. bis 22. Oktober 2026 in Saarbrücken.

Summe der Maßnahmegruppe 04 — **465.400,0** — **+82.600,0** — **548.000,0**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 03 Finanzzuweisungen, sonstige zweckgebundene Abgaben und Kommunalförderungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Neue Maßnahmegruppe

09 Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben "HALO" -

Neuer Haushaltsvermerk

Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei 1103 MG 09 zur Verfügung.

Bemerkung:

Bei dem aktuell vorgesehenen neuen Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide (ehemals HALO/Northvolt) handelt es sich nicht mehr um ein durch Mittel von IPCEI und/oder TCTF gefördertes Ansiedlungsvorhaben. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine Neuzuordnung der Einnahmen und Ausgaben der MG 08 zur MG 09 innerhalb des Kapitels 1103.

Neuer Titel

119 13 (09)	691	**Einnahmen aus Erstattungen Dritter**	**0,0**		**0,0**

Neuer Titel

119 99 (09)	691	**Vermischte Einnahmen**	**0,0**		**0,0**

Neuer Titel

331 02 (09)	691	**Einnahmen aus Erstattungen vom Bund**	**0,0**		**0,0**

Neuer Titel

359 06 (09)	691	**Entnahme aus der Rücklage "Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben "HALO" -"**	**0,0**	**+2.800,0**	**2.800,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Zusätzlich dürfen der in Kapitel 1103 MG 08 gebildeten Rücklage "HALO" zugunsten von Ausgaben in Kapitel 1103 MG 09 Mittel entnommen werden.

Bemerkung:

Zur Deckung der Ausgaben wird aus der zuvor gebildeten Rücklage eine Entnahme in Höhe von 2.800 T Euro veranschlagt.

Summe der Maßnahmegruppe 09	**+2.800,0**	**2.800,0**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 03 Finanzzuweisungen, sonstige zweckgebundene Abgaben und Kommunalförderungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

03 Verwendung der Lotteriezweckabgaben gem. GlüStV 2021 AG SH

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die Aufwendungen bei Titel 1103 - 981 10 MG 03 werden aus der Rechtsverpflichtung nach § 7 GlüStV 2021 AG SH bei der Verteilung der Zweckabgaben aus Lotterien als Vorwegabzug von der Verteilungsmasse in Abzug gebracht. Der dort entstehende Mehraufwand führt zu einer verringerten Verteilungsmasse und folglich geringeren auszukehrenden Zweckabgaben. Die Ansätze der Titel 1103 - 981 04 MG 03 bis Titel 1103 - 981 08 MG 03 wurden neu berechnet und angepasst.

981 04 (03)	891	**Zweckabgabe zur Verbraucherinsolvenzberatung** *Haushaltsvermerk unverändert*	**3.611,2**	**-7,3**	**3.603,9**
981 05 (03)	891	**Zweckabgabe zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs** *Haushaltsvermerk unverändert*	**869,4**	**-1,8**	**867,6**
981 06 (03)	891	**Zweckabgabe zur Förderung des Landesfeuerwehrverbandes** *Haushaltsvermerk unverändert*	**668,7**	**-1,3**	**667,4**
981 07 (03)	891	**Zweckabgabe zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung verwalteten Kapitals** *Haushaltsvermerk unverändert*	**334,4**	**-0,7**	**333,7**
981 08 (03)	891	**Zweckabgabe zur Förderung des Verbandes deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein** *Haushaltsvermerk unverändert*	**334,4**	**-0,7**	**333,7**
981 10 (03)	891	**Beiträge für ländereinheitliche Verfahren nach dem Glücksspielstaatsvertrag** *Haushaltsvermerk unverändert*	**742,8**	**+134,7**	**877,5**
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**22.614,2**	**+122,9**	**22.737,1**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 03 Finanzzuweisungen, sonstige zweckgebundene Abgaben und Kommunalförderungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		08 Durch Mittel von IPCEI und/oder TCTF geförderte Ansiedlungsvorhaben			
		Haushaltsvermerk unverändert			
526 01 (08)	691	**Ausgaben für Sachverständige, gutachterliche Leistungen und externe Beratungen**	**800,0**	**-800,0**	**0,0**
633 08 (08)	011	**Zuwendungen für nicht investive Maßnahmen an den Kreis Dithmarschen**	**2.000,0**	**-2.000,0**	**0,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 08	**2.800,0**	**-2.800,0**	**0,0**
		Neue Maßnahmegruppe			
		09 Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben “HALO“ -			
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Übertragbar.			
		Zusätzlich deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.			
		Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 1103 MG 09 geleistet werden.			
		Erläuterungen:			
		Zur Unterstützung von Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben “HALO“ - bedarf es neben der eventuellen Bereitstellung von Kofinanzierungsmitteln auch weiterer administrativer Maßnahmen.			
		Neuer Titel			
427 02 (09)	011	**Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Titel			
526 02 (09)	691	**Ausgaben für Sachverständige, gutachterliche Leistungen und externe Beratungen**	**0,0**	**+800,0**	**800,0**
		Neuer Titel			
533 03 (09)	691	**Ausgaben für Verträge mit Dritten**	**0,0**		**0,0**
		Erläuterungen: Vorgesehen für die Projektbegleitung von Ansiedlungsverfahren in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben “HALO“ - durch Dritte.			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 03 Finanzzuweisungen, sonstige zweckgebundene Abgaben und Kommunalförderungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Neuer Titel			
534 02 (09)	691	**Ausgaben für die Durchführung des Projektes "Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben "HALO" -"**	**0,0**		**0,0**
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die Koordinierung und Durchführung zur Unterstützung von Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben "HALO" -. Aus den Ansatzmitteln können auch Ausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Bewirtschaftung und Reisekosten geleistet werden.			
		Neuer Titel			
633 07 (09)	691	**Zuwendungen für nicht investive Maßnahmen an den Kreis Dithmarschen**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Titel			
633 09 (09)	011	**Zuwendungen für nicht investive Maßnahmen an den Kreis Dithmarschen**	**0,0**	**+2.000,0**	**2.000,0**
		Erläuterungen: Der Kreis Dithmarschen erhält eine Zuwendung für die Einrichtung und Unterhaltung eines regionalen Projektbüros für die Unterstützung von Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben "HALO" - und weitere notwendige Ausgaben in diesem Zusammenhang.			
		Neuer Titel			
671 04 (09)	691	**Erstattungen an den Bund**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Titel			
919 06 (09)	891	**Zuführung an die Rücklage "Ansiedlungsvorhaben in der Region Heide - vormals Ansiedlungsvorhaben "HALO" -"**	**0,0**		**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Minderausgaben sowie tatsächliche Einnahmen in der MG 09 - soweit die Einnahmen nicht zur Deckung von Mehrausgaben in der MG 09 herangezogen wurden - dürfen der Rücklage zugeführt werden.			
		Summe der Maßnahmegruppe 09		**+2.800,0**	**2.800,0**

Abschluss Kapitel 11 03

2027	**Gesamteinnahmen**	**593.052,1**	**+106.400,0** **0,0**	**699.452,1**
	Gesamtausgaben	**35.717,6**	**+2.934,7** **-2.811,8**	**35.840,5**
	Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Überschuss	**557.334,5**	**+106.277,1**	**663.611,6**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 04 Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Neuer Titel

526 02	681	**Externe Prüf- und Beratungsleistungen im Bürgschaftsbereich**	**0,0**	**+6,0**	**6,0**

Bemerkung:

Der Ansatz beinhaltet Mittel für die abschließende Bearbeitung eines Antrags auf Übernahme einer parallelen Bundes-/Landesbürgschaft im Rahmen des Großbürgschaftsprogramms des Bundes.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Prüf- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit Bürgschaftsangelegenheiten des Landes.

Abschluss Kapitel 11 04

2027	**Gesamteinnahmen**	**300,0**	**0,0** **0,0**	**300,0**
	Gesamtausgaben	**9.000,0**	**+6,0** **0,0**	**9.006,0**
	Zuschuss	**8.700,0**	**+6,0**	**8.706,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

234 01 813 **Entnahme aus dem Versorgungsfonds** **300.000,0** **+57.900,0** **357.900,0**

Bemerkung:

Es ist eine Entnahme in Höhe von 57.900,0 TEuro vorgesehen, die der Regelentnahme entspricht. Darüber hinaus soll eine zusätzliche Entnahme in Höhe von 300.000,0 TEuro erfolgen.

282 01 018 **Beiträge zu den Versorgungslasten** **60,0** **+1.240,0** **1.300,0**

Bemerkung:

Überprüfung im Zuge der sogenannten Nachschiebeliste. Die bisherige Veranschlagung erfolgte im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsplanung. Die Entwicklung der Einnahmen in den vergangenen Haushaltsjahren hat jedoch gezeigt, dass das tatsächliche Einnahmeniveau dauerhaft über dem bislang veranschlagten Ansatz liegt.

282 02 048 **Beiträge zu den Versorgungslasten durch das Bundesinnenministerium** **3.700,0** **+300,0** **4.000,0**

Bemerkung:

Überprüfung im Zuge der sogenannten Nachschiebeliste. Die bisherige Veranschlagung erfolgte im Sinne einer vorsichtigen Haushaltsplanung. Die Entwicklung der Einnahmen in den vergangenen Haushaltsjahren hat jedoch gezeigt, dass das tatsächliche Einnahmeniveau dauerhaft über dem bislang veranschlagten Ansatz liegt.

381 02 891 **Beiträge zu den Versorgungslasten im Umweltbereich** **255,6** **+50,7** **306,3**

Bemerkung:

Das MEKUN hat aufgrund eines zusätzlichen Beitrages des Bundes für den Umweltbereich eine Aktualisierung der Prognose umgesetzt. Aus dieser Aktualisierung hat sich ein entsprechender Änderungsbedarf ergeben, der nun angepasst wird.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

431 01 018 **Versorgung der Ministerpräsidentin, der Ministerpräsidenten, der Landesministerinnen und Landesminister sowie für deren Hinterbliebene** — **2.380,7** — **+177,5** — **2.558,2**

Bemerkung:

Anpassung um 177,5 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 01 018 **Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Landtages sowie deren Hinterbliebene** — **2.199,8** — **+164,0** — **2.363,8**

Bemerkung:

Anpassung um 164,0 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 02 018 **Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Landesrechnungshofs sowie deren Hinterbliebene** — **5.704,3** — **+425,3** — **6.129,6**

Bemerkung:

Anpassung um 425,3 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 03 018 **Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 03 sowie deren Hinterbliebene** — **3.999,8** — **+298,2** — **4.298,0**

Bemerkung:

Anpassung um 298,2 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 04 018 **Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 04 - ohne Polizei - sowie deren Hinterbliebene** — **22.747,0** — **+1.696,1** — **24.443,1**

Bemerkung:

Anpassung um 1.696,1 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 05 048 **Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Polizei sowie deren Hinterbliebene** — **222.428,7** — **+16.585,0** — **239.013,7**

Bemerkung:

Anpassung um 16.585,0 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
432 06	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 05 - ohne Finanzämter - sowie deren Hinterbliebene**	**18.736,7**	**+1.397,1**	**20.133,8**
		Bemerkung: Anpassung um 1.397,1 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 07	068	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Finanzämter sowie deren Hinterbliebene**	**93.052,7**	**+6.938,3**	**99.991,0**
		Bemerkung: Anpassung um 6.938,3 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 08	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 06 sowie deren Hinterbliebene**	**18.868,0**	**+1.406,8**	**20.274,8**
		Bemerkung: Anpassung um 1.406,8 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 09	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen u. Beamte des Einzelplans 07 - ohne Schulen - sowie deren Hinterbliebene**	**34.029,1**	**+2.537,3**	**36.566,4**
		Bemerkung: Anpassung um 2.537,3 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 10	118	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Sonderschulen sowie deren Hinterbliebene**	**68.549,8**	**+5.111,3**	**73.661,1**
		Bemerkung: Anpassung um 5.111,3 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 11	118	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Grund- und Hauptschulen sowie deren Hinterbliebene**	**269.773,0**	**+20.115,0**	**289.888,0**
		Bemerkung: Anpassung um 20.115,0 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 12	118	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Realschulen und Regionalschulen sowie deren Hinterbliebene**	**103.678,3**	**+7.730,5**	**111.408,8**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 432 12			T€		

Bemerkung:

Anpassung um 7.730,5 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 13	118	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Gymnasien sowie deren Hinterbliebene**	**241.688,2**	**+18.021,0**	**259.709,2**

Bemerkung:

Anpassung um 18.021,0 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 14	118	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der berufsbildenden Schulen sowie deren Hinterbliebene**	**145.625,1**	**+10.858,3**	**156.483,4**

Bemerkung:

Anpassung um 10.858,3 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 15	138	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Fachhochschulen sowie deren Hinterbliebene**	**24.580,3**	**+1.832,8**	**26.413,1**

Bemerkung:

Anpassung um 1.832,8 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 16	138	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Universitäten einschl. Universitätsklinikum Schleswig-Holstein sowie deren Hinterbliebene**	**54.228,5**	**+4.043,5**	**58.272,0**

Bemerkung:

Anpassung um 4.043,5 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 17	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 08 sowie deren Hinterbliebene**	**422,7**	**+31,5**	**454,2**

Bemerkung:

Anpassung um 31,5 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

432 18	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des früheren Einzelplans 08 sowie deren Hinterbliebene**	**9.249,1**	**+689,7**	**9.938,8**

Bemerkung:

Anpassung um 689,7 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 05 Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge (G 131 usw.)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
432 19	058	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 09 sowie deren Hinterbliebene**	**122.292,5**	**+9.118,5**	**131.411,0**
		Bemerkung: Anpassung um 9.118,5 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 20	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 13 sowie deren Hinterbliebene**	**22.318,4**	**+1.664,1**	**23.982,5**
		Bemerkung: Anpassung um 1.664,1 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 21	018	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte des Einzelplans 10 sowie deren Hinterbliebene**	**22.273,0**	**+1.660,8**	**23.933,8**
		Bemerkung: Anpassung um 1.660,8 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			
432 29	118	**Versorgungsbezüge für Beamtinnen und Beamte der Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen sowie deren Hinterbliebene**	**155.486,5**	**+11.593,5**	**167.080,0**
		Bemerkung: Anpassung um 11.593,5 TEuro zur Finanzierung der Versorgungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.			

Abschluss Kapitel 11 05

2027	**Gesamteinnahmen**	**335.064,6**	**+59.490,7 0,0**	**394.555,3**
	Gesamtausgaben	**1.733.040,2**	**+124.096,1 0,0**	**1.857.136,3**
	Zuschuss	**1.397.975,6**	**+64.605,4**	**1.462.581,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

121 01 661 **Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen** — **4.000,0** — **+113.500,0** — **117.500,0**

Bemerkung:

Aufgrund des für 2027 geplanten Verkaufs der Spielbanken wurden die Erläuterung und der Titelansatz entsprechend angepasst.

Erläuterungen:

Es wird davon ausgegangen, dass der Verkauf der Spielbanken in 2027 vollzogen wird und nachfolgend eine Gewinnausschüttung der GVB erfolgt.

371 03 881 **Globale Mehreinnahme** — **51.800,0** — **-220,0** — **51.580,0**

Bemerkung:

Aufgrund des Gesetzesentwurfs vom 28. September 2026 wird die Vorsorge für das KiTa-Startchancen- und -Qualitätsentwicklungsgesetz (SCQEG) angepasst.

372 02 881 **Globale Mindereinnahme** — **0,0** — **-650,0** — **-650,0**

Bemerkung:

Vorsorge für zu erwartende Mindereinnahmen durch des Jahressteuergesetzes 2026, Gesetzesentwurf vom 30. September 2026.

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

461 01 881 **Globale Mehrausgaben für Personalausgaben** **600.744,7** **-381.874,9** **218.869,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Die zur Finanzierung der Tariferhöhung 2026 sowie der Besoldungs- und Versorgungsanpassung für 2025 und 2026 gebildete Vorsorge wird um 344.967,5 TEuro reduziert. Die Ansätze in den Einzelplänen der Staatskanzlei und der Ressorts werden entsprechend erhöht.
Aus den Mitteln der Schwankungsreserve Lehrkräfte werden 36.100,0 TEuro dauerhaft im Einzelplan 07 veranschlagt, der Ansatz im Einzelplan 11 wird entsprechend reduziert.
Der Ansatz der Mittel für Tariferhöhung sowie Besoldungs- und Versorgungsanpassung (TuBV) reduziert sich um 801,2 TEuro aufgrund einer Aktualisierung des Prognosemodells für die Versorgung (1. Juli 2026) und der daraus resultierenden Anpassung der Vorsorge für die Versorgung.
Durch die Veranschlagung der TuBV-Mittel in den Einzelplänen von Staatskanzlei und Ressorts kam es zu einer Rundungsdifferenz von 6,2 TEuro, um die sich die Veranschlagung der TuBV-Mittel im Einzelplan 11 reduziert.

Erläuterungen:

Seit 2006 werden Mittel für Tariferhöhung sowie für Besoldungs- und Versorgungsanpassung (TuBV) der beim Land Beschäftigten zentral im Einzelplan 11 veranschlagt. Die Mittel werden bedarfsgerecht in die Einzelpläne im Haushaltsvollzug umgesetzt.

Veranschlagt sind für den Haushalt 2027 Mittel für Mehrausgaben infolge des Tarifabschlusses sowie der Besoldungs- und Versorgungsanpassung. Darüber hinaus sind Vorsorgen für tarifvertragliche und besoldungs- und versorgungsrechtlich bedingte Mehrausgaben für Schwankungen beim Lehrkräftebudget, Personalmehrkosten bei den Wirtschaftsbetrieben, Mehrbedarfe im Bereich der Hochschulen für Forschung und Lehre sowie in der klinischen Medizin und für Vorsorgen bei der Beihilfe (unter Berücksichtigung der Änderung der Beihilfeverordnung) veranschlagt.

Der Titel enthält Vorsorgen für folgende Bereiche:

		2027 T€
1.	TuBV-Mittel (nach dem Urteil des BverfG zur amtsangemessenen Alimentation Land Berlin)	191.403,0
2.	Schwankungstoleranz für das Lehrkäftebudget	11.632,5
3.	TuB-Mittel für Landesbetriebe	1.804,1
4.	Schwankungspuffer für die Personalbudgets an Hochschulen, in der Forschung und Lehre sowie in der klinischen Medizin	5.500,0
5.	Beihilfe	8.530,2
	Summe	**218.869,8**

711 02 016 **Vorsorge für Mehrausgaben bei Bewirtschaftungskosten und Baumaßnahmen** **0,0** **0,0** **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Künftig wegfallend.

Bemerkung:

Der Titel ist entbehrlich. Der bisherige Haushaltsvermerk wird nicht mehr benötigt. Ein neuer Vermerk “künftig wegfallend“ wurde ausgebracht.

971 02 881 **Globale Mehrausgabe** **82.771,3** **-18.323,9** **64.447,4**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 971 02			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der obersten Landesbehörden Mittel bedarfsgerecht in die Einzelpläne umzusetzen und die hierfür erforderlichen Titel und Haushaltsvermerke einzurichten.

Bemerkung:

Die Mittel für Mehrbedarfe aufgrund der Tariferhöhung und Besoldungsanpassung für jüdische Landesverbände und Staatkirchenleistungen wird in Höhe von 976,4 TEuro im Einzelplan 07 veranschlagt, 393,6 TEuro dieser Vorsorge werden nicht mehr benötigt und fallen dem Gesamthaushalt zu.
Für die Mehrausgaben aufgrund der Tariferhöhungen sowie der Besoldungsanpassung für Medizin an Hochschulen werden von der Vorsorge 1.153,0 TEuro im Einzelplan 07 veranschlagt. Ein Betrag von 547,4 TEuro verbleibt als Vorsorge im Einzelplan 11.
Erhöhung der Mittel für den Digitalpakt 2.0 um 1.000,0 TEuro, die in 2026 veranschlagten Mittel von 3.000,0 TEuro werden nicht abgerufen und gleichmäßig auf die Jahre 2027-2029 verteilt.
Der Mehrbedarf Pflegeausbildung in Höhe von 5.000,0 TEuro wird mit der Nachschiebeliste bei Titel 0915 - 684 03 veranschlagt und findet deswegen in der globalen Mehrausgabe keine Berücksichtigung mehr.
Die Mittel “Schulbegleitung - Beteiligung des Landes an den Kosten der SPA an Förderzentren“ in Höhe von 8.250 TEuro werden mit der Nachschiebeliste bei Titel 1005 - 633 04 veranschlagt und finden daher in der globalen Mehrausgabe keine Berücksichtigung mehr.
Von den Mittel für das Azubiwerk Schleswig-Holstein werden mit der Nachschiebeliste 50,0 TEuro im Einzelplan 07 veranschlagt.
Die Mittel für Schulbegleitung - Moratoriumsmittel in Höhe von 2.000,0 TEuro werden mit der Nachschiebeliste im Einzelplan 10 veranschlagt und finden in der globalen Mehrausgabe keine Berücksichtigung mehr.
Eine neue Vorsorge für Ausgaben aufgrund von § 2b Umsatzsteuergesetz in Höhe von 200,0 TEuro wird mit der Nachschiebeliste veranschlagt. Zudem wurde der Haushaltsvermerk angepasst, da der bisherige Haushaltsvermerk in den Fällen zu kurz greift, in denen noch kein Titel in den entsprechenden Einzelplänen existiert.
Im Zusammenhang mit einem Olympia-Paket ist vorgesehen ein zusätzliches wöchentliches Sportangebot (Olympiastunde) für alle Kinder in der Ganztagsbetreuung anzubieten. Hierzu sollen perspektivisch 50 Euro pro Kind bereitgestellt werden. Für 2027 werden 1.700,0 TEuro aus der Vorsorge “Betriebskosten Ganztagsbetreuung Grundschule“ im Einzelplan 07 veranschlagt.
Die Erläuterung wurde um den Zusatz “Nicht in Anspruch genommene Mittel können bei Bedarf auch in den Titel 0807 - 541 04 umgesetzt werden“ ergänzt.

Erläuterungen:

		2027 T€
	Vorsorge für	
1.	Betriebskosten Ganztagsbetreuung Grundschule	55.750,0
2.	Digitalpakt Schule 2.0	4.000,0
3.	Medizin an Hochschulen - Mehrbedarfe aufgrund der Tariferhöhungen sowie der Besoldungsanpassung	547,4
4.	Auszubildendenwerk Schleswig-Holstein	3.950,0
5.	Ausgaben aufgrund von § 2b Umsatzsteuergesetz	200,0
	Summe zu	*64.447,4*
Zusammen		**64.447,4**

Nicht in Anspruch genommene Mittel können bei Bedarf auch in den Titel 0807 - 541 04 umgesetzt werden.

Neuer Titel

971 03	881	**Globale Mehrausgabe für Schuldendiensthilfen in der Krankenhausbaufinanzierung**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel

Neuer Titel

971 05	881	**Globale Mehrausgabe für Zinslasten der Wohnraumförderung**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 11 Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 971 05			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk Vorsorglich ausgebrachter Leertitel			
971 08	881	**Vorsorge im Bereich der Eingliederungshilfe und Sozialhilfe**	**75.000,0**	**-75.000,0**	**0,0**
		Haushaltsvermerk unverändert **Bemerkung:** Veranschlagung der Ausgaben der Eingliederungshilfe ausschließlich im Einzelplan 10, daher Reduzierung der Vorsorge auf 0,0 Euro.			
971 17	881	**Globale Mehrausgabe für Mehrbedarfe im Bereich Flucht und Asyl**	**10.000,0**	**-10.000,0**	**0,0**
		Haushaltsvermerk unverändert **Bemerkung:** Die Mittel werden mit der Nachschiebeliste im Einzelplan 10 veranschlagt.			
972 02	881	**Globale Minderausgabe**	**-232.883,1**	**+7.828,5**	**-225.054,6**

Abschluss Kapitel 11 11

2027	**Gesamteinnahmen**	**81.314,5**	**+113.500,0** **-870,0**	**193.944,5**
	Gesamtausgaben	**547.522,5**	**+7.828,5** **-485.198,8**	**70.152,2**
	Zuschuss	**466.208,0**	**-466.208,0**	**0,0**
	Überschuss	**0,0**	**+123.792,3**	**123.792,3**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

01 Bruttokreditaufnahme

Haushaltsvermerk unverändert

325 01 (01)	831	**Nettokreditaufnahme/ Nettotilgung**	**783.559,6**	**-100.060,8**	**683.498,8**
325 02 (01)	831	**Anschlussfinanzierung für planmäßige Tilgungen**	**3.505.427,0**	**+51.809,0**	**3.557.236,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**4.288.986,6**	**-48.251,8**	**4.240.734,8**

11 Allgemeine Finanzverwaltung

11 16 Kredite, Finanzderivate, Schulden

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Ausgaben			
	01	**Zinsen Kreditmarkt**			
		Haushaltsvermerk unverändert			
575 01 (01)	831	**Zinsausgaben Ist- und Plan-Portfolio (Kredite und Finanzderivate)**	**554.572,0**	**+5.791,0**	**560.363,0**
575 03 (01)	831	**Disagio, Stückzinsen, sonstige Zinsausgaben**	**20.700,0**	**+1.100,0**	**21.800,0**
971 01 (01)	881	**Globale Mehrausgaben für Zinsänderungsrisiken**	**19.987,0**	**-7.820,0**	**12.167,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**600.259,0**	**-929,0**	**599.330,0**
	03	**Tilgung Kreditmarkt**			
595 01 (03)	831	**Planmäßige Tilgung von Krediten**	**3.505.427,0**	**+51.809,0**	**3.557.236,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**3.505.427,0**	**+51.809,0**	**3.557.236,0**
		Abschluss Kapitel 11 16			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**4.288.986,6**	**+51.809,0** **-100.060,8**	**4.240.734,8**
		Gesamtausgaben	**4.096.299,8**	**+58.700,0** **-7.820,0**	**4.147.179,8**
		Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Überschuss	**192.686,8**	**-99.131,8**	**93.555,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
Gesamtabschluss Einzelplan 11					
2027		**Gesamteinnahmen**	**19.042.802,8**	**+606.745,1 -437.220,8**	**19.212.327,1**
		Gesamtausgaben	**9.681.524,2**	**+201.472,8 -509.495,9**	**9.373.501,1**
		Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Überschuss	**9.361.278,6**	**+477.547,4**	**9.838.826,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 1201 - 359 01 geleistet werden.
Minderausgaben sowie die tatsächlichen Einnahmen im Kapitel 1201, sofern die Einnahmen nicht bereits zur Deckung von Mehrausgaben im Kapitel 1201 herangezogen wurden, dürfen bei Titel 1201 - 919 01 einer Rücklage zugeführt werden.

Einnahmen

359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage “Baumaßnahmen im Kapitel 1201“**	**0,0**	**+1.100,0**	**1.100,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben im Kapitel 1201 zur Verfügung.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Ausgaben			
519 10	011	**Sanitäre Anlagen und Strangsanierung Landeshaus**	**0,0**	**+1.100,0**	**1.100,0**
711 01	011	**Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)**	**114,9**	**+64,9**	**179,8**
		Abschluss Kapitel 12 01			
	2027	**Gesamteinnahmen**		**+1.100,0** **0,0**	**1.100,0**
		Gesamtausgaben	**2.864,9**	**+1.164,9** **0,0**	**4.029,8**
		Zuschuss	**2.864,9**	**+64,9**	**2.929,8**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		keine Verpflichtungsermächtigung			

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Einnahmen			
359 01	851	**Entnahme aus der Rücklage "Baumaßnahmen im Kapitel 1204"**	**1.190,0**	**-240,0**	**950,0**
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Die ursprünglich vorgesehene Zuführung 2026 erfolgt nicht. Die vorgesehene Entnahme 2027 ist entsprechend zu korrigieren.			
		Abschluss Kapitel 12 04			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**1.220,3**	**0,0 -240,0**	**980,3**
		Gesamtausgaben	**4.636,9**	**0,0 0,0**	**4.636,9**
		Zuschuss	**3.416,6**	**+240,0**	**3.656,6**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**2.010**	**-**	**2.010**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.530**	**-**	**1.530**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**480**	**-**	**480**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030			
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 1207 - 119 05 geleistet werden.

Anteilige Ausgaben für Maßnahmen, die aus dem Umsetzungskonzept finanziert werden, sind durch Einnahmen bei Titel 1211 - 334 01 gedeckt.
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bei solchen Maßnahmen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 1211 - 334 01 geleistet werden, sofern diese Mehreinnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Einzelplan 12 zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen wurden.

Abschluss Kapitel 12 07

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**1.851,7**	**0,0** **0,0**	**1.851,7**
	Zuschuss	**1.851,7**	**0,0**	**1.851,7**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**1.600**	**-**	**1.600**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.250**	**-**	**1.250**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**350**	**-**	**350**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1209 - 119 99 geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 1209 - 359 02 geleistet werden.

Die anteiligen Ausgaben für Maßnahmen, die aus dem Umsetzungskonzept finanziert werden, sind durch Einnahmen bei Titel 1211 - 334 01 gedeckt.
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bei solchen Maßnahmen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 1211 - 334 01 geleistet werden, sofern diese Mehreinnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Einzelplan 12 zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen wurden.

Minderausgaben mit Ausnahme der MG 09 sowie tatsächliche Einnahmen bei Titel 1209 - 359 02 - soweit die Einnahmen nicht zur Deckung von Mehrausgaben im Kapitel herangezogen wurden - dürfen bei Titel 1209 - 919 02 einer Rücklage zugeführt werden.

Bemerkung:
Konkretisierung des Haushaltsvermerkes mit Bezug auf Titel 1211 - 334 01.

Ausgaben

09 Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der MG.
Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1210 MG 04, MG 05.
Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1220 MG 04, MG 05, MG 09.
Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 1221 MG 02, MG 03.
Zusätzlich findet § 7 Abs. 3 Nr. 2 HG einseitig zu Gunsten der MG Anwendung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 1209 - 359 01 geleistet werden.

Minderausgaben dürfen bei Titel 1221 - 919 01 für die Zuführung an die Rücklage Unterkünfte für Asylsuchende verwendet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 09		**250,0**	**0,0**	**250,0**

Abschluss Kapitel 12 09

2027	**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
	Gesamtausgaben	**3.935,0**	**0,0** **0,0**	**3.935,0**
	Zuschuss	**3.935,0**	**0,0**	**3.935,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**2.590**	**-**	**2.590**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**2.290**	**-**	**2.290**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**300**	**-**	**300**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 11 Allgemeine Hochbauvorhaben des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

334 01	813	**Entnahme aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 für Maßnahmen zur Umsetzung Einzelstrategie Bauen und Bewirtschaftung (Umsetzungskonzept)**	**0,0**	**+1.100,0**	**1.100,0**

Haushaltsvermerk geändert

Die Einnahmen stehen zur Finanzierung von anteiligen Ausgaben in den Kapiteln 1207, 1209, 1212 und 1221 sowie bei Titel 1211 - 712 33 zur Verfügung.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben in den genannten Kapiteln und bei Titel 1211 - 712 33 verwendet werden.

Bemerkung:

Konkretisierung des Haushaltsvermerkes.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 11 Allgemeine Hochbauvorhaben des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Neuer Titel

711 01	016	**Kleinteilige Maßnahmen zum Aufbau einer Ladeinfrastruktur**	**0,0**	**+1.050,0**	**1.050,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+300	300
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+300	300
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von Titel 1221 - 711 01 in Höhe von 1.050,0 T€.

Zweckbestimmung geändert

712 03	016	**Maßnahmen zum Aufbau der Ladeinfrastrukur am Campus Düsternbrook**	**2.400,0**	**-1.700,0**	**700,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	1.900	+500	2.400
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	1.400	-200	1.200
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	450	+750	1.200
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	50	-50	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

712 33	016	**FbT-Planungsleistungen für Baumaßnahmen des Landes**	**1.106,0**	**0,0**	**1.106,0**

Haushaltsvermerk geändert

Minderausgaben dürfen bei Titel 1211 - 919 02 einer Rücklage zugeführt werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 1211 - 334 01 geleistet werden, sofern die Mehreinnahmen nicht bereits zur Deckung von Mehrausgaben an anderer Stelle des Einzelplan 12 herangezogen wurden.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten 1203 - 712 39 MG 01 und 1211 - 533 32.

Bemerkung:
Zusätzlicher Haushaltsvermerk mit Bezug auf Titel 1211 - 334 01.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 11 Allgemeine Hochbauvorhaben des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

02 Einzelstrategie Bauen und Bewirtschaftung, energetische Modernisierung von Landesliegenschaften

Haushaltsvermerk geändert

Maßnahmen, die bis zum Beschluss der Landesregierung zum “Umsetzungskonzept Einzelstrategie Bauen und Bewirtschaftung von Landesliegenschaften“ (März 2024), als Maßnahmen zur energetischen Modernisierung in Landesliegenschaften (EMiL) veranschlagt wurden, können kapitelübergreifend zentral aus dem Kapitel 1211 finanziert bzw. im Zuge von Kopplungsmaßnahmen verstärkt werden.

Der Ansatz bzw. die mit dieser MG verbundenen möglichen Mehreinnahmen werden dazu durch das Finanzministerium bedarfsgerecht zur Deckung von Mehrausgaben durch entsprechende Maßnahmen in den übrigen Kapiteln des Einzelplans 12 herangezogen.
Zusätzlich dürfen auf entsprechenden Antrag Haushaltsmittel als Zuschusserhöhung für Energetische Maßnahmen der Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen Schloss Gottorf nach Titel 0740 - 893 21, MG 02 umgesetzt werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1211 - 129 01 geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 1211 - 359 01 geleistet werden.

Minderausgaben dürfen bei Titel 1211 - 919 01 für die Zuführung an die Rücklage “Energetische Modernisierung“ verwendet werden.

533 34 (02)	016	**FbT- Planungsleistungen ohne Baumaßnahmenbezug für das Umsetzungskonzept**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Künftig wegfallend.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Abschluss Kapitel 12 11

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.500,0**	**+1.100,0** **0,0**	**2.600,0**
	Gesamtausgaben	**65.262,8**	**+1.050,0** **-1.700,0**	**64.612,8**
	Zuschuss	**63.762,8**	**-1.750,0**	**62.012,8**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**3.775**	**+800**	**4.575**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**2.575**	**+100**	**2.675**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**1.150**	**+750**	**1.900**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**50**	**-50**	
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb des Kapitels.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 1212 - 119 05, 1212 - 124 03, 1212 - 131 01, 1212 - 341 03 und 1212 - 359 01 geleistet werden.

Anteilige Ausgaben für Maßnahmen, die aus dem Umsetzungskonzept finanziert werden, sind durch Einnahmen bei Titel 1211 - 334 01 gedeckt.
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bei solchen Maßnahmen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 1211 - 334 01 geleistet werden, sofern diese Mehreinnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Einzelplan 12 zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen wurden.

Minderausgaben mit Ausnahme der MG 02 dürfen bei Titel 1611 - 919 01 für Zuführungen in die Rücklage IMPULS 2040 oder bei Titel 1212 - 919 01 für Zuführungen in die Rücklage Bauunterhaltung im Hochschulbau verwendet werden.

Bemerkung:
Konkretisierung des Haushaltsvermerkes mit Bezug auf Titel 1211 - 334 01.

Ausgaben

519 04	133	**Zentrale Brandschutzmaßnahmen**	**1.600,0**	**+400,0**	**2.000,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+2.000	2.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.000	1.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.000	1.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH

533 32	139	**FbT-Planungsleistungen ohne unmittelbaren Baumaßnahmenbezug**	**703,5**	**+396,5**	**1.100,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.206	1.206
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+650	650
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+556	556
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Es werden zusätzliche Mittel und Verpflichtungsermächtigungen für eine Liegenschaftsentwicklungsplanung 2027-2029 durch das HIS-Institut für Hochschulentwicklung e.V. (HIS-HE) veranschlagt.
Die differenzierten Flächenbemessungsverfahren der HIS-HE tragen maßgeblich dazu bei, die Flächenbedarfe der Hochschulen zu ermitteln und damit die Flächeneinsparziele gem. EKWG SH zu unterstützen.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

02 Errichtung der Gebäude für Forschung und Lehre für die Hochschulmedizin

Haushaltsvermerk unverändert

711 24 (02)	132	**Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten**	**150,0**	**+50,0**	**200,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	150	-150	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	150	-150	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH

Summe der Maßnahmegruppe 02	**450,0**	**+50,0**	**500,0**

07 Mensen

519 36 (07)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Mensen der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein**	**810,4**	**+400,0**	**1.210,4**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+800	800
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+400	400
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+400	400
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH

Summe der Maßnahmegruppe 07	**1.044,6**	**+400,0**	**1.444,6**

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		71 Technische Hochschule Lübeck			
519 71 (71)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**576,8**	**+619,2**	**1.196,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.000	1.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+500	500
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+500	500
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau			
711 71 (71)	133	**Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten**	**91,3**	**+58,7**	**150,0**
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH			
		Summe der Maßnahmegruppe 71	**668,1**	**+677,9**	**1.346,0**
		72 Hochschule für Angewandte Wissenschaften Kiel			
519 72 (72)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**931,9**	**+509,9**	**1.441,8**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.200	1.200
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+600	600
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+600	600
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau			
		Summe der Maßnahmegruppe 72	**1.083,7**	**+509,9**	**1.593,6**

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

73 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

519 73 (73)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**13.209,7**	**-950,7**	**12.259,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+14.000	14.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+7.000	7.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+7.000	7.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau			
		Summe der Maßnahmegruppe 73	**15.360,2**	**-950,7**	**14.409,5**

74 Universität zu Lübeck

519 74 (74)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**278,3**	**-18,3**	**260,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.600	1.600
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+800	800
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+800	800
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH			
685 74 (74)	133	**Zuschuss für die Universität zu Lübeck für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**550,0**	**+211,0**	**761,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+2.650	2.650
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+750	750
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.250	1.250
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+650	650
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 685 74			T€		

Bemerkung:
Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau
Teile der angemeldeten VE sind durch das Umsetzungskonzept (vgl. Einnahme im Kap. 1211) gegenfinanziert

711 74 (74)	133	**Kleine Neu-. Um- und Erweiterungsbauten**	**57,8**	**+488,6**	**546,4**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.020	1.020
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+510	510
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+510	510
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH

	Summe der Maßnahmegruppe 74	**886,1**	**+681,3**	**1.567,4**

76 Hochschule Flensburg

519 76 (76)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**1.676,0**	**+352,0**	**2.028,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+2.000	2.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.400	1.400
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+600	600
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau

	Summe der Maßnahmegruppe 76	**1.794,6**	**+352,0**	**2.146,6**

77 Europa-Universität Flensburg

519 77 (77)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**315,5**	**+120,0**	**435,5**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 519 77			T€		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.480	1.480
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+300	300
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+950	950
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+230	230
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau			
		Summe der Maßnahmegruppe 77	**398,6**	**+120,0**	**518,6**
	82	**Fachhochschule Westküste**			
519 82 (82)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**368,4**	**+1.128,0**	**1.496,4**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.200	1.200
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+600	600
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+600	600
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Haushaltsvermerk unverändert			
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 20% kleiner Baufonds gem. HBBau			
711 82 (82)	133	**Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten**	**55,3**	**-55,3**	**0,0**
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH			
		Summe der Maßnahmegruppe 82	**423,7**	**+1.072,7**	**1.496,4**
	83	**Muthesius Kunsthochschule**			
519 83 (83)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**96,9**	**+3,9**	**100,8**

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 12 Ausbau und Neubau von Hochschulen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 519 83			T€		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+80	80
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+40	40
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+40	40
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 20% kleiner Baufonds gem. HBBau			
		Summe der Maßnahmegruppe 83	**117,0**	**+3,9**	**120,9**
	84	**Musikhochschule Lübeck**			
519 84 (84)	133	**Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen**	**480,0**	**+398,2**	**878,2**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.838	1.838
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+773	773
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.065	1.065
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an tatsächlichen Bedarf entsprechend Meldung der GMSH zzgl. 30% kleiner Baufonds gem. HBBau, Teile des angemeldeten Ansatzes sind durch das Umsetzungskonzept (vgl. Einnahme im Kap. 1211) gegenfinanziert			
		Summe der Maßnahmegruppe 84	**480,0**	**+398,2**	**878,2**
		Abschluss Kapitel 12 12			
2027		**Gesamteinnahmen**	**0,0**	**0,0** **0,0**	**0,0**
		Gesamtausgaben	**30.386,3**	**+5.136,0** **-1.024,3**	**34.498,0**
		Zuschuss	**30.386,3**	**+4.111,7**	**34.498,0**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**16.675**	**+31.924**	**48.599**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**6.175**	**+15.173**	**21.348**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**3.500**	**+15.871**	**19.371**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**3.500**	**+880**	**4.380**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**3.500**	**-**	**3.500**

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 20 Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neuer Titel

124 08	015	**Einnahmen vom LKN zur Deckung von Miet- und Bewirtschaftungsleistungen für die Unterbringung von BFD und Praktikanten**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben bei den Titeln 1220 - 517 92 und 1220 - 518 92 zur Verfügung.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 20 Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

517 05 044 **Bewirtschaftung der Landesfeuerwehrschule Harrislee** — **1.294,0** — **+307,5** — **1.601,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung an aktualisierte Kalkulation der GMSH

517 91 016 **Bewirtschaftungsleistungen an die GMSH** — **97.536,7** — **-5.000,0** — **92.536,7**

Haushaltsvermerk geändert

Zur Förderung klimafreundlicher Mobilität wird gemäß § 52 Satz 1 LHO und § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO zugelassen, an Liegenschaften des Landes vorgehaltenen Ladestrom für Fahrzeuge unentgeltlich an Beschäftigte und Besuchende für die Dauer der Wahrnehmung von Terminen während des Dienstbetriebs abzugeben, soweit keine Nutzung der Ladestromeinrichtung durch Dienstfahrzeuge des Landes Schleswig-Holstein erfolgt oder während eines unentgeltlichen Ladevorgangs erforderlich wird.

517 92 016 **Bewirtschaftung von Anmietungen** — **7.138,2** — **0,0** — **7.138,2**

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben für die Unterbringung von BFD und Praktikanten beim LKN dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen (bzw. zugesagten) Einnahmen bei Titel 1220 - 124 08 geleistet werden.

Zur Förderung klimafreundlicher Mobilität wird gemäß § 52 Satz 1 LHO und § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO zugelassen, an Liegenschaften des Landes vorgehaltenen Ladestrom für Fahrzeuge unentgeltlich an Beschäftigte und Besuchende für die Dauer der Wahrnehmung von Terminen während des Dienstbetriebs abzugeben, soweit keine Nutzung der Ladestromeinrichtung durch Dienstfahrzeuge des Landes Schleswig-Holstein erfolgt oder während eines unentgeltlichen Ladevorgangs erforderlich wird.

518 92 016 **Miete für Anmietungen** — **29.413,0** — **+2.915,5** — **32.328,5**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
Neuverpflichtung aus HHJ 2027	6.000	-2.000	4.000
davon fällig Haushaltsjahr 2028	2.000	0	2.000
davon fällig Haushaltsjahr 2029	2.000	0	2.000
davon fällig Haushaltsjahr 2030	2.000	-2.000	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben für die Unterbringung von BFD und Praktikanten beim LKN dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen (bzw. zugesagten) Einnahmen bei Titel 1220 - 124 08 geleistet werden.

Zusätzliche Ausgaben in Höhe von jährlich 36,2 T€ für die Anmietung weiterer Räumlichkeiten für die Außenstelle des Archäologischen Landesamtes in einer Liegenschaft in Bad Segeberg werden ab 2027 gedeckt durch entsprechende Einnahmen bei Titel 0744 - 282 02.
Übertragung von 1,8 T€ von 0908 - 518 03 im Zusammenhang mit der Anmietung von Asservaten- und Archivflächen für die Staatsanwaltschaft Kiel.
Übertragung von 5,8 T€ von 0717 - 535 04 für die Anmietung von Räumlichkeiten für das IQSH zum Betrieb einer Medienwerkstatt in Itzehoe.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 20 Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 518 92			T€		

Bemerkung:

Ein Mehrbedarf ergibt sich insbesondere durch geplante Neu- und interimistische Anmietungen für Polizeidirektion Itzehoe (1.000,0 T€), die Staatsanwaltschaft Itzehoe (151,0 T€), das Amtsgericht Pinneberg (540,0 T€) und das LASG in Heide und Schleswig (246,0 T€). Darüber hinaus sind Veränderungen bei laufenden Mietverträgen gemäß der Kalkulation der GMSH berücksichtigt.

894 01	016	**Investitionszuschuss für Maßnahmen in den vom Land genutzten Liegenschaften**	**3.000,0**	**+8.620,0**	**11.620,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	500	+1.500	2.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	500	+1.500	2.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:

Zusätzliche Mietkostenzuschüsse entstehen voraussichtlich für die Polizeidirektion Itzehoe (2.000,0 T€), das Amtsgericht Pinneberg (1.000,0 T€), die Staatsanwaltschaft Itzehoe (1.000,0 T€), das Landesamt für Arbeitsschutz, Soziales und Gesundheit in Heide und Schleswig (1.000,0 T€) und das Polizeibezirksrevier Kiel (3.620,0 T€)

63 Digitalfunk

Haushaltsvermerk unverändert

517 63 (63)	042	**Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume im Zusammenhang mit dem Digitalfunk**	**1.516,5**	**-85,0**	**1.431,5**
		Bemerkung: Anpassung an aktualisierte Kalkulation der GMSH			
		Summe der Maßnahmegruppe 63	**3.597,5**	**-85,0**	**3.512,5**

Abschluss Kapitel 12 20

2027	**Gesamteinnahmen**	**7.443,4**	**0,0** **0,0**	**7.443,4**
	Gesamtausgaben	**200.548,3**	**+11.843,0** **-5.085,0**	**207.306,3**
	Zuschuss	**193.104,9**	**+6.758,0**	**199.862,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**6.500**	**-500**	**6.000**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**2.500**	**+1.500**	**4.000**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**2.000**	**-**	**2.000**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**2.000**	**-2.000**	
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21 Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb des Kapitels mit Ausnahme MG 02 und MG 03.
Einseitig deckungsfähig zu Gunsten MG 02 und MG 03.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 1221 - 119 03, 1221 - 119 04 und 1221 - 334 01 geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 1221 - 124 01 und 1221 - 131 01 geleistet werden.

Anteilige Ausgaben für Maßnahme, die aus dem Umsetzungskonzept finanziert werden, sind durch Einnahmen bei Titel 1211 - 334 01 gedeckt.
Zusätzlich dürfen Mehrausgaben bei solchen Maßnahmen bis zur Höhe der tatsächlichen Mehreinnahmen bei Titel 1211 - 334 01 geleistet werden, sofern diese Mehreinnahmen nicht bereits an anderer Stelle im Einzelplan 12 zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen wurden.

Bemerkung:

Anpassung des Haushaltsvermerkes zur Verwendung von Mehreinnahmen bei Titel 1221 - 131 01 auf Grund tatsächlich veranschlagter Einnahmen. Konkretisierung des Haushaltsvermerkes mit Bezug auf Titel 1211 - 334 01.

Einnahmen

131 01	011	**Einnahmen aus Veräußerungen von Grundstücken und Gebäuden**	**0,0**	**+1.058,0**	**1.058,0**

Haushaltsvermerk geändert

Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben im Kapitel 1221 zur Verfügung.

Es ist in 2027 die nachfolgenden Veräußerungen von für entbehrlich erklärten Grundstücken veranschlagt:
- Hohenbergstraße 2 in Kiel, in Höhe des vorliegenden Wertgutachtens von 340,0 T€
- Kremper Weg in Itzehoe mit erwartetem Verkaufserlös von 718,0 T€

Bemerkung:

Veranschlagung einer konkret geplanten Veräußerung. Damit verbunden Anpassung des Kopplungsvermerkes.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21 Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

519 01 016 **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** — **12.350,0** — **+1.100,0** — **13.450,0**

Haushaltsvermerk geändert

Gegenseitig deckungsfähig mit 1220 - 519 01.

Umsetzung von 1.250,0 T€ aus Titel 1221 - 519 06

Umsetzung von 12 21 - 519 06.
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.

Bemerkung:
Mehrbedarf durch zusätzliche Maßnahmen aufgrund Wertgrenzenerhöhung für Einzelmaßnahmen von 500 T€ auf 2,5 Mio. €

711 01 016 **Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau)** — **3.500,0** — **-1.050,0** — **2.450,0**

Haushaltsvermerk geändert

Umsetzung von 1221 - 711 11
Umsetzung von 1221 - 712 10
Umsetzung aus haushaltssystematischen Gründen.
Umsetzung von 1.050,0 T€ nach 1211 - 711 01.

Bemerkung:
Umsetzung von 1.050 T€ nach 1211 - 711 01 (vgl. SoV)

Erläuterungen:

Die Belastung des Haushaltsjahres 2027 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2026 stellt sich wie folgt dar:

		2027 T€
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	1.042,8
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2026 (Fälligkeitsbetrag 2027)	1.000,0
	Summe	**2.042,8**

.

821 01 811 **Grunderwerb von Grundstücken und Gebäuden** — **3.300,0** — **+1.700,0** — **5.000,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Vorgesehen sind Grunderwerbe für Schieß- und Einsatztrainingshallen im Raum Flensburg, Elmshorn und Neumünster sowie für Grunderwerbe für das Finanzamt Plön und Bauvorhaben der Polizei in Preetz und Bargteheide.

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 21 Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung (ZGB)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 12 21			
2027		**Gesamteinnahmen**	**2.000,0**	**+1.058,0** **0,0**	**3.058,0**
		Gesamtausgaben	**35.713,5**	**+2.800,0** **-1.050,0**	**37.463,5**
		Zuschuss	**33.713,5**	**+692,0**	**34.405,5**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**25.800**	**-**	**25.800**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**13.400**	**-**	**13.400**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**9.400**	**-**	**9.400**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**3.000**	**-**	**3.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**-**	**-**	**-**

12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

12 23 Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk geändert

Das Kapitel 1223 wird nicht wie ursprünglich mit der Zusammenführung der Infrastrukturinvestitionen im Einzelplan 16 vorgesehen wegfallen. Das Kapitel dient zukünftig der Abbildung von Zuschüssen aus dem Landeshaushalt an das UKSH für laufende Investitionen und Mieten gemäß Hochschulgesetz. Bislang erfolgte die Veranschlagung dieser Zuschüsse im Einzelplan 07 Kapitel 0721 und folgt nun bei der Veranschlagung der fachlichen Zuständigkeit des Finanzministeriums für Bauvorhaben und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten des UKSH.

Ausgaben

Neuer Titel

682 01	132	**Zuschuss zur Deckung der Mieten für Gebäude und Geräte**	**0,0**	**+9.053,0**	**9.053,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 0721 - 682 03 MG 01.
Zuständigkeit für Bauvorhaben und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten im Bereich UKSH - Krankenversorgung liegt im FM.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss für das UKSH nach § 92 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 HSG.

Neuer Titel

891 01	132	**Zuschuss für Investitionen in der Krankenversorgung**	**0,0**	**+26.000,0**	**26.000,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung von 0721 - 891 01 MG 01.
Zuständigkeit für Bauvorhaben und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten im Bereich UKSH - Krankenversorgung liegt im FM.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Zuschuss für das UKSH nach § 92 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 HSG.
Der Ansatz für 2027 beträgt 8.000,0 T€ strukturell mehr als der Ansatz 2026 (im Kapitel 0721) aufgrund einer Zusage des Landes im Zukunftspakt UKSH.

Abschluss Kapitel 12 23

2027	**Gesamteinnahmen**		**0,0**	
			0,0	
	Gesamtausgaben	**0,0**	**+35.053,0**	**35.053,0**
			0,0	
	Zuschuss	**0,0**	**+35.053,0**	**35.053,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**

keine Verpflichtungsermächtigung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 12

2027	**Gesamteinnahmen**	**12.163,7**	**+3.258,0 -240,0**	**15.181,7**
	Gesamtausgaben	**368.747,8**	**+57.046,9 -8.859,3**	**416.935,4**
	Zuschuss	**356.584,1**	**+45.169,6**	**401.753,7**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**59.838**	**+32.224**	**92.062**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**30.508**	**+16.773**	**47.281**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**17.280**	**+16.621**	**33.901**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**8.550**	**-1.170**	**7.380**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**3.500**	**-**	**3.500**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 01 Ministerium/Allgemeines

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

421 01 011 **Bezüge der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten (der Ministerin bzw. des Ministers)** — **209,2** — **+20,0** — **229,2**

Bemerkung:

+ 20,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

422 01 011 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **3.362,4** — **+381,0** — **3.743,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 186,0 T€ für die Erhöhung des Anteils der Technischen Hilfe an den Personalkosten, vgl. Titel 1320 - 271 02.
+ 195,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **8.585,4** — **+240,0** — **8.825,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 240,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

526 99 011 **Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** — **170,0** — **0,0** — **170,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+200	200
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+150	150
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+50	50
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf.

Titel weggefallen

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Weggefallen

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 01 Ministerium/Allgemeines

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 541 99		T€		

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Abschluss Kapitel 13 01

2027	**Gesamteinnahmen**	**5.113,0**	**0,0 0,0**	**5.113,0**
	Gesamtausgaben	**20.124,0**	**+641,0 0,0**	**20.765,0**
	Zuschuss	**15.011,0**	**+641,0**	**15.652,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**400**	**+200**	**600**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**400**	**+150**	**550**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**-**	**+50**	**50**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**-**	**-**	**-**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**-**	**-**	**-**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 12 Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

111 05	332	**Gebühren und Auslagen bei immissionsschutzrechtlichen Anzeige- und Genehmigungsverfahren**	**12.973,6**	**+115,9**	**13.089,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Erhöhung um 115,9 T€ für einen Personalbedarf zur Bearbeitung von Tierhaltungsanlagen und zur Umsetzung neuer Anforderungen der IE-Richtlinie (vgl. Titel 1321 - 422 01).

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 332 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **4.370,7** — **+280,0** — **4.650,7**

Bemerkung:

+ 280,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 332 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **4.349,9** — **+160,0** — **4.509,9**

Bemerkung:

+ 160,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

10 Produktbezogene und stoffliche Marktüberwachung

Haushaltsvermerk unverändert

422 10 (10) 314 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamte** — **174,6** — **+15,0** — **189,6**

Bemerkung:

+ 15,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 10 (10) 314 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **1.226,6** — **+50,0** — **1.276,6**

Bemerkung:

+ 50,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Summe der Maßnahmegruppe 10 — **1.530,2** — **+65,0** — **1.595,2**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		61 Immissionsschutzrechtliche Anzeige-, Zulassungs- und Überwachungsverfahren *Haushaltsvermerk unverändert*			
422 61 (61)	332	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** **Bemerkung:** + 40,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.	**2.326,6**	**+40,0**	**2.366,6**
428 61 (61)	332	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **Bemerkung:** + 20,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.	**713,5**	**+20,0**	**733,5**
		Summe der Maßnahmegruppe 61	**3.250,7**	**+60,0**	**3.310,7**

Abschluss Kapitel 13 12

2027	**Gesamteinnahmen**	**14.009,9**	**+115,9 0,0**	**14.125,8**
	Gesamtausgaben	**14.858,2**	**+565,0 0,0**	**15.423,2**
	Zuschuss	**848,3**	**+449,1**	**1.297,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**200**	**-**	**200**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**140**	**-**	**140**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**60**	**-**	**60**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030			
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 13 Naturschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

119 98 331 **Einnahmen aus Ersatzzahlungen gem. § 15 Bundesnaturschutzgesetz i.V. m. § 9 Landesnaturschutzgesetz** — **3.666,4** — **0,0** — **3.666,4**

Haushaltsvermerk geändert

Bis zur Höhe der zweckgebundenen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei 1313 - MG 02 und 1313 - MG 03,1313 - MG 06, 1313 - MG 07 sowie für Mehrausgaben bei den Titeln 1315 - 682 02, 1315 - 682 09 und 1315 - 682 03 verwendet werden.

Neuer Titel

381 01 332 **Verrechnung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Zielvereinbarung "Ostseefischerei"** — **0,0** — **+100,0** — **100,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei 1313 - 381 01 dürfen Ausgaben bei Titel 1313 - 533 12 MG 02 geleistet werden.

Bemerkung:

Erforderlicher Titel zur Verrechnung der Ausgaben zwischen MEKUN und MLLEV zur Finanzierung von Maßnahmen auf der Grundlage der Zielvereinbarung "Ostseefischerei" im Rahmen des Aktionsplans Ostseeschutz 2030.

Ausgaben

422 01 331 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **3.761,0** — **+170,0** — **3.931,0**

Bemerkung:

- 50,0 T€ Umsetzung für eine A11-Stelle im Bereich Wolfsmanagement an Titel 0808 - 422 01, wegen Geschäftsumverteilung.

+ 220,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 331 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **9.260,8** — **+170,0** — **9.430,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

- 150,0 T€ Umsetzung für drei Stellen (1x E 13, 1x E 11, 1x E 9a) im Bereich Wolfsmanagement an Titel 0808 - 428 01, wegen Geschäftsumverteilung.

+ 320,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Titel weggefallen

541 99	821	**Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

Maßnahmegruppe geändert

02 Biologischer Flächenschutz, Natura 2000, Arten- und Meeresschutz

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe, gegenseitig deckungsfähig mit MG 10, sowie einseitig deckungsfähig z.G. 1313 MG 03.
Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen zweckgebundenen Einnahmen bei Titel 1313 - 119 98 geleistet werden soweit diese nicht bei 1313 - MG 03, 1313 - MG 06, 1313 - MG 07 oder 1315 - 682 02,1315 - 682 03 und 1315 - 682 09 verwendet werden.
Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Bemerkung:

Anpassung der Zweckbestimmung an die Verwendung der in der Maßnahmegruppe 02 veranschlagten Mittel. Anpassung des Haushaltsvermerks zur Abwicklung der Zielvereinbarung “Ostseefischerei“ im Rahmen des Aktionsplans Ostseeschutz 2030.

Titel weggefallen

533 08 (02)	331	**Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen im Rahmen des Wolfsmanagements**	**212,5**	**-212,5**	**0,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	150	-150	0
davon fällig Haushaltsjahr 2028	100	-100	0
davon fällig Haushaltsjahr 2029	50	-50	0
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Neuer Haushaltsvermerk

Umsetzung nach 08 08 - 533 03 MG 03.
Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.

533 10 (02)	331	**Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen im Rahmen des Arten-Monitorings**	**297,5**	**+43,2**	**340,7**

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf, vgl. Titel 1313 - 547 02 MG 02.

533 11 (02)	332	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Untersuchung in Küstengewässern zur Umsetzung der MSRL**	**1.496,0**	**0,0**	**1.496,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 11			T€		
		Haushaltsvermerk weggefallen			
		Bemerkung: HH-Vermerk rausgenommen.			
		Neuer Titel			
533 12 (02)	331	**Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Zielvereinbarung "Ostseefischerei"**	**0,0**	**+100,0**	**100,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+50	50
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+50	50
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Der Titel ist von der Deckungsfähigkeit gem. § 20 LHO ausgenommen. Ausgaben dürfen in Höhe der für diesen Zweck zugesagten, zweckgebundenen Einnahmen bei Titel 1313 - 381 01 geleistet werden.			
534 04 (02)	332	**Sonstige Aufträge zur Bekämpfung von invasiven Arten**	**85,0**	**-42,5**	**42,5**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		42,5 T€ umgesetzt nach Titel 0803 - 534 01.			
		Bemerkung: Umsetzung auf Titel 0803 - 534 01 gem. Zuständigkeit für Nutrias (Drs. 20/4401).			
		Titel weggefallen			
546 01 (02)	331	**Vermischte Ausgaben im Rahmen des Wolfmanagements**	**85,0**	**-85,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Umsetzung nach 08 08 - 546 02 MG 03. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
547 02 (02)	331	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben**	**80,8**	**-43,2**	**37,6**
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Bedarf, Reduzierung z. G. Titel 1313 - 533 10 MG 02.			
		Titel weggefallen			
685 02 (02)	331	**An Vereine, Verbände und Sonstige für Maßnahmen im Rahmen des Wolfsmanagements**	**250,0**	**-250,0**	**0,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 685 02			T€		
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 08 08 - 685 01 MG 03. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
686 02 (02)	332	**Zuwendungen an Naturparke für nicht investive Maßnahmen**	**350,0**	**+230,0**	**580,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	1.050	+1.020	2.070
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	350	+340	690
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	350	+340	690
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	350	+340	690
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Zusätzliche Mittel für die Personalkostenförderung auf Grundlage der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Naturparken.			
686 09 (02)	332	**Zuwendung an die NationalparkService gGmbH**	**0,0**		**0,0**
		Haushaltsvermerk geändert Umsetzung nach 1313 - 686 13 MG 04. **Bemerkung:** Redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerks.			
		Titel weggefallen			
686 12 (02)	331	**Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von durch Wölfe entstandene Schäden insbesondere an Haustieren (Nutz- und Heimtiere)**	**70,0**	**-70,0**	**0,0**
		Neuer Haushaltsvermerk Umsetzung nach 08 08 - 686 01 MG 03. Aufgabenübertragung wegen Änderung der Geschäftsverteilung.			
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**8.122,0**	**-330,0**	**7.792,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

07 Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk geändert

Zusätzliche Ausgaben dürfen bis zur Höhe der bei 1313 - 234 01 angeordneten zweckgebundenen Mehreinnahmen geleistet werden.
Darüber hinaus dürfen zusätzliche Ausgaben in Höhe der tatsächlichen zweckgebundenen Einnahmen bei Titel 1313 - 119 98 geleistet werden, soweit diese nicht bei 1313 - MG 02, 1313 - MG 03, 1313 - MG 06 oder 1313 - 682 02, 1315 - 682 03 und 1315 - 682 09 verwendet werden.
Nicht verbrauchte Mittel, die aus dem Sondervermögen bereitgestellt werden, werden über den Titel 1313 - 634 01 in das Sondervermögen zurückgeführt.
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Bemerkung:
Redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerks.

534 10 (07)	332	**Aufträge und Untersuchungen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie**	**3.438,7**	**-9,8**	**3.428,9**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Vgl. Titel 1315 - 682 06.

534 11 (07)	332	**Aufträge und Untersuchungen im Rahmen der Meeresschutzstation Ostsee**	**250,0**	**0,0**	**250,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+75	75
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+50	50
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+25	25
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an den Bedarf.

Summe der Maßnahmegruppe 07	**14.348,0**	**-9,8**	**14.338,2**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 13 Naturschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Maßnahmegruppe geändert

09 Ausgaben für das Regionalbüro SH im Rahmen der Umsetzung des "Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz" (ANK)

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Redaktionelle Anpassung der Zweckbestimmung der Maßnahmegruppe.

Summe der Maßnahmegruppe 09	**632,9**	**0,0**	**632,9**

Abschluss Kapitel 13 13

2027	**Gesamteinnahmen**	**39.101,7**	**+100,0** **0,0**	**39.201,7**
	Gesamtausgaben	**90.766,1**	**+713,2** **-713,0**	**90.766,3**
	Zuschuss	**51.664,4**	**-99,8**	**51.564,6**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**50.360**	**+995**	**51.355**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**17.321**	**+340**	**17.661**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**14.044**	**+315**	**14.359**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**9.390**	**+340**	**9.730**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**9.605**	**-**	**9.605**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 15 Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

231 05	016	**Erstattung v. Verwaltungskosten f. Aufgaben des Bundesbeauftragten für Wasserbau (MEKUN)**	**441,1**	**+208,4**	**649,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Vgl. Titel 1315 - 422 64 MG 64, 1315 - 427 64 MG 64, 1315 - 547 64 MG 64 sowie 1315 - 981 64 MG 64.

Ausgaben

422 01	623	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)**	**3.026,5**	**+190,0**	**3.216,5**

Bemerkung:

+ 190,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01	623	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**5.236,5**	**+170,0**	**5.406,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 170,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

682 06	623	**Personalkostenzuschuss für den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz SH (LKN.SH)**	**38.506,3**	**+1.593,8**	**40.100,1**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 9,8 T€ für eine Stellenhebung im Bereich Klimawandel- und Biodiversitätsschutz (Deckung durch entsprechende Reduzierung des Ansatzes bei 1313 - 534 10 MG 07).

+ 1.584,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		64 Ausgaben für den Beauftragten für den zivilen und militärischen Wasserbau ohne Verkehrsbezug *Haushaltsvermerk unverändert*			
422 64 (64)	016	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** **Bemerkung:** Erhöhung um 140,8 T€ für einen Personalbedarf in der Fachaufsicht Bundesbau sowie zur Erhöhung von Stellenanteilen in der Fachaufsicht Bundesbau (fremdfinanziert durch Bundeserstattung (Organleihe) beim Titel: 1315 - 231 05).	**338,1**	**+140,8**	**478,9**
		Neuer Titel			
427 64 (64)	016	**Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** **Bemerkung:** Entgelte für Studierende im Rahmen der studentische Kooperation des Bundesbeauftragten für den zivilen und militärischen Wasserbau mit der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Es wird Entgelt für den Bachelorstudiengang für drei Monate für zwei Studierende veranschlagt (fremdfinanziert durch Bundeserstattung (Organleihe) beim Titel: 1315 - 231 05).	**0,0**	**+11,9**	**11,9**
547 64 (64)	016	**Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** **Bemerkung:** Anpassung an den Bedarf.	**8,0**	**+5,0**	**13,0**
981 64 (64)	891	**Beitrag zu den Versorgungslasten** **Bemerkung:** Anpassung an den Bedarf.	**93,0**	**+50,7**	**143,7**
		Summe der Maßnahmegruppe 64	**441,1**	**+208,4**	**649,5**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 15 Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 13 15			
2027		**Gesamteinnahmen**	**46.585,6**	**+208,4 0,0**	**46.794,0**
		Gesamtausgaben	**106.284,0**	**+2.162,2 0,0**	**108.446,2**
		Zuschuss	**59.698,4**	**+1.953,8**	**61.652,2**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**60.261**	**-**	**60.261**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**20.734**	**-**	**20.734**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**14.049**	**-**	**14.049**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**13.499**	**-**	**13.499**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**11.979**	**-**	**11.979**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 16 Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

119 01 421 **Einnahmen aus Veröffentlichungen** **1,2** **-0,2** **1,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Da die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung erfolgt, wird der mit dem Haushaltsentwurf 2027 erhöhte Ansatz um den Betrag für die Vereinnahmung der Umsatzsteuer in Höhe von 0,2 T€ reduziert.

Ausgaben

422 01 331 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **718,2** **+35,0** **753,2**

Bemerkung:

+ 35,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 331 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **3.751,5** **+130,0** **3.881,5**

Bemerkung:

+ 130,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Titel weggefallen

541 99 821 **Abführung der Umsatzsteuer an das Finanzamt** **0,2** **-0,2** **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Weggefallen

Bemerkung:

Die Abwicklung der Umsatzsteuerzahlungen und -erstattungen nach § 2b UStG erfolgt automatisiert über das landeseinheitliche SAP-System für die Haushaltsbewirtschaftung, sodass der Titel nicht benötigt wird.

893 04 646 **Investitionen in die Neuausrichtung der Klärschlammentsorgung mit Phosphorrückgewinnung** **4.775,0** **-4.775,0** **0,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf. Der Zuwendungsempfänger konnte eine Bedingung des Zuwendungsbescheids nicht erfüllen. Infolgedessen ist der Bescheid aufgehoben worden (auflösende Bedingung).

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

06 Maßnahmen im Zusammenhang mit Bodenschutz, Altlastenerkundung, -sanierung und Flächenrecycling

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmengruppe mit Ausnahme des Titels 1316 - 883 55 MG 06.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck bei 1315 - 099 07 angeordneten Einnahmen geleistet werden.
Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Bemerkung:

Anpassung Haushaltsvermerk, um Mehrbedarfe, z. B. Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Abdeckung der Kosten für die Gasabsaugung Barsbüttel, zu decken.

Summe der Maßnahmegruppe 06	**2.007,5**	**0,0**	**2.007,5**

	Abschluss Kapitel 13 16			
2027	**Gesamteinnahmen**	**325,2**	**0,0 -0,2**	**325,0**
	Gesamtausgaben	**12.032,1**	**+165,0 -4.775,2**	**7.421,9**
	Zuschuss	**11.706,9**	**-4.610,0**	**7.096,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**5.200**	**-**	**5.200**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.675**	**-**	**1.675**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**1.300**	**-**	**1.300**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**1.180**	**-**	**1.180**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**1.045**	**-**	**1.045**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 18 Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

334 02	813	**Entnahme aus dem Sondervermögen "Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Bürgerenergie"**	**14.972,5**	**+15.000,0**	**29.972,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Erhöhung um 15.000,0 T€ zur Finanzierung der Förderung von vereinseigenen Sportstätten zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Austausch der Wärmequelle im Sinne einer klimaneutralen Wärmeversorgung (vgl. Titel 1604 - 893 03 MG 01).

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 18 Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 331 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** — **1.118,6** — **+80,0** — **1.198,6**

Bemerkung:

+ 80,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 331 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **2.259,9** — **+75,0** — **2.334,9**

Bemerkung:

+ 75,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

684 02 332 **Freiwilliges ökologisches Jahr** — **1.752,1** — **+28,0** — **1.780,1**

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf; Deckung durch Titel 1318 - 686 08 MG 03.

01 Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume

Haushaltsvermerk unverändert

422 04 (01) 331 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** — **142,8** — **+6,0** — **148,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 6,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 02 (01) 331 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** — **813,6** — **+35,0** — **848,6**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 35,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

Summe der Maßnahmegruppe 01 — **1.503,7** — **+41,0** — **1.544,7**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

03 Energiewirtschaftliche Maßnahmen, Energiewende und Klimaschutz

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme der Titel 1318 - 533 19 MG 03 und 1318 - 686 11 MG 03.

Bemerkung:
Redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerks.

686 08 (03)	642	**Zuwendungen und Projektförderungen**	**633,9**	**-80,5**	**553,4**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Absenkung zur Deckung Mehrbedarf FöJ (28,0 T€, vgl. Titel 1318 - 684 02) und im Zusammenhang mit der Übertragung der Aufgabe “Wolfsmanagement“ und zur Kompensation der vereinbarten Rücknahme der zum Haushaltsentwurf 2027 vorgenommenen Ansatzreduzierung bei Ansätzen von Titeln der Obergruppen 51 bis 54 (52,5 T€).

Summe der Maßnahmegruppe 03	**27.301,9**	**-80,5**	**27.221,4**

05 Wasserstoffstrategie.SH

Haushaltsvermerk geändert

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Bemerkung:
Redaktionelle Anpassung des Haushaltsvermerks.

Summe der Maßnahmegruppe 05	**11.942,9**	**0,0**	**11.942,9**

61 Planfeststellungsverfahren und Plangenehmigungsverfahren für die Errichtung von Energieleitungen

422 61 (61)	011	**Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamte**	**322,9**	**+35,0**	**357,9**

Bemerkung:
+ 35,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 61 (61)	011	**Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**	**647,8**	**+25,0**	**672,8**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 18 Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 428 61		T€		

Bemerkung:

+ 25,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

	Summe der Maßnahmegruppe 61	**992,0**	**+60,0**	**1.052,0**

Abschluss Kapitel 13 18

2027	**Gesamteinnahmen**	**17.314,9**	**+15.000,0 0,0**	**32.314,9**
	Gesamtausgaben	**51.803,7**	**+284,0 -80,5**	**52.007,2**
	Zuschuss	**34.488,8**	**-14.796,5**	**19.692,3**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**74.784**	**-**	**74.784**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**39.369**	**-**	**39.369**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**34.551**	**-**	**34.551**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**604**	**-**	**604**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**260**	**-**	**260**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 20 Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Haushaltsvermerk unverändert

271 02	521	**Erstattungen von der EU aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) Förderperiode 2023-2027**	**124.675,4**	**+986,0**	**125.661,4**

Bemerkung:

+ 986 T€ für die Anpassung der Personalkosten aus der technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 422 01, 0801 - 428 01, 0808 - 422 01, 0808 - 428 01 sowie 1301 - 422 01.

01 Erstattungen des Bundes gemäß § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe -Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes- GAKG

331 02 (01)	521	**Für investive einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen**	**3.478,8**	**+770,9**	**4.249,7**

Bemerkung:

Anpassung an den Bedarf, vgl. Titel 1320 - 893 07 MG 03.

Summe der Maßnahmegruppe 01	**37.660,0**	**+770,9**	**38.430,9**

Ausgaben

Haushaltsvermerk unverändert

981 02	891	**Verrechnung von Ausgaben im Zusammenhang mit EU-Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) an EP 08**	**55.167,6**	**+800,0**	**55.967,6**

Bemerkung:

+ 800 T€ für die Anpassung der Personalkosten aus der technischen Hilfe, vgl. Titel 0801 - 422 01, 0801 - 428 01, 0808 - 422 01 sowie 0808 - 428 01

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 20 Gemeinschaftsaufgabe “Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		03 Einzelbetriebliche Maßnahmen und Maßnahmen des Naturschutzes *Haushaltsvermerk unverändert*			
893 07 (03)	332	**Zuwendungen für Maßnahmen des investiven Naturschutzes** **Bemerkung:** Mehrbedarf für die Umsetzung von großräumigen Pilotmaßnahmen im Sinne der Anforderungen gem. EU-Wiederherstellungsverordnung 2022/869. Vgl. Titel 1320 - 331 02 MG 01.	**3.727,6**	**+1.284,7**	**5.012,3**
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**19.470,6**	**+1.284,7**	**20.755,3**

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 21 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Einnahmen

111 02 341 **Kostenerstattung für die Kernkraftwerksfernüberwachung (KFÜ)** — **2.088,0** — **-220,0** — **1.868,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf aufgrund der Veränderung in der Art der Finanzierung.
Vgl. 1321 - 536 62 MG 62

231 01 342 **Erstattungen des Bundes für vom Land bei der Durchführung des Atomgesetzes und des Strahlenschutzgesetzes geleistete Ausgaben** — **1.146,0** — **+328,5** — **1.474,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Erhöhung um 285,7 T€ für Personalbedarfe im Strahlenschutz: IT-Administration IFAS, Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten, Bearbeitung Einzelfallangelegenheiten im Strahlenschutz sowie Werkstudent/in zur Unterstützung bei atom- und strahlenschutzrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen (vgl. Titel 1321 - 422 01).

Erhöhung um 42,8 T€ für Stellenhebungen im Bereich Strahlenschutz: Aufsicht Strahlenschutz, Referent Umweltüberwachung und Radon, Anzeigeverfahren Strahlenschutz sowie Rechnungsbearbeitung und Ansprechperson für das Vertrags- Rechnungs- und Auftragsmanagement (VeRA) (vgl. Titel 1321 - 422 01).

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 21 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

422 01 341 **Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** **2.603,6** **+589,4** **3.193,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 115,9 T€ für einen Personalbedarf zur Bearbeitung von Tierhaltungsanlagen und zur Umsetzung neuer Anforderungen der IE-Richtlinie (fremdfinanziert über Gebühreneinnahmen bei 1312 - 111 05).

+ 285,7 T€ für Personalbedarfe im Strahlenschutz: IT-Administration IFAS, Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten, Bearbeitung Einzelfallangelegenheiten im Strahlenschutz sowie Werkstudent/in zur Unterstützung bei atom- und strahlenschutzrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen (fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung) bei Titel 1321 - 231 01).

+ 42,8 T€ für Stellenhebungen im Bereich Strahlenschutz: Aufsicht Strahlenschutz, Referent Umweltüberwachung und Radon, Anzeigeverfahren Strahlenschutz sowie Rechnungsbearbeitung und Ansprechperson für das Vertrags- Rechnungs- und Auftragsmanagement (VeRA) (fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung) bei Titel 1321 - 231 01).

+ 145,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

428 01 341 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **3.934,8** **+120,0** **4.054,8**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

+ 120,0 T€ zur Finanzierung der Tariferhöhung für 2026 sowie der Besoldungsanpassung für 2025 und 2026. Der Ansatz der hierfür gebildeten Vorsorge bei Titel 1111 - 461 01 wird entsprechend reduziert.

02 Fachberatung Katastrophenschutz

Haushaltsvermerk unverändert

536 02 341 **Datenverarbeitung** **53,6** **+220,0** **273,6**
(02)

Bemerkung:

Anpassung an den tatsächlichen Bedarf aufgrund zusätzlicher Kosten für die Anpassung der Notfallvorsorgeplanungen gem. § 98 Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) und den dazu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften.

Summe der Maßnahmegruppe 02 **88,5** **+220,0** **308,5**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		62 Erweiterung und Betrieb der Kernkraftwerksfernüberwachung (KFÜ) *Haushaltsvermerk unverändert*			
536 62 (62)	341	**Datenverarbeitung**	**600,0**	**-220,0**	**380,0**
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Bedarf aufgrund der Veränderung in der Art der Finanzierung. Vgl. 1321 - 111 02			
		Summe der Maßnahmegruppe 62	**2.088,0**	**-220,0**	**1.868,0**

Abschluss Kapitel 13 21

2027	**Gesamteinnahmen**	**42.016,1**	**+328,5** **-220,0**	**42.124,6**
	Gesamtausgaben	**46.397,1**	**+929,4** **-220,0**	**47.106,5**
	Zuschuss	**4.381,0**	**+600,9**	**4.981,9**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 13

2027	**Gesamteinnahmen**	**328.569,3**	**+17.509,7 -220,2**	**345.858,8**
	Gesamtausgaben	**497.885,5**	**+7.544,5 -5.788,7**	**499.641,3**
	Zuschuss	**169.316,2**	**-15.533,7**	**153.782,5**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**273.074**	**+1.195**	**274.269**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**108.409**	**+490**	**108.899**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**88.331**	**+365**	**88.696**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**36.945**	**+340**	**37.285**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**39.389**	**-**	**39.389**

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

14 02 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

518 04 013 **Ausgaben für Lizenzen und Nutzungsrechte** **22.851,4** **+440,0** **23.291,4**

Bemerkung:

440,0 T€ für Lizenzen im Rahmen des Maßnahmenpakets zum Schutz von Frauen vor digitaler sexualisierter Gewalt

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Ressorts für Lizenzen und Nutzungsrechte.

Die Ausgabesteigerungen beruhen auf den gestiegenen Planungen der Ressorts, vgl. Übersichten der IT-Maßnahmen als Anlage zum Einzelplan.

533 56 019 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen** **231.460,5** **+19.771,0** **251.231,5**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

10.000,0 T€ zusätzlicher Bedarf für zukünftige Umsatzsteuerzahlungen an Dataport in Folge von § 2 b UStG
9.771,0 T€ struktureller Mehrbedarf vor allem Bildung, Steuer, Polizei, Justiz, Cybersicherheit, Digitalisierung

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Ressorts für Unterstützungsleistungen bei Dataport (Rechenzentrumsbetrieb, technisches und fachliches Verfahrensmanagement usw.) und / oder anderen IT-Dienstleistern des Landes Schleswig-Holstein.

Die Ausgabesteigerungen beruhen auf den gestiegenen Planungen der Ressorts, vgl. Übersichten der IT-Maßnahmen als Anlagen zum Einzelplan, unter Beachtung der Einhaltung des zur Verfügung stehenden Budgets.

812 46 019 **Erwerb von Hard- und Software** **20.088,6** **+150,0** **20.238,6**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

150,0 T€ für Hardwarebeschaffungen im Rahmen des Maßnahmenpakets zum Schutz von Frauen vor digitaler sexualisierter Gewalt

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben der Ressorts für die Beschaffung von Hard- und Software. Hierzu zählen Ersatz- und Neubeschaffungen von Servern, APC, Laptops, Monitoren usw. sowie anderen Geräten der IT und Digitalisierung.

Die Ausgabesteigerungen beruhen auf den gestiegenen Planungen der Ressorts unter Beachtung der Einhaltung des zur Verfügung stehenden Budgets, vgl. Übersichten der IT-Maßnahmen als Anlage zum Einzelplan.

08 Assistenz für die Nutzung von E-Government-Services und digitale Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung

533 19 019 **Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen für digitale Assistenz** **0,0** **+429,0** **429,0**
(08)

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

14 02 Informations- und Kommunikationstechnologien (IT)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 533 19			T€		
		Bemerkung: 429,0 T€ für Entwicklung, Pilotierung, Einführung und Umsatzbegleitung von Verwaltungsassistenz			
685 08 (08)	019	**Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für digitale Assistenz**	**0,0**	**+500,0**	**500,0**
		Bemerkung: 500,0 T€ für Digitale Assistenz Kommunen			
686 02 (08)	019	**Sonstige Zuschüsse für digitale Assistenz**	**0,0**	**+300,0**	**300,0**
		Bemerkung: 300,0 T€ für Digitale Assistenz durch Dritte/Verbände			
		Summe der Maßnahmegruppe 08		**+1.229,0**	**1.229,0**

Abschluss Kapitel 14 02

2027	**Gesamteinnahmen**	**8.060,3**	**0,0** **0,0**	**8.060,3**
	Gesamtausgaben	**489.507,4**	**+21.590,0** **0,0**	**511.097,4**
	Zuschuss	**481.447,1**	**+21.590,0**	**503.037,1**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

14 03 E-Government (IT-Maßnahmen mit kommunalem Schwerpunkt)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

533 06	013	**Entwicklung von IT-Standards und der E-Government-Infrastruktur**	**1.000,0**	**+275,0**	**1.275,0**

Bemerkung:

150,0 T€ für Online Register Plattform kommunal
125,0 T€ für SiKoSH

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für gemeinsame IT-Programme und IT-Projekte / IT-Vorhaben des CIO und des ZIT SH mit den Kommunen des Landes Schleswig-Holstein zur Entwicklung von E-Government-Basisinfrastrukturen und gemeinsamer IT-Dienste. Zentraler Ansprechpartner ist die neue AöR IT-Verbund SH (ITVSH).

IT-Vorhaben, die in den Regelbetrieb bei Dataport überführt werden können, werden als IT-Verfahren des E-Government mit kommunalem Schwerpunkt im Kapitel 1402 verortet und finanziert.

Abschluss Kapitel 14 03

2027	**Gesamteinnahmen**		**0,0** **0,0**	
	Gesamtausgaben	**5.472,0**	**+275,0** **0,0**	**5.747,0**
	Zuschuss	**5.472,0**	**+275,0**	**5.747,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**

keine Verpflichtungsermächtigung

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

14 07 Einzelfinanzierungen für Informations- und Kommunikationstechnologien

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

Neue Maßnahmegruppe

04 Landeseigene Maßnahmen des Digitalpakts 2.0

Neuer Titel

331 04 (04)	129	**Zuweisung des Bundes zur Umsetzung von landeseigenen Maßnahmen des Digitalpakts 2.0**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der MG 04 zu verwenden.

Neuer Titel

359 04 (04)	851	**Entnahme aus der Rücklage Digitalpakt 2.0 für landeseigene Maßnahmen**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen können Mehrausgaben in der MG 04 geleistet werden.

		Summe der Maßnahmegruppe 04			

63 Ausgaben für die Leihgeräte der Lehrkräfte

359 63 (63)	851	**Entnahme aus der Rücklage Leihgeräte für Lehrkräfte**	**19.900,0**	**-4.900,0**	**15.000,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
geringere Entnahme durch geringeres Investitionsvolumen 2027, vgl. 1407 - 812 63 MG 63

Erläuterungen:
Vgl. Titel 1407 - 919 63 MG 63.

		Summe der Maßnahmegruppe 63	**19.900,0**	**-4.900,0**	**15.000,0**

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

14 07 Einzelfinanzierungen für Informations- und Kommunikationstechnologien

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

Neue Maßnahmegruppe

04 Landeseigene Maßnahmen des Digitalpakts 2.0

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titeln 1407 - 331 04 MG 04 und 1407 - 359 04 MG 04 geleistet werden.
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmengruppe 04.

Bemerkung:
Die vollständige Veranschlagung des Digitalpakts 2.0 bei Kap. 0709 MG 02 erfolgte vorläufig, vgl. dort.
Landeseigene IT-Maßnahmen im Rahmen des Digitalpakts 2.0 sind aus haushaltssystematischen Gründen an dieser Stelle zu veranschlagen, vgl. Zif. 12 der haushaltstechnischen Richtlinien.

Neuer Titel

533 04 (04)	129	**Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen für landeseigene Maßnahmen**	**0,0**		**0,0**

Neuer Titel

631 04 (04)	129	**Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel an den Bund (einschließlich Zinsen)**	**0,0**		**0,0**

Neuer Titel

812 04 (04)	129	**Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen im Rahmen von landeseigenen Maßnahmen**	**0,0**		**0,0**

Neuer Titel

919 04 (04)	851	**Zuführung an die Rücklage Digitalpakt 2.0 für landeseigene Maßnahmen**	**0,0**		**0,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben der MG 04 sowie in Höhe der nicht verwendeten tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1407 - 331 04 MG 04 sowie 1407 - 359 04 MG 04 geleistet werden.

Summe der Maßnahmegruppe 04

63 Ausgaben für die Leihgeräte der Lehrkräfte

Haushaltsvermerk unverändert

812 63 (63)	019	**Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen**	**19.900,0**	**-4.900,0**	**15.000,0**

14 Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung

14 07 Einzelfinanzierungen für Informations- und Kommunikationstechnologien

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 812 63		T€		

Bemerkung:

geringeres Investitionsvolumen 2027 bedingt durch geringeres Nutzungsverhalten im Jahr 2026

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die investiven Kosten für die Beschaffung mobiler digitaler Endgeräte (z.B. Notebook oder Tablet) für den Unterricht in der Schule oder für das Distanzlernen sowie zur allgemeinen Unterrichtsvor- und Unterrichtsnachbereitung für alle schleswig-holsteinischen Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen.

ReInvest ab 2026 aus Rücklagenmitteln, vgl. 1407 - 359 63 MG 63.

Summe der Maßnahmegruppe 63	**26.900,0**	**-4.900,0**	**22.000,0**

Abschluss Kapitel 14 07

2027	**Gesamteinnahmen**	**19.900,0**	**0,0** **-4.900,0**	**15.000,0**
	Gesamtausgaben	**26.900,0**	**0,0** **-4.900,0**	**22.000,0**
	Zuschuss	**7.000,0**	**0,0**	**7.000,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 14

2027	**Gesamteinnahmen**	**27.960,3**	**0,0** **-4.900,0**	**23.060,3**
	Gesamtausgaben	**530.442,3**	**+21.865,0** **-4.900,0**	**547.407,3**
	Zuschuss	**502.482,0**	**+21.865,0**	**524.347,0**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

01 Sportförderung

883 05 (01)	322	**Förderung der Landeshauptstadt Kiel zum Ausbau des Holstein-Stadions**	**5.000,0**	**+2.500,0**	**7.500,0**
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.			
		Neuer Titel			
893 03 (01)	322	**Sportstättensanierung im Zuge der Olympiabewerbung**	**0,0**	**+5.000,0**	**5.000,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+20.000	20.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+5.000	5.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+5.000	5.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+5.000	5.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+5.000	5.000
		Neuer Haushaltsvermerk			
		Mittel bis zur Höhe von 15.000,0 T€ stehen zweckgebunden ausschließlich für Investitionsmaßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Austausch der Wärmequelle zur Verfügung.			
		Bemerkung: Deutschland bewirbt sich mit Kiel als Ausrichter der Segelwettbewerbe für Olympia.			
		Summe der Maßnahmegruppe 01	**15.357,8**	**+7.500,0**	**22.857,8**

20 Maßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Haushaltsvermerk unverändert

883 20 (20)	322	**Zuweisungen für Investitionen in Schwimmsportstätten**	**8.000,0**	**-350,0**	**7.650,0**
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.			
		Summe der Maßnahmegruppe 20	**9.000,0**	**-350,0**	**8.650,0**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 16 04			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**5.442,4**	**0,0** **0,0**	**5.442,4**
		Gesamtausgaben	**24.357,8**	**+7.500,0** **-350,0**	**31.507,8**
		Zuschuss	**18.915,4**	**+7.150,0**	**26.065,4**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**1.000**	**+20.000**	**21.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**1.000**	**+5.000**	**6.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029		**+5.000**	**5.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030		**+5.000**	**5.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff		**+5.000**	**5.000**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

20 Maßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Haushaltsvermerk unverändert

752 02 (20)	742	**Für Planungskosten im Bereich Schienen** **Bemerkung:** Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.	**0,0**	**+5.000,0**	**5.000,0**
882 03 (20)	742	**An andere Bundesländer für Maßnahmen im Bereich Schienen** **Bemerkung:** Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.	**0,0**	**+6.000,0**	**6.000,0**
891 05 (20)	711	**An den LBV.SH für Maßnahmen im Bereich Landesstraßen** **Bemerkung:** Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.	**39.800,0**	**-4.400,0**	**35.400,0**
891 07 (20)	711	**An den LBV.SH für Maßnahmen im Bereich Brücken** **Bemerkung:** Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.	**11.420,0**	**-4.820,0**	**6.600,0**
891 09 (20)	742	**An öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im Bereich Schienen** **Bemerkung:** Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.	**17.500,0**	**-8.100,0**	**9.400,0**
891 10 (20)	731	**An den LKN.SH für Maßnahmen im Bereich Häfen**	**5.200,0**	**-4.340,0**	**860,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 891 10			T€		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	30.000	-6.000	24.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	10.000	-2.000	8.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	10.000	-2.000	8.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	10.000	-2.000	8.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.			
891 11 (20)	731	**An öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im Bereich Häfen**	**14.000,0**	**-3.500,0**	**10.500,0**
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.			
892 03 (20)	731	**An private Unternehmen für Maßnahmen im Bereich Häfen**	**13.000,0**	**-1.000,0**	**12.000,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+13.000	13.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+13.000	13.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an den tatsächlichen Projektverlauf.			
		Summe der Maßnahmegruppe 20	**104.720,0**	**-15.160,0**	**89.560,0**
		Abschluss Kapitel 16 06			
2027		**Gesamteinnahmen**	**29.200,0**	**0,0** **0,0**	**29.200,0**
		Gesamtausgaben	**315.480,0**	**+11.000,0** **-26.160,0**	**300.320,0**
		Zuschuss	**286.280,0**	**-15.160,0**	**271.120,0**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**316.400**	**+7.000**	**323.400**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**132.900**	**+11.000**	**143.900**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**106.200**	**-2.000**	**104.200**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**77.300**	**-2.000**	**75.300**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

03 Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

331 02 (03) 164 **Zuweisungen des Bundes für die gemeinsame bilateral finanzierte Baumaßnahme am Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN)** — **0,0** — **+555,0** — **555,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Bilaterale Finanzierung der Baumaßnahme gemeinsam mit dem Bund.
Erneute Veranschlagung nicht abgeflossener Baumittel, vgl. Titel 1607 - 892 02 MG 03.

Summe der Maßnahmegruppe 03 — **900,0** — **+555,0** — **1.455,0**

10 Investitionen für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein

Neuer Haushaltsvermerk

Bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen dürfen Mehrausgaben bei der MG 10 geleistet werden.

Bemerkung:

Aufnahme des Kopplungsvermerkes aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

Neuer Titel

119 10 (10) 129 **Rückzahlung überzahlter Beträge aus dem Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung** — **0,0** — **0,0**

Bemerkung:

Veranschlagung des Titels aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

Neuer Titel

331 10 (10) 112 **Zuweisungen des Bundes für Investitionsmaßnahmen zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter** — **0,0** — **0,0**

Bemerkung:

Veranschlagung des Titels aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

359 10 (10) 851 **Entnahme aus der Rücklage beschleunigter Ganztags-Ausbau** — **0,0** — **0,0**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 359 10		T€		

Haushaltsvermerk weggefallen

Bemerkung:
Streichung des bisherigen Vermerkes aufgrund Aufnahme des Vermerkes bei 1607 MG 10 - Einnahmeseite.

Summe der Maßnahmegruppe 10

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

02 Kulturelle Einrichtungen und kulturelles Leben

Haushaltsvermerk unverändert

711 02 187 **Nutzerspezifische Umbaumaßnahmen in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek** **0,0** **0,0**
(02)

Neuer Haushaltsvermerk

Künftig wegfallend.

Bemerkung:
Die Maßnahme wurde 2025 abgeschlossen, alle Mittel wurden verausgabt. Der Titel kann daher wegfallen und muss einen entsprechenden Haushaltsvermerk erhalten.

721 01 012 **Landesarchiv Magazinerweiterung** **4.300,0** **+1.000,0** **5.300,0**
(02)

Bemerkung:
Erhöhung des Ansatzes um 1.000,0 T€ als Anpassung an die aktualisierte Abflussprognose aufgrund der konkretisierten Planung der Bauausführung.

883 02 187 **Zuschuss für Investitionen an die Stadt Schleswig für die Theaterspielstätte Schleswig** **0,0** **+3.350,0** **3.350,0**
(02)

Bemerkung:
Der Ansatz wurde auf der Grundlage einer Aktualisierung der Planung der Bauausführung angepasst.

Es handelt sich um eine erneute Veranschlagung nicht verausgabter Mittel aus den Vorjahren.

883 07 187 **Zuschuss Sanierung und Modernisierung des Opernhauses und die Errichtung eines neuen Werkstattzentrums des Theaters Kiel** **0,0** **+611,8** **611,8**
(02)

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+6.298	6.298
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+2.226	2.226
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+3.340	3.340
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+732	732
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Der Ansatz wurde auf der Grundlage einer Aktualisierung der Planung der Bauausführung angepasst.
Die VE 2026 war nur bis 2027 ausgewiesen. Aufgrund des verzögerten Baubeginns in 2028 haben sich die Mittelanforderungen in spätere Jahre verschoben, deshalb die Erstellung einer angepassten VE 2027.

Der Ansatz für 2027 ist eine Veranschlagung nicht verausgabter Mittel aus den Vorjahren.

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
893 09 (02)	187	**Zuschuss für Investitionen an die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für die Umsetzung des Masterplans**	**0,0**	**+4.300,0**	**4.300,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+10.602	10.602
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+7.150	7.150
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+2.988	2.988
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+464	464
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Der Ansatz wurde auf der Grundlage einer Aktualisierung der Planung der Bauausführung angepasst.			
893 18 (02)	187	**Investitionszuschüsse für Maßnahmen in Gedenkstätten**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+545	545
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+545	545
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Die VE wurde an die aktuelle Mittelabflussplanung angepasst. Der Ansatz für 2027 ist eine Veranschlagung nicht verausgabter Mittel aus den Vorjahren.			
893 21 (02)	187	**Zuschuss an die Landesverbände der Jüdischen Gemeinden für Bau- und Sanierungsmaßnahmen**	**0,0**	**+1.021,8**	**1.021,8**
		Bemerkung: Der Ansatz wurde auf der Grundlage einer Aktualisierung der Planung der Bauausführung angepasst.			
894 01 (02)	183	**Zuschuss für Investitionen an die Christian-Albrechts-Universität für die Sanierung der Kunsthalle zu Kiel**	**0,0**	**+7.337,0**	**7.337,0**
		Bemerkung: Der Ansatz wurde auf der Grundlage einer Aktualisierung der Planung der Bauausführung angepasst.			
		Summe der Maßnahmegruppe 02	**4.300,0**	**+17.620,6**	**21.920,6**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		03 Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen *Haushaltsvermerk unverändert*			
892 02 (03)	164	**Zuschuss für die Baumaßnahme am Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN)** *Haushaltsvermerk unverändert* **Bemerkung:** Bilaterale Finanzierung der Baumaßnahme gemeinsam mit dem Bund. Erneute Veranschlagung nicht abgeflossener Baumittel, vgl. Titel 1607 - 331 02 MG 03.	**0,0**	**+1.110,0**	**1.110,0**
893 01 (03)	164	**Zuschuss für die Aufbaufinanzierung des Instituts für Maritime Technologien und Antriebssysteme des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR)** **Bemerkung:** Veranschlagung gem. DLR Wirtschaftsplan 2027	**0,0**	**+10.000,0**	**10.000,0**
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**1.800,0**	**+11.110,0**	**12.910,0**
		04 Hochschulen *Haushaltsvermerk geändert* Innerhalb der MG 04 dürfen Mehrausgaben bei den Titeln 519 02, 519 03, 519 04, 519 06, 519 08, 722 71, 722 72, 722 73, 722 74, 722 76, 722 77 und 823 01 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 04 und 341 03 der MG 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei einem anderen der genannten Titel verwendet werden. Innerhalb der MG 04 dürfen zusätzlich Mehrausgaben bei den Titeln 721 71, 721 72, 721 73, 721 74, 721 76, 721 77, 721 82, 721 83, 721 84, 812 73, 812 74, 894 02 und 894 74 bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 01 und 331 05 der MG 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei einem anderen der genannten Titel verwendet werden. Innerhalb der MG 04 dürfen zusätzlich Mehrausgaben bei den Titeln 722 71, 722 72, 722 73, 722 74, 722 76 und 722 77 bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 381 04 MG 04 geleistet werden, sofern sie nicht bei einem anderen der genannten Titel verwendet werden. Innerhalb der MG 04 sind die Titel 519 02, 519 03, 519 04, 519 06, 519 08, 722 71, 722 72, 722 73, 722 74, 722 76, 722 77 und 823 01 gegenseitig deckungsfähig. Innerhalb der MG 04 sind die Titel 721 71, 721 72, 721 73, 721 74, 721 76, 721 77, 721 82, 721 83, 721 84, 812 73, 812 74, 894 02 und 894 74 gegenseitig deckungsfähig und zusätzlich gegenseitig deckungsfähig mit der MG 09. Tatsächliche Einnahmen bei 1607 - 331 08 MG 04 stehen zweckgebunden für Ausgaben bei 1607 MG 04 zur Verfügung. Tatsächliche Einnahmen bei 1607 - 359 01 MG 04 stehen zweckgebunden für Ausgaben bei 1607 MG 04 zur Verfügung. **Bemerkung:** Redaktionelle Änderung: Anpassung des Hausvermerks zur Maßnahmegruppe an die bereits bestehenden Haushaltsvermerke einzelner Titel.			

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
519 03 (04)	133	**Sanierung der Abwasserleitungen, Liegenschaften Hochschule Flensburg, Europa-Universität Flensburg, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Kiel, Technische Hochschule Lübeck und Musikhochschule Lübeck**	**444,0**	**0,0**	**444,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+2.750	2.750
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.100	1.100
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.100	1.100
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+550	550
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
519 06 (04)	133	**Für die Durchführung energetischer Maßnahmen an den Hochschulliegenschaften des Landes Schleswig-Holstein**	**700,0**	**0,0**	**700,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+2.775	2.775
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+2.775	2.775
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
721 71 (04)	133	**Technische Hochschule Lübeck - Große Baumaßnahmen (von 1212)**	**2.950,0**	**0,0**	**2.950,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	8.000	-3.050	4.950
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	2.000	+50	2.050
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	2.000	+50	2.050
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	2.000	-1.150	850
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	2.000	-2.000	0
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
721 72 (04)	133	**Hochschule für Angewandte Wissenschaften Kiel - Große Baumaßnahmen (von 1212)**	**0,0**	**0,0**	**0,0**

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 721 72		T€		
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+4.100	4.100
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+3.100	3.100
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+1.000	1.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
721 73 133 (04)	**Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - Große Baumaßnahmen (von 1212)**	**34.149,3**	**0,0**	**34.149,3**
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	120.000	-101.680	18.320
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	30.000	-17.680	12.320
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	30.000	-24.000	6.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	30.000	-30.000	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	30.000	-30.000	0
	Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
721 74 133 (04)	**Universität zu Lübeck - Große Baumaßnahmen (von 1212)**	**10.898,7**	**0,0**	**10.898,7**
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	40.000	-7.450	32.550
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	10.000	+6.400	16.400
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	10.000	-1.350	8.650
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	10.000	-2.500	7.500
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	10.000	-10.000	0
	Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
721 76 133 (04)	**Hochschule Flensburg - Große Baumaßnahmen (von 1212)**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.430	1.430
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+630	630
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+800	800
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 721 76			T€		
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
721 82 (04)	133	**Fachhochschule Westküste - Große Baumaßnahmen (von 1212)**	**0,0**		**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+14.650	14.650
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.750	1.750
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+5.000	5.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+4.000	4.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+3.900	3.900
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
722 73 (04)	133	**Christian-Albrechts-Universität zu Kiel - Große Baumaßnahmen**	**50.084,0**	**0,0**	**50.084,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	80.000	-150	79.850
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	30.000	+2.350	32.350
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	25.000	-500	24.500
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	15.000	-2.000	13.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	10.000	0	10.000
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
722 76 (04)	133	**Hochschule Flensburg - Große Baumaßnahmen**	**8.990,0**	**0,0**	**8.990,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	20.000	-10.000	10.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	5.000	+1.000	6.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	5.000	-1.000	4.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	5.000	-5.000	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	5.000	-5.000	0
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
894 74 (04)	133	**Investitionszuschuss an die Universität zu Lübeck**	**9.590,0**	**0,0**	**9.590,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 894 74			T€		
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	40.000	+34.400	74.400
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	10.000	+7.700	17.700
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	10.000	+13.750	23.750
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	10.000	+8.750	18.750
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	10.000	+4.200	14.200
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
		Summe der Maßnahmegruppe 04	**129.635,8**	**0,0**	**129.635,8**
		06 Schulbau und Schulsanierung			
		Haushaltsvermerk unverändert			
883 06 (06)	114	**Ausgleichsleistungen an kommunale Träger von Gymnasien für Mehrbedarfe wegen Umstellung von G8 auf G9**	**0,0**	**+4.900,0**	**4.900,0**
		Bemerkung: Mit dem Programm werden Ausgleichsleistungen für Mehrbedarfe von öffentlichen Schulträgern von Gymnasien für den Wechsel von G8 auf G9 ausgeglichen. Eine Antragstellung war bis zum 30. Juni 2026 möglich. Der durch die Anträge bedingte Bedarf im Programm von insgesamt 6,2 Mio. Euro wird über die Nachschiebeliste abgebildet.			
		Summe der Maßnahmegruppe 06	**9.437,0**	**+4.900,0**	**14.337,0**
		10 Investitionen für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein			
		Haushaltsvermerk geändert			
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmengruppe. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei der MG 10 geleistet werden.			
		Bemerkung: Änderung des Kopplungsvermerkes aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.			
		Neuer Titel			
533 10 (10)	129	**Leistungsentgelte an die IB.SH für finanztechnische Abwicklung des Ausbau des schulischen Ganztags**	**0,0**	**+700,0**	**700,0**
		Bemerkung: Veranschlagung des Titels aufgrund Einrichtung im Haushaltsvollzug 2026 nach § 24 Abs. 11 HG aus haushaltssystematischen Gründen.			

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Neuer Titel

631 10 (10) 129 **Rückzahlung nicht verbrauchter Bundesmittel an den Bund (einschließlich Zinsen)** — **0,0** — **0,0**

Bemerkung:
Veranschlagung des Titels aufgrund Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

883 09 (10) 129 **Zuweisungen für Investitionen für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein an Träger öffentlicher Schulen** — **0,0** — **+64.200,0** — **64.200,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Der bisherige Leertitel zur Abwicklung (0710 - 883 13 MG 31) wird ab 2027 ebenfalls auf diesen Titel umgesetzt.

Bemerkung:
Mit den über die Nachschiebeliste vorgenommenen Änderungen wird eine Veränderung der bisherigen jährlichen Verteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden 250 Mio. Euro vorgenommen. Erst nach Abschluss der Vorprüfungen der offenen Anträge im Juli 2026 konnten konkretere Schätzungen zu Bedarfen getätigt werden und entsprechend der Ankündigung im Umdruck 20/6512 aktualisiert werden.
Im Übrigen erfolgte eine Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

893 31 (10) 129 **Investitionszuschüsse für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein an Schulen in privater Trägerschaft** — **0,0** — **+7.500,0** — **7.500,0**

Neuer Haushaltsvermerk

Der bisherige Leertitel zur Abwicklung (0710 - 893 33 MG 31) wird ab 2027 ebenfalls auf diesen Titel umgesetzt.

Bemerkung:
Mit den über die Nachschiebeliste vorgenommenen Änderungen wird eine Veränderung der bisherigen jährlichen Verteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden 250 Mio. Euro vorgenommen. Erst nach Abschluss der Vorprüfungen der offenen Anträge im Juli 2026 konnten konkretere Schätzungen zu Bedarfen getätigt werden und entsprechend der Ankündigung im Umdruck 20/6512 aktualisiert werden.
Im Übrigen erfolgte eine Umsetzung der MG 31 nach IMPULS 2040 (Kap. 1607 MG 10) zum Haushalt 2027 aus haushaltssystematischen Gründen.

Summe der Maßnahmegruppe 10 — **+72.400,0** — **72.400,0**

20 Maßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Haushaltsvermerk unverändert

721 20 (20) 139 **Große Baumaßnahmen in den Hochschulen des Landes** — **2.970,0** — **0,0** — **2.970,0**

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 721 20		T€		
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	23.500	-5.770	17.730
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	12.000	-1.315	10.685
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	7.500	-455	7.045
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	4.000	-4.000	0
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
	Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
883 08 129 (20)	**Zuweisungen für Investitionen für den Ausbau des schulischen Ganztags in Schleswig-Holstein an Träger öffentlicher Schulen**	**145.000,0**	**-43.200,0**	**101.800,0**
	Bemerkung: Es wird von einem höheren Bewilligungsvolumen mit Wirkung für die Jahre 2028 (um 14,4 Mio. €) und 2029 (um 28,8 Mio. €) ausgegangen. Daher wurde der Ansatz für das Jahr 2027 um 43,2 Mio. € reduziert.			
893 40 142 (20)	**Investitionszuschüsse an das Studentenwerk Schleswig-Holstein für den Ausbau des studentischen Wohnraums**	**2.000,0**	**-2.000,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
	Neuverpflichtung aus HHJ 2027	8.000	+2.000	10.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	2.000	0	2.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	2.000	0	2.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	2.000	0	2.000
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	2.000	+2.000	4.000
	Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Planungen. Die Förderrichtlinie wird aktuell erarbeitet, sodass erste Bewilligungen im Jahr 2027 für das Jahr 2028 möglich sind.			
	Summe der Maßnahmegruppe 20	**155.070,0**	**-45.200,0**	**109.870,0**

Abschluss Kapitel 16 07

2027	**Gesamteinnahmen**	**53.956,0**	**+555,0** **0,0**	**54.511,0**
	Gesamtausgaben	**327.002,8**	**+106.030,6** **-45.200,0**	**387.833,4**
	Zuschuss	**273.046,8**	**+60.275,6**	**333.322,4**
	Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**425.300**	**-48.550**	**376.750**
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	**123.000**	**+17.236**	**140.236**
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	**119.500**	**+1.268**	**120.768**
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	**100.000**	**-30.154**	**69.846**
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**82.800**	**-36.900**	**45.900**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Einnahmen

02 Gesundheit und Pflege

331 03 (02)	312	**Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen aus dem Krankenhaustransformationsfonds**	**119.203,0**	**-28.609,0**	**90.594,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung des Ansatzes an den S.-H. am Krankenhaustransformationsfonds zustehenden Anteil und die angenommene Ausnutzung des Fördervolumens in Höhe von 80%.

333 02 (02)	312	**Erstattungen von Kreisen und kreisfreien Städten für Maßnahmen aus dem Krankenhaustransformationsfonds**	**42.572,5**	**-10.217,5**	**32.355,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung des Ansatzes an den S.-H. am Krankenhaustransformationsfonds zustehenden Anteil und die angenommene Ausnutzung des Fördervolumens in Höhe von 80%.

	Summe der Maßnahmegruppe 02	**227.425,5**	**-38.826,5**	**188.599,0**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

02 Gesundheit und Pflege

891 01 (02)	312	**Zuschüsse für Investitionen an Krankenhäuser kommunaler und sonstiger öffentlicher Träger**	**80.650,0**	**0,0**	**80.650,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+160.000	160.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+49.000	49.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+42.000	42.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+34.000	34.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+35.000	35.000

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen für die Bewilligung von Baumaßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz an verschiedene Krankenhausträger.

891 02 (02)	312	**Zuschüsse für Investitionen an Krankenhäuser kommunaler und sonstiger öffentlicher Träger aus dem Krankenhaustransformationsfonds**	**84.540,0**	**-20.435,0**	**64.105,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	291.920	+183.528	475.448
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	85.145	-21.195	63.950
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	85.145	-21.825	63.320
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	60.815	-10.227	50.588
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	60.815	+236.775	297.590

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung des Ansatzes und der Verpflichtungsermächtigungen an den S.-H. am Krankenhaustransformationsfonds zustehenden Anteil und die angenommene Ausnutzung des Fördervolumens in Höhe von 80%.

892 03 (02)	314	**Zuschüsse für Investitionen an Krankenhausträger aus dem Krankenhausstrukturfonds II**	**60.000,0**	**-7.000,0**	**53.000,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+76.600	76.600
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+76.600	76.600
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Titel FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
noch zu 892 03		T€		

Bemerkung:

Aufgrund der Verschiebung der Baumaßnahme Fördeklinikum Katharinen-Hospital Flensburg werden in 2026 bei diesem Titel keine Mittel abfließen und die im Haushalt 2026 ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung wird nicht in Anspruch genommen. Die Bewilligung der Baumaßnahme ist für das Jahr 2027 vorgesehen, daher wird das Gesamtbudget von 129.600,0 T€ in den Jahren 2027 (53.000,0 T€) und 2028 (76.600,0 T€) benötigt.

892 05 (02)	312	**Zuschüsse für Investitionen an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger**	**45.000,0**	**0,0**	**45.000,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+312.000	312.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+51.000	51.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+118.000	118.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+83.000	83.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+60.000	60.000

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen für die Bewilligung von Baumaßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz an verschiedene Krankenhausträger.

892 06 (02)	312	**Zuschüsse für Investitionen an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger aus dem Krankenhaustransformationsfonds**	**85.145,0**	**-20.435,0**	**64.710,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	291.920	+198.028	489.948
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	85.145	-20.435	64.710
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	85.145	-20.435	64.710
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	60.815	-727	60.088
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	60.815	+239.625	300.440

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:

Anpassung des Ansatzes und der Verpflichtungsermächtigungen an den S.-H. am Krankenhaustransformationsfonds zustehenden Anteil und die angenommene Ausnutzung des Fördervolumens in Höhe von 80%.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**355.335,0**	**-47.870,0**	**307.465,0**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 16 09			
2027		**Gesamteinnahmen**	**227.425,5**	**0,0** **-38.826,5**	**188.599,0**
		Gesamtausgaben	**394.035,0**	**0,0** **-47.870,0**	**346.165,0**
		Zuschuss	**166.609,5**	**-9.043,5**	**157.566,0**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**711.525**	**+930.156**	**1.641.681**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**209.845**	**+134.970**	**344.815**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**203.360**	**+117.740**	**321.100**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**148.190**	**+106.046**	**254.236**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**150.130**	**+571.400**	**721.530**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 11 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Einnahmen			
331 20	813	**Zuweisungen des Bundes für Investitionsmaßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) - Landesanteil** *Haushaltsvermerk unverändert* **Bemerkung:** Anpassung an den Mittelabfluss der Maßnahmen des Landesanteils gem. LuKIFG im Epl. 16.	**302.095,0**	**-61.710,0**	**240.385,0**
334 01	813	**Entnahmen für Investitionen aus dem Sondervermögen IMPULS 2040** **Bemerkung:** Anpassung an den Mittelabfluss im Epl. 16.	**493.401,3**	**+179.325,5**	**672.726,8**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 11 Allgemeine Finanzverwaltung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Ausgaben

634 01 813 **Zuführung an das Sondervermögen IMPULS 2040 gem. § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens "InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein" (IMPULS 2040)** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln bzw. Maßnahmegruppen 0614 MG 01, 0709 - 894 01, 0721 - 891 02 MG 01, 0723 - 892 12 MG 01, 0723 - 892 21 MG 02, 0723 - 893 68 MG 68, 0740 - 893 02 MG 14 und 0740 - 893 07 MG 15 geleistet werden.

Darüber hinaus dürfen Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 0709 - 334 01, 0721 - 334 01 MG 01, 0723 - 334 01, 0723 - 334 02, 0723 - 334 03, 0740 - 334 02 und 0740 - 334 04 geleistet werden.

Bemerkung:

Wegfall von Titel 0710 - 883 13 MG 31 und 0710 - 334 31 MG 31 auf Grund Zusammenführung in den EP 16.

634 02 813 **Zuführung an das Sondervermögen IMPULS 2040 gem. Kapitelvermerken des Einzelplans 16** — **0,0** — **0,0** — **0,0**

Haushaltsvermerk geändert

Ausgaben dürfen bis zu der Höhe der Minderausgaben des Einzelplans 16 geleistet werden.
Darüber hinaus dürfen Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen des Einzelplans 16 geleistet werden, sofern sie nicht für Ausgaben verwendet wurden.

Bemerkung:

Der HV "Zusätzlich dürfen Minderausgaben bei Titel 1111 - 711 02 dem Sondervermögen IMPULS 2040 zugeführt werden." wurde entfernt, da die Vorsorge im Epl. 11 nicht mehr besteht.

Abschluss Kapitel 16 11

2027	**Gesamteinnahmen**	**1.074.363,0**	**+179.325,5 -61.710,0**	**1.191.978,5**
	Gesamtausgaben	**278.866,7**	**0,0 0,0**	**278.866,7**
	Zuschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
	Überschuss	**795.496,3**	**+117.615,5**	**913.111,8**
	keine Verpflichtungsermächtigung			

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

02 Energetische Modernisierung von Landesliegenschaften

711 05 (02)	642	**Maßnahmen zur Flächensuffizienz in Landesliegenschaften**	**1.025,0**	**+1.375,0**	**2.400,0**

Haushaltsvermerk unverändert

Bemerkung:
Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.

Summe der Maßnahmegruppe 02	**26.660,7**	**+1.375,0**	**28.035,7**

04 Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Haushaltsvermerk unverändert

721 01 (04)	132	**Errichtung der Gebäude**	**5.779,0**	**0,0**	**5.779,0**

Verpflichtungsermächtigung (in T€)

Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+5.000	5.000
davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+5.000	5.000
davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0

Bemerkung:
Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.

Summe der Maßnahmegruppe 04	**174.216,0**	**0,0**	**174.216,0**

16 InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2040)

16 12 Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Abschluss Kapitel 16 12			
2027		**Gesamteinnahmen**	**85.416,0**	**0,0** **0,0**	**85.416,0**
		Gesamtausgaben	**253.956,8**	**+1.375,0** **0,0**	**255.331,8**
		Zuschuss	**168.540,8**	**+1.375,0**	**169.915,8**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**38.500**	**+5.000**	**43.500**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**20.000**	**+5.000**	**25.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**15.000**	**-**	**15.000**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**3.500**	**-**	**3.500**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Haushaltsvermerk unverändert

Ausgaben

03 Elektromobilität

811 01 (03)	642	**Umstellung der Fahrzeuge der Landesverwaltung auf Elektromobilität**	**444,0**	**+1.168,4**	**1.612,4**
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
		Summe der Maßnahmegruppe 03	**2.344,0**	**+1.168,4**	**3.512,4**

08 Klimaneutrales Industrieland

892 08 (08)	642	**Zuschüsse für Investitionen in Energiespeicher zur Unterstützung der Energiewende und Versorgungssicherheit an private Unternehmen**	**1.000,0**	**+1.750,0**	**2.750,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.500	1.500
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.500	1.500
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
		Neuer Titel			
892 09 (08)	642	**Kofinanzierung der Bundesförderung Industrie und Klimaschutz (BIK)**	**0,0**		**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+15.000	15.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.024	1.024
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	+4.182	4.182
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	+6.307	6.307
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	+3.487	3.487
		Bemerkung: Die Verpflichtungsermächtigung ist für die Kofinanzierung von Bundesmitteln vorzusehen.			

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		
		Summe der Maßnahmegruppe 08	**1.000,0**	**+1.750,0**	**2.750,0**
	20	**Maßnahmen gemäß Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)**			
		Haushaltsvermerk unverändert			
893 24 (20)	642	**Zuschüsse für klimaneutrale Investitionen zur Ertüchtigung kritischer Infrastrukturen**	**2.000,0**	**-1.000,0**	**1.000,0**
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)			
		Neuverpflichtung aus HHJ 2027	0	+1.000	1.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	0	+1.000	1.000
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	0	0	0
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	0	0	0
		Bemerkung: Anpassung an die aktuellen Mittelabflussplanungen.			
		Summe der Maßnahmegruppe 20	**11.550,0**	**-1.000,0**	**10.550,0**
		Abschluss Kapitel 16 13			
	2027	**Gesamteinnahmen**	**38.942,6**	**0,0** **0,0**	**38.942,6**
		Gesamtausgaben	**93.009,4**	**+2.918,4** **-1.000,0**	**94.927,8**
		Zuschuss	**54.066,8**	**+1.918,4**	**55.985,2**
		Überschuss	**0,0**	**0,0**	**0,0**
		Verpflichtungsermächtigung in (T€)	**70.930**	**+17.500**	**88.430**
		davon fällig Haushaltsjahr 2028	**29.440**	**+3.524**	**32.964**
		davon fällig Haushaltsjahr 2029	**20.950**	**+4.182**	**25.132**
		davon fällig Haushaltsjahr 2030	**13.540**	**+6.307**	**19.847**
		davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	**7.000**	**+3.487**	**10.487**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Ansatz 2027	zu ändern	neuer Ansatz 2027
			T€		

Gesamtabschluss Einzelplan 16

2027	Gesamteinnahmen	1.514.745,5	+179.880,5 -100.536,5	1.594.089,5
	Gesamtausgaben	1.713.405,1	+128.824,0 -120.580,0	1.721.649,1
	Zuschuss	198.659,6	-71.100,0	127.559,6
	Überschuss	0,0	0,0	0,0
	Verpflichtungsermächtigung in (T€)	1.612.655	+931.106	2.543.761
	davon fällig Haushaltsjahr 2028	532.185	+176.730	708.915
	davon fällig Haushaltsjahr 2029	482.010	+126.190	608.200
	davon fällig Haushaltsjahr 2030	358.530	+85.199	443.729
	davon fällig Haushaltsjahr 2031 ff	239.930	+542.987	782.917

Landeshaushaltsplan
Schleswig-Holstein

Anlage 2
Haushaltsjahr 2027

Änderungsvorschläge zum Personalhaushalt

Inhalt

	Seite
Stellenpläne und Stellenübersichten	
Einzelplan 01	2
Einzelplan 04	4
Einzelplan 05	9
Einzelplan 06	27
Einzelplan 07	29
Einzelplan 08	67
Einzelplan 09	69
Einzelplan 10	77
Einzelplan 13	86

01 Landtag

01 01 Landtag

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A12	Amtsräte/-innen	10	+4	14
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	15	-4	11
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	4	+1	5
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	1	-1	0
Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12							4				+4	von A11
2	A11								4			-4	nach A12
3	A9 LG 1.2							1				+1	von A8
4	A8								1			-1	nach A9 LG 1.2
Summe:								5	5			0	

01 Landtag

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	120	-	-	-	-	-	-	5	5	-	-	120
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	130	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	130
5	Nachwuchskräfte	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	253	-	-	-	-	-	-	5	5	-	-	253
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-7	253	-	-	-	-	-	-	5	5	-	-	253
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte				
	A16	Ministerialräte/-innen	29	+3	32
	A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsbaudirektoren/-innen, Branddirektoren/-innen, Regierungsvermessungsdirektoren/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsdirektoren/-innen, Polizeidirektoren/-innen	37	0	37
	A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberbrandräte/-innen, Oberregierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen	45	+1	46
	A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	76	-4	72
	A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Regierungsbrandamtmänner/-frauen, Regierungsbauamtmänner/-frauen	48	+2	50
	A10	Regierungsoberinspektoren/-innen, Regierungsoberbauinspektoren/-innen, Hauptbrandmeister/-innen, Regierungsvermessungsoberinspektoren/-innen, Polizeioberkommissare/-innen	1	+1	2
	A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	38	-3	35
	A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	3	+4	7
	Summe [Planmäßige Beamtinnen und Beamte]:			+4	
	Summe :			+4	

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planmäßige Beamtinnen und Beamte													
1	A16							3				+3	von A15; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
2	A15							3				0	von A14; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
3									3				nach A16; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
4	A14							4				+1	von A13 LG 2.1; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
5									3				nach A15; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
6	A13 LG 2.1								4			-4	nach A14; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
7	A11							2				+2	von A10; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
8	A10							3				+1	von A9 LG 1.2; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
9									2				nach A11; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
10	A9 LG 1.2								3			-3	nach A10; Anpassung an den tatsächlichen Bedarf
11	A8			4								+4	von 05 05 - 422 01; Leihweise übertragen vom FM bis zum 31.12.2031 für die Wahrnehmung des Aufgabenbereichs KRITIS-Grundsatz (2 Planstellen) sowie zur Stärkung des Verfassungsschutzes (2 Planstellen zur Wahrnehmung des Aufgabenbereichs “Observation und nachrichtendienstliche Technik“ sowie “Operative Internetauswertung“).
Summe:				4				15	15			+4	

neue Vermerke:

Vermerke:

4 Stellen	A8	Leihweise übertragen vom FM bis zum 31.12.2031 für die Wahrnehmung des Aufgabenbereichs KRITIS-Grundsatz (2 Planstellen) sowie zur Stärkung des Verfassungsschutzes (2 Planstellen zur Wahrnehmung des Aufgabenbereichs “Observation und nachrichtendienstliche Technik“ sowie “Operative Internetauswertung“).	(aus HH 2027)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
A14	Polizeioberräte/-innen, Kriminaloberräte/-innen	74	+1	75
A12	Amtsräte/-innen, Technische Regierungsamtsräte/-innen	82	-14	68
Summe :			-13	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14	1										+1	Programm 2020 - Projektleitung Release Train Vorgangsbearbeitung
2	A12						14					-14	nach 04 10 - 428 01; Konversion; gem. tatsächlicher Besetzung, VV zu § 49 LHO Ziffer 1.4
Summe:		1					14					-13	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A14 am 31.12.2031 Die Planstelle ist an die Dauer der Projektleitung im Programm 2020 gebunden. (aus HH 2027)

428 01

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E12	151	+19	170
E8	37	+1	38
E6	305	0	305
E4	66	-1	65
Summe :		+19	

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

04 10 Polizei

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12	5										+19	Für eine Entwicklungspartnerschaft für das Vorgangsbearbeitungssystem @rtus
2						14							von 04 10 - 422 01; Konversion; gem. tatsächlicher Besetzung, VV zu § 49 LHO Ziffer 1.4
3	E8							0				+1	von E6; gem. tatsächlicher Besetzung § 13 TV-L; Ziffer 22.4 HRL
4								1					von E6; gem. tatsächlicher Besetzung § 13 TV-L; Ziffer 22.4 HRL
5	E6							1				0	von E4; gem. tatsächlicher Besetzung § 13 TV-L; Ziffer 22.4 HRL
6									0				nach E8; gem. tatsächlicher Besetzung § 13 TV-L; Ziffer 22.4 HRL
7									1				nach E8; gem. tatsächlicher Besetzung § 13 TV-L; Ziffer 22.4 HRL
8	E4								1			-1	nach E6; gem. tatsächlicher Besetzung § 13 TV-L; Ziffer 22.4 HRL
Summe:		5				14		2	2			+19	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

5 Stellen E12 am 31.12.2031 Für eine Entwicklungspartnerschaft für das Vorgangsbearbeitungssystem @rtus (aus HH 2027)

Vermerke:

Die Finanzierung der Stellen für eine Entwicklungspartnerschaft für das Vorgangsbearbeitungssystem @rtus erfolgt durch das BMI durch Absetzung bei den Ausgaben gem. § 8 Abs. 3 HG. Die Stellen dürfen nur für diesen Zweck in Anspruch genommen werden. (aus HH 2027)

04 Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	8.220	1	-	4	-	-	14	15	15	-	-	8.211
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	1.031	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.031
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.679	5	-	-	-	14	-	2	2	-	-	1.698
5	Nachwuchskräfte	104	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	104
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	11.034	6	-	4	-	14	14	17	17	-	-	11.044
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-7	11.034	6	-	4	-	14	14	17	17	-	-	11.044
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

05 Finanzministerium

05 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen, Steuerhauptsekretäre/-innen	1	-1	0
Summe :			-1	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A8				1							-1	nach 05 12 - 422 01; an das DLZP zur Übernahme einer Nachwuchskraft
Summe:					1							-1	

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

				Stellenzahl Haushalt 2027		zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01							
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER						
	Bes.Gruppe						
	Zentral verwaltete Haushaltsstellen						
	Laufbahngruppe 2.2 Finanzämter und Bildungszentrum						
	A14	Oberregierungsräte/-innen		36		+5	41
	A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen		8		0	8
	A13 LG 2.1	Steueroberamtsräte/-innen, Oberamtsräte/-innen		0		0	0
	A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen		0		0	0
	A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen		0		0	0
	Summe [Laufbahngruppe 2.2 Finanzämter und Bildungszentrum]:					+5	
	Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum						
	A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen		6		-5	1
	A10	Steueroberinspektoren/-innen		1		0	1
	A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen		2	2)	0	2
	A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen		4		-4	0
	Summe [Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum]:					-9	
	Summe [Zentral verwaltete Haushaltsstellen]:					-4	
	Finanzamt Bad Segeberg						
	-						
	A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen		18		+2	20
	A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen		37		0	37
	A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen		19		-2	17
	A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen		70	2)	+3	73
	A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen		26		-3	23
	Summe [-]:					0	
	Summe [Finanzamt Bad Segeberg]:					0	
	Finanzamt Dithmarschen						
	-						
	A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen		10		+2	12
	A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen		27		0	27
	A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen		14		-2	12
	A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen		46	2)	+2	48
	A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen		19		-2	17
	Summe [-]:					0	
	Summe [Finanzamt Dithmarschen]:					0	

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Finanzamt Eckernförde-Schleswig

-

A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	10		+2	12
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	28		0	28
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	14		-2	12
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	51	2)	+2	53
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	26		-2	24
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Eckernförde-Schleswig]:				0	

Finanzamt Elmshorn

-

A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	8		+2	10
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	26		0	26
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	12		-2	10
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	46	2)	+2	48
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	20		-2	18
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Elmshorn]:				0	

Finanzamt Flensburg

-

A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	23		+3	26
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	55		0	55
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	26		-3	23
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	85	2)	+3	88
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	33		-3	30
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Flensburg]:				0	

Finanzamt Itzehoe

-

A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	22		+2	24
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	42		0	42
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	21		-2	19
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	67	2)	+3	70
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	27		-3	24
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Itzehoe]:				0	

Finanzamt Kiel

-

A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	29		+4	33
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	72		0	72
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	36		-4	32
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	126	2)	+5	131

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	49		-5	44
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Kiel]:				0	
Finanzamt Lübeck					
-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	20		+3	23
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	48		0	48
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	24		-3	21
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	81	2)	+3	84
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	31		-3	28
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Lübeck]:				0	
Finanzamt Neumünster					
-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	6		+1	7
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	23		0	23
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	10		-1	9
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	34	2)	+1	35
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	15		-1	14
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Neumünster]:				0	
Finanzamt Nordfriesland					
-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	14		+2	16
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	40		0	40
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	21		-2	19
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	63	2)	+2	65
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	28		-2	26
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Nordfriesland]:				0	
Finanzamt Ostholstein					
-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	8		+2	10
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	25		0	25
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	13		-2	11
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	46	2)	+2	48
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	25		-2	23
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Ostholstein]:				0	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Finanzamt Pinneberg

-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	11		+2	13
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	32		0	32
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	15		-2	13
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	51	2)	+2	53
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	20		-2	18
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Pinneberg]:				0	

Finanzamt Plön

-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	7		+2	9
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	27		0	27
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	15		-2	13
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	54	2)	+2	56
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	25		-2	23
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Plön]:				0	

Finanzamt Ratzeburg

-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	10		+2	12
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	30		0	30
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	14		-2	12
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	52	2)	+2	54
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	21		-2	19
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Ratzeburg]:				0	

Finanzamt Rendsburg

-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	10		+2	12
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	29		0	29
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	14		-2	12
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	54	2)	+2	56
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	16		-2	14
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Rendsburg]:				0	

Finanzamt Stormarn

-					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	23		+3	26
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	49		0	49
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	24		-3	21
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	84	2)	+3	87

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	30		-3	27
Summe [-]:				0	
Summe [Finanzamt Stormarn]:				0	
Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste					
Finanzamt					
A12	Steueramtsräte/-innen, Amtsräte/-innen	38		+4	42
A11	Steueramtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen	72		0	72
A10	Steueroberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	35		-4	31
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	13	2)	+1	14
A8	Steuerhauptsekretäre/-innen, Regierungshauptsekretäre/-innen	7		-1	6
Summe [Finanzamt]:				0	
Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle					
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	9	2)	0	9
Summe [Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstelle]:				0	
Summe [Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste]:				0	
Bildungszentrum der Steuerverwaltung					
-					
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	3	2)	0	3
Summe [-]:				0	
Summe [Bildungszentrum der Steuerverwaltung]:				0	
Summe :				-4	

geänderte Fußnoten:

2) 323 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet.
Davon: Zentraler Stellenpool = 0, FA Bad Segeberg = 22, FA Dithmarschen = 15, FA Eckernförde-Schleswig = 16, FA Elmshorn = 14, FA Flensburg = 26, FA Itzehoe = 21, FA Kiel = 40, FA Lübeck = 25, FA Neumünster = 10, FA Nordfriesland = 20, FA Ostholstein = 14, FA Pinneberg = 16, FA Plön = 16, FA Ratzeburg = 16, FA Rendsburg = 16, FA Stormarn = 26, FA ZPD = 5 ,Groß- u. KonzBp = 4, Bildungszentrum = 1 (2026: insgesamt 311 Stellen)

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Zentral verwaltete Haushaltsstellen													
Laufbahngruppe 2.2 Finanzämter und Bildungszentrum													
1	A14							5				+5	von A13 LG 2.2; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
2	A13 LG 2.2							5				0	von A13 LG 2.1; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
3									5				nach A14; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
4	A13 LG 2.1							5				0	von A12; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
5									5				nach A13 LG 2.2; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
6	A12							5				0	von A11; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
7									5				nach A13 LG 2.1; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
8	A11			5								0	von 05 05 - 422 01; vom zentralen Stellenpool für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
9									5				nach A12; für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
Stellenpool Finanzämter und Bildungszentrum													
10	A11				5							-5	nach 05 05 - 422 01; in den zentral verwalteten Stellenpool für die Einstellung weiterer Führungskräfte in der LG 2.2 (Hebung nach A 14)
11	A10				0							0	nach 03 01 - 422 01; Leihstellen aus dem Einzelplan 05 für die Zeit des MPK-Vorsitzes bis 31.12.2028.
12	A8				4							-4	nach 04 01 - 422 01; Leihweise übertragen an das MIKWS bis zum 31.12.2031 für die Wahrnehmung des Aufgabenbereichs KRITIS-Grundsatz (2 Planstellen) sowie zur Stärkung des Verfassungsschutzes (2 Planstellen zur Wahrnehmung des Aufgabenbereichs “Observation und nachrichtendienstliche Technik“ sowie “Operative Internetauswertung“).
Finanzamt Bad Segeberg													
-													
13	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
14	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
15									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
16	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
17	A9 LG 1.2							3				+3	von A8; Strukturverbesserung

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
18	A8								3			-3	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Dithmarschen													
-													
19	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
20	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
21									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
22	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
23	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
24	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Eckernförde-Schleswig													
-													
25	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
26	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
27									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
28	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
29	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
30	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Elmshorn													
-													
31	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
32	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
33									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
34	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
35	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
36	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Flensburg													
-													
37	A12							3				+3	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
38	A11							3				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
39									3				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
40	A10								3			-3	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
41	A9 LG 1.2							3				+3	von A8; Strukturverbesserung
42	A8								3			-3	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Finanzamt Itzehoe													
-													
43	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
44	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
45									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
46	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
47	A9 LG 1.2							3				+3	von A8; Strukturverbesserung
48	A8								3			-3	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Kiel													
-													
49	A12							4				+4	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
50	A11							4				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
51									4				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
52	A10								4			-4	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
53	A9 LG 1.2							5				+5	von A8; Strukturverbesserung
54	A8								5			-5	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Lübeck													
-													
55	A12							3				+3	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
56	A11							3				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
57									3				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
58	A10								3			-3	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
59	A9 LG 1.2							3				+3	von A8; Strukturverbesserung
60	A8								3			-3	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Neumünster													
-													
61	A12							1				+1	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
62	A11							1				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
63									1				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
64	A10								1			-1	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
65	A9 LG 1.2							1				+1	von A8; Strukturverbesserung
66	A8								1			-1	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Finanzamt Nordfriesland													
-													
67	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
68	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
69									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
70	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
71	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
72	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Ostholstein													
-													
73	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
74	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
75									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
76	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
77	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
78	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Pinneberg													
-													
79	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
80	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
81									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
82	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
83	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
84	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Plön													
-													
85	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
86	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
87									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
88	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
89	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
90	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Finanzamt Ratzeburg													
-													
91	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
92	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
93									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
94	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
95	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
96	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Rendsburg													
-													
97	A12							2				+2	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
98	A11							2				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
99									2				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
100	A10								2			-2	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
101	A9 LG 1.2							2				+2	von A8; Strukturverbesserung
102	A8								2			-2	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt Stormarn													
-													
103	A12							3				+3	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
104	A11							3				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
105									3				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
106	A10								3			-3	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
107	A9 LG 1.2							3				+3	von A8; Strukturverbesserung
108	A8								3			-3	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Finanzamt für Zentrale Prüfungsdienste													
Finanzamt													
109	A12							4				+4	von A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
110	A11							4				0	von A10; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
111									4				nach A12; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
112	A10								4			-4	nach A11; zum Abbau des Funktionsüberhanges in der Steuerverwaltung
113	A9 LG 1.2							1				+1	von A8; Strukturverbesserung
114	A8								1			-1	nach A9 LG 1.2; Strukturverbesserung
Summe:				5	9			140	140			-4	

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 03				
	Bes.Gruppe			
	Zentral verwaltete Haushaltsstellen			
	Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst			
Anw. LG 2.1	Finanzanwärter/-innen	359	-2	357
	Summe [Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst]:		-2	
	Summe [Zentral verwaltete Haushaltsstellen]:		-2	
	Summe :		-2	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Zentral verwaltete Haushaltsstellen													
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst													
1	Anw. LG 2.1		2									-2	für dualen Studiengang zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich; vgl. Titel 0505-428 04 MG 04 AIT
Summe:			2									-2	

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
	Finanzamt Rendsburg			
	-			
	E12	15	+9	24
	E11	9	-9	0
	Summe [-]:		0	
	Summe [Finanzamt Rendsburg]:		0	
	Summe :		0	

05 Finanzministerium

05 05 Finanzämter, Bildungszentrum und Amt für Informationstechnik

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Finanzamt Rendsburg													
-													
1	E12							9				+9	von E11; entsprechend dem tatsächlichen Bedarf für tarifvertragliche Eingruppierung der Bausachverständigen
2	E11								9			-9	nach E12; entsprechend dem tatsächlichen Bedarf für tarifvertragliche Eingruppierung der Bausachverständigen
Summe:								9	9			0	

	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 04 (04)			
Entgeltgruppe			
Amt für Informationstechnik			
-			
Auszu.	4	+2	6
Summe [-]:		+2	
Summe [Amt für Informationstechnik]:		+2	
Summe :		+2	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Amt für Informationstechnik													
-													
1	Auszu.	2										+2	dualer Studiengang zur Gewinnung von Nachwuchskräften im IT-Bereich; vgl. Abgang bei 0505-422 03
Summe:		2										+2	

05 Finanzministerium

05 06 Amt für Bundesbau

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 04 (01)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A14	Oberregierungsbauräte/-innen	9	+1	10
A13 LG 2.2	Regierungsbauräte/-innen	16	-1	15
Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14							1				+1	von A13 LG 2.2; mit dem Bund zusätzlich vereinbarte Stellenhebung zur Bearbeitung der Grundsatzaufgaben für luftfahrtrechtlich zu bewertende Bundesbauaufgaben
2	A13 LG 2.2								1			-1	nach A14; mit dem Bund zusätzlich vereinbarte Stellenhebung zur Bearbeitung der Grundsatzaufgaben für luftfahrtrechtlich zu bewertende Bundesbauaufgaben
Summe:								1	1			0	

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 04 (01)				
Entgeltgruppe				
Auszu.		0	+2	2
Summe :			+2	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Auszu.	2										+2	für im Rahmen der Hochschulkooperation Bundesbau einzustellende zusätzliche Nachwuchskräfte - ab 2031 ist nach Abschluss des Studiums gemäß Organisationsvereinbarung mit dem Bund die Finanzierung neuer Planstellen vereinbart
Summe:		2										+2	

05 Finanzministerium

05 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Dienstleistungszentrum Personal - DLZP				
	-				
	A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen, Steueroberamtsräte/-innen	17	+1	18
	A12	Amtsräte/-innen	33	0	33
	A11	Regierungsamtmänner/-frauen	12	0	12
	A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	0	0	0
	A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0	0	0
	A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	42	-1	41
	A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	37	+2	39
	Summe [-]:			+2	
	Summe [Dienstleistungszentrum Personal - DLZP]:			+2	
	Summe :			+2	

05 Finanzministerium

05 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Dienstleistungszentrum Personal - DLZP													
-													
1	A13 LG 2.1							1				+1	von A12; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
2	A12							1				0	von A11; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
3									1				nach A13 LG 2.1; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
4	A11							1				0	von A10; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
5									1				nach A12; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
6	A10							1				0	von A9 LG 2.1; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
7									1				nach A11; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
8	A9 LG 2.1							1				0	von A9 LG 1.2; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
9									1				nach A10; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
10	A9 LG 1.2								1			-1	nach A9 LG 2.1; für die Leitung des neuen SG zentrale Reisekostenabrechnung (nach A 13 LG 2.1)
11	A8			1								+2	von 05 01 - 422 01; vom FM zur Übernahme einer Nachwuchskraft
12				1									von 09 02 - 422 01; Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal
Summe:				2				5	5			+2	

	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01			
Entgeltgruppe			
Dienstleistungszentrum Personal - DLZP			
-			
E11	5	+1	6
E10	6	0	6
E9 b	1	0	1
E9 a	67	+3	70

05 Finanzministerium

05 12 Dienstleistungszentrum Personal - DLZP

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E8	34	-4	30
Summe [-]:		0	
Summe [Dienstleistungszentrum Personal - DLZP]:		0	
Summe :		0	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Dienstleistungszentrum Personal - DLZP													
-													
1	E11							1				+1	von E10; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
2	E10							1				0	von E9 b; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
3									1				nach E11; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
4	E9 b							1				0	von E9 a; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
5									1				nach E10; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
6	E9 a							1				+3	von E8; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
7								3					von E8; entsprechend dem tatsächlichen Bedarf für tarifvertragliche Eingruppierung Fiskalerbschaften
8									1				nach E9 b; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
9	E8								1			-4	nach E9 a; für die Hauptsachbearbeitung zentrale Reisekostenabrechnung (nach E 11)
10									3				nach E9 a; entsprechend dem tatsächlichen Bedarf für tarifvertragliche Eingruppierung Fiskalerbschaften
Summe:								7	7			0	

05 Finanzministerium

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	4.096	-	-	7	10	-	-	146	146	-	-	4.093
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	564	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	562
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	622	-	-	-	-	-	-	16	16	-	-	622
5	Nachwuchskräfte	4	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	5.286	4	2	7	10	-	-	162	162	-	-	5.285
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-7	5.286	4	2	7	10	-	-	162	162	-	-	5.285
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

06 14 Verkehrswesen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
682 04 (04)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
Planstellen für Beamtinnen und Beamte				
A16	Leitende Regierungsbaudirektoren/-innen, Regierungsdirektoren/-innen	4	+1	5
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen	19	-1	18
Summe [Planstellen für Beamtinnen und Beamte]:			0	
Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Beamtinnen und Beamte													
1	A16							1				+1	von A14; Leitung Projektgruppe Fehmarnsundquerung
2	A14								1			-1	nach A16; Leitung Projektgruppe Fehmarnsundquerung
Summe:								1	1			0	

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle A16 in A14 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin (aus HH 2027)

06 Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	260	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	260
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	77	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	77
5	Nachwuchskräfte	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	338	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	338
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	1.573	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	1.573
	Summe 1-7	1.911	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	1.911
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Verwaltung				
	A15	Regierungsdirektoren/-innen	53	+1	54
	Summe [Verwaltung]:			+1	
	Oberste Schulaufsicht und Schulverwaltung				
	A14	Oberstudienräte/-innen	9	+1	10
	A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	1	-1	0
	Summe [Oberste Schulaufsicht und Schulverwaltung]:			0	
	Schulpsychologischer Dienst				
	A15	Regierungsdirektoren/-innen	0	0	0
	Summe [Schulpsychologischer Dienst]:			0	
	Summe :			+1	
	LEERSTELLEN				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Verwaltung				
	A16	Ministerialräte/-innen	2	-1	1
	A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	1	-1	0
	Summe [Verwaltung]:			-2	
	Untere Schulaufsicht				
	A16	Ministerialräte/-innen	2	0	2
	Summe [Untere Schulaufsicht]:			0	
	Summe [Leerstellen]:			-2	

weggefallene Fußnoten:

*) 0

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Verwaltung													
1	A15 *Regierungsdirektoren/-innen*	1										+1	Errichtung des Azubi-Werks
Oberste Schulaufsicht und Schulverwaltung													
2	A14 *OStR*							1				+1	von A13 LG 2.2; Für die Verstetigung der Landeskoordination Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird ein Oberstudienrat/-rätin benötigt.
3	A13 LG 2.2								1			-1	nach A14; Für die Verstetigung der Landeskoordination Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird ein Oberstudienrat/-rätin benötigt.
Summe:		1						1	1			+1	
LEERSTELLEN													
Verwaltung													
4	A16 *Ministerialräte/-innen*		1									-1	Vollzug kw-Vermerk
5	A13 LG 2.1 *Oberamtsräte/-innen*		1									-1	Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:			2									-2	

<u>geänderte Vermerke</u>

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	am 31.12.2029	Begleitung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag und des Ausbaus der multiprofessionellen Teams an Schulen bis 31.12.2029	(aus HH 2025)
2 Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2030	Einführung KoPers in der Lehrkräftepersonalverwaltung	(aus HH 2022)
2 Stellen	A12	am 31.12.2030	Einführung KoPers in der Lehrkräftepersonalverwaltung	(aus HH 2022)
3 Stellen	A11	am 31.12.2030	Bereinigung von KoPers-Datensätzen	(aus HH 2023)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 05 (04)				
LEERSTELLEN				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen				
A15	Studiendirektoren/-innen zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben	4	+3	7
A14	Oberstudienräte/-innen	12	-1	11
A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	10	0	10
A13 LG 2.1	Fachschuloberlehrer/-innen	4	-3	1
A11	Fachlehrkräfte	0	+1	1
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen]:			0	
Summe [Leerstellen]:			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN **Planstellen für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen**													
1	A15	3										+3	für Sabbatjahr
2	A14		1									-1	Vollzug kw-Vermerk
3	A13 LG 2.2	1										0	für Sabbatjahr
4			1										Vollzug kw-Vermerk
5	A13 LG 2.1	1										-3	für Sabbatjahr
6			4										Vollzug kw-Vermerk
7	A11	1										+1	für Sabbatjahr
Summe Leerstellen:		6	6									0	

neue Vermerke:

Planstellen gesperrt:

17 Stellen A13 LG 2.2 dürfen nicht besetzt werden. (aus HH 2027)

Leerstellen künftig wegfallend:

10 Stellen A13 LG 2.2 am 31.12.2027 Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2027)

7 Stellen A15 am 31.12.2027 Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2027)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1	Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2027	Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
1	Stelle	A11	am 31.12.2027	Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
11	Stellen	A14	am 31.12.2027	Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 05 (04)			
LEERSTELLEN			
Entgeltgruppe			
E12	0	+1	1
Summe [Leerstellen]:		+1	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN													
1	E12	1										+1	für Sabbatjahr
Summe Leerstellen:		1										+1	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1	Stelle	E11	am 31.12.2027	Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
1	Stelle	E13	am 31.12.2027	Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

Leerstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	E12	am 31.12.2027	Mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1	Stelle	E13	am 31.12.2026	mit Wegfall der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2025)
1	Stelle	E11	am 31.12.2026	mit Wegfall der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2025)
1	Stelle	E13	am 31.12.2026	mit Wegfall der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2025)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 03 Schleswig-Holsteinisches Institut für berufliche Bildung (SHIBB)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 64 (64)				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	1	+2	3
Summe :			+2	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2					2						+2	von 07 03 - 428 64 MG 64; Umwandlung aufgrund der Lehramtsbefähigung von Lehrkräften
Summe:						2						+2	

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 64 (64)				
	Entgeltgruppe			
E13		4	-2	2
Summe :			-2	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13						2					-2	nach 07 03 - 422 64 MG 64; Umwandlung aufgrund der Lehramtsbefähigung von Lehrkräften
Summe:							2					-2	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 05 Startchancen-Programm 2024 bis 2034

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
Perspektivschulbegleitung				
A14	Oberstudienräte/-innen	0	+4	4
Summe [Perspektivschulbegleitung]:			+4	
Summe :			+4	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Perspektivschulbegleitung													
1	A14			4								+4	von 07 17 - 422 03
Summe:				4								+4	

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 10 Allgemeine Bewilligungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 04 (04)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	67	-20	47
Summe :			-20	

weggefallene Fußnoten:

*) kw-Vermerk

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2 *StR*				20							-20	nach 07 13 - 422 01; Zusammenführung Ausgleichsstunden für Weiterbildungsteilnahmen
Summe:					20							-20	

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

47 Stellen A13 LG 2.2 am 31.12.2028 (aus HH 2018)

422 68 (68)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

80 Stellen A13 LG 2.2 am 31.07.2027 Reduzierung um 80 Stellen aufgrund der gemeldeten DaZ-Schülerzahlen (aus HH 2027)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
	Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen			
A15 LG 2.1	Rektoren/-innen als Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern/-innen	40	+6	46
A14 LG 2.1 Z	Rektoren/-innen als Leiter/innen einer Grundschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern/-innen	200	-1	199
A14 LG 2.1	Rektoren/-innen als Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern/-innen	149	-1	148
A14 LG 2.1	Konrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern/-innen	40	+6	46
A13 LG 2.1 Z	Konrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern/-innen	349	-2	347
A13 LG 2.1 Z	Rektoren/-innen als Leiter/-innen einer Grundschule mit bis zu 80 Schülern/-innen	5	-2	3
A13 LG 2.1	Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen	3.413	-6	3.407
Summe [ ]:			0	
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen]:			0	
Summe :			0	

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen

A15 LG 2.1	Rektoren/-innen als Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern/-innen	1	0	1
A14 LG 2.1	Rektoren/-innen als Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern/-innen	5	-1	4
A13 LG 2.1 Z	Konrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern/-innen	0	0	0
A13 LG 2.1	Konrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen einer Grundschule mit mehr als 360 Schülern/-innen	3	-3	0
A13 LG 2.1	Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grundschulen	0	+40	40
A12	Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen	56	-56	0
Summe [ ]:			-20	
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen]:			-20	
Summe [Leerstellen]:			-20	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen													
1	A15 LG 2.1 *Rekt. als Leit. GS > 360 Sch.*							1				+6	von A14 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
2								4					von A14 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
3								1					von A14 LG 2.1 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
4	A14 LG 2.1 Z *Rekt. als Leit. GS > 180 - 360 Sch.*								1			-1	nach A15 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
5	A14 LG 2.1 *Rekt. als Leit. GS > 80 - 180 Sch.*								1			-1	nach A15 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
6	A14 LG 2.1 *KonR als stv. Leit. GS > 360 Sch.*							2				+6	von A13 LG 2.1 Z; aufgrund gestiegender Schülerzahlen
7								6					von A13 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
8								2					von A13 LG 2.1 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
9									4				nach A15 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
10	A13 LG 2.1 Z *KonR als stv. Leiter/in einer GS > 80 - 360 Sch.*								2			-2	nach A14 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
11	A13 LG 2.1 Z *Rekt. als Leit. GS <= 80 Sch.*								2			-2	nach A14 LG 2.1; aufgrund gestiegender Schülerzahlen
12	A13 LG 2.1								6			-6	nach A14 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
Summe:								16	16			0	
LEERSTELLEN													
Planstellen für Lehrkräfte an Grundschulen													
13	A15 LG 2.1 *Rekt. als Leit. GS > 360 Sch.*	1										0	für Sabbatjahr
14			1										Vollzug kw-Vermerk
15	A14 LG 2.1 *Rekt. als Leit. GS > 360 Sch.*	4										-1	für Sabbatjahr

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 11 Grundschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
16			5										Vollzug kw-Vermerk
17	A13 LG 2.1 *KonR als stv. Leit. GS > 360 Sch.*		3									-3	Vollzug kw-Vermerk
18	A13 LG 2.1	40										+40	für Sabbatjahr
19	A12 *L*		56									-56	Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:		45	65									-20	

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

40	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
1	Stelle	A15 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
4	Stellen	A14 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

5	Stellen	A14 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
1	Stelle	A15 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
56	Stellen	A12	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
3	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)

428 01

LEERSTELLEN

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E13	0	+1	1
E12	0	+1	1
E11	1	-1	0
E10	0	+1	1
Summe [Leerstellen]:		+2	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 11 Grundschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN													
1	E13	1										+1	für Sabbatjahr
2	E12	1										+1	für Sabbatjahr
3	E11		1									-1	Vollzug kw-Vermerk
4	E10	1										+1	für Sabbatjahr
Summe Leerstellen:		3	1									+2	

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle E13 am 31.12.2027 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2027)

1 Stelle E12 am 31.12.2027 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2027)

1 Stelle E10 am 31.12.2027 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle E11 am 31.12.2026 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren				
Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung				
A15 LG 2.1	Sonderschulrektoren/-innen eines Förderzentrums für Schüler/-innen mit sonstigen Förderschwerpunkten mit mehr als 120 Schülern/-innen	20	+2	22
A14 LG 2.1 Z	Sonderschulkonrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen eines Förderzentrums für Schüler/-innen mit sonstigen Förderschwerpunkten mit mehr als 120 Schülern/-innen	20	+1	21
A14 LG 2.1	Zweite Sonderschulkonrektoren/-innen eines Förderzentrums für Schüler/-innen mit sonstigen Förderschwerpunkten mit mehr als 180 Schülern/-innen	6	+2	8
A14 LG 2.1	Sonderschulkonrektoren/-innen als ständige Vertreter/-innen der Leiter/-innen eines Förderzentrums für Schüler/-innen mit sonstigen Förderschwerpunkten mit mehr als 60 bis zu 120 Schülern/-innen	5	-1	4
A13 LG 2.1	Sonderschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Sonderschulen	0	0	0
Summe [Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung]:			+4	
Förderzentren insgesamt				
A13 LG 2.1	Sonderschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Sonderschulen	1.833	-4	1.829
Summe [Förderzentren insgesamt]:			-4	
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren]:			0	
Summe :			0	

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren

Förderzentren insgesamt

A15 LG 2.1	Sonderschulrektoren/-innen	1	-1	0
A14 LG 2.1	Sonderschulrektoren/-innen	3	0	3
A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	0	0	0
A13 LG 2.1	Sonderschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Sonderschulen	23	0	23

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 12 Förderzentren und sonderpädagogische Förderung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A12	Lehrkräfte (mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen) an Schulen für Erziehungshilfe	0	0	0
Summe [Förderzentren insgesamt]:			-1	
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren]:			-1	
Summe [Leerstellen]:			-1	

weggefallene Fußnoten:

*) kw-Vermerk

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 12 Förderzentren und sonderpädagogische Förderung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren													
Förderzentren mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung													
1	A15 LG 2.1 *So-Rekt. FöZ sonst. FöSP > 120 Sch.*							2				+2	von A14 LG 2.1; wegen gestiegener Schülerzahlen
2	A14 LG 2.1 Z *So-KonR als stv. Leit. FöZ sonst. FöSP > 120 Sch.*							1				+1	von A14 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
3	A14 LG 2.1 *2. So-KonR FöZ sonst. FöSP > 180 Sch.*							2				+2	von A13 LG 2.1; wegen gestiegener Schülerzahlen
4	A14 LG 2.1 *So-KonR als stv. Leit. FöZ sonst. FöSP > 60 - 120 Sch.*							2				-1	von A13 LG 2.1; wegen gestiegener Schülerzahlen
5									2				nach A15 LG 2.1; wegen gestiegener Schülerzahlen
6									1				nach A14 LG 2.1 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
7	A13 LG 2.1			4								0	von 07 12 - 422 01; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
8									2				nach A14 LG 2.1; wegen gestiegener Schülerzahlen
9									2				nach A14 LG 2.1; wegen gestiegener Schülerzahlen
Förderzentren insgesamt													
10	A13 LG 2.1 *SoL*				4							-4	nach 07 12 - 422 01; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
Summe:				4	4			7	7			0	

LEERSTELLEN

Planstellen für Lehrkräfte an Förderzentren													
Förderzentren insgesamt													
11	A15 LG 2.1 *So-Rekt.*		1									-1	Vollzug kw-Vermerk
12	A14 LG 2.1 *So-Rekt.*	3										0	für Sabbatjahr
13			3										Vollzug kw-Vermerk
14	A13 LG 2.1 *SoL*	23										0	für Sabbatjahr
15			23										Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:		26	27									-1	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

3	Stellen	A14 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
23	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	A15 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
3	Stellen	A14 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
23	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)

428 01

LEERSTELLEN

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E13	0	+1	1
E10	2	-2	0
E9 b	0	+1	1
Summe [Leerstellen]:		0	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN													
1	E13	1										+1	für Sabbatjahr
2	E10		2									-2	Vollzug kw-Vermerk
3	E9 b	1										+1	für Sabbatjahr
Summe Leerstellen:		2	2									0	

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	E13	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
1	Stelle	E9 b	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 12 Förderzentren und sonderpädagogische Förderung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

2	Stellen	E10	am 31.12.2026	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2026)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 13 Außerunterrichtliche schulartübergreifende Aufgaben

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
	Aus-, Fort- und Weiterbildung			
	Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen			
	A13 LG 2.2 Studienräte/-innen	0	+20	20
	Summe [Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen]:		+20	
	Summe [Aus-, Fort- und Weiterbildung]:		+20	
	Summe :		+20	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Aus-, Fort- und Weiterbildung													
Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen													
1	A13 LG 2.2			20								+20	von 07 10 - 422 04 MG 04; Zusammenführung Ausgleichsstunden für Weiterbildungsteilnahmen
Summe:				20								+20	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	LEERSTELLEN				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Planstellen für Lehrkräfte an Abendgymnasien, Gymnasien und Gymnasien mit Gemeinschaftsschulteil				
	Gymnasien insgesamt				
	A16	Oberstudiendirektoren/-innen	0	+1	1
	A15	Studiendirektoren/-innen zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben	10	-6	4
	A14	Oberstudienräte/-innen	36	-6	30
	A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	15	-3	12
	A13 LG 2.1	Realschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen	2	0	2
	Summe [Gymnasien insgesamt]:			-14	
	Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Abendgymnasien, Gymnasien und Gymnasien mit Gemeinschaftsschulteil]:			-14	
	Summe [Leerstellen]:			-14	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 14 Gymnasien

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN													
Planstellen für Lehrkräfte an Abendgymnasien, Gymnasien und Gymnasien mit Gemeinschaftsschulteil													
Gymnasien insgesamt													
1	A16	1										+1	für Sabbatjahr
2	A15 *StD als Koord.*	4										-6	für Sabbatjahr
3			10										Vollzug kw-Vermerk
4	A14 *OStR*	30										-6	für Sabbatjahr
5			36										Vollzug kw-Vermerk
6	A13 LG 2.2 *StR*	12										-3	für Sabbatjahr
7			15										Vollzug kw-Vermerk
8	A13 LG 2.1	2										0	für Sabbatjahr
9			2										Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:		49	63									-14	

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

12	Stellen	A13 LG 2.2	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
4	Stellen	A15	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
1	Stelle	A16	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
2	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
30	Stellen	A14	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

10	Stellen	A15	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
36	Stellen	A14	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
2	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
15	Stellen	A13 LG 2.2	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 14 Gymnasien

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01			
LEERSTELLEN			
Entgeltgruppe			
E13	1	0	1
E9 b	1	-1	0
Summe [Leerstellen]:		-1	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN													
1	E13	1										0	für Sabbatjahr
2			1										Vollzug kw-Vermerk
3	E9 b		1									-1	Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:		1	2									-1	

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle E13 am 31.12.2027 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle E13 am 31.12.2026 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2026)

1 Stelle E9 b am 31.12.2026 mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr (aus HH 2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe				
	A16	Oberstudiendirektoren/-innen als Leiter/-innen einer Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe mit mehr als 360 Schülern/-innen	43	+1	44
	A15	Studiendirektoren/-innen als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	41	0	41
	A14 Z	Oberstudienräte/-innen als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen ab 240 bis zu 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	4	-1	3
	Summe [Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe]:			0	
	Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe				
	A14 LG 2.1 Z	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	96	+2	98
	A14 LG 2.1	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 360 bis zu 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	4	-1	3
	A13 LG 2.1	Realschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen	674	-1	673
	Summe [Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe]:			0	
	Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe				
	A15 Z	Studiendirektoren/-innen als Leiter/-innen einer Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern/-innen	135	+1	136
	A15	Studiendirektoren/-innen als stellvertretende Leiter/-innen einer Gemeinschaftsschule ohne gymnasiale Oberstufe mit bis zu 1000 Schülern/innen	135	+1	136
	A15	Studiendirektoren/-innen als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	20	-1	19
	A14 Z	Oberstudienräte/-innen als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen ab 240 bis zu 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	111	+1	112
	A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	495	-2	493
	Summe [Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe]:			0	
	Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe				
	A14 LG 2.1 Z	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	47	-5	42
	A14 LG 2.1	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 360 bis zu 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	66	-1	65

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

A13 LG 2.1	Realschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen	2.111	+6	2.117
Summe [Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe]:			0	
Summe :			0	

LEERSTELLEN

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

Planstellen für Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen insgesamt				
A15	Studiendirektoren/-innen als Koordinatoren/-innen an einer mit einer gymnasialen Oberstufe verbundenen Gemeinschaftsschule	2	+1	3
A14	Oberstudienräte/-innen	5	0	5
A14 LG 2.1	Konrektoren/-innen (RS) als Koordinatoren/-innen für schulfachliche Aufgaben an Gemeinschaftsschulen mit mehr als 360 bis zu 540 Schülern/-innen in der Sekundarstufe I	2	+4	6
A13 LG 2.2	Studienräte/-innen	14	-11	3
A13 LG 2.1	Realschullehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen	42	+1	43
A12	Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen	3	-3	0
Summe [Planstellen für Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen insgesamt]:			-8	
Summe [Leerstellen]:			-8	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe													
1	A16 *OStD als Leit. GemS mit gym. OSt. > 360 Sch.*							1				+1	von A15; aufgrund organisatorischer Veränderungen
2	A15 *StD als Koord. GemS > 540 Sch. in Sek. I*							1				0	von A14 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
3									1				nach A16; aufgrund organisatorischer Veränderungen
4	A14 Z *OStR als Koord. GemS 240-540 Sch. in Sek. I*								1			-1	nach A15; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe													
5	A14 LG 2.1 Z *KonR (RS) als Koord. GemS > 540 Sch. in Sek. I*							1				+2	von A14 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
6								1					von A13 LG 2.1; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
7	A14 LG 2.1 *KonR (RS) als Koord. GemS > 360 - 540 Sch. in Sek. I*								1			-1	nach A14 LG 2.1 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
8	A13 LG 2.1 *RSL*								1			-1	nach A14 LG 2.1 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
Planstellen für Gymnasial-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe													
9	A15 Z *StD als Leit. GemS ohne gym. OSt. <= 1000 Sch.*							1				+1	von A15; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
10	A15 *StD als stv. Leit. GemS ohne gym. OSt. <= 1000 Sch.*							1				+1	von A13 LG 2.2; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
11	A15 *StD als Koord. GemS > 540 Sch. in Sek. I*								1			-1	nach A15 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
12	A14 Z *OStR als Koord. GemS 240-540 Sch. in Sek. I*							1				+1	von A13 LG 2.2; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
13	A13 LG 2.2 *StR*								1			-2	nach A14 Z; aufgrund gestiegener Schülerzahlen
14									1				nach A15; aufgrund gestiegener Schülerzahlen

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 15 Gemeinschaftsschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Planstellen für Realschul-Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe													
15	A14 LG 2.1 Z *KonR (RS) als Koord. GemS > 540 Sch. in Sek. I*										5	-5	nach A13 LG 2.1; aufgrund gesunkener Schülerzahlen
16	A14 LG 2.1 *KonR (RS) als Koord. GemS > 360 - 540 Sch. in Sek. I*										1	-1	nach A13 LG 2.1; aufgrund gesunkener Schülerzahlen
17	A13 LG 2.1 *RSL*									1		+6	von A14 LG 2.1; aufgrund gesunkener Schülerzahlen
18										5			von A14 LG 2.1 Z; aufgrund gesunkener Schülerzahlen
Summe:								7	7	6	6	0	
LEERSTELLEN													
Planstellen für Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen insgesamt													
19	A15 *StD als Koord. GemS mit gym. OSt.*	3										+1	für Sabbatjahr
20			2										Vollzug kw-Vermerk
21	A14 *OStR*	5										0	für Sabbatjahr
22			5										Vollzug kw-Vermerk
23	A14 LG 2.1 *KonR (RS) als Koord. GemS > 360 - 540 Sch. in Sek. I*	6										+4	für Sabbatjahr
24			2										Vollzug kw-Vermerk
25	A13 LG 2.2 *StR*	3										-11	für Sabbatjahr
26			14										Vollzug kw-Vermerk
27	A13 LG 2.1 *RSL*	43										+1	für Sabbatjahr
28			42										Vollzug kw-Vermerk
29	A12 *L*		3									-3	Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:		60	68									-8	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

6	Stellen	A14 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
43	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
5	Stellen	A14	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
3	Stellen	A15	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
3	Stellen	A13 LG 2.2	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

2	Stellen	A15	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
2	Stellen	A14 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
3	Stellen	A12	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
5	Stellen	A14	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
14	Stellen	A13 LG 2.2	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)
42	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2026	mit Wegfall der Refinanzierung der Dienstbezüge aus der Rücklage “Sabbatjahr“	(aus HH 2026)

428 01

LEERSTELLEN

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E15	0	+1	1
E14	0	+1	1
E13	4	0	4
E8	0	0	0
Summe [Leerstellen]:		+2	

weggefallene Fußnoten:

*) kw-Vermerk

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 15 Gemeinschaftsschulen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
LEERSTELLEN													
1	E15	1										+1	für Sabbatjahr
2	E14	1										+1	für Sabbatjahr
3	E13	4										0	für Sabbatjahr
4			4										Vollzug kw-Vermerk
Summe Leerstellen:		6	4									+2	

neue Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	E15	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
4	Stellen	E13	am 31:12:2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)
1	Stelle	E14	am 31.12.2027	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2027)

weggefallene Vermerke:

Leerstellen künftig wegfallend:

4	Stellen	E13	am 31.12.2026	mit Ablauf des Freistellungszeitraums Sabbatjahr	(aus HH 2026)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Studienleitungen				
	A14	Oberstudienräte/-innen	12	+1	13
	A11	Fachlehrkräfte	1	-1	0
	Summe [Studienleitungen]:			0	
	Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	**3**	4						10	11	12	13	14
Studienleitungen													
1	A14 *OStR*							1				+1	von A11; Umsetzung Rechtsanspruch Ganztag
2	A11								1			-1	nach A14; Umsetzung Rechtsanspruch Ganztag
Summe:								1	1			0	

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 03					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Verwaltung				
	A14	Oberstudienräte/-innen	4	-4	0
	Summe [Verwaltung]:			-4	
	Summe :			-4	

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 17 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Verwaltung													
1	A14				4							-4	nach 07 05 - 422 01
Summe:					4							-4	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 23 Sicherung und Entwicklung der Forschungslandschaft und allgemeine Forschungsförderung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

685 62 (62)

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	A15	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers nach Altersteilzeit voraussichtlich am 31.05.2034	(aus HH 2027)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 42 Landesarchiv

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
	E6	6	+1	7
	E4	4	-1	3
	Summe :		0	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E6							1				+1	von E4; für die Erschließung von Archivgut wird ausgebildetes Fachpersonal benötigt
2	E4								1			-1	nach E6; für die Erschließung von Archivgut wird ausgebildetes Fachpersonal benötigt
Summe:								1	1			0	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

neue Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1	Stelle	A11	in E13	am 31.08.2027	für die Nachbesetzung der Stelle eines/ einer Dezernenten für die landesgeschichtliche Sammlung	(aus HH 2027)

428 01

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E9 a	1	+1	2
E8	2	-1	1
Summe :		0	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9 a							1				+1	von E8; Umstrukturierung der Aufgaben, zur Übertragung höherwertiger Aufgaben
2	E8								1			-1	nach E9 a; Umstrukturierung der Aufgaben, zur Übertragung höherwertiger Aufgaben
Summe:								1	1			0	

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A15	Verwaltungsdirektoren/-innen	0	+1	1
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	1	+1	2
A13 LG 2.2	Wissenschaftliche Räte/-innen	1	-1	0
A11	Verwaltungsamtmänner/-frauen	0	+1	1
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	1	-1	0
Summe :			+1	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15					1						+1	von 07 44 - 428 01; von E 15 um die Besetzung auch mit einem/einer Beamten/-in zu ermöglichen (Stabsstelle Justiziariat mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“)
2	A14							1				+1	von A13 LG 2.2; für die Leitung der Stabsstelle Digitalisierung
3	A13 LG 2.2								1			-1	nach A14; für die Leitung der Stabsstelle Digitalisierung
4	A11					1						+1	von 07 44 - 428 01; von E 11 um die Besetzung auch mit einem/einer Beamten/-in zu ermöglichen (stellvertretende Leitung der Abteilung 1 Abteilungsleitung “Planungskontrolle/Internationale Projekte“ mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“)
5	A9 LG 2.1		1									-1	Die Stelle wurde für die Übernahme einer Nachwuchskraft im Haushaltsvollzug gemäß § 15 Abs. HG 2026 eingerichtet, unter der Voraussetzung, dass die Besetzung zum 01.08.2026 erfolgt. Eine Besetzung ist nicht erfolgt, so dass die Stelle in Abgang zu stellen ist.
Summe:			1			2		1	1			+1	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A15	künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen	(aus HH 2027)
1 Stelle	A11	künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen	(aus HH 2027)

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
	E15	0	0	0
	E14	0	+8	8
	E13	7	-5	2
	E11	2	0	2
	E9 b	8	+2	10
	Summe :		+5	

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E15	1										0	Jurist/-in für die Stabsstelle Justiziariat und zugleich zweite stellvertretende Amtsleitung mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“ gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
2							1						nach 07 44 - 422 01; nach A 15 um die Besetzung auch mit einem/einer Beamten/-in zu ermöglichen (Stabsstelle Justiziariat mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“)
3	E14	1										+8	Abteilungsleitung “Planungskontrolle/Internationale Projekte“ mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“ gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
4		1											Leitung eines neuen Gebietdezernates gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
5								5					von E13; für die Leitungen der Gebietsdezernate
6								1					von E13; für die Leitung der der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
7	E13	1										-5	neue Dezernentenstelle in der Abteilung 2 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
8									5				nach E14; für die Leitungen der Gebietsdezernate
9									1				nach E14; für die Leitung der der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
10	E11	1										0	stellvertretende Leitung der Abteilung 1 mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“ gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
11							1						nach 07 44 - 422 01; nach A 11 um die Besetzung auch mit einem/einer Beamten/-in zu ermöglichen (stellvertretende Leitung der Abteilung 1 Abteilungsleitung “Planungskontrolle/Internationale Projekte“ mit kw-Vermerk “künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen“)
12	E9 b	1										+2	Fundübergabe an das Museum für Archäologie; Begleitung von Verursacherprojekten gemäß § 14 DSchG mit kw-Vermerk 31.12.2031 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
13		1											Sachbearbeitung Haushalt und Personal Abteilung 1 sowie Assistenz Abteilungsleitung 4 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
Summe:		7					2	6	6			+5	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E9 b	am 31.12.2031	Fundübergabe an das Museum für Archäologie; Begleitung von Verursacherprojekten gemäß § 14 DSchG und gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026	(aus HH 2027)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle E14 künftig wegfallend mit Wegfall der Drittmittel aus Verursachergrabungen gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026 (aus HH 2027)

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 61	(61)			
	Entgeltgruppe			
	E13	17	+3	20
	E11	3	+1	4
	E8	0	+1	1
	Summe :		+5	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13	1										+3	Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/-in für die Stabstelle Digitalisierung im Zusammenhang mit den Verursachergrabungen gemäß § 14 DSchG mit kw-Vermerk zum 31.12.2031 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
2		1											Wissenschaftliche/-r Mitarbeiter/-in für die Abteilung Praktische Archäologie sowie die Pressestelle im Zusammenhang mit den Verursachergrabungen gemäß § 14 DSchG mit kw-Vermerk zum 31.12.2031 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
3		1											Wissenschaftliche/-r Mitarbeiter/-in für die Abteilung Landesaufnahme/ Denkmalschutz im Zusammenhang mit den Verursachergrabungen gemäß § 14 DSchG mit kw-Vermerk zum 31.12.2031 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
4	E11	1										+1	Sachbearbeiter/-in für die Stabsstelle Digitalisierung im Zusammenhang mit den Verursachergrabungen gemäß § 14 DSchG mit kw-Vermerk zum 31.12.2031 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
5	E8	1										+1	Mitarbeiter/-in für die Stabsstelle für Presse und Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit den Verursachergrabungen gemäß § 14 DSchG mit kw-Vermerk zum 31.12.2031 gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026
Summe:		5										+5	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

3 Stellen E13 am 31.12.2031 künftig wegfallend gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026 (aus HH 2027)

1 Stelle E8 am 31.12.2031 künftig wegfallend gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026 (aus HH 2027)

1 Stelle E11 am 31.12.2031 künftig wegfallend gemäß § 24 Abs. 6 HG 2026 (aus HH 2027)

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 44 Archäologisches Landesamt

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 64	(64)			
	Entgeltgruppe			
	E13	1	+1	2
	E11	1	-1	0
	Summe :		0	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13							1				+1	von E11; Wissenschaftler/-in im Bereich Welterbe aufgrund der Anforderungen in dem Arbeitsbereich
2	E11								1			-1	nach E13; Wissenschaftler/-in im Bereich Welterbe aufgrund der Anforderungen in dem Arbeitsbereich
Summe:								1	1			0	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

07 45 Landesamt für Denkmalpflege

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
A11	Verwaltungsamtmänner/-frauen	0	+1	1
Summe :			+1	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11					1						+1	von 07 45 - 428 01; von E 11 aufgrund Besetzung mit einer verbeamteten Nachwuchskraft 2.1 im Verwaltungsbereich
Summe:						1						+1	

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
E11		0	0	0
E6		2	-1	1
Summe :			-1	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11						1					0	nach 07 45 - 422 01; nach A 11 aufgrund Besetzung mit einer verbeamteten Nachwuchskraft 2.1 im Verwaltungsbereich
2								1					von E6; für die Übernahme einer Nachwuchskraft LG 2.1 im Verwaltungsbereich
3	E6								1			-1	nach E11; für die Übernahme einer Nachwuchskraft LG 2.1 im Verwaltungsbereich
Summe:							1	1	1			-1	

07 Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	24.957	1	1	28	28	5	-	33	33	6	6	24.962
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	1.714	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.714
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.913	12	-	-	-	-	5	10	10	-	-	1.920
5	Nachwuchskräfte	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	28.586	13	1	28	28	5	5	43	43	6	6	28.598
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-7	28.586	13	1	28	28	5	5	43	43	6	6	28.598
8	Leerstellen	269	199	240	-	-	-	-	-	-	-	-	228
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungslandwirtschaftsamtmänner/-frauen, Forstamtmänner/-frauen, Technische Regierungsamtmänner/-frauen	23	+1	24
Summe :			+1	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11			1								+1	von 13 54 - 422 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
Summe:				1								+1	

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
E13		9	+1	10
E11		37	+1	38
E9 a		24	+1	25
Summe :			+3	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13			1								+1	von 13 54 - 428 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
2	E11			1								+1	von 13 54 - 428 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
3	E9 a			1								+1	von 13 54 - 428 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
Summe:				3								+3	

08 Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	295	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	296
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	18	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	291	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	294
5	Nachwuchskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	604	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	608
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	240	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	240
	Summe 1-7	844	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	848
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	A8	Justizhauptsekretäre/-innen	164	-1	163
	Summe :			-1	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A8				1							-1	nach 05 12 - 422 01; Umsetzung einer Planstelle der BesGr. A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- von Titel 0902 - 422 01 nach Titel 0512 - 422 01 -Regierungshauptsekretäre/-innen-; Stellenverlagerung zur kapitelübergreifenden Abbildung der Digitalisierung und Zentralisierung des Reisemanagements für das MJG im Dienstleistungszentrum Personal [inkl. Budget]
Summe:					1							-1	

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A12	Justizamtsräte/-innen	40	-1	39
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen, Justizbetriebsinspektoren/-innen	465	+1	466
Summe :			0	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12		1									-1	Vollzug kw-Vermerk; Abgang der nach § 13 Abs. 1 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2022 für ein freigestelltes Personalratsmitglied ausgebrachten Planstelle (kw) der BesGr. A12 -Justizamtsräte/-innen- durch Beendigung der Freistellung infolge Ruhestand, vgl. Realisierung kw-Vermerk [budgetneutral]
2	A9 LG 1.2	1										+1	Zugang einer Planstelle (kw) der BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen, Justizbetriebsinspektoren/-innen- gem. § 13 Abs. 1 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes 2026 für ein freigestelltes Personalratsmitglied; die Planstelle ist künftig wegfallend mit Beendigung der Freistellung, vgl. neuer kw-Vermerk [budgetneutral]
Summe:		1	1									0	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG 1.2 — Künftig wegfallend mit Beendigung der Freistellung als Personalratsmitglied (Ausbringung der Planstelle gem. § 13 Abs. 1 Ziff. 1 des Haushaltsgesetzes 2026) (aus HH 2027)

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 02 (03)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	54	+10	64
Summe :			+10	

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 03 Justizvollzugsanstalten, Abschiebungshafteinrichtung, Ambulante Resozialisierung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 1.2	10										+10	Zugang von zehn Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen-; Schaffung der für den vollständigen und dauerhaften Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt mit insgesamt 60 Plätzen erforderlichen Stellenausstattung [inkl. Budget]
Summe:		10										+10	

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

			Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
	Bes.Gruppe				
	Oberverwaltungsgericht				
	A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	10	+1	11
	Summe [Oberverwaltungsgericht]:			+1	
	Verwaltungsgericht				
	R2	Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht	16	+1	17
	R1	Richter/-innen	44	+2	46
	Summe [Verwaltungsgericht]:			+3	
	Summe :			+4	

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	A9 LG 1.2	1										+1	[Verwaltungsstufe Oberverwaltungsgericht] Befristeter Zugang einer Planstelle der BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (künftig wegfallend am 31.12.2030); zur Einrichtung einer neuen Kammer für Asylsachen (einschließlich Folgedienste) beim Verwaltungsgericht i.Z.m. den Auswirkungen der GEAS-Reform und der Entwicklung der Asylverfahren (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)
Verwaltungsgericht													
2	R2	1										+1	[Verwaltungsstufe Verwaltungsgericht] Befristeter Zugang einer Planstelle der BesGr. R2 -Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht- (künftig wegfallend am 31.12.2030); zur Einrichtung einer neuen Kammer für Asylsachen (einschließlich Folgedienste) beim Verwaltungsgericht i.Z.m. den Auswirkungen der GEAS-Reform und der Entwicklung der Asylverfahren (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)
3	R1	2										+2	[Verwaltungsstufe Verwaltungsgericht] Befristeter Zugang von zwei Planstellen der BesGr. R1 -Richter/-innen- (künftig wegfallend am 31.12.2030); zur Einrichtung einer neuen Kammer für Asylsachen (einschließlich Folgedienste) beim Verwaltungsgericht i.Z.m. den Auswirkungen der GEAS-Reform und der Entwicklung der Asylverfahren (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)
Summe:		4										+4	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2	Stellen	R1	am 31.12.2030	[Verwaltungsstufe Verwaltungsgericht] Wegfall der mit dem HH 2027 im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS-Reform) und mit der Entwicklung der Asylverfahren geschaffenen Planstellen (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)	(aus HH 2027)
1	Stelle	R2	am 31.12.2030	[Verwaltungsstufe Verwaltungsgericht] Wegfall der mit dem HH 2027 im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS-Reform) und mit der Entwicklung der Asylverfahren geschaffenen Planstellen (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)	(aus HH 2027)
1	Stelle	A9 LG 1.2	am 31.12.2030	[Verwaltungsstufe Oberverwaltungsgericht] Wegfall der mit dem HH 2027 im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS-Reform) und mit der Entwicklung der Asylverfahren geschaffenen Planstellen (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)	(aus HH 2027)

Vermerke:

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1	Stelle	A9 LG 1.2	[Verwaltungsstufe Oberverwaltungsgericht] Die Nutzung der im Rahmen der Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat mit dem HH 2027 geschaffenen Planstellen darf zu Lasten der vom Bund bereitgestellten Mittel frühestens ab dem 01.07.2027 erfolgen.	(aus HH 2027)
1	Stelle	R2	[Verwaltungsstufe Verwaltungsgericht] Die Nutzung der im Rahmen der Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat mit dem HH 2027 geschaffenen Planstellen darf zu Lasten der vom Bund bereitgestellten Mittel frühestens ab dem 01.07.2027 erfolgen.	(aus HH 2027)
2	Stellen	R1	[Verwaltungsstufe Verwaltungsgericht] Die Nutzung der im Rahmen der Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat mit dem HH 2027 geschaffenen Planstellen darf zu Lasten der vom Bund bereitgestellten Mittel frühestens ab dem 01.07.2027 erfolgen.	(aus HH 2027)

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
R1	Staatsanwälte/-innen	220	+12	232
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	123	+5	128
Summe :			+17	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R1	12										+12	Befristeter Zugang von 12 Planstellen der BesGr. R1 -Staatsanwälte/-innen- (künftig wegfallend am 31.12.2034); zur Schaffung einer bedarfsgerechten Personalausstattung nach dem Personalbedarfsberechnungssystem Pebb§y (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)
2	A9 LG 1.2	5										+5	Befristeter Zugang von 5 Planstellen der BesGr. A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (künftig wegfallend am 31.12.2034); zur Schaffung einer bedarfsgerechten Personalausstattung nach dem Personalbedarfsberechnungssystem Pebb§y (Umsetzung Personalsäule Pakt für den Rechtsstaat)
Summe:		17										+17	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

12 Stellen	R1	am 31.12.2034	Wegfall der mit dem HH 2027 im Zuge der Umsetzung der Personalsäule des Pakts für den Rechtsstaat zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung nach dem Personalbedarfsberechnungssystem Pebb§y geschaffenen Planstellen	(aus HH 2027)
5 Stellen	A9 LG 1.2	am 31.12.2034	Wegfall der mit dem HH 2027 im Zuge der Umsetzung der Personalsäule des Pakts für den Rechtsstaat zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung nach dem Personalbedarfsberechnungssystem Pebb§y geschaffenen Planstellen	(aus HH 2027)

Vermerke:

5 Stellen	A9 LG 1.2	Die Nutzung der im Rahmen der Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat mit dem HH 2027 geschaffenen Planstellen darf zu Lasten der vom Bund bereitgestellten Mittel frühestens ab dem 01.07.2027 erfolgen.	(aus HH 2027)
12 Stellen	R1	Die Nutzung der im Rahmen der Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat mit dem HH 2027 geschaffenen Planstellen darf zu Lasten der vom Bund bereitgestellten Mittel frühestens ab dem 01.07.2027 erfolgen.	(aus HH 2027)

09 Ministerium für Justiz und Gesundheit

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	4.377	32	1	-	1	-	-	-	-	-	-	4.407
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	1.065	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.065
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.208	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.208
5	Nachwuchskräfte	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	6.657	32	1	-	1	-	-	-	-	-	-	6.687
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-7	6.657	32	1	-	1	-	-	-	-	-	-	6.687
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027		zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
Bes.Gruppe					
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	70	2)	0	70
A12	Amtsräte/-innen	44		+1	45
A11	Regierungsamtmänner/-frauen, Gewerbeamtfrauen/-männer	12		-1	11
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	12		+2	14
Summe :				+2	

geänderte Fußnoten:

2) Stiftung “Familie in Not“
1 Stelle A 16 Ministerialräte/-innen
1 Stelle A 13 Oberamtsräte/-innen

14 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. der Anlage 1, Fußnote 13 zur Besoldungsgruppe 13 zum SH BesG ausgestattet.

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12							1				+1	von A11; Anpassung an die Personal- /Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 2
2	A11								1			-1	nach A12; Anpassung an die Personal- / Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 2
3	A9 LG 2.1	2										+2	Nachwuchskräfte gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026
Summe:		2						1	1			+2	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2	Stellen	A9 LG 2.1	am 31.01.2028	gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 18 Monaten	(aus HH 2026)

geänderte Vermerke

Planstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	A14	am 31.12.2030	Clearingstelle unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	(aus HH 2016)
1	Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2030	Unterbringung von Geflüchteten	(aus HH 2016)
2	Stellen	A12	am 31.12.2030	Unterbringung von Geflüchteten	(aus HH 2016)
1	Stelle	A10	am 31.12.2030	Bedarf aufgrund steigender Aufgaben im Integrationsamt.	(aus HH 2022)
2	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2030	Kita für alle-Projekt	(aus HH 2023)

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1	Stelle	A13 LG 2.1	am 31.12.2030	Kinder- und Jugendbeteiligung, Abwicklung Förderprogramme Entlastungspaket Land	(aus HH 2023)
2	Stellen	A14	am 31.12.2030	Entwicklung von Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -bindung in der Kinder- und Jugendhilfe	(aus HH 2023)
1	Stelle	A14	am 31.12.2030	Änderungen im Recht der Eingliederungshilfe	(aus HH 2023)
2	Stellen	A13 LG 2.1	am 31.12.2030	Umsetzung GEAS	(aus HH 2025)

428 01

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E12	11	+2	13
E11	9	0	9
E10	4	+2	6
E9 a	3	0	3
E8	4	-1	3
E6	6	-1	5
Summe :		+2	

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12			1								+2	von 10 09 - 428 65 MG 65; Umsetzung von 1009 - 428 65 MG 65
2								1					von E11; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 3
3	E11							1				0	von E9 a; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 4
4									1				nach E12; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 3
5	E10			1								+2	von 10 09 - 428 65 MG 65; Umsetzung von 1009-428 65 MG 65
6								1					von E8; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 1
7	E9 a							1				0	von E6; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 1
8									1				nach E11; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 4
9	E8								1			-1	nach E10; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 1
10	E6								1			-1	nach E9 a; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur; PE-Maßnahme Abteilung VIII 1
Summe:				2				4	4			+2	

<u>geänderte Vermerke</u>

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E8	am 31.12.2030	Unterbringung von Geflüchteten	(aus HH 2016)
2 Stellen	E12	am 31.12.2030	Heimaufsicht - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	(aus HH 2016)

Verlängerung bis 31.12.2030, um den Bedarf in der Heimaufsicht weiterhin gewährleisten zu können.

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027		zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
Bes.Gruppe					
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsmedizinalräte/-innen	19		+1	20
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	30		+1	31
A12	Amtsräte/-innen	82		-1	81
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	74		+2	76
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	17		-3	14
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0		+1	1
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	56	1)	0	56
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	4		+1	5
Summe :				+2	

geänderte Fußnoten:

1) 11 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B ausgestattet

Erhöhung um 3 von 8 auf 11 Stellen mit Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO A und B aufgrund des Ergebnisses der Dienstpostenbewertungen im Bereich Widersprüche und Klagebearbeitung.

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14							1				+1	von A13 LG 2.1; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur IT.
2	A13 LG 2.1							2				+1	von A12; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur; Ergebnis der Teilung der Dezernate 32 und 33 und 51 und 53; A 13-Stelle für die Dezernatsleitung 32 und 53.
3									1				nach A14; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur IT.
4	A12							1				-1	von A11; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur; Grundsatzstelle im Bereich Schwerbehindertenrecht.
5									2				nach A13 LG 2.1; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur; Ergebnis der Teilung der Dezernate 32 und 33 und 51 und 53; A 13-Stelle für die Dezernatsleitung 32 und 53.
6	A11							3				+2	von A10; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur der Referate 12 und 33.
7									1				nach A12; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur; Grundsatzstelle im Bereich Schwerbehindertenrecht.
8	A10								3			-3	nach A11; Änderungen in der Personal- bzw. Organisationsstruktur der Referate 12 und 33.
9	A9 LG 2.1	1										+1	Nachwuchskraft gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026
10	A7	1										+1	Nachwuchskraft gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026
Summe:		2						7	7			+2	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	A7	am 31.01.2028	gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 18 Monaten	(aus HH 2026)
1	Stelle	A9 LG 2.1	am 31.01.2028	gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 18 Monaten	(aus HH 2026)

428 01

Entgeltgruppe	Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
E9 a	68	+4	72
E6	47	-3	44
E5	32	-1	31
Summe :		0	

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 03 Soziales Entschädigungsrecht, Kriegsfolgelasten, Schwerbehindertenrecht

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9 a							1				+4	von E5; es sind Veränderungen in der Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltungskräfte im Dezernat 31 geplant. Eine Hebung ist daher erforderlich, um eine bedarfsgerechte Aufgabenerledigung sicherstellen zu können.
2								3					von E6; zur Entlastung der Inspektoren und der Verwaltungskräfte Laufbahngruppe 2.1 im Dezernat 32/33 ist vorgesehen, dauerhaft Aufgaben auf die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt zu übertragen. Daher ist eine Hebung der betreffenden Stellen erforderlich.
3	E6								3			-3	nach E9 a; zur Entlastung der Inspektoren und der Verwaltungskräfte Laufbahngruppe 2.1 im Dezernat 32/33 ist vorgesehen, dauerhaft Aufgaben auf die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt zu übertragen. Daher ist eine Hebung der betreffenden Stellen erforderlich.
4	E5								1			-1	nach E9 a; es sind Veränderungen in der Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltungskräfte im Dezernat 31 geplant. Eine Hebung ist daher erforderlich, um eine bedarfsgerechte Aufgabenerledigung sicherstellen zu können.
Summe:								4	4			0	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 65 (65)				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
Bes.Gruppe				
A14	Oberregierungsräte/-innen	5	+2	7
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	19	+5	24
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	7	+8	15
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	10	0	10
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	61	-2	59
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	2	+1	3
Summe :			+14	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14							2				+2	von A9 LG 1.2; juristische Angelegenheiten der Abteilung 4 (Verfahrensbegleitung, Integrationsvorbereitung, Aufnahmeeinrichtungen) und des Dezernats 34 (zentrale aufenthaltsrechtliche Bearbeitung straffälliger Ausländer*innen)
2	A11							5				+5	von A10; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur der Dezernate
3	A10							13				+8	von A9 LG 2.1; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur der Dezernate
4									5				nach A11; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur der Dezernate
5	A9 LG 2.1					13						0	von 10 09 - 428 65 MG 65; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur der Dezernate
6									13				nach A10; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur der Dezernate
7	A9 LG 1.2								2			-2	nach A14; juristische Angelegenheiten der Abteilung 4 (Verfahrensbegleitung, Integrationsvorbereitung, Aufnahmeeinrichtungen) und des Dezernats 34 (zentrale aufenthaltsrechtliche Bearbeitung straffälliger Ausländer*innen)
8	A7	1										+1	Nachwuchskraft gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026
Summe:		1				13		20	20			+14	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

2 Stellen	A9 LG 2.1	am 31.12.2030	Unterbringung von Geflüchteten		(aus HH 2016)
1 Stelle	A7	am 31.01.2028	gemäß § 15 Nr. 1 HG 2026 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 18 Monaten		(aus HH 2026)

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

10 09 Ausländer- und Integrationsangelegenheiten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 65	(65)			
	Entgeltgruppe			
	E12	16	-1	15
	E10	16	-1	15
	E9 b	13	-13	0
	Summe :		-15	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12				1							-1	nach 10 01 - 428 01; Umsetzung nach 1001 - 428 01
2	E10				1							-1	nach 10 01 - 428 01; Umsetzung nach 1001- 428 01
3	E9 b						13					-13	nach 10 09 - 422 65 MG 65; Anpassung an die Personal-/Organisationstruktur der Dezernate
Summe:					2		13					-15	

10 Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	683	5	-	-	-	13	-	28	28	-	-	701
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	366	-	-	2	2	-	13	8	8	-	-	353
5	Nachwuchskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	1.056	5	-	2	2	13	13	36	36	-	-	1.061
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-7	1.056	5	-	2	2	13	13	36	36	-	-	1.061
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

AUFSTEIGENDE GEHÄLTER

Bes.Gruppe		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsbauräte/-innen, Oberforsträte/-innen, Oberregierungslandwirtschaftsräte/-innen, Wissenschaftliche Oberräte/-innen, Oberregierungswerberäte/-innen, Oberregierungsvermessungsräte/-innen, Oberregierungschemieräte/-innen, Oberregierungsveterinärräte/-innen, Oberregierungsfischereiräte/-innen, Oberregierungsmedizinalräte/-innen	68	+4	72
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen, Forsträte/-innen, Wissenschaftliche Räte/-innen, Geologieräte/-innen, Regierungschemieräte/-innen, Regierungslandwirtschaftsräte/-innen, Regierungsvermessungsräte/-innen, Regierungsbauräte/-innen, Regierungsvolkswirtschaftsräte/-innen, Regierungsveterinärräte/-innen, Regierungsfischereiräte/-innen, Regierungsgewerberäte/-innen	7	0	7
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	79	+1	80
A11	Regierungsbauamtmänner/-frauen, Regierungsamtmänner/-frauen, Regierungslandwirtschaftsamtmänner/-frauen, Regierungsgewerbeamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen, Forstamtmänner/-frauen	18	+1	19
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen, Betriebsinspektoren/-innen	6	+1	7
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	4	-1	3
Summe :			+6	

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14	0										+4	Fachaufsicht Bundesbau; Finanzierung aus Bundesmitteln; Einrichtung im HH-Vollzug 2026 nach § 20 Abs. 3 HG 2026
2		1											Rechtsangelegenheiten des Strahlenschutzes; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
3		0											Vorbereitung der EU-Förderperiode 2028 bis 2034; finanziert aus EU-Mitteln (Technische Hilfe des ELER)
4		1											Bearbeitung Tierhaltungsanlagen, Umsetzung neue Anforderungen der IE-Richtlinie; Gebührenfinanziert
5								1					von A13 LG 2.1; Referent Umweltüberwachung und Radon; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung).
6								1					von A13 LG 2.2; Hebung der umgewandelten Stelle “Regionamanager*in“, die im HH-Vollzug 2026 als E 13 geschaffen wurde, von A 13 LG 2.2 nach A 14.
7	A13 LG 2.2					1						0	von 13 01 - 428 01; Umwandlung einer Stelle “Regionalmanager*in“, die im HH-Vollzug 2026 als E 13 geschaffen wurde nach A 13 LG 2.2, um die Stelle mit einer Beamtin zu besetzen.
8									1				nach A14; Hebung der umgewandelten Stelle “Regionamanager*in“, die im HH-Vollzug 2026 als E 13 geschaffen wurde, von A 13 LG 2.2 nach A 14.
9	A13 LG 2.1	1										+1	Halbe Stelle Einzelangelegenheiten Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
10		1											Fachaufsicht Bundesbau Bauingenieur; Finanzierung aus Bundesmitteln; Einrichtung im HH-Vollzug 2026 nach § 20 Abs. 3 HG 2026
11									1				nach A14; Referent Umweltüberwachung und Radon; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung).
12	A11	1										+1	IT-Administration/IFAS; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
13	A9 LG 1.2							1				+1	von A8; Anzeigeverfahren Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung).

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
14	A8								1			-1	nach A9 LG 1.2; Anzeigeverfahren Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung).
Summe:		5				1		3	3			+6	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

1	Stelle	A14	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)
1	Stelle	A13 LG 2.1	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)
1	Stelle	A14	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)
1	Stelle	A13 LG 2.1	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)
1	Stelle	A14	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)
1	Stelle	A11	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)
1	Stelle	A14	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)

Vermerke:

1	Stelle	A13 LG 2.1	1 Stelle A 13 LG 2.1 darf nur zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Einzelangelegenheiten Strahlenschutz).	(aus HH 2027)

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
	E13	20	+2	22
	E12	35	-2	33
	E11	1	-1	0
	E9 a	8	+1	9
	E8	5	-1	4
	E6	0	+1	1
	Auszubild.	0	+2	2
	Summe :		+2	

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13						1					+2	nach 13 01 - 422 01; Umwandlung einer Stelle “Regionalmanager*in“, die im HH-Vollzug 2026 als E 13 geschaffen wurde nach A 13 LG 2.2, um die Stelle mit einer Beamtin zu besetzen.
2								1					von E11; Aufsicht Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
3								2					von E12; Aufsicht Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
4	E12								2			-2	nach E13; Aufsicht Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
5	E11								1			-1	nach E13; Aufsicht Strahlenschutz; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
6	E9 a							1				+1	von E8; Rechnungsbearbeitung; Ansprechperson für das Vertrags-, Rechnungs- und Auftragsmanagement (VeRA); fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
7	E8								1			-1	nach E9 a; Rechnungsbearbeitung; Ansprechperson für das Vertrags-, Rechnungs- und Auftragsmanagement (VeRA); fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
8	E6	1										+1	Halbe Stelle für Werkstudent/in zur Unterstützung bei atom- und strahlenschutzrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen; fremdfinanziert im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung des Landes in Ausführung des Strahlenschutzgesetzes (Bundesauftragsverwaltung)
9	Auszubild.	2										+2	Studentische Kooperation des Bundesbeauftragten für den zivilen und militärischen Wasserbau mit der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg; fremdfinanziert durch Bundeserstattung (Organleihe).
Summe:		3					1	4	4			+2	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen Auszubild. Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist. (aus HH 2027)

1 Stelle E14 Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist. (aus HH 2027)

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1	Stelle	E6	Stelle fällt weg, wenn Finanzierung nicht mehr gesichert ist.	(aus HH 2027)

Vermerke:

1	Stelle	E6	Eine Stelle E 6 darf nur zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Werkstudent/in zur Unterstützung bei atom- und strahlenschutzrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungen).	(aus HH 2027)

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 15 Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
682 08				
	Entgeltgruppe			
	E14	16	+1	17
	E13	29	+1	30
	E12	50	-1	49
	E11	59	+1	60
	E10	13	+3	16
	E9 a	78	-4	74
	E8	63	+2	65
	E6	110	-1	109
	E5	245	-2	243
	Summe :		0	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14							1				+1	von E13; Stellenhebung zur Aufwertung und Zusammenlegung für die konzeptionelle Umsetzung der Bildungsinitiative Biodiversität; Finanzierung aus Sondervermögen grün-blaue Infrastruktur.
2	E13							2				+1	von E12; Personalgewinnungskonzept
3									1				nach E14; Stellenhebung zur Aufwertung und Zusammenlegung für die konzeptionelle Umsetzung der Bildungsinitiative Biodiversität; Finanzierung aus Sondervermögen grün-blaue Infrastruktur.
4	E12							1				-1	von E6; Umnutzung einer Stelle für IT-Projektmanagement
5									2				nach E13; Personalgewinnungskonzept
6	E11							1				+1	von E10; Tätigkeitsprüfung
7	E10							4				+3	von E9 a; Tätigkeitsprüfung
8									1				nach E11; Tätigkeitsprüfung
9	E9 a								4			-4	nach E10; Tätigkeitsprüfung
10	E8							2				+2	von E5; Übertragung von Aufgaben in der Baustellenüberwachung (örtliche Bauaufsicht bei Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Hafen- und Küstenschutzanlagen) sowie REFA-Prüfer
11	E6								1			-1	nach E12; Umnutzung einer Stelle für IT-Projektmanagement
12	E5								2			-2	nach E8; Übertragung von Aufgaben in der Baustellenüberwachung (örtliche Bauaufsicht bei Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an Hafen- und Küstenschutzanlagen) sowie REFA-Prüfer
Summe:								11	11			0	

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

13 54 Landesamt für Umwelt

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
422 01				
	AUFSTEIGENDE GEHÄLTER			
	Bes.Gruppe			
A11	Amtmänner/-frauen, Gewerbeamtfrauen/-männer, Regierungsbauamtmänner/-frauen, Regierungslandwirtschaftsamtmänner/-frauen, Regierungsvermessungsamtmänner/-frauen	66	-1	65
Summe :			-1	

Lfd. Nr.	BesGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11				1							-1	nach 08 08 - 422 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
Summe:					1							-1	

		Stellenzahl Haushalt 2027	zu ändern	neue Stellenzahl Haushalt 2027
428 01				
	Entgeltgruppe			
E13		52	-1	51
E11		31	-1	30
E9 a		39	-1	38
Summe :			-3	

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13				1							-1	nach 08 08 - 428 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
2	E11				1							-1	nach 08 08 - 428 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
3	E9 a				1							-1	nach 08 08 - 428 01; Aufgabenübertragung Wolfsmanagement
Summe:					3							-3	

13 Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

Änderungsvorschläge zum Haushaltsentwurf 2027
- Stellenpläne und Stellenübersichten -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Stellenzahl	Zugänge	Abgänge	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Neue Stellenzahl Sp. 3-13
					Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Planmäßige Beamtinnen und Beamte	591	5	-	-	1	1	-	3	3	-	-	596
2	Beamtete Hilfskräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	36
4	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	433	1	-	-	3	-	1	4	4	-	-	430
5	Nachwuchskräfte	3	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5
6	Arbeiterinnen und Arbeiter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 1-6	1.063	8	-	-	4	1	1	7	7	-	-	1.067
7	Planstellen/Stellen in Wirtschaftsbetrieben	856	-	-	-	-	-	-	11	11	-	-	856
	Summe 1-7	1.919	8	-	-	4	1	1	18	18	-	-	1.923
8	Leerstellen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
9	ständig teilbeschäftigte Kräfte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Anlage 3

Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2027

Der **Entwurf des Haushaltsgesetzes 2027** (LT-Drs. 20/4700) wird wie folgt geändert:

1. In **§ 1** wird der Gesamtbetrag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2027 von „23.162.828.700 Euro“ in „23.444.189.300 Euro“ und die Summe der Verpflichtungsermächtigungen von „2.694.559.000 Euro“ in „3.678.829.000 Euro“ geändert.

   Begründung:
   Anpassung an den Bedarf.

2. Der **§ 2** wird wie folgt geändert:

2.1 In Absatz 1 wird der Betrag von „4.288.986.600 Euro“ in „4.240.734.800 Euro“ geändert.

   Begründung:
   Anpassung der Bruttokreditaufnahme an den Bedarf.

2.2 Der Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Als Grundlage für die Steuerung der Zinsausgaben in den Jahren bis 2032 werden im Haushaltsjahr 2027 folgende Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben zugrunde gelegt:
- für 2028: 717.000.000 Euro,
- für 2029: 824.000.000 Euro,
- für 2030: 924.000.000 Euro,
- für 2031: 1.081.000.000 Euro und
- für 2032: 1.222.000.000 Euro.

In den unter Satz 1 ausgewiesenen Plangrößen sind für die Zinsänderungsrisiken (§ 3 Absatz 3 Satz 3) enthalten:
- für 2028: 30.000.000 Euro,
- für 2029: 56.000.000 Euro,
- für 2030: 90.000.000 Euro,

- für 2031: 136.000.000 Euro und
- für 2032: 178.000.000 Euro.“

Begründung:
Aktualisierung entsprechend der Marktentwicklung und der veränderten Planungsgrundlagen.

3. Der **§ 8** wird wie folgt geändert:

3.1 Die Absätze 4, 7, 10, 11, 13 bis 17, 19 und 21 werden gestrichen. Die Absätze 5, 6, 8, 9, 12, 18, 20, 22 und 23 werden zu den neuen Absätzen 4 bis 12.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich und Folgeänderungen.

3.2 Der neue Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

„(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für den Fall unvorhergesehener Abweichungen (Verzögerungen oder Beschleunigungen) bei der Umsetzung der im Einzelplan 16 vorgesehenen Vorhaben für Zwecke des Sondervermögens IMPULS 2040 bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro und ab einem Betrag von 5.000.000 Euro nur mit Einwilligung des Finanzausschusses auf Antrag des zuständigen Ressorts im Einzelplan 16 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung durch Minderausgaben sowie Mehreinnahmen oder durch Entnahmen aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 von insgesamt jährlich nicht mehr als 25.000.000 Euro gedeckt ist. Ab dem Betrag von 5.000.000 Euro bedarf die Entnahme der Zustimmung des Finanzausschusses. Für das Kapitel 1611 ist das Finanzministerium zugleich zuständiges Ressort.“

Begründung:
Präzisierung.

3.3 Der neue Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

„(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, dem Sondervermögen IMPULS 2040 oder der Rücklage IMPULS 2040 für Kostensteigerungen bei

1. Hochbaumaßnahmen des Landes,

2. Baumaßnahmen in Krankenhäusern nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (LKHG),

3. der Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes und

4. Beteiligungen des Landes an Baumaßnahmen der Schieneninfrastruktur

bis zu 50.000.000 Euro und mit Zustimmung des Finanzausschusses bis zu 200.000.000 Euro zuzuführen, soweit die Zuführung gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

3.4 Im neuen Absatz 10 wird folgender neuer Satz 2 angefügt:

„In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.“

3.5 Der neue Absatz 11 wird wie folgt gefasst:

„(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur im Rahmen der Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, bis zu 9 Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist und sie zusammen nicht einen Betrag von 500.000 Euro übersteigen.“

Begründung:
Präzisierung.

3.6 Der neue Absatz 12 wird wie folgt gefasst:

„(12) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Erbringung des notwendigen Kofinanzierungsanteils im Rahmen der Umsetzung des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) des Bundes erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, bis zu 5 Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist und sie zusammen nicht einen Betrag von 500.000 Euro übersteigen.“

Begründung:
Präzisierung.

4. In **§ 9** werden die Absätze 1 bis 4 und die Paragraphenbezeichnung gestrichen.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

5. Der **§ 10** wird wie folgt geändert:

5.1 Es wird folgender Absatz 1 eingefügt:

"(1) Abweichend von § 20 Absatz 1 LHO gilt zur Deckungsfähigkeit Folgendes:

1. Innerhalb desselben Einzelplans sind gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Obergruppe 42, soweit es sich nicht um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen handelt.

2. Innerhalb desselben Einzelplans sind gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 und der Hauptgruppe 4 - ausgenommen der Obergruppe 42 -, soweit es sich nicht um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen handelt."

Begründung:
Begrenzung des gemäß § 20 Abs. 1 LHO weiten Deckungskreises der HG 4 und OG 51 bis 54 je Einzelplan nunmehr jeweils auf die Personalausgaben (OG 42) und die Ausgaben der HG 4 ohne OG 42 mit der OG 51-54.

5.2 Der bisherige Absatz 1 wird zum neuen Absatz 2.

Begründung:
Folgeänderung.

5.3 Die bisherigen Absätze 2 und 4 werden gestrichen.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

6. Der **§ 13** wird wie folgt geändert:

6.1 Der Absatz 3 wird gestrichen.

Begründung:
Die Ermächtigung ist entbehrlich.

6.2 Die bisherigen Absätze 4 bis 8 werden zu den neuen Absätzen 3 bis 7.

Begründung:
Folgeänderung.

6.3 Der neue Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur bis zu 10 Planstellen und Stellen für abzuordnende Lehrkräfte der Kapitel 0711 bis 0715 mit kw-Vermerk für die Kapitel 0701 und 0717 ausbringen. Über die Inanspruchnahme ist dem Finanzausschuss jährlich zu berichten.“

Begründung:
Präzisierung.

6.4 Der neue Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur bis zu 5 Planstellen und Stellen für abzuordnende Lehrkräfte mit kw-Vermerk im Kapitel 0703 MG 04 ausbringen. Über die Inanspruchnahme ist dem Finanzausschuss jährlich zu berichten."

Begründung:
Präzisierung.

7. Der **§ 14** wird wie folgt geändert:

7.1 Der Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Finanzministerium darf bei dringendem und sachlich zwingendem Bedarf auf Antrag der obersten Landesbehörden Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Planstellen umwandeln. Die Umwandlungen dürfen nicht zu Mehrausgaben führen."

Begründung:
Präzisierung.

7.2 Im Absatz 7 wird die Zahl „700" durch die Zahl „200" ersetzt.

Begründung:
Präzisierung.

7.3 Der Absatz 11 wird wie folgt gefasst:

„(11) Abfindungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen in den jeweiligen Kapiteln zu Lasten der Titel der Gruppe 428 geleistet werden. Die betreffende Stelle darf im laufenden Haushaltsjahr nicht wiederbesetzt werden. Das Nähere regelt das Finanzministerium."

Begründung:
Präzisierung.

7.4 Der Absatz 19 wird gestrichen. Die bisherigen Absätze 20 bis 23 werden zu den neuen Absätzen 19 bis 22.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

7.5 Im neuen Absatz 22 wird die Zahl „70“ durch die Zahl „20“ ersetzt.

Begründung:
Präzisierung.

8. Der **§ 16** wird wie folgt geändert:

8.1 Der Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Fachministerien dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium landeseigene Grundstücke, die der Sicherung von Flächenansprüchen des Naturschutzes dienen sollen, unentgeltlich auf die Stiftung Naturschutz oder andere geeignete Träger übertragen. Im Übrigen finden § 64 LHO und die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften Anwendung.“

Begründung:
Präzisierung.

8.2 Der Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, den Pächterinnen und Pächtern von landeseigenen Fischereigehöften vertraglich den Ersatz von Kosten für Renovierungsarbeiten sowie für Um- und Einbauten bis zu einem Betrag von 300.000 Euro zuzusichern. Bei Inanspruchnahme sind die Ausgaben zu decken.“

Begründung:
Präzisierung.

8.3 Der Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder des Ministeriums für

Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung zum Zweck der Errichtung preisgünstigen studentischen Wohnraums sowie zur Errichtung von Kindertagesstätten Erbbaurechte an Grundstücken unter teilweisem oder vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu bestellen. Die Beschränkungen des § 64 LHO sowie der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften finden im Übrigen Anwendung.“

Begründung:
Präzisierung.

9. Der **§ 19** wird wie folgt geändert:

9.1 Der Absatz 2 wird gestrichen. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden zu den neuen Absätzen 2 und 3.

Begründung:
Die Ermächtigung ist entbehrlich.

9.2 Der neue Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport darf sich im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gegenüber der IB.SH verpflichten, Darlehen, die die IB.SH ab dem 1. Januar 2016 im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm für Menschen mit geringem Einkommen zur Schaffung von preisgünstigen Wohnungen gewährt, auf Anforderung der IB.SH zum Nennwert bis zur Höhe von 286.000.000 Euro zu übernehmen.“

Begründung:
Präzisierung.

10. Der **§ 20** wird wie folgt geändert:

10.1 Die Absätze 2 und 7 bis 9 werden gestrichen. Die bisherigen Absätze 3 bis 6 werden zu den neuen Absätzen 2 bis 5.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

10.2 Der neue Absatz 2 wird wie folgt gefasst.

„(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Aufgabenerledigung der Fachaufsicht Geschäftsbereich Bundesbau durch das Amt für Bundesbau erforderlichen Anpassungen aufgrund sich ändernder Aufgaben und Bauvolumina vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen nach Maßgabe der Vorgaben des Bundes erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken sowie im Einvernehmen mit dem Bund Planstellen und Stellen ausgebracht oder geändert werden, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist."

Begründung:
Präzisierung.

11. Der **§ 21** wird wie folgt geändert:

11.1 Der Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz im Zusammenhang mit dem Wasserstoffprojekt „H2ignite" erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen, zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen und Stellen umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahme im Einzelplan 08 gedeckt ist und ein Betrag von 1.186.131 Euro nicht überschritten wird."

Begründung:
Präzisierung.

11.2 Der Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die zum Zweck der Wahrnehmung der Zuständigkeiten des Landes Schleswig-Holstein nach dem Konsumcannabisgesetz vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 109, S. 2), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 207), erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den erforderlichen Ansätzen, Haushaltsvermerken und

Erläuterungen einzurichten, umzusetzen und zu ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

11.3 Der Absatz 9 wird gestrichen.

Begründung:
Die Ermächtigung ist entbehrlich.

12. Der **§ 22** wird wie folgt geändert:

12.1 Die die Absätze 1, 3, 7 bis 12, 14 und 15 gestrichen. Die bisherigen Absätze 2, 4 bis 6, 13 und 16 werden zu den neuen Absätzen 1 bis 6.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

12.2 Der neue Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, im Rahmen im Kapitel 1607 vorhandener Mittel im Einvernehmen mit dem Finanzministerium mit der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vertragliche Vereinbarungen über die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung von Gebäuden der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein in Osterrönfeld, die von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kiel genutzt werden, zu schließen. Es kann entweder die Durchführung von Maßnahmen durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein oder die Durchführung als Landesbaumaßnahmen vorgesehen werden.“

Begründung:
Präzisierung.

12.3 Der neue Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und

Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Allianz für Lehrkräftebildung im Rahmen des im Hochschulvertrag 2026-2029 hierfür vorgesehenen zusätzlichen Budgets bis zu 35 Planstellen und Stellen sowie Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

13. Der **§ 23** wird wie folgt geändert:

13.1 Im Absatz 1 wird Satz 2 wie folgt gefasst:

„Hierzu gehören auch Garantien des Landes, mit denen es umfassend die Risiken aus der Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen, auch einrede- und einwendungsfrei, bis zur Höhe von insgesamt 1.500.000.000 Euro übernimmt.“

Begründung:
Präzisierung

13.2 Die Absätze 2 bis 4 und 8 werden gestrichen. Die bisherigen Absätze 5 bis 7 werden zu den neuen Absätzen 2 bis 4. Die bisherigen Absätze 9 bis 15 werden zu den neuen Absätzen 5 bis 11.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

13.3 Im neuen Absatz 2 wird Satz 5 wie folgt gefasst:

„Das Finanzministerium darf erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen in Höhe von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses in Höhe von 25.000.000 Euro einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

13.4 Der neue Absatz 10 wird wie folgt gefasst:

„(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus für Maßnahmen zur Förderung der Dekarbonisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung durch Entnahmen aus dem Sondervermögen Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Bürgerenergie von insgesamt jährlich nicht mehr als 25.000.000 Euro gedeckt ist. Ab dem Betrag von 5.000.000 Euro bedarf die Entnahme der Einwilligung des Finanzausschusses."

Begründung:
Präzisierung.

14. Der **§ 24** wird wie folgt geändert:

14.1 Der Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Förderung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur bis zu 15 Planstellen und Stellen auszubringen oder umzusetzen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist."

Begründung:
Präzisierung.

14.2 Der Absatz 2 wird gestrichen und die bisherigen Absätze 3 bis 17 werden zu den neuen Absätzen 2 bis 16.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

14.3 Der neue Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder anderer Ressorts und gegebenenfalls im Einvernehmen mit weiteren Ressorts im Zusammenhang mit Veränderungen bei Landesförderzentren im Sinne von § 54 Absatz 2 Schulgesetz bis zu 15 Planstellen

und Stellen ausbringen, umsetzen und ändern. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.“

Begründung:
Präzisierung.

14.4 Der neue Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf der Kulturstiftung des Landes zusagen, dass auf die Erstattung von Personal- und Sachausgaben im Umfang von 0,5 VZÄ der BesGr. A 15 verzichtet wird, die durch den Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes im Rahmen der Geschäftsführung der Kulturstiftung entstehen.“

Begründung:
Präzisierung.

14.5 Der neue Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf das Finanzministerium für das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein Planstellen und Stellen mit entsprechenden kw-Vermerken einrichten, soweit die Finanzierung durch Dritte gesichert ist.“

Begründung:
Präzisierung.

14.6 Der neue Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Zur Umsetzung von Bundesprogrammen zur Förderung der Digitalisierung des Schulwesens darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen mit entsprechendem kw-Vermerk ausbringen oder ändern, soweit die Maßnahmen aus der zu diesem Zweck im Einzelplan 11 veranschlagten Vorsorge (vgl. Tit. 1111 - 971 02) oder den im Kapitel 0709 veranschlagten Mitteln gedeckt sind.“

Begründung:
Präzisierung.

14.7 Der neue Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Zur Umsetzung des mit dem Bund vereinbarten Startchancen-Programms darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im Rahmen und bis zur Höhe der insgesamt vorhandenen Programmmittel (Finanzhilfen des Bundes zzgl. Kofinanzierungsmittel des Landes) erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen mit entsprechendem kw-Vermerk ausbringen oder ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

14.8 Der neue Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

„(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit dem Ausbau des schulischen Ganztags aufgrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder (Investitions- und Betriebskosten) auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen und erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen sowie bis zu 20 Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen aus der zu diesem Zweck im Einzelplan 11 veranschlagten Vorsorge (vgl. Tit. 1111 - 971 02) sowie den im Kapitel 1607 eingeplanten Mitteln gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

14.9 Der neue Absatz 10 wird wie folgt gefasst:

„(10) Im Falle einer bestehenden Verpflichtung des Landes zur Zahlung von Zuschüssen zu Unterbringungs- und Fahrtkosten von berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern bei Berufsschulunterricht an zentralen Orten darf das Finanzministerium auf Antrag

des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen in Höhe von bis zu 100.000 Euro und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern, soweit die Maßnahmen gedeckt sind.“

Begründung:
Präzisierung.

14.10 Der neue Absatz 11 wird wie folgt gefasst:

„(11) Auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf das Finanzministerium für die Archivierung entstandener Unterlagen von der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften ohne Gebietshoheit, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts für das Landesarchiv erforderliche Titel, entsprechende Haushaltsvermerke und bis zu zwei Planstellen und Stellen einrichten sowie kw-Vermerke ausbringen und streichen, soweit und solange die Finanzierung nachweislich durch Dritte gesichert ist.“

Begründung:
Präzisierung.

14.11 Der neue Absatz 12 wird wie folgt gefasst:

„(12) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Zuwanderung insbesondere von Geflüchteten bis zu 80 erforderlich werdende Planstellen und Stellen für Deutsch als Zweitsprache ausbringen, soweit die Finanzierung gesichert ist. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.“

Begründung:
Präzisierung.

14.12 Der neue Absatz 14 wird wie folgt gefasst:

„(14) Zur unbefristeten Einstellung von Unterstützungskräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und

Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie bis zu 175 Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen aus den bei Titel 0707 - 427 01 veranschlagten Mitteln gedeckt ist. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen."

Begründung:
Präzisierung.

14.13 Der neue Absatz 15 wird wie folgt gefasst:

„(15) Zur Umsetzung der eingereichten Konzepte der Modellkommunen auf Grundlage des Konzepts „Aufbau/Weiterentwicklung Multiprofessionelle Zusammenarbeit am Standort Schule in Kooperation von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Bildung" (Stand 02.12.2025) für die Erprobung des Einsatzes verschiedener Akteure des multiprofessionellen Teams am Standort Schule im Rahmen von Modellvorhaben durch das Land darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie bis zu 50 Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen aus Mitteln der Eingliederungshilfe (Einzelplan 10) oder von dritter Seite gedeckt ist."

Begründung:
Präzisierung.

14.14 Der neue Absatz 16 wird wie folgt gefasst:

„(16) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Zweck der Schaffung eines Azubiwerkes auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen und erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen sowie bis zu 3 Planstellen und Stellen auszubringen, umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahmen aus der zu diesem Zweck im Einzelplan 11 veranschlagten Vorsorge (vgl. Tit. 1111 - 971 02) gedeckt ist."

Begründung:
Präzisierung.

15. Der **§ 25** wird wie folgt geändert:

15.1 Die Absätze 1 bis 6 werden gestrichen. Die bisherigen Absätze 7 und 8 werden zu den neuen Absätzen 1 und 2.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

15.2 Der neue Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Fachgerichtsstruktur in Schleswig-Holstein (Fachgerichtsstrukturreformgesetz) vom 9. Dezember 2025 (GVOBl. Schl.-H. 2025/180) erforderliche Planstellen und Stellen einschließlich Amtszulagen auszubringen, umzusetzen oder zu ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

15.3 Der neue Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Krankenhausinvestitionsfinanzierung insbesondere zur Umsetzung des Transformationsfonds erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, soweit dadurch keine zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen begründet werden.“

Begründung:
Präzisierung.

16. In **§ 26** werden die Absätze 1 und 2 gestrichen.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

17. Der **§ 27** wird wie folgt geändert:

17.1 Der Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern zur Erhaltung der NATURA 2000-Gebiete und der Flächen entsprechend Artikel 10 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) im Rahmen des Vertragsnaturschutzes langfristige Verträge zu schließen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden innerhalb des Einzelplans 13 gedeckt und dürfen einen Betrag von insgesamt 350.000 Euro nicht übersteigen.“

Begründung:
Präzisierung.

17.2 Die Absätze 5, 6, 8 und 9 werden gestrichen.

Begründung:
Die Ermächtigungen sind entbehrlich.

17.3 Der bisherige Absatz 7 wird zum neuen Absatz 5 und wie folgt gefasst:

„(5) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium nach Einwilligung des Finanzausschusses direkt oder indirekt unter Beteiligung der Förderinstitute im Land Finanzmittelgebern die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Bürgschaftsprogramms Wärmenetze Schleswig-Holstein sowie des Finanzierungsproduktes „Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger“ zugesagten Finanzmitteln (z. B. Krediten, Beteiligungskapital etc.) zu gewährleisten. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen des Landes darf 2.000.000.000 Euro nicht übersteigen, davon 300.000.000 Euro für das Finanzierungsprodukt „Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger“. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.“

Begründung:
Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) ist dabei, einen Produktentwicklungsprozess für ein Finanzierungsprodukt „Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger“ zu starten. Dieses Produkt basiert auf einem geplanten Globaldarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an die Landesförderinstitute (LFI). Ziel ist es, Kapital zur Verfügung zu stellen, das seitens der finanzierenden Banken als wirtschaftliches Eigenkapital anerkannt wird, und dadurch die Möglichkeiten der Kreditaufnahme (Fremdkapital) zu verbessern.
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) sieht bzgl. der bereitzustellenden Mittel folgende Risikoverteilung vor: 60% Bund/KfW (Globaldarlehen), 40% Land/ LFI. Bei einem max. Mittelbedarf von 750 Mio. Euro bis 2035 entspräche dies einem Risiko von max. 300 Mio. Euro über diesen Zeitraum.
Die Ermächtigung wird dahingehend angepasst, dass diese zusätzlich die Übernahme von Ausfällen im o.g. Finanzierungsprodukt „Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger“ umfasst.

17.4 Es wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Realisierung der Wasserstoffleitung von Klein Offenseth nach Brunsbüttel zur Übernahme möglicher entstehender Ausfälle im Rahmen der Absicherung des Selbstbehalts im Amortisationskonto in Höhe von 74,9 % des Selbstbehalts ermächtigt. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen des Landes darf 4.863.000 Euro nicht übersteigen.“

Begründung:
Im Zusammenhang mit dem Engagement des Landes Schleswig-Holstein zur Realisierung der Wasserstoffleitung Klein Offenseth-Brunsbüttel, ist vorgesehen, dass das Land über eine Ausfallbürgschaft i.H.v. 74,9 % des möglichen Selbstbehalts im Rahmen des für das Wasserstoff-Kernetz eingerichteten Amortisationskontos absichert. Das Amortisationskonto soll die Zwischenfinanzierung ermöglichen und anfängliche Mindereinnahmen des Wasserstoffhochlaufs ausgleichen. Sobald die Netzbetreiber Mehrerlöse generieren wird das Amortisationskonto bestenfalls ausgeglichen.
Der Selbstbehalt betrüge 16 - 24 % in Abhängigkeit des Kündigungsdatums bei jährlicher Steigerung i.H.v. 0,5 Prozentpunkten p.a. ab 2039. Das verbleibende Risiko würde durch den Bund getragen. Der Bürgschaftsfall träte ein, wenn sich das Amortisationskonto des Netzbetreibers zum Zeitpunkt der Kündigung durch den Bund im Minus befände.

18. Der **§ 29** wird wie folgt geändert:

18.1 Der Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Chief Information Officer (CIO) bei der Übertragung von Aufgaben an Dataport oder an andere Dienstleister im Bereich der IT durch die Ressorts (Outsourcing), den Titel 1402 – 533 56 (Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen) in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge bis zu einem Betrag von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro zu erhöhen, soweit sie durch Minderausgaben in den Einzelplänen der betreffenden Ressorts gedeckt sind.“

Begründung:
Präzisierung.

18.2 Der Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Fortentwicklung des Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein (Landesnetz) sowie anderer IT-, E-Government- und Digitalisierungsmaßnahmen die erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten und zu ändern, Haushaltsmittel sowie im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts auch Planstellen und Stellen innerhalb eines Einzelplans oder zwischen den Einzelplänen umzusetzen sowie bis zu einem Betrag von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.“

Begründung:
Präzisierung.

18.3 Der Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO bei der Übertragung von Aufgaben des Digitalfunks in Schleswig-Holstein an Dataport oder andere Dienstleister im Rahmen der Reorganisation der Informationstechnik in der Landespolizei

Mittel aus Kapitel 0410 MG 63 in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge in das Kapitel 1406 (Digitalfunk Land Schleswig-Holstein) umzusetzen.“

Begründung:
Präzisierung.

19. In **§ 30** wird der Absatz 1 wie folgt gefasst:

„(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro Titel einzurichten und in zusätzliche Ausgaben einzuwilligen, wenn die Erfüllung von Förderaufgaben gegen Entgelt auf die IB.SH übertragen wird, sofern die Haushaltsdeckung dargelegt wird.“

Begründung:
Präzisierung.

20. In **§ 31** wird der Absatz 1 wie folgt gefasst:

„(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an die dem Land endgültig vom Bund bereitgestellten Beträge bis zu zusätzlichen Ausgaben aus Landesmitteln in Höhe von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses in Höhe von 25.000.000 Euro anzupassen. Eine sich daraus ergebende Nettomehrbelastung des Landes ist durch Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts zu decken.“

Begründung:
Präzisierung.

Anlage 4

Gesetz über die
Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2027
(Haushaltsgesetz 2027)
Vom Dezember 2026

Gesetzentwurf der Landesregierung	**Stand Nachschiebeliste**

Inhaltsübersicht

§ 1 Feststellung des Haushaltsplanes

§ 2 Kreditermächtigungen, derivative Finanzgeschäfte

§ 3 Kredit- und Zinsmanagement

§ 4 Haushaltswirtschaftliche Sperren

§ 5 Betragsgrenzen bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen

§ 6 Zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen

§ 7 Bewirtschaftung des Einzelplans 12

§ 8 Allgemeine und Einzelplan übergreifende Bewirtschaftungsregeln

§ 9 Struktur- und Funktionalreform — **§ 9 - frei -**

§ 10 Deckungsfähigkeit und Rücklagen

§ 11 Stellenpläne und Stellenübersichten

§ 12 Leerstellen

§ 13 Ausbringung und Umsetzung von Planstellen und Stellen

§ 14 Ermächtigungen für sonstige Personal bewirtschaftende Maßnahmen

§ 15 Übernahme von geprüften Nachwuchskräften

§ 16 Grundstücksangelegenheiten

§ 17 Sonstige Vermögensgegenstände

§ 18 Bürgschaften und andere Sekundärverpflichtungen

§ 19 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Gesetzentwurf der Landesregierung **Stand Nachschiebeliste**

§ 20 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums

§ 21 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

§ 22 Hochschulen und Forschungsinstitute

§ 23 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

§ 24 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

§ 25 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gesundheit

§ 26 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung

§ 27 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur

§ 28 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten - Staatskanzlei

§ 29 Ermächtigungen für den Einzelplan 14

§ 30 Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)

§ 31 Ermächtigung zur Änderung der Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben

§ 32 Solländerungen

§ 33 Ergänzende Bestimmung zum Gesetz über die Stiftungsuniversität zu Lübeck

§ 34 Bewilligungsverfahren gemäß § 2 Absatz 2 Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz

§ 35 Weitergeltung von Bestimmungen

§ 36 Inkrafttreten

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 1 Feststellung des Haushaltsplanes	§ 1 Feststellung des Haushaltsplanes
Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2027 wird in Einnahme und Ausgabe auf	Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2027 wird in Einnahme und Ausgabe auf
23.162.828.700 Euro	**23.444.189.300 Euro**
sowie hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigungen auf	sowie hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigungen auf
2.694.559.000 Euro	**3.678.829.000 Euro**
festgestellt.	festgestellt.
§ 2 Kreditermächtigungen, derivative Finanzgeschäfte	§ 2 Kreditermächtigungen, derivative Finanzgeschäfte
(1) Das Finanzministerium darf zur Deckung der Ausgaben Kredite bis zum Höchstbetrag von	(1) Das Finanzministerium darf zur Deckung der Ausgaben Kredite bis zum Höchstbetrag von
4.288.986.600 Euro	**4.240.734.800 Euro**
für das Haushaltsjahr 2027 aufnehmen. Bei Diskontpapieren ist nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung des jeweiligen Haushaltsjahres anzurechnen.	für das Haushaltsjahr 2027 aufnehmen. Bei Diskontpapieren ist nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung des jeweiligen Haushaltsjahres anzurechnen.
(2) Das Finanzministerium darf ab Oktober des jeweiligen Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 5 % des in § 1 für die Einnahmen und Ausgaben des betreffenden Haushaltsjahres festgestellten Betrages aufnehmen. Die hiernach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des folgenden Haushaltsjahres anzurechnen.	
(3) Kredite und derivative Finanzgeschäfte nach § 18 Absatz 6 der Landeshaushaltsordnung (LHO) sind in inländischer Währung abzuschließen. Eine Aufnahme von Fremdwährungskrediten ist zulässig, wenn das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich Kapital und Zinsen in voller Höhe durch Wechselkurssicherungsgeschäfte ausgeschlossen wird. Auf die jeweilige Kreditermächtigung des Absatzes 1 ist der sich nach der Wechselkurssicherung ergebende Kapitalbetrag in inländischer Währung anzurechnen.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(4) Als Grundlage für die Steuerung der Zinsausgaben in den Jahren bis 2032 werden im Haushaltsjahr 2027 folgende Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben zugrunde gelegt: - für 2028: 699.000.000 Euro, - für 2029: 794.000.000 Euro, - für 2030: 879.000.000 Euro, - für 2031: 1.021.000.000 Euro und - für 2032: 1.135.000.000 Euro. In den unter Satz 1 ausgewiesenen Plangrößen sind für die Zinsänderungsrisiken (§ 3 Absatz 3 Satz 3) enthalten: - für 2028: 39.000.000 Euro, - für 2029: 69.000.000 Euro, - für 2030: 105.000.000 Euro, - für 2031: 152.000.000 Euro und - für 2032: 187.000.000 Euro.	(4) Als Grundlage für die Steuerung der Zinsausgaben in den Jahren bis 2032 werden im Haushaltsjahr 2027 folgende Plangrößen für die gesamten Zinsausgaben zugrunde gelegt: - für 2028: **717.000.000 Euro**, - für 2029: **824.000.000 Euro**, - für 2030: **924.000.000 Euro**, - für 2031: **1.081.000.000 Euro** und - für 2032: **1.222.000.000 Euro**. In den unter Satz 1 ausgewiesenen Plangrößen sind für die Zinsänderungsrisiken (§ 3 Absatz 3 Satz 3) enthalten: - für 2028: **30.000.000 Euro**, - für 2029: **56.000.000 Euro**, - für 2030: **90.000.000 Euro**, - für 2031: **136.000.000 Euro** und - für 2032: **178.000.000 Euro**.
(5) Das Finanzministerium darf im Eigenbestand befindliche Wertpapiere des Landes vorübergehend Kreditinstituten gegen Entgelt überlassen.	
(6) Das Finanzministerium darf Kassenverstärkungskredite bis zu 10 % des in § 1 für Einnahmen und Ausgaben des jeweiligen Haushaltsjahres festgestellten Betrages aufnehmen. Darüber hinaus darf das Finanzministerium zur Deckung eines nicht vorhergesehenen Liquiditätsbedarfs Vereinbarungen mit Kreditinstituten abschließen, die eine kurzfristige Liquiditätsbeschaffung durch Beleihung von im Eigenbestand des Landes befindlichen Wertpapieren bis zu einem Betrag von 500.000.000 Euro ermöglichen.	
(7) Das Finanzministerium darf Darlehen, die der Bund den Ländern zweckgebunden gewährt, mit dem auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil aufnehmen. Ferner darf das Finanzministerium Darlehen aus dem sonstigen öffentlichen Bereich aufnehmen, die zweckgebunden für eine im Haushaltsplan veranschlagte Maßnahme gewährt werden und die zinsgünstiger als Kapitalmarktdarlehen sind.	
(8) Zur wechselseitigen Besicherung von Kreditrisiken aus derivativen Geschäften wird das Finanzministerium ermächtigt, im Rahmen und für die Laufzeit dieser Geschäfte Sicherheiten in Form verzinster Barmittel entgegenzunehmen und zu stellen. Das Finanzministerium wird ermächtigt, für den damit verbundenen Finanzierungsbedarf über die Ermächtigung des Absatz 2 Satz 1 hinaus Kassenverstärkungskredite bis zu einer Höhe von 10 % des in § 1 für Einnahmen und Ausgaben festgestellten Bedarfs aufzunehmen.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(9) Die Bestände der Sondervermögen können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden noch nicht beansprucht werden muss, kann sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.	
§ 3 Kredit- und Zinsmanagement	§ 3 Kredit- und Zinsmanagement
(1) Beim Finanzministerium ist ein Kredit- und Zinsmanagement einzurichten.	
(2) Das Kredit- und Zinsmanagement beschafft die im Haushalt veranschlagten Kreditmarktmittel, schließt derivative Finanzgeschäfte gemäß § 18 Absatz 6 LHO ab und verwaltet den Schulden- und Derivatbestand des Landes. Es plant und steuert die Struktur der Kreditmarktschulden sowie die derivativen Finanzgeschäfte in Abhängigkeit von der erwarteten Entwicklung der Kreditmarktzinsen mit dem Ziel, die Zinsausgaben des Haushalts über einen längerfristigen Planungszeitraum unter Beachtung von Zinsänderungsrisiken zu optimieren. Bei der Planung und Steuerung der Zinsausgaben aus den Kreditmarktschulden sind insbesondere der Zeitpunkt der Kreditaufnahme, die Fälligkeits- und Zinsbindungsstruktur der Kreditmarktschulden festzulegen und zinsgünstige Möglichkeiten der Kreditbeschaffung zu nutzen. Durch den ergänzenden Einsatz derivativer Finanzgeschäfte kann die Zinsbindungsstruktur der Kreditmarktschulden zusätzlich gestaltet werden.	
(3) Das Kredit- und Zinsmanagement setzt zur Unterstützung der Steuerung der Zinsausgaben unter Kosten-Risiko-Aspekten ein Referenz-Portfolio und alternative Zinsszenarien ein. Die Zinsbindungsstruktur des Referenz-Portfolios wird unter Berücksichtigung der langfristigen Risikoabsorptionsfähigkeit des Haushalts festgelegt. Zinsänderungsrisiken stellen potenzielle Zinsmehrausgaben in den zukünftigen Jahren dar. Die Quantifizierung der gesamten Zinsausgaben sowie der Zinsänderungsrisiken erfolgt unter Einsatz eines standardisierten Verfahrens zur Simulation von Zinsszenarien. Das Verfahren ist regelmäßig unter Berücksichtigung des Standes der Wissenschaft zu überprüfen und fortzuentwickeln.	
(4) Die mit dem Abschluss derivativer Finanzgeschäfte verbundenen Kreditrisiken sind durch geeignete Verfahren, die die Sicherheitenstellung für Neugeschäfte umfassen, zu begrenzen. Betriebs- und Abwicklungsrisiken sind durch organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen sowie durch eine funktionale Trennung des Abschluss- und Abwicklungsbereichs zu begrenzen.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(5) Einnahmen aus dem Verkauf von Zinsoptionen sind zur Risikovorsorge einer Zinsausgleichsrücklage zuzuführen und zweckgebunden zum Ausgleich von Zinsmehrausgaben zu verwenden. Soweit Rücklagenmittel nicht mehr zur Abdeckung optionaler Zinsänderungsrisiken benötigt werden, sind sie zum Ausgleich von Zinsmehrausgaben während des Haushaltsvollzugs und zur Verstetigung der Zinsausgabenentwicklung im Finanzplanungszeitraum einzusetzen.	
§ 4 Haushaltswirtschaftliche Sperren	§ 4 Haushaltswirtschaftliche Sperren
(1) Über die Bestimmung des § 41 LHO hinaus darf das Finanzministerium Ausgaben sperren, soweit hierfür unvorhergesehen von anderer Seite nicht veranschlagte Mittel zweckgebunden bereitgestellt werden. Gleiches gilt, wenn Änderungen im Bundesrecht oder auf EU-Ebene zu Minderausgaben im Landeshaushalt führen.	
(2) Nach § 41 LHO und nach Absatz 1 gesperrte Beträge sind in der Landeshaushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.	
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Realisierung von globalen Minderausgaben und bei nicht genehmigten Haushaltsüberschreitungen des Vorjahres im laufenden Haushaltsjahr Ausgaben zu sperren.	
§ 5 Betragsgrenzen bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen	§ 5 Betragsgrenzen bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen
(1) Der gemäß § 37 Absatz 2 Buchstabe a LHO zu bestimmende Betrag wird auf 5.000.000 Euro festgesetzt.	
(2) Der gemäß § 37 Absatz 3 LHO zu bestimmende Rahmen wird auf mehr als 5.000.000 Euro bis zu 25.000.000 Euro festgesetzt.	
§ 6 Zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen	§ 6 Zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen
(1) Das Finanzministerium darf, auch wenn kein Fall des § 37 Absatz 1 LHO oder des § 38 Absatz 1 LHO vorliegt, in Ausgaben oder in Verpflichtungen einwilligen, soweit hierfür nicht veranschlagte Mittel zweckgebunden von anderer Seite gezahlt oder rechtsverbindlich zugesagt sind.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung, wenn der Bund Mittel mit einem Zweckbezug zahlt oder rechtsverbindlich zusagt. Erfolgt eine Bundesbeteiligung durch Veränderung der Anteile an der Umsatzsteuer, bestimmt sich die Höhe der Beteiligung des Bundes nach dem ersten Abschnitt des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern.	
(3) Unvorhergesehene dringliche Ausgaben, in denen kein Fall des § 37 Absatz 1 LHO vorliegt, dürfen bis zu einem Betrag von 100.000 Euro im Einzelfall pro Haushaltsjahr geleistet werden, wenn der Finanzausschuss einwilligt und die Deckung gesichert ist. Der Gesamtbetrag der Ausgaben darf 1.500.000 Euro pro Haushaltsjahr nicht übersteigen.	
§ 7 Bewirtschaftung des Einzelplans 12	§ 7 Bewirtschaftung des Einzelplans 12
(1) Im Einzelplan 12 dürfen bei den Hauptgruppen 7 und 8 mit Ausnahme der Gruppe 711 Ausgaben nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden.	
(2) Im Einzelplan 12 sind die Ausgaben für die Bauunterhaltung (Gruppe 519) übertragbar.	
(3) Im Einzelplan 12 sind	
1. innerhalb der einzelnen Kapitel die Ausgaben der Gruppe 519 und der Gruppe 711 gegenseitig deckungsfähig,	
2. innerhalb des Einzelplans mit Zustimmung des Finanzministeriums gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Gruppen 712 bis 749, 812, 821 und 894.	
§ 8 Allgemeine und Einzelplan übergreifende Bewirtschaftungsregeln	§ 8 Allgemeine und Einzelplan übergreifende Bewirtschaftungsregeln
(1) Aus den Ausgaben der Titel 422 03 dürfen auch die Vergütungen der Auszubildenden im Sinne des § 4 Absatz 2 oder 3 des Landesbeamtengesetzes gezahlt werden.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen aus 1. der Anfertigung von Fotokopien und aus Vervielfältigungen für Dritte, 2. Schadensersatzleistungen Dritter, die nicht im Zusammenhang mit Kfz-Unfällen stehen, insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Betriebsstoffen und Ersatzteilen an Dritte und 3. Erstattungen Dritter im Zusammenhang mit Ausgaben der Gruppe 517 den Ausgaben der Obergruppe 51 zu.	
(3) Erstattungen von Personalausgaben (Hauptgruppe 4) und Eingliederungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	
(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für die Durchführung des „Sabbatjahres“ in den jeweiligen Kapiteln Titel für Zuführungen an die zweckgebundene Rücklage zu Lasten der Personalkostentitel, für Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten.	**- gestrichen -**
(5) Das Finanzministerium unterrichtet den Finanzausschuss, wenn im Verlauf des Haushaltsjahres erkennbar wird, dass bestimmte Ausgabetitel voraussichtlich in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft werden.	**(4)** Das Finanzministerium unterrichtet den Finanzausschuss, wenn im Verlauf des Haushaltsjahres erkennbar wird, dass bestimmte Ausgabetitel voraussichtlich in erheblichem Umfang nicht ausgeschöpft werden.
(6) Werden veranschlagte Investitionen im Haushaltsvollzug bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit durch alternative Beschaffungsformen (wie zum Beispiel Leasing- oder ähnliche Verträge) ersetzt, sind die hierfür erforderlichen Mittel auf einen gegebenenfalls neu einzurichtenden Titel der Hauptgruppe 5 umzusetzen (Solländerung). Die Einsparungen sind bei den jeweiligen Investitionen als Minderausgaben nachzuweisen.	**(5)** Werden veranschlagte Investitionen im Haushaltsvollzug bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit durch alternative Beschaffungsformen (wie zum Beispiel Leasing- oder ähnliche Verträge) ersetzt, sind die hierfür erforderlichen Mittel auf einen gegebenenfalls neu einzurichtenden Titel der Hauptgruppe 5 umzusetzen (Solländerung). Die Einsparungen sind bei den jeweiligen Investitionen als Minderausgaben nachzuweisen.
(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Ressorts und nach Maßgabe der Entscheidung der Landesregierung Haushaltsmittel gegen Deckung bereitzustellen, die zur Abwehr einer drohenden Schadenslage im Schleswig-Holsteinischen Küstenmeer erforderlich sind, und die entsprechenden Titel einzurichten. Der Finanzausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Abschlagszahlungen auf das erwartete Abrechnungsergebnis im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs an die Kommunen festzusetzen, wenn die aufgrund der Steuerschätzung zu erwartenden Steuereinnahmen das veranschlagte Haushaltssoll wesentlich übersteigen. Die Mehrausgaben sind durch entsprechende Steuermehreinnahmen zu decken. Darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport die Finanzausgleichsmasse auf der Grundlage der Steuereinnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt neu zu berechnen und festzusetzen. Die Feststellung der Steuereinnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt erfolgt durch das Finanzministerium. Die Mehrausgaben sind durch entsprechende Minderausgaben oder Mehreinnahmen zu decken.	**(6)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport Abschlagszahlungen auf das erwartete Abrechnungsergebnis im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs an die Kommunen festzusetzen, wenn die aufgrund der Steuerschätzung zu erwartenden Steuereinnahmen das veranschlagte Haushaltssoll wesentlich übersteigen. Die Mehrausgaben sind durch entsprechende Steuermehreinnahmen zu decken. Darüber hinaus wird das Finanzministerium ermächtigt, in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport die Finanzausgleichsmasse auf der Grundlage der Steuereinnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt neu zu berechnen und festzusetzen. Die Feststellung der Steuereinnahmen entsprechend dem langfristigen Durchschnitt erfolgt durch das Finanzministerium. Die Mehrausgaben sind durch entsprechende Minderausgaben oder Mehreinnahmen zu decken.
(9) Zur Durchführung von ÖPP-Projekten, deren Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist, wird das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem jeweiligen Ressort ermächtigt, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zu einem von ihm einzurichtenden Titel der Hauptgruppen 5 oder 8 im selben Kapitel umzusetzen, soweit Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme vorgesehen waren. Minderausgaben bei den jeweiligen Investitionstiteln sind einzusparen.	**(7)** Zur Durchführung von ÖPP-Projekten, deren Wirtschaftlichkeit nachgewiesen ist, wird das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem jeweiligen Ressort ermächtigt, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen zu einem von ihm einzurichtenden Titel der Hauptgruppen 5 oder 8 im selben Kapitel umzusetzen, soweit Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen für die Maßnahme vorgesehen waren. Minderausgaben bei den jeweiligen Investitionstiteln sind einzusparen.
(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag eines Ressorts Titel der Hauptgruppen 6 bis 8 einzurichten und Mittel der Obergruppe 42 auf diese oder vorhandene Titel der Hauptgruppen 6 bis 8 umzusetzen, wenn dargelegt wird, dass durch zusätzliche, über die Vorgaben des Haushalts hinausgehende Einsparmaßnahmen Planstellen oder Stellen dauerhaft nicht wiederbesetzt werden.	**- gestrichen -**
(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Gesundheitsversorgung, Verteilung und Aufenthaltsbeendigung von Personen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Landesunterkünften untergebracht sind, erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie, insbesondere für die im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge erforderlichen Personalbedarfe, Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(12) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Ressorts für Zwecke des Sondervermögens IMPULS 2040 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung aus Entnahmen aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 oder durch Minderausgaben sowie Mehreinnahmen im Einzelplan 16 gedeckt ist. Für das Kapitel 1611 ist das Finanzministerium zugleich zuständiges Ressort.	**(8)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, **für den Fall unvorhergesehener Abweichungen (Verzögerungen oder Beschleunigungen) bei der Umsetzung der im Einzelplan 16 vorgesehenen Vorhaben** für Zwecke des Sondervermögens IMPULS 2040 **bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro und ab einem Betrag von 5.000.000 Euro nur mit Einwilligung des Finanzausschusses auf Antrag des zuständigen Ressorts im Einzelplan 16** erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung **durch Minderausgaben sowie Mehreinnahmen oder durch Entnahmen aus dem Sondervermögen IMPULS 2040 von insgesamt jährlich nicht mehr als 25.000.000 Euro** gedeckt ist. **Ab dem Betrag von 5.000.000 Euro bedarf die Entnahme der Zustimmung des Finanzausschusses.** Für das Kapitel 1611 ist das Finanzministerium zugleich zuständiges Ressort.
(13) Die obersten Landesbehörden werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Vereinbarungen zum notwendigen Defizitausgleich aus möglichen Steuernachzahlungen mit Landesunternehmen zu schließen. Hierfür darf das Finanzministerium erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten und umsetzen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist. Der Finanzausschuss muss in die Maßnahme einwilligen, wenn der Wert der Maßnahme 500.000 Euro übersteigt.	**- gestrichen -**
(14) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts zur Umsetzung einer Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(15) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der zuständigen obersten Landesbehörden zur Umsetzung der Umsatzbesteuerung gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(16) Die zuständigen Fachministerien werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Verwaltungsvereinbarungen mit dem für Wirtschaft und Energie zuständigen Bundesministerium zur Beteiligung am Förderprogramm für Vorhaben von gemeinsamen Europäischen Interesse (Important Project of Common European Interest - IPCEI) und/oder nach dem Clean Industrial Deal State Aid Framework (CISAF) abzuschließen. Der Anteil der Landesmittel an der jeweiligen, projektbezogenen Gesamtfördersumme darf 30 % nicht übersteigen. Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Fachministeriums die zur anteiligen Mitfinanzierung auf Basis der jeweiligen Verwaltungsvereinbarung erforderlichen Titel sowie Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist. Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Unterstützung von Ansiedlungsvorhaben, die durch Mittel von IPCEI und/oder CISAF gefördert werden sollen oder gefördert werden, im Kapitel 1103, Maßnahmegruppe 08 die erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(17) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Ministeriums die im Zusammenhang mit der Umsetzung von Mitteln zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes aus Titel 1111 - 971 13 erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern. Zur Deckung von neu eingerichteten Verpflichtungsermächtigungen nach Satz 1 ist eine Rücklage in entsprechender Höhe aus den umgesetzten Mitteln zu bilden, vorzuhalten und deren Entnahme in der benötigten Höhe für das entsprechende Jahr vorzusehen.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(18) Das Finanzministerium wird ermächtigt, dem Sondervermögen IMPULS 2040 oder der Rücklage IMPULS 2040 für Kostensteigerungen bei	**(9)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, dem Sondervermögen IMPULS 2040 oder der Rücklage IMPULS 2040 für Kostensteigerungen bei
1. Hochbaumaßnahmen des Landes,	1. Hochbaumaßnahmen des Landes,
2. Baumaßnahmen in Krankenhäusern nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (LKHG),	2. Baumaßnahmen in Krankenhäusern nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (LKHG),
3. der Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes und	3. der Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes und
4. Beteiligungen des Landes an Baumaßnahmen der Schieneninfrastruktur	4. Beteiligungen des Landes an Baumaßnahmen der Schieneninfrastruktur
bis zu 200.000.000 Euro zuzuführen, soweit die Zuführung gedeckt ist.	**bis zu 50.000.000 Euro und mit Zustimmung des Finanzausschusses** bis zu 200.000.000 Euro zuzuführen, soweit die Zuführung gedeckt ist.
(19) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Ressorts für Kostensteigerungen bei Hochbaumaßnahmen des Landes in den Einzelplänen 12 und 16 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, zu ändern und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen einzuwilligen, soweit dem Sondervermögen IMPULS 2040 Mittel zur Deckung von Kostensteigerungen bei Hochbaumaßnahmen zugeführt wurden.	**- gestrichen -**
(20) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus und das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium,	**(10)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus und das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium,
1. die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) mit der Errichtung und der Umsetzung eines Entwicklungsfonds („Entwicklungsfonds Schleswig-Holstein“) zur Unterstützung der Kommunen durch Darlehensvergabe bis zu einer Gesamthöhe von insgesamt 1.000.000.000 Euro beim Erwerb von Grundstücken zum Zwecke der Schaffung und Sicherung von gewerblichen, industriellen und/oder wohnbaulichen Flächen zu beauftragen; die von der IB.SH gewährten Darlehen dürfen eine Laufzeit von maximal 10 Jahren haben;	1. die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) mit der Errichtung und der Umsetzung eines Entwicklungsfonds („Entwicklungsfonds Schleswig-Holstein“) zur Unterstützung der Kommunen durch Darlehensvergabe bis zu einer Gesamthöhe von insgesamt 1.000.000.000 Euro beim Erwerb von Grundstücken zum Zwecke der Schaffung und Sicherung von gewerblichen, industriellen und/oder wohnbaulichen Flächen zu beauftragen; die von der IB.SH gewährten Darlehen dürfen eine Laufzeit von maximal 10 Jahren haben;
2. gegenüber der Investitionsbank Schleswig-Holstein die Übernahme von zwei Drittel der Verluste aus einem Weiterverkauf der Grundstücke, maximal aber bis zu einer Höhe von 20 % der jeweiligen Darlehenssumme, zu erklären; die Darlehen dürfen in der Summe 1.000.000.000 Euro nicht übersteigen.	2. gegenüber der Investitionsbank Schleswig-Holstein die Übernahme von zwei Drittel der Verluste aus einem Weiterverkauf der Grundstücke, maximal aber bis zu einer Höhe von 20 % der jeweiligen Darlehenssumme, zu erklären; die Darlehen dürfen in der Summe 1.000.000.000 Euro nicht übersteigen.
	In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(21) Das Finanzministerium wird ermächtigt, dem Sondervermögen „Versorgungsfonds des Landes Schleswig-Holstein“ bei Titel 1105 - 634 01 Mittel zuzuführen, soweit die Zuführung gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(22) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur im Rahmen der Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(11)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur im Rahmen der Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1991 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2024 über die Wiederherstellung der Natur und zur Änderung der Verordnung (EU) 2022/869 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, **bis zu 9** Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist **und sie zusammen nicht einen Betrag von 500.000 Euro übersteigen**.
(23) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) des Bundes erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(12)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) des Bundes erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, **bis zu 5** Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist **und sie zusammen nicht einen Betrag von 500.000 Euro übersteigen**.
§ 9 Struktur- und Funktionalreform	**§ 9** **- frei -**
(1) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und mit Einwilligung des Finanzausschusses für die Übertragung von bisher vom Land wahrgenommenen Aufgaben auf die Kommunen im Rahmen der Struktur- und Funktionalreform Haushaltsmittel gegen Deckung bereitstellen und die erforderlichen Titel einrichten. Zur Finanzierung des Kostenausgleichs wird das Finanzministerium ermächtigt, Ausgabeansätze zu sperren sowie Planstellen und Stellen mit kw-Vermerken zu versehen.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport und dem die Aufgabe abgebenden Ressort und mit Einwilligung des Finanzausschusses die zur Übertragung von Aufgaben des Landes auf den kommunalen Bereich oder zur Übertragung von Aufgaben auf Dritte im Rahmen der Struktur- und Funktionalreform erforderlichen Änderungen im Landeshaushalt vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen Titel mit Haushaltsvermerken eingerichtet und in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen eingewilligt werden. In Höhe dieser zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen sind in den betreffenden Einzelplänen Einsparungen, insbesondere bei den Personalausgaben und den sächlichen Verwaltungsausgaben, zu erbringen.	**- gestrichen -**
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzausschusses eine Verpflichtungserklärung gegenüber kommunalen Trägern und Dritten, die Landesbedienstete im Rahmen der Übertragung von Landesaufgaben im Rahmen der Struktur- und Funktionalreform übernehmen, für die Übernahme der zeitanteiligen Versorgungsbezüge dieser Beamtinnen und Beamten für die Zeit nach ihrer Versetzung an die kommunalen Träger oder Dritte abzugeben.	**- gestrichen -**
(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts die zur Struktur- und Funktionalreform erforderlichen Änderungen im Landeshaushalt vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen Titel neu eingerichtet, Mittel und Verpflichtungsermächtigungen umgeschichtet, und die aus stellenplansystematischen Gründen notwendigen Planstellen und Stellen für das vorhandene Personal mit den erforderlichen Vermerken im Stellenplan angepasst und ausgebracht werden. Die Maßnahmen dürfen nicht zu einer Erhöhung der Ausgaben führen.	**- gestrichen -**
§ 10 Deckungsfähigkeit und Rücklagen	§ 10 Deckungsfähigkeit und Rücklagen
	(1) Abweichend von § 20 Absatz 1 LHO gilt zur Deckungsfähigkeit Folgendes:
	1. Innerhalb desselben Einzelplans sind gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Obergruppe 42, soweit es sich nicht um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen handelt.
	2. Innerhalb desselben Einzelplans sind gegenseitig deckungsfähig die Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 und der Hauptgruppe 4 - ausgenommen der Obergruppe 42 -, soweit es sich nicht um Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen handelt.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(1) Dem Landespolizeiamt, dem Landeskriminalamt und den Polizeidirektionen sollen die für die jeweiligen Dienstbereiche vorgesehenen Haushaltsmittel aufgeschlüsselt so zugewiesen werden, dass das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport über die Regelung in § 20 Absatz 1 und 2 LHO hinaus eine einseitige Deckungsfähigkeit der Hauptgruppe 5 zugunsten der Hauptgruppe 8 zulassen kann.	**(2)** Dem Landespolizeiamt, dem Landeskriminalamt und den Polizeidirektionen sollen die für die jeweiligen Dienstbereiche vorgesehenen Haushaltsmittel aufgeschlüsselt so zugewiesen werden, dass das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport über die Regelung in § 20 Absatz 1 und 2 LHO hinaus eine einseitige Deckungsfähigkeit der Hauptgruppe 5 zugunsten der Hauptgruppe 8 zulassen kann.
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für nicht verbrauchte Ausgaben der Hauptgruppe 4 innerhalb eines Einzelplans Titel für die Zuführungen an zweckgebundene Rücklagen, Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern.	**- gestrichen -**
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für nicht verbrauchte Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 innerhalb eines Einzelplans Titel für die Zuführungen an Rücklagen, Entnahmen aus der Rücklage sowie andere damit im Zusammenhang stehende Titel einschließlich der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern.	**- gestrichen -**
(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der zuständigen obersten Landesbehörden für Einnahmen, die im Zusammenhang mit den Notkrediten der Vorjahre stehen, Titel einschließlich Haushaltsvermerken einzurichten und zu ändern, soweit die Einnahmen anschließend zur Tilgung verwendet werden.	**- gestrichen -**
§ 11 Stellenpläne und Stellenübersichten	§ 11 Stellenpläne und Stellenübersichten
(1) Die Einwilligung des Finanzministeriums nach § 49 Absatz 5 Satz 2 LHO ist nicht erforderlich bei Abweichungen von den Stellenübersichten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, soweit sie für die nach dem Überleitungstarifvertrag übergeleiteten Beschäftigten durch nach den Tarifverträgen vorzunehmende Höhergruppierungen, im Bewährungsaufstieg oder infolge Ablaufs einer bestimmten Frist bedingt sind.	
(2) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Bewährungsaufstieg oder infolge Ablaufs einer bestimmten Frist höhergruppiert worden sind, sind auf den Stellen zu führen, aus denen die Höhergruppierungen erfolgt sind.	
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Stellenpläne und Stellenübersichten der Rechtslage anzupassen, soweit Rechtsvorschriften oder Tarifverträge mit besoldungs- oder tarifrechtlichen Auswirkungen dieses im Haushaltsjahr 2027 zwangsläufig erfordern.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 12 Leerstellen	§ 12 Leerstellen
(1) Die obersten Landesbehörden, die Landtagsverwaltung und der Landesrechnungshof dürfen Leerstellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen, wenn Beamtinnen oder Beamte, Richterinnen oder Richter oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger als sechs Monate aufgrund Gesetzes, Tarifvertrages oder Vereinbarung von ihrer Dienstleistungspflicht befreit sind und nach Wegfall des Befreiungsgrundes Anspruch auf Beschäftigung haben oder in den Ruhestand beziehungsweise in Rente gehen. Dasselbe gilt für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für einen begrenzten Zeitraum zur Landtagsverwaltung oder zum Landesrechnungshof Schleswig-Holstein oder von der Landtagsverwaltung abgeordnet oder versetzt werden oder abgeordnet oder versetzt worden sind.	
(2) Für die Hochschulen gilt Absatz 1 mit Zustimmung des für die Hochschulen zuständigen Ministeriums entsprechend.	
§ 13 Ausbringung und Umsetzung von Planstellen und Stellen	§ 13 Ausbringung und Umsetzung von Planstellen und Stellen
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der obersten Landesbehörden	
1. für freigestellte Personalratsmitglieder insgesamt bis zu 25 Planstellen und Stellen auszubringen; die Planstellen und Stellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen; in den Vorjahren ausgebrachte Planstellen und Stellen sind anzurechnen,	
2. im Rahmen der Hochschulprogramme des Landes, des Bundes und/oder der Europäischen Union und für andere von Dritten durch Vereinbarung finanzierte Professuren und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet zusätzliche Planstellen und Stellen einzurichten, soweit die damit verbundenen Ausgaben gedeckt sind; über die Veränderungen ist der Finanzausschuss zu unterrichten; erfolgt die Finanzierung der zusätzlichen Planstellen und Stellen ausschließlich aus Landesmitteln, die im Rahmen von Hochschulprogrammen bereitgestellt werden, ist die Einwilligung des Finanzausschusses erforderlich,	
3. zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen für	
a) auf Dauer für den Unterricht eingeschränkt dienstfähige oder volldienstunfähige Lehrkräfte und	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
b) vorzeitig in den Ruhestand versetzte Lehrkräfte, die nach ihrer Reaktivierung auf Dauer für den Unterricht eingeschränkt dienstfähig oder voll dienstunfähig sind, bis zu 30 zusätzliche Planstellen und Stellen einzurichten; die Planstellen und Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers“ und können in andere Einzelpläne umgesetzt werden; in Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen; wirksam gewordene Vermerke „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers“ fallen dem Ermächtigungsrahmen wieder zu (Stellenpool); die in 2027 entstehenden Mehrbedarfe werden gedeckt durch Einsparungen in Höhe von 75 % zu Lasten des Kapitels 1105 - Versorgung, Unfallfürsorge und Ausgleichsbeträge - und zu 25 % vom jeweils aufnehmenden Ressort; das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Deckung erforderlichen Haushaltsmittel umzusetzen,	
4. bei Vorliegen gesetzlicher Ansprüche (zum Beispiel Rückkehr aus Beurlaubungen, Arbeitszeiterhöhungen) zusätzliche Planstellen und Stellen einzurichten, sofern die Finanzierung gesichert ist; die Planstellen und Stellen sind mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ zu versehen.	
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zur Schaffung von bis zu 78 zusätzlichen Ausbildungsplätzen, davon mindestens 16 für Kaufleute für Bürokommunikation, Mittel gegen Deckung an anderer Stelle des Haushalts bereitzustellen, gegebenenfalls die erforderlichen Titel einzurichten, Mittel umzusetzen und Stellen auszubringen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei Bedarf für das Kapitel 0804 neue Planstellen auszubringen, sofern dies nicht zu einer Erhöhung des Zuschusses zum laufenden Betrieb des Landeslabors führt.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(4) Das Finanzministerium darf auf Antrag einer obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Zentralen Personalmanagement in der Staatskanzlei bei den obersten Landesbehörden insgesamt bis zu fünf zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (spätestens nach drei Jahren) zu versehende Planstellen oder Stellen bis zur Besoldungsgruppe A 14 beziehungsweise R 1 oder der entsprechenden Entgeltgruppe in den jeweiligen Einzelplänen ausbringen, soweit dies zur Erfüllung unvorhergesehener und dringender Aufgaben erforderlich ist und die Ausgaben hierfür im jeweiligen Einzelplan gedeckt werden. Ab 2023 ausgebrachte Planstellen und Stellen sind anzurechnen.	**(3)** Das Finanzministerium darf auf Antrag einer obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Zentralen Personalmanagement in der Staatskanzlei bei den obersten Landesbehörden insgesamt bis zu fünf zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (spätestens nach drei Jahren) zu versehende Planstellen oder Stellen bis zur Besoldungsgruppe A 14 beziehungsweise R 1 oder der entsprechenden Entgeltgruppe in den jeweiligen Einzelplänen ausbringen, soweit dies zur Erfüllung unvorhergesehener und dringender Aufgaben erforderlich ist und die Ausgaben hierfür im jeweiligen Einzelplan gedeckt werden. Ab 2023 ausgebrachte Planstellen und Stellen sind anzurechnen.
(5) Das Finanzministerium darf auf Antrag einer obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Zentralen Personalmanagement in der Staatskanzlei insgesamt bis zu drei zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (spätestens nach vier Jahren) zu versehende Planstellen oder Stellen bis zur Besoldungsgruppe A 14 beziehungsweise R 1 oder der entsprechenden Entgeltgruppe in den jeweiligen Einzelplänen ausbringen, soweit diese zur Entsendung an Institutionen der Europäischen Union dienen. Die erforderlichen finanziellen Mehrbedarfe werden aus dem Einzelplan 11 bereitgestellt. In den Vorjahren ausgebrachte Planstellen und Stellen sind anzurechnen.	**(4)** Das Finanzministerium darf auf Antrag einer obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Zentralen Personalmanagement in der Staatskanzlei insgesamt bis zu drei zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (spätestens nach vier Jahren) zu versehende Planstellen oder Stellen bis zur Besoldungsgruppe A 14 beziehungsweise R 1 oder der entsprechenden Entgeltgruppe in den jeweiligen Einzelplänen ausbringen, soweit diese zur Entsendung an Institutionen der Europäischen Union dienen. Die erforderlichen finanziellen Mehrbedarfe werden aus dem Einzelplan 11 bereitgestellt. In den Vorjahren ausgebrachte Planstellen und Stellen sind anzurechnen.
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit jährlich bis zu 50 zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (spätestens nach 30 Monaten) zu versehende Stellen für Referendarinnen und Referendare (Anw. LG 2.2) im Einzelplan 09 auszubringen und in die erforderlichen zusätzlichen Ausgaben einzuwilligen sowie die erforderlichen zusätzlichen Mittel in den Titel 0902 - 428 04 umzusetzen, soweit diese innerhalb des Einzelplanes gedeckt sind und soweit dies zur Vermeidung von Wartezeiten bei der Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst erforderlich ist.	**(5)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit jährlich bis zu 50 zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ (spätestens nach 30 Monaten) zu versehende Stellen für Referendarinnen und Referendare (Anw. LG 2.2) im Einzelplan 09 auszubringen und in die erforderlichen zusätzlichen Ausgaben einzuwilligen sowie die erforderlichen zusätzlichen Mittel in den Titel 0902 - 428 04 umzusetzen, soweit diese innerhalb des Einzelplanes gedeckt sind und soweit dies zur Vermeidung von Wartezeiten bei der Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst erforderlich ist.
(7) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Planstellen und Stellen für abzuordnende Lehrkräfte der Kapitel 0711 bis 0715 für die Kapitel 0701 und 0717 ausbringen.	**(6)** Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur **bis zu 10** Planstellen und Stellen für abzuordnende Lehrkräfte der Kapitel 0711 bis 0715 **mit kw-Vermerk** für die Kapitel 0701 und 0717 ausbringen. **Über die Inanspruchnahme ist dem Finanzausschuss jährlich zu berichten.**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(8) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Planstellen und Stellen für abzuordnende Lehrkräfte im Kapitel 0703 MG 04 ausbringen.	**(7)** Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur **bis zu 5** Planstellen und Stellen für abzuordnende Lehrkräfte **mit kw-Vermerk** im Kapitel 0703 MG 04 ausbringen. **Über die Inanspruchnahme ist dem Finanzausschuss jährlich zu berichten.**
§ 14 Ermächtigungen für sonstige Personal bewirtschaftende Maßnahmen	§ 14 Ermächtigungen für sonstige Personal bewirtschaftende Maßnahmen
(1) In der Landesverwaltung sollen 20 % der neu zu besetzenden Stellen für Auszubildende, Anwärterinnen und Anwärter mit Schwerbehinderten besetzt werden. Das Nähere regelt die Staatskanzlei im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.	
(2) Innerhalb der Einzelpläne dürfen in den Kapiteln ausgebrachte Planstellen und Stellen auch in anderen Kapiteln in Anspruch genommen werden. Dabei darf es zu keiner Verstärkung des Kapitels 01 „Ministerium“ kommen. Über den weiteren Verbleib ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen.	
(3) Das Finanzministerium darf bei Bedarf auf Antrag der obersten Landesbehörden Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Planstellen umwandeln. Die Umwandlungen dürfen nicht zu Mehrausgaben führen.	(3) Das Finanzministerium darf bei **dringendem und sachlich zwingendem** Bedarf auf Antrag der obersten Landesbehörden Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Planstellen umwandeln. Die Umwandlungen dürfen nicht zu Mehrausgaben führen.
(4) Ausgaben für die Vergabe von Leistungsstufen nach § 28 Absatz 6 Besoldungsgesetz Schleswig-Holstein in Verbindung mit der Leistungsstufenverordnung vom 11. November 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 597), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 2018 (GVOBl. Schl.-H. S. 815), dürfen im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen aus den verbindlichen Personalkostenansätzen der Obergruppe 42 geleistet werden.	
(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für partiell dienstunfähige Beamtinnen und Beamte, die bei anderen Einrichtungen weiterbeschäftigt werden können, bis zu 75 % der Personalausgaben zu Lasten des Kapitels 1105 und zugunsten eines Zuschusses an diese Einrichtung umzusetzen und zu diesem Zweck eventuell erforderliche Titel einzurichten.	
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Abbau von Personalüberhängen in der Landesverwaltung Planstellen und Stellen einschließlich der Personalmittel umzusetzen.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(7) Bei den allgemeinbildenden Schulen (Kapitel 0711 bis 0715) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums freie und besetzbare Planstellen oder Stellen für Lehrkräfte mit bis zu zwei Lehrkräften in Ausbildung besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 700 Lehrkräfte in der Ausbildung. Jeweils drei freie und besetzbare Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in den allgemeinbildenden Schulen (Kapitel 0711 bis 0715) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums mit einer Lehrkraft besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 100 Lehrkräfte.	(7) Bei den allgemeinbildenden Schulen (Kapitel 0711 bis 0715) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums freie und besetzbare Planstellen oder Stellen für Lehrkräfte mit bis zu zwei Lehrkräften in Ausbildung besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu **200** Lehrkräfte in der Ausbildung. Jeweils drei freie und besetzbare Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in den allgemeinbildenden Schulen (Kapitel 0711 bis 0715) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums mit einer Lehrkraft besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 100 Lehrkräfte.
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die im Zusammenhang mit den bundeseinheitlich durchzuführenden Personalbedarfsberechnungen der Steuerverwaltung erforderlichen Änderungen in den Stellenplänen des Kapitels 0505 vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen die aus stellenplansystematischen Gründen notwendigen Planstellen und Stellen für das vorhandene Personal mit den erforderlichen Vermerken in den Stellenplänen angepasst und maximal bis zu 20 Planstellen und Stellen ausgebracht werden. Die Maßnahmen dürfen nicht zur Erhöhung der Ausgaben führen.	
(9) Der durch Teilzeitbeschäftigung im Rahmen der Altersteilzeit nach § 63 Absatz 1 Landesbeamtengesetz freiwerdende Anteil einer Planstelle darf nicht wiederbesetzt werden. Im nächsten Haushalt ist die betreffende Planstelle oder ein Äquivalent in Abgang zu stellen oder mit einem Vermerk „künftig wegfallend spätestens zum ...“ zu versehen. Als Zeitpunkt des spätesten Wegfalls ist das Ende der Altersteilzeit zu wählen. Abweichende Regelungen aus Vorjahren mit Bezug auf arbeits- und beamtenrechtliche Regelungen gelten für Fälle aus diesen Jahren fort. Für den Fall der Wiedereinführung der Altersteilzeit im Tarifbereich für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung gilt für Tarifbeschäftigte Entsprechendes.	
(10) Planstellen, die im laufenden Haushaltsjahr durch die Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung nach § 36 Absatz 4 Landesbeamtengesetz frei werden, dürfen nicht wiederbesetzt werden. Im nächsten Haushalt ist die betreffende Planstelle oder ein Äquivalent in Abgang zu stellen.	
(11) Abfindungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen in den jeweiligen Kapiteln zu Lasten der Titel der Gruppe 428 geleistet werden. Die betreffende Stelle darf im laufenden Haushaltsjahr nicht wiederbesetzt werden. Im nächsten Haushaltsjahr ist die Stelle oder ein Äquivalent in Abgang zu stellen. Das Nähere regelt das Finanzministerium.	(11) Abfindungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen in den jeweiligen Kapiteln zu Lasten der Titel der Gruppe 428 geleistet werden. Die betreffende Stelle darf im laufenden Haushaltsjahr nicht wiederbesetzt werden. Das Nähere regelt das Finanzministerium.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(12) Die obersten Landesbehörden dürfen in den Kapiteln 0301 und 0720 und den Haushaltsplänen der Hochschulen Planstellen und Stellen heben, herabgruppieren und umwandeln. Das Finanzministerium und der Finanzausschuss sind jeweils zum 31. März für das abgelaufene Jahr von den Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten zu informieren. Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur kann diese Befugnis für seinen Zuständigkeitsbereich auf die Hochschulen (Kapitel 0720 MG 06), mit Ausnahme der Hochschulmedizin (Tätigkeit am UKSH), übertragen.	
(13) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, im Rahmen von Hochschulprogrammen oder von Drittmittel finanzierten Projekten für die Hochschulen auch mehrjährige Zeitverträge zuzulassen oder abzuschließen. Über die Veränderungen ist der Finanzausschuss jährlich zu unterrichten.	
(14) Das Finanzministerium wird ermächtigt, bei einer sich abzeichnenden Budgetüberschreitung im Folgejahr eine Beförderungssperre für das jeweilige Ressort zu erlassen.	
(15) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Rahmen der ressortübergreifenden Vermittlung von Beschäftigten auf anderweitig zu besetzende Planstellen oder Stellen mit dem Ziel des Abbaus von Personalüberhängen im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts Fortbildungsmittel umzusetzen.	
(16) Die Staatskanzlei wird ermächtigt, der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz für den Fachbereich Allgemeine Verwaltung bis zu eine Beamtin oder einen Beamten des Verwaltungsdienstes unter Verzicht auf die Erstattung von Personalausgaben zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport wird ermächtigt, der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz für den Fachbereich Polizei bis zu fünf Beamtinnen oder Beamte der Laufbahngruppen 2.1 oder 2.2 unter Verzicht auf die Erstattung von Personalausgaben zur Verfügung zu stellen.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(17) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz (Einzelplan 08) oder dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur (Einzelplan 13) im Rahmen von Personalmaßnahmen Haushaltsmittel und Planstellen zwischen der Hauptgruppe 4 des Einzelplans 08 oder des Einzelplans 13 und den Personalkostenzuschusstiteln 0802- 671 23 MG 21, 0804 -682 07 MG 03, 0804 - 682 08 MG 03, 1315 - 682 06 sowie 1315 - 682 07 umzusetzen.	
(18) Soweit zur Deckung eines vorübergehenden unvorhergesehenen und unabweisbaren vordringlichen Personalbedarfs Planstellen und Stellen nach § 50 Absatz 2 und 4 LHO umgesetzt werden, wird das Finanzministerium ermächtigt, diese für den Zeitraum der Umsetzung zu heben und umzuwandeln. Der Finanzausschuss ist zum 31. März durch das aufnehmende Ressort für das abgelaufene Jahr von den Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten zu informieren.	
(19) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bis zu insgesamt 15 im Kapitel 0902 ausgebrachte Stellen für Rechtspflegeanwärterinnen oder Rechtspflegeanwärter und Justizobersekretäranwärterinnen oder Justizobersekretäranwärter in Planstellen der LG 2.1 und LG 1.2 umzuwandeln sowie im Kapitel 0902 ausgebrachte Stellen für Auszubildende in die erforderlichen Stellen bei Titel 0902 - 428 01 umzuwandeln, soweit dies zur Übernahme der dafür ausgebildeten Nachwuchskräfte erforderlich ist.	**- gestrichen -**
(20) Die obersten Landesbehörden dürfen zum Zwecke des Wissenstransfers Planstellen und Stellen unmittelbar vor dem Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers bis zu einer Dauer von maximal sechs Monaten doppelt besetzen. Die daraus entstehenden Ausgaben sind grundsätzlich aus dem Personalbudget des jeweiligen Ressorts zu decken. In begründeten Einzelfällen kann das Finanzministerium auf Antrag die zur Deckung benötigten Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 11 umsetzen. Die Ressorts können die Regelung auf ihren Geschäftsbereich ausweiten; die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend. Die Fälle gemäß Satz 4 sind aus dem eigenen Budget zu decken.	**(19)** Die obersten Landesbehörden dürfen zum Zwecke des Wissenstransfers Planstellen und Stellen unmittelbar vor dem Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers bis zu einer Dauer von maximal sechs Monaten doppelt besetzen. Die daraus entstehenden Ausgaben sind grundsätzlich aus dem Personalbudget des jeweiligen Ressorts zu decken. In begründeten Einzelfällen kann das Finanzministerium auf Antrag die zur Deckung benötigten Haushaltsmittel aus dem Einzelplan 11 umsetzen. Die Ressorts können die Regelung auf ihren Geschäftsbereich ausweiten; die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend. Die Fälle gemäß Satz 4 sind aus dem eigenen Budget zu decken.
(21) Die Staatskanzlei wird ermächtigt, an Stelle von fünf Anwärterinnen oder Anwärtern für den mittleren Dienst (LG 1.2) im Einstellungsjahr 2027 fünf Regierungsinspektoranwärterinnen oder Regierungsinspektoranwärter (LG 2.1) einzustellen und die Stellen entsprechend umzuwandeln.	**(20)** Die Staatskanzlei wird ermächtigt, an Stelle von fünf Anwärterinnen oder Anwärtern für den mittleren Dienst (LG 1.2) im Einstellungsjahr 2027 fünf Regierungsinspektoranwärterinnen oder Regierungsinspektoranwärter (LG 2.1) einzustellen und die Stellen entsprechend umzuwandeln.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(22) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz oder des Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Steigerung der Attraktivität technischer Berufe Planstellen und Stellen zu heben sowie mit Zulagen zu versehen, soweit die damit verbundenen Ausgaben aus Titel 1111 - 971 07 gedeckt sind.	**(21)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz oder des Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Steigerung der Attraktivität technischer Berufe Planstellen und Stellen zu heben sowie mit Zulagen zu versehen, soweit die damit verbundenen Ausgaben aus Titel 1111 - 971 07 gedeckt sind.
(23) Bei den berufsbildenden Schulen (Kapitel 0703 MG 04) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums freie und besetzbare Planstellen oder Stellen für Lehrkräfte mit bis zu zwei Lehrkräften in Ausbildung besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 70 Lehrkräfte in der Ausbildung. Jeweils drei freie und besetzbare Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in den berufsbildenden Schulen (Kapitel 0703 MG 04) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums mit einer Lehrkraft besetzt weden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 10 Lehrkräfte.	**(22)** Bei den berufsbildenden Schulen (Kapitel 0703 MG 04) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums freie und besetzbare Planstellen oder Stellen für Lehrkräfte mit bis zu zwei Lehrkräften in Ausbildung besetzt werden. Die Ermächtigung gilt für bis zu **20** Lehrkräfte in der Ausbildung. Jeweils drei freie und besetzbare Planstellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in den berufsbildenden Schulen (Kapitel 0703 MG 04) dürfen mit Einwilligung des Finanzministeriums mit einer Lehrkraft besetzt weden. Die Ermächtigung gilt für bis zu 10 Lehrkräfte.
§ 15 Übernahme von geprüften Nachwuchskräften	§ 15 Übernahme von geprüften Nachwuchskräften
Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag der obersten Landesbehörden	
1. bis zu 137 zusätzliche mit dem Vermerk „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 18 Monaten“ zu versehende Planstellen oder Stellen in den jeweiligen Einzelplänen auszubringen, soweit sie zur Übernahme aller Nachwuchskräfte - Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende - erforderlich sind, die ihre Ausbildung in der Staatskanzlei, in der Justiz und dem Justizvollzug, in der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein, beim Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, im Landesamt für Umwelt, im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark Schleswig-Holstein, beim Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, im Landesamt für Umwelt, im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz, im Landeslabor, im Landesamt für Vermessung und Geoinformation sowie im Landesarchiv abgeleistet und die entsprechende Abschlussprüfung bestanden haben,	
2. gemäß Nummer 1 ausgebrachte Planstellen oder Stellen mit unveränderter Laufzeit des jeweiligen kw-Vermerkes in einen anderen Einzelplan umzusetzen,	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
3. im Kapitel 0410 bis zu 150 zusätzliche, mit dem Vermerk „künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach 18 Monaten“ zu versehende Planstellen auszubringen, soweit solche Planstellen zur Übernahme aller Nachwuchskräfte der Landespolizei nach bestandener Prüfung erforderlich sind,	
4. im Einzelfall und im Einvernehmen mit dem Zentralen Personalmanagement in der Staatskanzlei einen nach Nummer 1 und 3 ausgebrachten kw-Vermerk um bis zu 18 Monate auf maximal 36 Monate zu verlängern, soweit eine andere freie Planstelle oder Stelle zur Besetzung durch eine übernommene Nachwuchskraft nicht zur Verfügung steht.	
§ 16 Grundstücksangelegenheiten	§ 16 Grundstücksangelegenheiten
(1) Das Finanzministerium darf Ausnahmen von den Bestimmungen des § 63 Absatz 3 und 4 LHO in folgenden Fällen zulassen:	
1. Zur grundbuchrechtlichen Bereinigung der Eigentumsverhältnisse an landeseigenen Straßen und Grundstücken;	
2. zur ganz oder teilweise unentgeltlichen Übertragung des Eigentums oder der Nutzungsbefugnisse an Dritte zur Nutzung im öffentlichen Interesse, soweit das Land gemäß § 1 Absatz 5 Bundeswasserstraßengesetz Eigentümer oder Nutzungsberechtigter an gewonnenen Land- und Hafenflächen und errichteten Bauwerken geworden ist; § 64 Absatz 2 und 3 LHO finden insoweit keine Anwendung; ab einer Grundstücksfläche von mehr als 5.000 qm ist bei Übertragung des Eigentums der Finanzausschuss vor Einwilligung zu unterrichten;	
3. zur mietzinsfreien Überlassung von landeseigenen Liegenschaften an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit und solange diese der Unterbringung von Asylsuchenden, Flüchtlingen (Erst- und Anschlussunterbringung) und Kriegsvertriebenen aus der Ukraine dienen; die Überlassung erfolgt in dem jeweiligen aktuellen Bauzustand ohne Übernahme von Herrichtungs- oder Unterhaltungskosten.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(2) In Einzelfällen wird zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen und Entwicklungsmaßnahmen im Sinne der §§ 136 bis 171 des Baugesetzbuchs erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebiets oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von fünf Jahren verpflichtet.	
(3) Die Fachministerien dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium landeseigene Grundstücke, die der Sicherung von Flächenansprüchen des Naturschutzes dienen sollen, unentgeltlich auf die Stiftung Naturschutz oder andere geeignete Träger übertragen. Die Übertragung von Grundstücken mit einem geschätzten Gesamtwert von mehr als 250.000 Euro bedarf der Zustimmung des Finanzausschusses.	(3) Die Fachministerien dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium landeseigene Grundstücke, die der Sicherung von Flächenansprüchen des Naturschutzes dienen sollen, unentgeltlich auf die Stiftung Naturschutz oder andere geeignete Träger übertragen. **Im Übrigen finden § 64 LHO und die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften Anwendung.**
(4) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, den Pächterinnen und Pächtern von landeseigenen Fischereigehöften vertraglich den Ersatz von Kosten für Renovierungsarbeiten sowie für Um- und Einbauten zuzusichern. Bei Inanspruchnahme sind die Ausgaben zu decken.	(4) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, den Pächterinnen und Pächtern von landeseigenen Fischereigehöften vertraglich den Ersatz von Kosten für Renovierungsarbeiten sowie für Um- und Einbauten **bis zu einem Betrag von 300.000 Euro** zuzusichern. Bei Inanspruchnahme sind die Ausgaben zu decken.
(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ein landeseigenes Grundstück in Lübeck (noch zu vermessende Teilfläche der Flur 4 in der Gemarkung Strecknitz) für die Erweiterung einer Fraunhofer-Einrichtung an die Fraunhofer-Gesellschaft zu veräußern.	
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung zum Zweck der Errichtung preisgünstigen studentischen Wohnraums sowie zur Errichtung von Kindertagesstätten Erbbaurechte an Grundstücken unter teilweisem oder vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu bestellen.	(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung zum Zweck der Errichtung preisgünstigen studentischen Wohnraums sowie zur Errichtung von Kindertagesstätten Erbbaurechte an Grundstücken unter teilweisem oder vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu bestellen. **Die Beschränkungen des § 64 LHO sowie der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften finden im Übrigen Anwendung.**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur die landeseigene Liegenschaft Klaus-Groth-Platz 2 in Kiel für die Nutzung als Tagesklinik für Psychosomatik und Psychotherapie und die landeseigene Liegenschaft Niemannsweg 4 in Kiel für die Nutzung als Psychotherapeutische Ambulanz an die Zentrum für Integrative Psychiatrie ZIP gGmbH zu veräußern.	
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Zweck der Schaffung bezahlbaren Wohnraums landeseigene Grundstücke auf Sylt an die Gemeinde Sylt zu veräußern oder mit einem Erbbaurecht zu belasten. Ein Preisnachlass kann bis zu einem symbolischen Kaufpreis von 1 Euro gewährt werden oder es kann auf einen Erbbauzins teilweise oder vollständig verzichtet werden, wenn nachgewiesen wird, dass ein vollständiger Wertausgleich durch Belegungsrechte für Landesbedienstete sichergestellt ist.	
(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, an der landeseigenen Liegenschaft in Kiel Flur 17, Flurstück 734, Flur 18, Flurstücke 472 und 474 der Gemarkung Kiel-N sowie Flur 18, Flurstücke 541, 546, 544 und 549 der Gemarkung Kiel-N, in Größe von insgesamt 7.684 qm, Postanschrift Lorentzendamm 6-8, ein Erbbaurecht zu Gunsten der Urbane Impulse GmbH, Kiel, oder einer seitens der Nutzer der „Alten Mu“ noch zu gründenden Genossenschaft für Wohnen und/oder Arbeiten bestellen, wenn vertraglich sichergestellt ist, dass ein wirtschaftlich tragfähiges, genehmigungsfähiges Konzept vorliegt, das der dort angesiedelten kreativen Szene eine dauerhafte Perspektive erhält und dass zu diesem Zweck eine konzeptentsprechende Nutzung langfristig festgeschrieben sowie die Spekulation mit Grund und Boden sowie aufstehenden Gebäuden der genannten Liegenschaft ebenso langfristig ausgeschlossen und eine anteilige Nutzung für den sozial verträglichen Wohnungsbau festgeschrieben ist. Der Erbbauzins wird auf Grundlage einer Wertermittlung und in Abhängigkeit der geplanten Nutzungsarten und Nutzungsanteile ermittelt. Die Bewertung erfolgt durch die GMSH.	

Gesetzentwurf der Landesregierung | **Stand Nachschiebeliste**

(10) Das Finanzministerium darf abweichend von § 63 Absatz 3 und 4 LHO zur verbilligten Beschaffung von Bauland gestatten, dass landeseigene Grundstücke an Kommunen oder Dritte unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel fünf Jahre nach Abschluss des Kaufvertrages nicht übersteigen soll, mindestens zu zwei Dritteln zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus bebaut werden. Eine Quotierung ist möglich, wenn sichergestellt ist, dass mindestens zwei Drittel der neu entstandenen Wohneinheiten dem oben genannten Zweck entsprechen. Der Einwilligung des Landtags nach § 64 Absatz 2 LHO bedarf es in diesen Fällen nicht. Das Nähere bestimmen Richtlinien des Finanzministeriums. Unterbleibt die Bebauung, ist das Eigentum an dem Grundstück auf das Land rückzuübertragen. Die hierbei anfallenden Kosten hat die Wiederverkäuferin oder der Wiederverkäufer zu tragen.

(11) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Erbbaurechte an Grundstücken zugunsten der Fraunhofer-Gesellschaft für das Gelände der ehemaligen Gesellschaft für Marine Aquakultur mbH (GMA) in Büsum unter vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu bestellen.

(12) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Liegenschaft „Alter Botanischer Garten“ an die Landeshauptstadt Kiel unentgeltlich zu übertragen.

(13) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Liegenschaft Düsternbrooker Weg 20 „GEOMAR Westufergebäude“ in Kiel für die Realisierung eines Meeresvisualisierungszentrums unentgeltlich an die Landeshauptstadt Kiel zu veräußern.

(14) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium das Flurstück 57 der Flur 21 der Gemarkung Kiel-H in Kiel von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit dem Ziel zu erwerben, dieses Flurstück dem Studentenwerk Schleswig-Holstein unter vollständigem Verzicht auf den Erbbauzins zu überlassen.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(15) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Tourismus und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Flurstücke 177/1; 236; 279/169 und 578 Gemarkung Brunsbüttel, Flur 071 in Brunsbüttel südlich des Hafens Ostermoor zu veräußern und gegenseitige Rückkaufoptionen zu vereinbaren. Das Ministerium für Wirtschaft,Verkehr, Arbeit, Tourismus und Technologie darf die Rückkaufoption bei Vorliegen der vertraglichen Voraussetzungen ausüben, soweit die Finanzierung gesichert ist.	
§ 17 Sonstige Vermögensgegenstände	§ 17 Sonstige Vermögensgegenstände
(1) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass von Landesdienststellen entwickelte oder erworbene Programme der automatisierten Datenverarbeitung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.	
(2) Das Finanzministerium darf Ausnahmen von den Bestimmungen des § 63 Absatz 3 und 4 LHO zulassen	
1. zur unentgeltlichen Übertragung des Eigentums von für Zwecke des Landes entbehrlichen Geräten, Einrichtungsgegenständen und Fahrzeugen an osteuropäische Staaten, insbesondere Ostseeanrainerstaaten, sofern eine Ersatzbeschaffung nicht erforderlich ist oder die Aufwendungen für eine Ersatzbeschaffung im Haushalt veranschlagt oder bereits finanziert sind,	
2. zur unentgeltlichen Übertragung des Eigentums oder zur unentgeltlichen Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen in landeseigenen Häfen oder der Übertragung oder Überlassung unter vollem Wert,	

Gesetzentwurf der Landesregierung | **Stand Nachschiebeliste**

3. zur unentgeltlichen Übertragung des Eigentums an Containern, die ursprünglich für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen vorgesehen waren, an

   a) schleswig-holsteinische Kommunen für Aufgaben der Daseinsvorsorge,

   b) in Schleswig-Holstein befindliche Schulen in öffentlicher oder freier Trägerschaft,

   c) als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannte Körperschaften mit Sitz in Schleswig-Holstein zur Verfolgung ihrer als gemeinnützig anerkannten Zwecke;

   die Überlassung der Container erfolgt nach vorheriger Bestätigung der Entbehrlichkeit durch das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung ohne jegliche Gewährleistungsverpflichtung des Landes und ohne Übernahme weiterer Kosten, zum Beispiel für Transport, Schaffung der Infrastruktur, Rückbau und Unterhaltung,

4. zur Veräußerung von Containern unter ihrem vollen Wert nach vorheriger Bestätigung der Entbehrlichkeit durch das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung; sofern dabei im Einzelfall vom vollen Wert um mehr als 50.000 Euro abgewichen wird, bedarf die Veräußerung der Zustimmung des Finanzausschusses,

(3) Ausnahmen von den Bestimmungen des § 63 Absatz 2 LHO werden zugelassen zur Übertragung des Eigentums an Vermögensgegenständen des Landes im Rahmen von internationalen Hilfeleistungsersuchen bis zu einem Wert von 50.000 Euro pro Hilfeersuchen, sofern die Finanzierung der Ersatzbeschaffung gedeckt ist. Die Überlassung erfolgt ohne Übernahme weiterer Kosten, zum Beispiel für Transport.

(4) Nach § 63 Absatz 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass das Eigentum an Kulturgütern unentgeltlich übertragen werden kann, wenn ein entsprechender Schiedsspruch des Schiedsgerichts NS-Raubgut ergeht.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 18 Bürgschaften und andere Sekundärverpflichtungen	§ 18 Bürgschaften und andere Sekundärverpflichtungen
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachministerium zur Förderung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft Bürgschaften und Gewährleistungen zu übernehmen sowie Kreditaufträge zu erteilen. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen darf 500.000.000 Euro nicht übersteigen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	
(2) Über die Ermächtigung des Absatzes 1 hinaus darf das Finanzministerium gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zur Sicherung der Finanzierung des Schiffbaus auf schleswig-holsteinischen Werften Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen bis zum Höchstbetrag von insgesamt 500.000.000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Fachministerium Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken oder künftigen finanziellen Verpflichtungen, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes oder der aufgrund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, bis zur Höhe von insgesamt 75.000.000 Euro zu übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	
(4) Das Finanzministerium darf gemeinsam mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Absicherung der dem Land Schleswig-Holstein, der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf, der Stiftung Schloss Eutin, der Kunsthalle zu Kiel der Christian-Albrechts-Universität, der Kulturstiftung Hansestadt Lübeck und dem Museum Danevirke überlassenen Leihgaben Landesgarantien und in Ausnahmefällen verschuldensunabhängige Haftungen bis zur Höhe von insgesamt 300.000.000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen. Das Nähere regelt das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur in Abstimmung mit dem Finanzministerium in einer Richtlinie.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, der IT-Verbund Schleswig-Holstein AöR (IT-VSH) im Rahmen einer Vereinbarung eine teilweise Haftungsfreistellung durch das Land Schleswig-Holstein von der Trägerhaftung für Dataport nach § 2 Absatz 5 des Dataport-Staatsvertrages vom 27. August 2003, Anlage zum Gesetz vom 15. November 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 557), zuletzt geändert durch Staatsvertrag vom 29. November 2019, Anlage zum Gesetz vom 30. März 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 170), bis zu einer Gesamthöhe von 10.000.000 Euro zuzusichern. Durch geeignete Regelungen ist sicherzustellen, dass das Land Schleswig-Holstein von der IT-VSH erst in Anspruch genommen werden kann, wenn der Anteil der IT-VSH an dem Stammkapital von Dataport aufgebraucht ist.	
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zugunsten des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein für Forderungen der Projektgesellschaft Immobilienpartner UKSH GMBH gemäß § 16.4.1 des am 30. September 2014 geschlossenen ÖPP-Vertrages eine Bürgschaft zu übernehmen. Die Gesamthöhe dieser Bürgschaft darf 50.000.000 Euro nicht überschreiten. Inanspruchnahmen aus Vorjahren sind anzurechnen.	
§ 19 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport	§ 19 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport
(1) Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein - Anstalt des öffentlichen Rechts für anteilige Beihilfeansprüche von Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, für die gemäß versicherungsmathematischem Gutachten zum Jahresabschluss jeweils berechnete erforderliche Höhe abzugeben.	
(2) Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) mit der Umsetzung eines Wohnungsbauprogrammes für Menschen mit geringem Einkommen zur Schaffung von preisgünstigen Wohnungen zu beauftragen und der IB.SH die Erstattung der aus der Refinanzierung entstehenden Zinsen zuzusagen.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(3) Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport darf sich im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gegenüber der IB.SH verpflichten, Darlehen, die die IB.SH ab dem 1. Januar 2016 im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm für Menschen mit geringem Einkommen zur Schaffung von preisgünstigen Wohnungen gewährt, auf Anforderung der IB.SH zum Nennwert zu übernehmen.	**(2)** Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport darf sich im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gegenüber der IB.SH verpflichten, Darlehen, die die IB.SH ab dem 1. Januar 2016 im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm für Menschen mit geringem Einkommen zur Schaffung von preisgünstigen Wohnungen gewährt, auf Anforderung der IB.SH zum Nennwert **bis zur Höhe von 286.000.000 Euro** zu übernehmen.
(4) Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die IB.SH zu beauftragen, zur Bereitstellung von zusätzlichen zinsgünstigen Darlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung Mittel von bis zu 695.000.000 Euro im Jahr 2027 am Finanzmarkt aufzunehmen sowie der IB.SH die Erstattung des aus der Refinanzierung entstehenden Zinsbedarfes zuzusagen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren (2026 bis zu 475.000.000 Euro) sind anzurechnen.	**(3)** Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die IB.SH zu beauftragen, zur Bereitstellung von zusätzlichen zinsgünstigen Darlehen im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung Mittel von bis zu 695.000.000 Euro im Jahr 2027 am Finanzmarkt aufzunehmen sowie der IB.SH die Erstattung des aus der Refinanzierung entstehenden Zinsbedarfes zuzusagen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren (2026 bis zu 475.000.000 Euro) sind anzurechnen.
§ 20 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums	§ 20 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, für den Fachbereich Steuerverwaltung der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz das notwendige Personal, insgesamt bis zu 11 Personen, gegen Kostenübernahme zur Verfügung zu stellen.	
(2) Das Finanzministerium darf im Zusammenhang mit den Auswirkungen von Tierseuchen gegen Deckung zusätzliche Haushaltsmittel bereitstellen, erforderliche neue Titel einrichten und Haushaltsmittel umsetzen.	**- gestrichen -**
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Aufgabenerledigung der Fachaufsicht Geschäftsbereich Bundesbau durch das Amt für Bundesbau erforderlichen Anpassungen aufgrund sich ändernder Aufgaben und Bauvolumina vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken sowie im Einvernehmen mit dem Bund Planstellen und Stellen ausgebracht oder geändert werden, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(2)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, die zur Aufgabenerledigung der Fachaufsicht Geschäftsbereich Bundesbau durch das Amt für Bundesbau erforderlichen Anpassungen aufgrund sich ändernder Aufgaben und Bauvolumina vorzunehmen. In diesem Zusammenhang dürfen **nach Maßgabe der Vorgaben des Bundes** erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und den entsprechenden Haushaltsvermerken sowie im Einvernehmen mit dem Bund Planstellen und Stellen ausgebracht oder geändert werden, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit den öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften eine Vereinbarung über die Verteilung von Versorgungslasten bei Wechsel von Beamtinnen und Beamten oder Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten zwischen dem Land und den öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften abzuschließen, die den Regelungen des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln (Versorgungslastenteilungsgesetz - VersLastG) vom 3. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 493) entspricht.	**(3)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit den öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften eine Vereinbarung über die Verteilung von Versorgungslasten bei Wechsel von Beamtinnen und Beamten oder Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten zwischen dem Land und den öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften abzuschließen, die den Regelungen des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrenwechseln (Versorgungslastenteilungsgesetz - VersLastG) vom 3. Juni 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 493) entspricht.
(5) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit den zuständigen Ressorts im Zusammenhang mit der Verwaltung von Sondervermögen des Landes sowie der Umsetzung der aus diesen Sondervermögen finanzierten Programme Titel und Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(4)** Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit den zuständigen Ressorts im Zusammenhang mit der Verwaltung von Sondervermögen des Landes sowie der Umsetzung der aus diesen Sondervermögen finanzierten Programme Titel und Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.
(6) Kassengeschäfte für die von der IB.SH verwalteten Sondervermögen des Landes dürfen vom Finanzministerium - Landeskasse - wahrgenommen werden. Das Nähere, insbesondere die Sicherstellung des Zahlungsausgleichs zum Jahresende, ist zwischen dem Finanzministerium und der IB.SH zu vereinbaren.	**(5)** Kassengeschäfte für die von der IB.SH verwalteten Sondervermögen des Landes dürfen vom Finanzministerium - Landeskasse - wahrgenommen werden. Das Nähere, insbesondere die Sicherstellung des Zahlungsausgleichs zum Jahresende, ist zwischen dem Finanzministerium und der IB.SH zu vereinbaren.
(7) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport zur Umsetzung des kommunalen Infrastrukturprogramms erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, soweit die Finanzierung gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, nach der Auflösung der hsh finanzfonds AöR und der hsh portfoliomanagement AöR für nachfolgende Ausgaben die erforderlichen Titel und Haushaltsvermerke einzurichten und zu ändern sowie zusätzliche Ausgaben zu leisten, soweit die Finanzierung gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(9) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Spielbanken SH GmbH und deren Töchterunternehmen zu veräußern.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 21 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz	§ 21 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz
(1) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Aufgabenübertragungsverträge mit der IB.SH gemäß § 8 des Investitionsbankgesetzes vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes vom 29. April 2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 549), zur Übertragung der verwaltungsmäßigen Durchführung der EU-Förderprogramme der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ (INTERREG) abzuschließen. Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird des Weiteren ermächtigt, gegenüber der EU Gewährleistungen für die Beteiligung von Partnern aus Schleswig- Holstein an den Förderprogrammen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ bis zu einem Betrag von 15.000.000 Euro zu übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz im Zusammenhang mit dem Wasserstoffprojekt „H2ignite“ erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen, zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen und Stellen umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahme im Einzelplan 08 gedeckt ist.	(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz im Zusammenhang mit dem Wasserstoffprojekt „H2ignite“ erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen, zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen und Stellen umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahme im Einzelplan 08 gedeckt ist **und ein Betrag von 1.186.131 Euro nicht überschritten wird**.

Gesetzentwurf der Landesregierung | **Stand Nachschiebeliste**

(3) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, bei gemeinsam mit der Europäischen Union (EU) finanzierten Maßnahmen Zusagen in Höhe der jeweils vorgesehenen EU-Fördermittel zu machen oder entsprechende Zahlungen zu leisten, soweit diese im Rahmen der bestehenden Ausgabeermächtigungen eingelöst werden können. Diese Ermächtigung gilt für folgende gemeinsam mit der EU finanzierte Programme:

1. Programm des Landes Schleswig-Holstein zur Entwicklung des ländlichen Raumes nach der Verordnung (EU) Nr. 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013.

2. Deutsches Programm für den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) 2021 bis 2027 (CCI-Nr. 2021 DE14MFPR001) gemäß Verordnung (EU) 2021/1139 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2021 über den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1004 in der jeweils aktuellen Fassung.

(4) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber den Schleswig-Holsteinischen Landesforsten - Anstalt des öffentlichen Rechts für anteilige Pensionsansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, in Höhe von 255.000 Euro und für anteilige Pensionsbeihilfeansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, in Höhe von 30.000 Euro abzugeben.

(5) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, gegenüber der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein auf die Abführung von Einnahmen aus Gebühren, Bußgeldern und sonstigen Erlösen, die über den in die Berechnung des Zuschusses bei Titel 0802 - 671 23 MG 21 eingestellten Einnahmebetrag hinausgehen, zu verzichten, soweit diese zusätzlichen Einnahmen zur Deckung von notwendigen Kosten der Landwirtschaftskammer aus der Wahrnehmung der Weisungsaufgabe verwendet werden.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(6) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutzwird ermächtigt, der Akademie für ländliche Räume e.V. im Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung am Standort Flintbek Büroinfrastruktur in einem Gegenwert von bis zu 10.000 Euro zur unentgeltlichen Nutzung zur Verfügung zu stellen.	
(7) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die zum Zweck der Wahrnehmung der Zuständigkeiten des Landes Schleswig-Holstein nach dem Konsumcannabisgesetz vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 109, S. 2), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 207), erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den erforderlichen Ansätzen, Haushaltsvermerken und Erläuterungen einzurichten, umzusetzen, zu ändern, in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen und Stellen auszubringen, umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	(7) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die zum Zweck der Wahrnehmung der Zuständigkeiten des Landes Schleswig-Holstein nach dem Konsumcannabisgesetz vom 27. März 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 109, S. 2), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Juni 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 207), erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den erforderlichen Ansätzen, Haushaltsvermerken und Erläuterungen einzurichten, umzusetzen und zu ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.
(8) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die zum Zweck des Betriebs der EDV-Lösung DigiFisch-Dok für das Land Schleswig-Holstein und der Umsetzung einer Verwaltungsvereinbarung der Länder über die Nutzung der EDV-Lösung DigiFischDok zur länderübergreifenden Kooperation beim Betrieb und der Weiterentwicklung bundesweit nutzbarer digitalisierter fischereilicher Verwaltungsleistungen erforderlichen Titel ein-schließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den erforderlichen Ansätzen, Haushaltsvermerken und Erläuterungen einzurichten, umzusetzen, zu ändern, in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen und Stellen auszubringen, umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahmen durch Einnahmen aus Verwaltungsgebühren und Erstattungen der teilnehmenden Bundesländer gedeckt ist. Soweit die Ermächtigung nach Satz 1 für den Einzelplan 14 in Anspruch genommen werden soll, ist das Einvernehmen des CIO erforderlich.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(9) Das Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zum Zweck der Unterstützung der ukrainischen Oblast Cherson durch die Lieferung von Hilfsgütern erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den erforderlichen Ansätzen, Haushaltsvermerken und Erläuterungen einzurichten, umzusetzen, zu ändern, in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen bis zu einer Höhe von 1.000.000 Euro einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
§ 22 Hochschulen und Forschungsinstitute	§ 22 Hochschulen und Forschungsinstitute
(1) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit Beteiligungen von Hochschulen gemäß § 3 Absatz 2 Hochschulgesetz erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen sowie erforderliche Umsetzungen von Mitteln vornehmen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) in das Betriebsmittelverfahren für öffentliche Kassen einzubeziehen und das Nähere mit dem UKSH zu vereinbaren.	**(1)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) in das Betriebsmittelverfahren für öffentliche Kassen einzubeziehen und das Nähere mit dem UKSH zu vereinbaren.
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im Zusammenhang mit dem Umwandlungsprozess der Universität Lübeck in eine Stiftungsuniversität und für den Betrieb der Stiftungsuniversität erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern sowie Planstellen und Stellen auszubringen, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(4) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium mit der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vertragliche Vereinbarungen über die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung von Gebäuden der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein in Osterrönfeld, die von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kiel genutzt werden, zu schließen. Es kann entweder die Durchführung von Maßnahmen durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein oder die Durchführung als Landesbaumaßnahmen vorgesehen werden. Zur Umsetzung des Vertrages kann das Finanzministerium erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern, in zusätzliche Ausgaben einwilligen sowie erforderliche Umsetzungen von Mitteln vornehmen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.	**(2)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, **im Rahmen im Kapitel 1607 vorhandener Mittel** im Einvernehmen mit dem Finanzministerium mit der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vertragliche Vereinbarungen über die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung von Gebäuden der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein in Osterrönfeld, die von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Kiel genutzt werden, zu schließen. Es kann entweder die Durchführung von Maßnahmen durch die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein oder die Durchführung als Landesbaumaßnahmen vorgesehen werden.
(5) Auf Antrag der staatlichen Hochschulen des Landes darf das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im Einvernehmen mit dem Finanzministerium neue Planstellen und Stellen einrichten sowie kw-Vermerke streichen, die in den Stellenplänen und -übersichten der Hochschulen aufzunehmen sind, soweit die Hochschulen eine zwischen dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und dem Finanzministerium abgestimmte langfristige Personalplanung vorlegen.	**(3)** Auf Antrag der staatlichen Hochschulen des Landes darf das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im Einvernehmen mit dem Finanzministerium neue Planstellen und Stellen einrichten sowie kw-Vermerke streichen, die in den Stellenplänen und -übersichten der Hochschulen aufzunehmen sind, soweit die Hochschulen eine zwischen dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und dem Finanzministerium abgestimmte langfristige Personalplanung vorlegen.
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Sicherstellung eines geeigneten Insolvenzschutzes für die Arbeitszeitregelungen über Langzeitkonten bei der Max-Planck-Gesellschaft Bürgschaften und Gewährleistungen bis zu einer Gesamthöhe von 50.000 Euro zu übernehmen.	**(4)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Sicherstellung eines geeigneten Insolvenzschutzes für die Arbeitszeitregelungen über Langzeitkonten bei der Max-Planck-Gesellschaft Bürgschaften und Gewährleistungen bis zu einer Gesamthöhe von 50.000 Euro zu übernehmen.
(7) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit dem OP EFRE S-H 2021 - 2027 erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten oder ändern, sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(8) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und nach Einwilligung des Finanzausschusses zum Zwecke der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Unterstützung von Projekten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V., der Max-Planck-Gesellschaft, der Union der Akademien - Akademienprogramm sowie der Leibniz-Gemeinschaft in Schleswig-Holstein erforderlich werdende Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von bis zu 3.000.000 Euro einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(9) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und mit der Staatskanzlei zum Zwecke der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit der Unterstützung von Projekten für die Digitalisierung in Schleswig-Holstein erforderlich werdende Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(10) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zur Umsetzung der Auswirkungen einer Neuregelung der Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) vom 27. Juni 2002 (BGBL. I S. 2405), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 7. Juni 2023 (BGBl. I Nr. 148), erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten oder ändern und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist. Der Gesamtbetrag der Zuschüsse für investive Maßnahmen darf 4.000.000 Euro nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag der Zuschüsse für Forschung und Lehre in der klinischen Medizin, die aus der voraussichtlichen Neuregelung entstehen, darf 2.754.000 Euro im Jahr nicht übersteigen. Die Zuschüsse verringern sich um Beträge, die vom Bund für den jeweiligen Zweck bereitgestellt werden.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(11) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit dem Antragsverfahren zur Exzellenzstrategie der schleswig-holsteinischen Hochschulen Zusagen zur erforderlichen Antragsunterstützung und für die damit verbundenen Ausgaben abgeben. Im Falle der erfolgreichen Bewerbung dürfen die für die damit einhergehende Kofinanzierung des Landes an der Finanzierung der Exzellenzcluster und der Exzellenzuniversität gemäß der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken eingerichtet oder geändert sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen eingewilligt werden, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(12) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit einem Bund-Länder-Programm über die Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen erforderlich werdende Planstellen und Stellen sowie Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(13) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Allianz für Lehrkräftebildung erforderlich werdende Planstellen und Stellen sowie Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(5)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Allianz für Lehrkräftebildung **im Rahmen des im Hochschulvertrag 2026-2029 hierfür vorgesehenen zusätzlichen Budgets bis zu 35** Planstellen und Stellen sowie Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.
(14) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium in eine Erhöhung des Landesanteils für den laufenden Betrieb der Forschungseinrichtung European XFEL einwilligen, soweit dies als Folge eines vollständigen oder teilweisen Ausfalls russischer Beitragszahlungen erforderlich wird. Der Finanzausschuss ist unverzüglich zu unterrichten.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(15) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zur Umsetzung der Ergebnisse und Inhalte der Landestransferstrategie des Landes Schleswig-Holsteins oder des Landestransferrates erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten oder ändern, sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(16) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Kreditverbindlichkeiten des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein aus Investitionsmaßnahmen aus und im Zusammenhang mit dem Immobilien-ÖPP nach § 9 Absatz 1 oder § 92 Absatz 3 Satz 2 Nummer 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntgabe vom 5. Februar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 39), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2025 (GVOBl. Schl.-H. 2025/ 144), bis zu einer Höhe von 921.539.000 Euro zu übernehmen. Dies beinhaltet die rechtsverbindliche Verpflichtung zur Übernahme der Kreditverbindlichkeiten gegenüber Dritten. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	**(6)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, Kreditverbindlichkeiten des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein aus Investitionsmaßnahmen aus und im Zusammenhang mit dem Immobilien-ÖPP nach § 9 Absatz 1 oder § 92 Absatz 3 Satz 2 Nummer 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntgabe vom 5. Februar 2016 (GVOBl. Schl.-H. S. 39), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2025 (GVOBl. Schl.-H. 2025/ 144), bis zu einer Höhe von 921.539.000 Euro zu übernehmen. Dies beinhaltet die rechtsverbindliche Verpflichtung zur Übernahme der Kreditverbindlichkeiten gegenüber Dritten. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.
§ 23 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	§ 23 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(1) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit Verkehrsunternehmen, Fahrzeugvorhaltegesellschaften und Finanziers Vereinbarungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Verkehrsbedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) einschließlich etwaiger SPNV-Ersatzleistungen mit dem Ziel, die Attraktivität zu erhöhen, schließen und dabei zusagen, diese bei einer etwaigen Umsatzsteuerpflicht der Zuschüsse des Landes von entsprechenden Belastungen freizustellen. Hierzu gehören auch Garantien des Landes, mit denen es umfassend die Risiken aus der Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen, auch einrede- und einwendungsfrei, übernimmt. Darüber hinaus können Vereinbarungen über die Beteiligung des Landes an Fahrzeugvorhaltegesellschaften zwecks Abwendung drohender Insolvenz oder einer sonstigen Krisensituation getroffen werden.	(1) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit Verkehrsunternehmen, Fahrzeugvorhaltegesellschaften und Finanziers Vereinbarungen zur Stabilisierung und Verbesserung der Verkehrsbedienung im öffentlichen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) einschließlich etwaiger SPNV-Ersatzleistungen mit dem Ziel, die Attraktivität zu erhöhen, schließen und dabei zusagen, diese bei einer etwaigen Umsatzsteuerpflicht der Zuschüsse des Landes von entsprechenden Belastungen freizustellen. Hierzu gehören auch Garantien des Landes, mit denen es umfassend die Risiken aus der Finanzierung von SPNV-Fahrzeugen, auch einrede- und einwendungsfrei, **bis zur Höhe von insgesamt 1.500.000.000 Euro** übernimmt. Darüber hinaus können Vereinbarungen über die Beteiligung des Landes an Fahrzeugvorhaltegesellschaften zwecks Abwendung drohender Insolvenz oder einer sonstigen Krisensituation getroffen werden.
(2) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus oder anderen betroffenen Ressorts im Zusammenhang mit der Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben einwilligen, die infolge Nichtbesetzung oder Wegfalls von Planstellen und Stellen erspart werden.	**- gestrichen -**
(3) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit der Freien und Hansestadt Hamburg, schleswig-holsteinischen Kreisen und kreisfreien Städten Vereinbarungen über ein ÖPNV-Angebot zur ausreichenden und sicheren Versorgung der Bevölkerung mit Nahverkehrsleistungen, über die Einführung eines landesweit geltenden Tarifsystems zur transparenteren ÖPNV-Nutzung sowie zur Gründung und zum Betrieb einer diesen Zielen dienenden Nahverkehrsinstitution schließen, in denen auch die Finanzierung geregelt wird.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(4) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus bei Übernahme oder Umstellung der Verwaltung von Kreisstraßen durch das Land gemäß § 53 Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein vom 25. November 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 631), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 622), erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen und in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, soweit hierfür nicht veranschlagte Mittel von anderer Seite zweckgebunden gezahlt oder rechtsverbindlich zugesagt sind oder die Finanzierung der Maßnahmen anderweitig gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(5) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen Verträge schließen mit der Zusage, sich im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen an den Planungskosten für Schieneninfrastrukturmaßnahmen zu beteiligen sowie im Falle der Nichtrealisierung der betreffenden Maßnahmen den Eisenbahninfrastrukturunternehmen diese zu erstatten, wenn das jeweilige Projekt aus Gründen, die das Land zu vertreten hat, nicht realisiert wird. Zudem dürfen Vereinbarungen mit dem Bund, der Freien und Hansestadt Hamburg und den Eisenbahninfrastrukturunternehmen zur Finanzierung der Realisierung von Eisenbahninfrastrukturprojekten getroffen werden. Außerdem dürfen Mittel für grundstücksbezogene Rechtsgeschäfte sowie zur Herrichtung von Grundstücken zur zweckgerechten Verwendung nach dem Landeseisenbahngesetz, die zur Realisierung einer Schieneninfrastrukturmaßnahme erforderlich sind, Eisenbahninfrastrukturunternehmen, Verkehrsunternehmen oder der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung gestellt werden, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist. Ferner dürfen Verträge, die auch Finanzierungsregelungen enthalten, mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen geschlossen werden, um gefährdete Trassen zu sichern oder um die Eisenbahninfrastruktur zu erhalten oder zu verbessern. Das Finanzministerium darf erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.	**(2)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung des Finanzausschusses mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen Verträge schließen mit der Zusage, sich im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen an den Planungskosten für Schieneninfrastrukturmaßnahmen zu beteiligen sowie im Falle der Nichtrealisierung der betreffenden Maßnahmen den Eisenbahninfrastrukturunternehmen diese zu erstatten, wenn das jeweilige Projekt aus Gründen, die das Land zu vertreten hat, nicht realisiert wird. Zudem dürfen Vereinbarungen mit dem Bund, der Freien und Hansestadt Hamburg und den Eisenbahninfrastrukturunternehmen zur Finanzierung der Realisierung von Eisenbahninfrastrukturprojekten getroffen werden. Außerdem dürfen Mittel für grundstücksbezogene Rechtsgeschäfte sowie zur Herrichtung von Grundstücken zur zweckgerechten Verwendung nach dem Landeseisenbahngesetz, die zur Realisierung einer Schieneninfrastrukturmaßnahme erforderlich sind, Eisenbahninfrastrukturunternehmen, Verkehrsunternehmen oder der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung gestellt werden, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist. Ferner dürfen Verträge, die auch Finanzierungsregelungen enthalten, mit Eisenbahninfrastrukturunternehmen geschlossen werden, um gefährdete Trassen zu sichern oder um die Eisenbahninfrastruktur zu erhalten oder zu verbessern. Das Finanzministerium darf erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen **in Höhe von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses in Höhe von 25.000.000 Euro** einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(6) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber der Eichdirektion Nord - Anstalt des öffentlichen Rechts für anteilige Beihilfeansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, in Höhe bis zu 300.000 Euro abzugeben.	**(3)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber der Eichdirektion Nord - Anstalt des öffentlichen Rechts für anteilige Beihilfeansprüche an Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte, soweit sie auf Beschäftigungszeiten beim Land Schleswig-Holstein beruhen, in Höhe bis zu 300.000 Euro abzugeben.
(7) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der IB.SH die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen der IB.SH Darlehensprogramme für KMU zugesagten Darlehen garantieren. Die von der IB.SH zugesagten Darlehen dürfen eine Laufzeit von maximal zwölf Jahren sowie die einmalige Möglichkeit der Verlängerung um zwei Jahre haben. Das Obligo dieser Darlehen darf pro Haushaltsjahr in der Summe 20.000.000 Euro nicht übersteigen. Die Ausfallgarantie des Landes darf bis zu 3.500.000 Euro betragen.	**(4)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der IB.SH die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen der IB.SH Darlehensprogramme für KMU zugesagten Darlehen garantieren. Die von der IB.SH zugesagten Darlehen dürfen eine Laufzeit von maximal zwölf Jahren sowie die einmalige Möglichkeit der Verlängerung um zwei Jahre haben. Das Obligo dieser Darlehen darf pro Haushaltsjahr in der Summe 20.000.000 Euro nicht übersteigen. Die Ausfallgarantie des Landes darf bis zu 3.500.000 Euro betragen.
(8) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wird ermächtigt, im Rahmen der Kommunalisierung, Privatisierung und Einziehung der landeseigenen Häfen Vereinbarungen über die Übertragung des Eigentums von Hafengrundstücken, Wasserflächen und sonstigen Vermögensgegenständen und des Hafenbetriebes einschließlich damit im Zusammenhang stehender Rechtsgeschäfte zu schließen. Für diese Fälle kann das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Ausnahmen von den §§ 63 und 64 LHO zulassen; es darf erforderliche Titel sowie Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten oder ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(9) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung durch den Finanzausschuss zur Absicherung bestimmter Kredite der AKN Eisenbahn AG oder ihrer Tochtergesellschaften Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 70.000.000 Euro übernehmen.	**(5)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Einwilligung durch den Finanzausschuss zur Absicherung bestimmter Kredite der AKN Eisenbahn AG oder ihrer Tochtergesellschaften Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 70.000.000 Euro übernehmen.
(10) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber der Wirtschaftsförderung und Technologie Transfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) für Pensionsansprüche ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zur Höhe von 40.000 Euro abzugeben.	**(6)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus wird ermächtigt, eine Freihalteerklärung gegenüber der Wirtschaftsförderung und Technologie Transfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH) für Pensionsansprüche ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zur Höhe von 40.000 Euro abzugeben.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(11) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium für gewährte Beteiligungen im Rahmen eines innovativ ausgerichteten Beteiligungsfonds aus dem OP EFRE S-H 2021-2027 entstehende Ausfälle bis zu einem Gesamtvolumen von 50.000.000 Euro garantieren. Die Ausfallgarantie des Landes darf in der Summe den Betrag von 6.000.000 Euro und im Einzelfall 12 % an einer Beteiligung nicht überschreiten. Die bis zum 31. Dezember 2029 aus dem Beteiligungsfonds gewährten Beteiligungen dürfen einmalig um fünf Jahre verlängert und maximal bis zum 31. Dezember 2044 garantiert werden.	**(7)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium für gewährte Beteiligungen im Rahmen eines innovativ ausgerichteten Beteiligungsfonds aus dem OP EFRE S-H 2021-2027 entstehende Ausfälle bis zu einem Gesamtvolumen von 50.000.000 Euro garantieren. Die Ausfallgarantie des Landes darf in der Summe den Betrag von 6.000.000 Euro und im Einzelfall 12 % an einer Beteiligung nicht überschreiten. Die bis zum 31. Dezember 2029 aus dem Beteiligungsfonds gewährten Beteiligungen dürfen einmalig um fünf Jahre verlängert und maximal bis zum 31. Dezember 2044 garantiert werden.
(12) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium entstehende Ausfälle der im Rahmen des EFRE-Risikokapital-Fonds Schleswig-Holstein II (ERF II / EFRE II) gewährten Beteiligungen bis zu einem Fondsvolumen von 2.000.000 Euro garantieren. Die Ausfallgarantie des Landes darf in der Summe den Betrag von 1.400.000 Euro und im Einzelfall 70 % an einer Beteiligung nicht übersteigen. Die bis zum 31. Dezember 2025 laufenden Beteiligungen dürfen um maximal fünf Jahre verlängert und maximal bis zum 31. Dezember 2030 garantiert werden.	**(8)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium entstehende Ausfälle der im Rahmen des EFRE-Risikokapital-Fonds Schleswig-Holstein II (ERF II / EFRE II) gewährten Beteiligungen bis zu einem Fondsvolumen von 2.000.000 Euro garantieren. Die Ausfallgarantie des Landes darf in der Summe den Betrag von 1.400.000 Euro und im Einzelfall 70 % an einer Beteiligung nicht übersteigen. Die bis zum 31. Dezember 2025 laufenden Beteiligungen dürfen um maximal fünf Jahre verlängert und maximal bis zum 31. Dezember 2030 garantiert werden.
(13) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Verstetigungsprogrammes der Säule II der KfW bis 2042 gewährten Beteiligungen garantieren. Das Fondsvolumen darf während des Investitionszeitraums von vier Jahren den Betrag von 20.000.000 Euro nicht überschreiten. Die Ausfallgarantie des Landes darf in der Summe den Betrag von 3.000.000 Euro und im Einzelfall 15 % an einer Beteiligung nicht überschreiten. Die bis zum 31. Dezember 2027 aus dem Verstetigungsprogramm gewährten Beteiligungen dürfen um maximal fünf Jahre verlängert und maximal bis zum 31. Dezember 2042 garantiert werden.	**(9)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Verstetigungsprogrammes der Säule II der KfW bis 2042 gewährten Beteiligungen garantieren. Das Fondsvolumen darf während des Investitionszeitraums von vier Jahren den Betrag von 20.000.000 Euro nicht überschreiten. Die Ausfallgarantie des Landes darf in der Summe den Betrag von 3.000.000 Euro und im Einzelfall 15 % an einer Beteiligung nicht überschreiten. Die bis zum 31. Dezember 2027 aus dem Verstetigungsprogramm gewährten Beteiligungen dürfen um maximal fünf Jahre verlängert und maximal bis zum 31. Dezember 2042 garantiert werden.
(14) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus für Maßnahmen zur Förderung der Dekarbonisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft erforderliche Titel sowie Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten oder zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung durch Entnahmen aus dem Sondervermögen Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Bürgerenergie gedeckt ist.	**(10)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus für Maßnahmen zur Förderung der Dekarbonisierung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung durch Entnahmen aus dem Sondervermögen Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Bürgerenergie **von insgesamt jährlich nicht mehr als 25.000.000 Euro** gedeckt ist. **Ab dem Betrag von 5.000.000 Euro bedarf die Entnahme der Einwilligung des Finanzausschusses.**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(15) Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Förderprogramms „Unternehmensübernahme Plus“ bis 2030 gewährten Beteiligungen garantieren. Das Beteiligungsvolumen darf während des Investitionszeitraums den Betrag von 10.000.000 Euro nicht überschreiten. Die Garantie des Landes darf bei dem zu Grunde gelegten Beteiligungsvolumen bis zu 40 % betragen. Die aus diesem Volumen gewährten Beteiligungen dürfen maximal eine Laufzeit von 10 Jahren haben. Sie dürfen einmalig um bis zu fünf Jahre verlängert werden.	**(11)** Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Förderprogramms „Unternehmensübernahme Plus“ bis 2030 gewährten Beteiligungen garantieren. Das Beteiligungsvolumen darf während des Investitionszeitraums den Betrag von 10.000.000 Euro nicht überschreiten. Die Garantie des Landes darf bei dem zu Grunde gelegten Beteiligungsvolumen bis zu 40 % betragen. Die aus diesem Volumen gewährten Beteiligungen dürfen maximal eine Laufzeit von 10 Jahren haben. Sie dürfen einmalig um bis zu fünf Jahre verlängert werden.
§ 24 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	§ 24 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Förderung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Mittel aus den in den Kapiteln 0711 bis 0715 veranschlagten Personalkostenansätzen umzusetzen, erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern sowie Planstellen und Stellen auszubringen, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Förderung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur **bis zu 15 Planstellen und Stellen auszubringen oder umzusetzen,** soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.
(2) Das Finanzministerium darf im Einvernehmen mit dem Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur die im Zusammenhang mit der Neuordnung der vertraglichen Beziehungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg erforderlich werdenden Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einwilligen, soweit die Finanzierung gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(3) Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder anderer Ressorts und gegebenenfalls im Einvernehmen mit weiteren Ressorts im Zusammenhang mit Veränderungen bei Landesförderzentren im Sinne von § 54 Absatz 2 Schulgesetz erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und entsprechenden Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen, umsetzen und ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einwilligen, soweit die Maßnahmen gedeckt sind. Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder andere Ressorts dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium in diesem Zusammenhang Verträge zur Regelung der Angelegenheiten dieser Förderzentren schließen, soweit die Finanzierung gedeckt ist.	**(2)** Das Finanzministerium darf auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur oder anderer Ressorts und gegebenenfalls im Einvernehmen mit weiteren Ressorts im Zusammenhang mit Veränderungen bei Landesförderzentren im Sinne von § 54 Absatz 2 Schulgesetz **bis zu 15 Planstellen und Stellen ausbringen, umsetzen und ändern. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.**
(4) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf der Kulturstiftung des Landes zusagen, dass auf die Erstattung von Personal- und Sachausgaben verzichtet wird, die durch den Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes im Rahmen der Geschäftsführung der Kulturstiftung entstehen.	**(3)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf der Kulturstiftung des Landes zusagen, dass auf die Erstattung von Personal- und Sachausgaben **im Umfang von 0,5 VZÄ der BesGr. A 15** verzichtet wird, die durch den Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes im Rahmen der Geschäftsführung der Kulturstiftung entstehen.
(5) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zur Sicherung der Finanzierung der Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival Bürgschaften, Garantien, Sicherheitsleistungen einschließlich Patronatserklärungen oder sonstige Gewährleistungen bis zu einem Betrag von 1.200.000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.	**(4)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zur Sicherung der Finanzierung der Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival Bürgschaften, Garantien, Sicherheitsleistungen einschließlich Patronatserklärungen oder sonstige Gewährleistungen bis zu einem Betrag von 1.200.000 Euro übernehmen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.
(6) Auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf das Finanzministerium für das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein Stellen einrichten, kw-Vermerke ausbringen und streichen, soweit die Finanzierung gesichert ist.	**(5)** Auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf das Finanzministerium für das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein **Planstellen und** Stellen mit entsprechenden kw-Vermerken einrichten, soweit die Finanzierung **durch Dritte** gesichert ist.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(7) Zur Umsetzung von Bundesprogrammen zur Förderung der Digitalisierung des Schulwesens darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen oder ändern, soweit die Maßnahmen gedeckt sind.	**(6)** Zur Umsetzung von Bundesprogrammen zur Förderung der Digitalisierung des Schulwesens darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen **mit entsprechendem kw-Vermerk** ausbringen oder ändern, soweit die Maßnahmen **aus der zu diesem Zweck im Einzelplan 11 veranschlagten Vorsorge (vgl. Tit. 1111 - 971 02) oder den im Kapitel 0709 veranschlagten Mitteln gedeckt sind**.
(8) Zur Umsetzung des mit dem Bund vereinbarten Startchancen-Programms darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen oder ändern, soweit die Maßnahmen gedeckt sind.	**(7)** Zur Umsetzung des mit dem Bund vereinbarten Startchancen-Programms darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur **im Rahmen und bis zur Höhe der insgesamt vorhandenen Programmmittel (Finanzhilfen des Bundes zzgl. Kofinanzierungsmittel des Landes)** erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen **mit entsprechendem kw-Vermerk** ausbringen oder ändern, soweit die **Finanzierung der** Maßnahmen gedeckt **ist**.
(9) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, der Stiftung für die friesische Volksgruppe im Land Schleswig-Holstein (Friesenstiftung) zu gestatten, bis zu 75 % der nach § 7 Absatz 4 Nummer 5 und § 8 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregelung des Glücksspielwesens in Deutschland vom 2. Februar 2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 92) zur Verfügung stehenden Mittel für die Erfüllung ihres Stiftungszwecks zu verwenden. Die Mittel sind ansonsten ausschließlich für die Aufstockung des Stiftungsvermögens der Friesenstiftung zu nutzen.	**(8)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, der Stiftung für die friesische Volksgruppe im Land Schleswig-Holstein (Friesenstiftung) zu gestatten, bis zu 75 % der nach § 7 Absatz 4 Nummer 5 und § 8 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregelung des Glücksspielwesens in Deutschland vom 2. Februar 2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 92) zur Verfügung stehenden Mittel für die Erfüllung ihres Stiftungszwecks zu verwenden. Die Mittel sind ansonsten ausschließlich für die Aufstockung des Stiftungsvermögens der Friesenstiftung zu nutzen.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(10) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit dem Ausbau des schulischen Ganztags aufgrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder (Investitions- und Betriebskosten) auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen und erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen sowie Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(9)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit dem Ausbau des schulischen Ganztags aufgrund des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder (Investitions- und Betriebskosten) auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen und erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen sowie **bis zu 20** Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen **aus der zu diesem Zweck im Einzelplan 11 veranschlagten Vorsorge (vgl. Tit. 1111 - 971 02) sowie den im Kapitel 1607 eingeplanten Mitteln** gedeckt ist.
(11) Im Falle einer bestehenden Verpflichtung des Landes zur Zahlung von Zuschüssen zu Unterbringungs- und Fahrtkosten von berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern bei Berufsschulunterricht an zentralen Orten darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Maßnahmen gedeckt sind.	**(10)** Im Falle einer bestehenden Verpflichtung des Landes zur Zahlung von Zuschüssen zu Unterbringungs- und Fahrtkosten von berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schülern bei Berufsschulunterricht an zentralen Orten darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen **in Höhe von bis zu 100.000 Euro** und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern, soweit die Maßnahmen gedeckt sind.
(12) Auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf das Finanzministerium für die Archivierung entstandener Unterlagen von der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften ohne Gebietshoheit, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts für das Landesarchiv erforderliche Titel, entsprechende Haushaltsvermerke und bis zu zwei Stellen einrichten sowie kw-Vermerke ausbringen und streichen, soweit und solange die Finanzierung nachweislich durch Dritte gesichert ist.	**(11)** Auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf das Finanzministerium für die Archivierung entstandener Unterlagen von der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften ohne Gebietshoheit, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts für das Landesarchiv erforderliche Titel, entsprechende Haushaltsvermerke und bis zu zwei **Planstellen und** Stellen einrichten sowie kw-Vermerke ausbringen und streichen, soweit und solange die Finanzierung nachweislich durch Dritte gesichert ist.
(13) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Zuwanderung insbesondere von Geflüchteten bis zu 92 erforderlich werdende Planstellen und Stellen für Deutsch als Zweitsprache ausbringen, soweit die Finanzierung gesichert ist.	**(12)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur darf im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Zuwanderung insbesondere von Geflüchteten **bis zu 80** erforderlich werdende Planstellen und Stellen für Deutsch als Zweitsprache ausbringen, soweit die Finanzierung gesichert ist. **In Anspruch genommene Ermächtigungen aus den Vorjahren sind anzurechnen.**
(14) Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, durch eine Richtlinie, die der Zustimmung des Finanzministeriums bedarf, die Einrichtung von Girokonten bei Kreditinstituten für Schulen in öffentlicher Trägerschaft zu regeln.	**(13)** Das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur wird ermächtigt, durch eine Richtlinie, die der Zustimmung des Finanzministeriums bedarf, die Einrichtung von Girokonten bei Kreditinstituten für Schulen in öffentlicher Trägerschaft zu regeln.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(15) Zur unbefristeten Einstellung von Unterstützungskräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(14)** Zur unbefristeten Einstellung von Unterstützungskräften für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie **bis zu 175** Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen **aus den bei Titel 0707 - 427 01 veranschlagten Mitteln** gedeckt ist. **In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen.**
(16) Zur Umsetzung der eingereichten Konzepte der Modellkommunen auf Grundlage des Konzepts „Aufbau/Weiterentwicklung Multiprofessionelle Zusammenarbeit am Standort Schule in Kooperation von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Bildung“ (Stand 02.12.2025) für die Erprobung des Einsatzes verschiedener Akteure des multiprofessionellen Teams am Standort Schule im Rahmen von Modellvorhaben durch das Land darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(15)** Zur Umsetzung der eingereichten Konzepte der Modellkommunen auf Grundlage des Konzepts „Aufbau/Weiterentwicklung Multiprofessionelle Zusammenarbeit am Standort Schule in Kooperation von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Bildung“ (Stand 02.12.2025) für die Erprobung des Einsatzes verschiedener Akteure des multiprofessionellen Teams am Standort Schule im Rahmen von Modellvorhaben durch das Land darf das Finanzministerium auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und erforderlichen Haushaltsvermerken einrichten, umsetzen und ändern sowie **bis zu 50** Planstellen und Stellen ausbringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen **aus Mitteln der Eingliederungshilfe (Einzelplan 10) oder von dritter Seite** gedeckt ist.
(17) Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Zweck der Schaffung eines Azubiwerkes auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen und erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen sowie Planstellen und Stellen auszubringen, umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(16)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, zum Zweck der Schaffung eines Azubiwerkes auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen und erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen sowie **bis zu drei** Planstellen und Stellen auszubringen, umzusetzen, zu heben oder umzuwandeln, soweit die Finanzierung der Maßnahmen **aus der zu diesem Zweck im Einzelplan 11 veranschlagten Vorsorge (vgl. Tit. 1111 - 971 02)** gedeckt ist.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 25 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gesundheit	§ 25 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gesundheit
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Unterbringung und Betreuung der Sicherungsverwahrten sowie der Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Sicherungsverwahrung im Einzelplan 09 und Einzelplan 12 erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerken einzurichten, soweit die Finanzierung gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(2) Das Ministerium für Justiz und Gesundheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zu tätigen, soweit die Finanzierung der Maßnahme im Einzelplan 09 gesichert ist. Hierzu wird das Finanzministerium ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und entsprechenden Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen.	**- gestrichen -**
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Neuordnung der Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht und der Hamburger Generalstaatsanwaltschaft an die Freie und Hansestadt Hamburg auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, soweit die Finanzierung gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Abschiebungshaft erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, sowie Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, sowie Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Umsetzung des Paktes für den Rechtsstaat erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, sowie Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit Gerichtsstrukturreformen erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie Planstellen und Stellen einschließlich Amtszulagen auszubringen, umzusetzen oder zu ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(1)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit **der Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Fachgerichtsstruktur in Schleswig-Holstein (Fachgerichtsstrukturreformgesetz) vom 9. Dezember 2025 (GVOBl. Schl.-H. 2025/180) erforderliche** Planstellen und Stellen einschließlich Amtszulagen auszubringen, umzusetzen oder zu ändern, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Krankenhausinvestitionsfinanzierung insbesondere zur Umsetzung des Transformationsfonds erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(2)** Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Justiz und Gesundheit im Zusammenhang mit der Krankenhausinvestitionsfinanzierung insbesondere zur Umsetzung des Transformationsfonds erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, **soweit dadurch keine zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen begründet werden.**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 26 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung	§ 26 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung
	- frei -
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung im Zusammenhang mit der Aufnahme von Personengruppen aus dem Ausland im Rahmen humanitärer Aufnahmeprogramme erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung im Zusammenhang mit der Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, sowie Planstellen und Stellen auszubringen, soweit die Finanzierung der Maßnahme gedeckt ist.	**- gestrichen -**
§ 27 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur	§ 27 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur
(1) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern zur Erhaltung der NATURA 2000-Gebiete und der Flächen entsprechend Artikel 10 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) im Rahmen des Vertragsnaturschutzes langfristige Verträge zu schließen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden innerhalb des Einzelplans 13 gedeckt.	(1) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern zur Erhaltung der NATURA 2000-Gebiete und der Flächen entsprechend Artikel 10 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) im Rahmen des Vertragsnaturschutzes langfristige Verträge zu schließen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden innerhalb des Einzelplans 13 gedeckt **und dürfen einen Betrag von insgesamt 350.000 Euro nicht übersteigen**.
(2) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur darf für die Vergabe von Gutachten im Bereich der atomrechtlichen Verfahren Verpflichtungen in Höhe der von den Betreibern zu erstattenden Mittel eingehen.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(3) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium Verpflichtungen zur Erstattung der Kosten für die auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben und Aufgaben der Kohlenwasserstoffgeologie des Landes Schleswig-Holstein durch niedersächsische Behörden einzugehen oder zu verlängern.	
(4) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium bei 100 % fremdfinanzierten Projekten bis zu sechs befristet zusätzliche wissenschaftliche Planstellen und Stellen im Landesamt für Umwelt einzurichten, soweit die damit verbundenen Ausgaben gedeckt sind.	
(5) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Schadensfall im Zusammenhang mit dem „Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle“ zusätzliche Ausgaben zu tätigen. Hierzu wird das Finanzministerium ermächtigt auf Antrag des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und entsprechende Haushaltsvermerke einzurichten, zu ändern und Mittel umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Umsetzung der Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken, auch in den Einzelplänen 06, 07, 08 und 10, einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(7) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium direkt oder indirekt unter Beteiligung der Förderinstitute im Land Finanzmittelgebern die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Bürgschaftsprogramms Wärmenetze Schleswig-Holstein zugesagten Finanzmitteln (z. B. Krediten, Beteiligungskapital etc.) zu gewährleisten. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen des Landes darf 2.000.000.000 Euro nicht übersteigen. In Anspruch genommene Ermächtigungen aus Vorjahren sind anzurechnen. Das Finanzministerium darf für die Gewährung der in Satz 1 genannten Sicherheitsleistungen auf Antrag erforderlich werdende Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einrichten, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**(5)** Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium **nach Einwilligung des Finanzausschusses** direkt oder indirekt unter Beteiligung der Förderinstitute im Land Finanzmittelgebern die Übernahme entstehender Ausfälle von im Rahmen des Bürgschaftsprogramms Wärmenetze Schleswig-Holstein **sowie des Finanzierungsproduktes „Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger“** zugesagten Finanzmitteln (z. B. Krediten, Beteiligungskapital etc.) zu gewährleisten. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen des Landes darf 2.000.000.000 Euro nicht übersteigen, **davon 300.000.000 Euro für das Finanzierungsprodukt „Mezzanine-Kapital für Stadtwerke und regionale Energieversorger“.** In Anspruch genommene Ermächtigungen aus **den** Vorjahren sind anzurechnen.
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt, auf Antrag des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur zur Sicherstellung eines Landesanteils am Bundesprogramm „Munition im Meer“ erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen und zu ändern sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung gesichert ist.	**- gestrichen -**
(9) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Klimaschutz- und Energiewendeberatung in Schleswig-Holstein erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und entsprechende Haushaltsvermerke einzurichten, zu ändern und Mittel umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	**- gestrichen -**
	(6) Das Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Zusammenhang mit der Realisierung der Wasserstoffleitung von Klein Offenseth nach Brunsbüttel zur Übernahme möglicher entstehender Ausfälle im Rahmen der Absicherung des Selbstbehalts im Amortisationskonto in Höhe von 74,9 % des Selbstbehalts ermächtigt. Die Gesamthöhe der Verpflichtungen aus den Sicherheitsleistungen des Landes darf 4.863.000 Euro nicht übersteigen.

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 28 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten - Staatskanzlei	§ 28 Ermächtigungen für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten - Staatskanzlei
- frei -	
§ 29 Ermächtigungen für den Einzelplan 14	§ 29 Ermächtigungen für den Einzelplan 14
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Chief Information Officer (CIO) bei der Übertragung von Aufgaben an Dataport oder an andere Dienstleister im Bereich der IT durch die Ressorts (Outsourcing), den Titel 1402 - 533 56 (Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen) in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge zu erhöhen, soweit sie durch Minderausgaben in den Einzelplänen der betreffenden Ressorts gedeckt sind.	(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Chief Information Officer (CIO) bei der Übertragung von Aufgaben an Dataport oder an andere Dienstleister im Bereich der IT durch die Ressorts (Outsourcing), den Titel 1402 - 533 56 (Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen) in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge **bis zu einem Betrag von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro** zu erhöhen, soweit sie durch Minderausgaben in den Einzelplänen der betreffenden Ressorts gedeckt sind.
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Fortentwicklung des Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein (Landesnetz) sowie anderer IT-, E-Government- und Digitalisierungsmaßnahmen die erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten und zu ändern, Haushaltsmittel sowie im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts auch Planstellen und Stellen innerhalb eines Einzelplans oder zwischen den Einzelplänen umzusetzen sowie in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Fortentwicklung des Sprach- und Datennetzes Schleswig-Holstein (Landesnetz) sowie anderer IT-, E-Government- und Digitalisierungsmaßnahmen die erforderlichen Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten und zu ändern, Haushaltsmittel sowie im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts auch Planstellen und Stellen innerhalb eines Einzelplans oder zwischen den Einzelplänen umzusetzen sowie **bis zu einem Betrag von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro** in zusätzliche Ausgaben und Verpflichtungen einzuwilligen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.
(3) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO und den beteiligten Ressorts erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken einzurichten, umzusetzen oder zu ändern, soweit aufgrund von IT-Verfahren erzielte Einnahmen zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen im Kapitel 1402 verwendet werden und die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(4) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO und den beteiligten Ressorts zur Bündelung der mobilen Kommunikationsdienste (wie zum Beispiel Mobiltelefonie) und zum Aufbau einer zentralen Steuerung der hiermit im Zusammenhang stehenden Ausgaben der unmittelbaren Landesverwaltung im Kapitel 1402 erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken sowie Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	
(5) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO und den beteiligten Ressorts zur Bündelung der Beschaffung von Multifunktionsgeräten (wie zum Beispiel Netzdrucker, Kopierer und Mehrfachfunktionsgeräte mit Fax- und Mailfunktionen usw.) und zum Aufbau einer zentralen Steuerung der hiermit im Zusammenhang stehenden Ausgaben der unmittelbaren Landesverwaltung im Kapitel 1402 erforderliche Titel mit den entsprechenden Ansätzen und Haushaltsvermerken sowie Planstellen und Stellen einschließlich notwendiger Vermerke einzurichten und umzusetzen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	
(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO bei der Übertragung von Aufgaben des Digitalfunks in Schleswig-Holstein an Dataport oder andere Dienstleister im Rahmen der Reorganisation der Informationstechnik in der Landespolizei Mittel in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge in das Kapitel 1406 (Digitalfunk Land Schleswig-Holstein) umzusetzen.	(6) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO bei der Übertragung von Aufgaben des Digitalfunks in Schleswig-Holstein an Dataport oder andere Dienstleister im Rahmen der Reorganisation der Informationstechnik in der Landespolizei Mittel **aus Kapitel 0410 MG 63** in Höhe der anfallenden Mehrausgaben für korrespondierende Dienstleistungsverträge in das Kapitel 1406 (Digitalfunk Land Schleswig-Holstein) umzusetzen.
(7) Das Finanzministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem CIO und mit Beschlussfassung der Landesregierung zur zentralen Finanzierung und Steuerung der Maßnahmen aus dem Digitalisierungsprogramm die hierfür in den Ressorteinzelplänen zur Verfügung gestellten Ausgabeermächtigungen in den Einzelplan 14 umzusetzen und erforderliche Titel mit entsprechenden Ansätzen, Verpflichtungsermächtigungen und Haushaltsvermerken einzurichten.	
(8) Das Finanzministerium wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem CIO Ansatzmittel des Einzelplans 14 auf Antrag eines Ressorts oder des ZIT SH und ausschließlich zur Übernahme von Nachwuchskräften nach § 15 Nummer 1 in den Bereich der IT und Digitalisierung bis zur Dauer von fünf Jahren in das Personalbudget des antragstellenden Ressorts umzusetzen. Die Nachwuchskräfte sind in dieser Zeit IT-fachbezogen aus- und weiterzubilden.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
(9) Das Finanzministerium wird in Bezug auf Bildungsthemen ermächtigt, bei erforderlichen gemeinsamen Ausgaben der Bundesländer entweder aufgrund fortzuführender Aufgaben des bisherigen Themenfeldführers Bildung beim Onlinezugangsgesetz oder im Zusammenhang mit der Registermodernisierung sowie bei gleichzeitigem Vorliegen beider Themenfelder auf Antrag des Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im Einvernehmen mit dem CIO erforderliche Titel einschließlich Verpflichtungsermächtigungen und der entsprechenden Haushaltsvermerke einzurichten oder zu ändern, in zusätzliche Ausgaben oder Verpflichtungen einzuwilligen sowie erforderliche Umsetzungen von Mitteln vorzunehmen, soweit die Finanzierung der Maßnahmen gedeckt ist.	
§ 30 Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)	§ 30 Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH)
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, Titel einzurichten und in zusätzliche Ausgaben einzuwilligen, wenn die Erfüllung von Förderaufgaben gegen Entgelt auf die IB.SH übertragen wird, sofern die Haushaltsdeckung dargelegt wird.	(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, **bis zu einem Betrag von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses bis zu einem Betrag von 25.000.000 Euro** Titel einzurichten und in zusätzliche Ausgaben einzuwilligen, wenn die Erfüllung von Förderaufgaben gegen Entgelt auf die IB.SH übertragen wird, sofern die Haushaltsdeckung dargelegt wird.
(2) Die zuständigen Fachministerien dürfen im Einvernehmen mit dem Finanzministerium der IB.SH die Erstattung ihrer gesamten Pensionsleistungen für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten zusagen, die mit der Übertragung von Förderaufgaben zu deren Bearbeitung in den Dienst der IB.SH treten.	
§ 31 Ermächtigung zur Änderung der Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben	§ 31 Ermächtigung zur Änderung der Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben
(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an die dem Land endgültig vom Bund bereitgestellten Beträge anzupassen. Eine sich daraus ergebende Nettomehrbelastung des Landes ist durch Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts zu decken.	(1) Das Finanzministerium wird ermächtigt, die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ an die dem Land endgültig vom Bund bereitgestellten Beträge **bis zu zusätzlichen Ausgaben aus Landesmitteln in Höhe von 5.000.000 Euro und mit Einwilligung des Finanzausschusses in Höhe von 25.000.000 Euro** anzupassen. Eine sich daraus ergebende Nettomehrbelastung des Landes ist durch Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts zu decken.
(2) Das Finanzministerium wird ermächtigt, innerhalb der Kapitel für die im Absatz 1 genannten Gemeinschaftsaufgaben zusätzliche Titel mit neuen Zweckbestimmungen einzurichten, wenn das zur Anpassung an den endgültig festgestellten Rahmenplan oder Koordinierungsrahmen erforderlich ist.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 32 Solländerungen	§ 32 Solländerungen
Als Änderung des Haushaltssolls gelten 1. die zusätzlichen Ausgaben und Verpflichtungen sowie die zur Deckung erforderlichen Beträge nach den jeweiligen Bestimmungen des Haushaltsgesetzes und 2. die Umsetzungen nach den jeweiligen Bestimmungen des Haushaltsgesetzes und nach den Haushaltsvermerken im Haushaltsplan.	
§ 33 Ergänzende Bestimmung zum Gesetz über die Stiftungsuniversität zu Lübeck	§ 33 Ergänzende Bestimmung zum Gesetz über die Stiftungsuniversität zu Lübeck
Abweichend von § 9 Absatz 5 des Gesetzes über die Stiftungsuniversität zu Lübeck (StiftULG) vom 24. September 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 306), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 2022 (GVOBl. Schl.-H. S. 102), darf die Stiftungsuniversität außerhalb der nach § 4 Absatz 4 StiftULG oder § 8 a Absatz 2 Hochschulgesetz festgelegten Personalkostenobergrenze zusätzlich Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte einstellen, soweit die damit verbundenen Ausgaben aus den Finanzmitteln bestritten werden können, die der Stiftungsuniversität gemäß der Vereinbarung mit dem Land aus der Bund-Länder-Programm Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken bereitgestellt werden. Die für zusätzlich Beschäftigte nach Satz 1 anfallenden Personalkosten müssen nicht aus dem Stiftungsvermögen finanziert werden. Im Übrigen bleibt § 9 Absatz 5 StiftULG unberührt.	
§ 34 Bewilligungsverfahren gemäß § 2 Absatz 2 Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz	§ 34 Bewilligungsverfahren gemäß § 2 Absatz 2 Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz
Für die Bewilligung eines Förderantrages einer Kommune nach der Förderrichtlinie des Landes zur Umsetzung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur gemäß § 2 Absatz 2 des Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes vom 20. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 246) findet § 111a des Landesverwaltungsgesetzes (LVwG) mit der Maßgabe Anwendung, dass die Frist gemäß § 111a Absatz 1 Satz 1 LVwG abweichend von § 111a Absatz 2 Satz 1 LVwG einen Monat beträgt.	
§ 35 Weitergeltung von Bestimmungen	§ 35 Weitergeltung von Bestimmungen
Die nach diesem Gesetz erteilten Ermächtigungen gelten bis zum Ablauf des Tages der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weiter. § 18 Absatz 2 LHO bleibt hiervon unberührt.	

Gesetzentwurf der Landesregierung	Stand Nachschiebeliste
§ 36 Inkrafttreten	§ 36 Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.	

Anlage 5

Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2027

Der **Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2027** (LT-Drs. 20/4701) wird wie folgt geändert:

1. **Artikel 7 (Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein)** wird wie folgt geändert:

1.1 Nach dem Einleitungssatz wird vor dem bisherigen Wortlaut folgende neue Nummer 1 eingefügt:

„1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe „§ 23 - Zuweisungen für zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen“ durch die Angabe “§ 23 (weggefallen)“ ersetzt.“.

1.2 Die bisherige Angabe „§ 3 wird wie folgt geändert:“ wird durch die Angabe „2. § 3 wird wie folgt geändert:“ ersetzt.

1.3 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Absatz 2 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe l wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

bb) In Buchstabe m wird das Semikolon durch das Wort „sowie“ ersetzt.

cc) Nach Buchstabe m wird folgender Buchstabe n angefügt:

„n) der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel aufgrund des Länder- und Kommunalentlastungsgesetzes vom 24. Juli 2026 (BGBl. 2026 I Nr. 227);““.

1.4 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) Absatz 2 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe m wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

bb) In Buchstabe n wird das Semikolon durch das Wort „sowie“ ersetzt.

cc) Es wird folgender Buchstabe o angefügt:

„o) der vom Bund über die Umsatzsteuer zur Verfügung gestellten Mittel gemäß Artikel 4 und 5 des Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt vom 24. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 57);““.

1.5 Nach Buchstabe b, Doppelbuchstabe cc wird der folgende Buchstabe c neu eingefügt:

„c) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Im Jahr 2026 wird die Finanzausgleichsmasse für die Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen nach § 23 durch gesonderte Zuführung eines zusätzlichen Landesanteils um 4,8457 Millionen Euro erhöht. Ferner wird die Finanzausgleichsmasse für die Zuweisungen für Aufnahme und Integration nach § 21 durch gesonderte Zuführung eines Landesanteils um 2,0 Millionen. Euro jährlich erhöht. Außerdem wird die Finanzausgleichsmasse in den Jahren 2025 bis 2029 für die Zuweisungen für das Breitband-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein e. V. für eine Erweiterung um das Wärmekompetenzzentrum nach § 26d durch gesonderte Zuführung eines Landesanteils um 0,45 Millionen Euro jährlich erhöht. Darüber hinaus wird die Finanzausgleichsmasse in den Jahren 2026 bis 2029 für die Fehlbetragszuweisungen nach § 17 durch gesonderte Zuführung eines Landesanteils um 3,3442 Millionen Euro jährlich erhöht.“.“.

<u>Begründung</u>:
Der Absatz 4 wird um die Regelungen im Zusammenhang mit Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen für das Jahr 2027 ff. bereinigt. Die Nachfolgeregelung findet sich künftig in einem neuen Absatz 10. Die bisherige Regelung zur jährlichen Dynamisierung des zusätzlichen Landesanteils um 2,5 % ist im Zuge der Änderung zur Bereinigung von § 3 Absatz 4 FAG nicht mehr dargestellt. Eine entsprechende Berücksichtigung der Dynamisierung um 2,5 % erfolgt im Rahmen der künftigen Finanzierungsregelung außerhalb des FAG.

Die Mittel für Fehlbetragszuweisungen nach § 17 konnten im Jahr 2025 den Bedarf nicht decken und werden auch auf absehbare Zeit dies nicht können. Zur Aufstockung sollen die dem Land Schleswig-Holstein in den Jahren 2026 bis 2029 zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (Länder- und Kommunalentlastungsgesetz - LKEG) in Höhe von jährlich 3,3442 Millionen Euro in Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden für die Fehlbetragszuweisungen nach § 17 verwendet werden.

1.6 Der bisherige Buchstabe b wird zu Buchstabe d.

Begründung:
Lediglich die Änderung in Buchstabe b ist eine Abweichung zum ursprünglichen Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2027. Mit dem LKEG hat der Bund ein zeitlich befristetes Entlastungspaket für die Länder und ihre Kommunen beschlossen. Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz am 9. Juli 2026 verabschiedet und der Bundesrat am 10. Juli 2026 zugestimmt. Die Verkündung erfolgte am 29. Juli 2026. Die Regelungen gelten rückwirkend ab dem 1. Januar 2026 und bis Ende 2029. Insgesamt stellt der Bund in diesem Zeitraum rund 4 Mrd. Euro bzw. etwa 1 Mrd. Euro jährlich für die Entlastung von Ländern und Kommunen bereit. Schleswig-Holstein werden 3,3442 Millionen Euro jährlich von 2026 bis 2029 zur Verfügung gestellt. Dem Land obliegt liegt es, die Verwendung und Weiterleitung der Mittel an die betroffenen Kommunen auszugestalten. Damit nicht 18,33 % in die Finanzausgleichsmasse abfließen, ist § 3 Abs. 2 FAG zu ändern. Die Regelung muss noch in 2026 in Kraft treten.

1.7 Nach Buchstabe d wird der folgende Buchstabe e eingefügt:

„e) Es wird folgender Absatz 10 angefügt:

„(10) Die Finanzausgleichsmasse wird im Jahr 2027 um 8,50 Millionen Euro, im Jahr 2028 um 8,50 Millionen Euro, im Jahr 2029 um 7,50 Millionen Euro, im Jahr 2030 um 5,00 Millionen Euro und im Jahr 2031 um 4,00 Millionen Euro gemindert. Ab dem Jahr 2032 erfolgt eine Minderung um jährlich 2,35 Millionen Euro.“.".

Begründung:
Mit der Übertragung der Sicherstellungsverantwortung für ein Netz an ausreichenden, niedrigschwelligen, fachlichen sowie bedarfsgerechten Schutz- und Fachberatungsangeboten auf die Länder geht auch die Finanzierungsverantwortung einher. Folglich besteht

nicht mehr der Finanzierungsbedarf der Kommunen. Der bisherige Vorwegabzug nach § 23 Finanzausgleichsgesetz ist somit entbehrlich und nicht mehr vorzusehen und bei der Bemessung der Finanzausgleichsmasse ab 2027 nicht mehr zu berücksichtigen.
Die Landeszuführung nach der bisherigen Regelung des § 3 Absatz 4 Satz 1 sowie die Dynamisierung nach Satz 2 entfallen und werden außerhalb des FAG veranschlagt. Der bisherige Vorwegabzug ist nicht mehr zu berücksichtigen. Stattdessen ist eine Minderung für den nicht mehr benötigten Vorwegabzug vorzusehen.

1.8 Nach Nummer 2 Buchstabe e wird die folgende Nummer 3 neu eingefügt:

„3. § 4 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. die Fehlbetragszuweisungen nach § 17
53,3442 Millionen Euro ab dem Jahr 2026 bis zum Jahr 2029,
50,0 Millionen Euro ab dem Jahr 2030,“.

b) Nummer 8 erhält folgende Fassung:

„8. (weggefallen),"“.

<u>Begründung</u>:
Die Mittel für Fehlbetragszuweisungen nach § 17 konnten im Jahr 2025 den Bedarf nicht decken und werden auch auf absehbare Zeit dies nicht können. Zur Aufstockung sollen die dem Land Schleswig-Holstein in den Jahren 2026 bis 2029 zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (Länder- und Kommunalentlastungsgesetz – LKEG) in Höhe von jährlich 3,3442 Millionen Euro in Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden für die Fehlbetragszuweisungen nach § 17 verwendet werden.
Das Streichen von § 4 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 ist eine Folgeänderung durch Umsetzung des Gewalthilfegesetzes.

1.9 Nach Nummer 3 wird die folgende Nummer 4 neu eingefügt:

„4. In § 18 Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„In den Jahren 2027 bis 2029 werden die Mittel für Fehlbedarfszuweisungen verwendet.""“.

Begründung:
Die Mittel für Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG konnten im Jahr 2025 den Bedarf nicht decken und werden auch auf absehbare Zeit dies nicht können. In Abstimmung mit dem Beirat für den kommunalen Finanzausgleich werden die allgemeinen Sonderbedarfszuweisungen nach § 18 Absatz 1 FAG daher in den Jahren 2027 bis einschließlich 2029 ausgesetzt und die Mittel gemäß § 18 Absatz 1 Satz 2 FAG bei den Fehlbetragszuweisungen nach § 17 FAG verwendet. Das FAG soll entsprechend geändert werden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

1.10 Nach Nummer 4 wird die folgende Nummer 5 eingefügt:

„5. § 23 wird gestrichen.“.

Begründung:
Die Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen werden aus dem kommunalen Finanzausgleich herausgenommen.

2. **Artikel 8 (Änderung des Gesetzes über die Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein)** wird wie folgt geändert:

2.1 Nach Nummer 3 wird die folgende Nummer 4 neu eingefügt:

„4. In § 4 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „der Vorsitzende“ durch die Wörter „die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer“ ersetzt.“.

Begründung:
Im Zuge des Anhörungsverfahrens hat die Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände in Schleswig-Holstein (VAK) eine ergänzende Änderung des Gesetzentwurfs angeregt. Die vorgesehene Anpassung dient der Klarstellung der im Gesetz abzubildenden Zuständigkeiten und trägt der zwischenzeitlich etablierten Aufgabenverteilung innerhalb der VAK Rechnung. Entsprechend ist der Änderungsvorschlag der VAK aus hiesiger Sicht sachgerecht und vor dem Hintergrund der Zustimmung der kommunalen Landesverbände bestehen gegen die Übernahme des Änderungsvorschlags in das Haushaltsbegleitgesetz 2027 keine Bedenken.

2.2 Die bisherige Nummer 4 wird zu Nummer 5.

3. Es wird folgender **Artikel 9 (Änderung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes)** eingefügt:

„**Artikel 9**
Änderung des Energiewende- und Klimaschutzgesetzes

Das Energiewende- und Klimaschutzgesetz vom 7. März 2017 (GVOBl. Schl.-H. S. 124), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Dezember 2025 (GVOBl. 2025/165) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Angabe „§ 5 Klimaschutz in der öffentlichen Verwaltung“ wird durch die Angabe „§ 5 (weggefallen)“ ersetzt.

b) Die Angabe „§ 36 Ausgleichsverpflichtung des Landes“ wird durch die Angabe „§ 36 Ausgleichsverpflichtung für die Umsetzung von Pflichten nach dem Energieeffizienzgesetz“ ersetzt.

c) Die Angabe „§ 37 Verordnungsermächtigung für den finanziellen Ausgleich der Verpflichtung nach § 5 Absatz 1“ wird durch die Angabe „§ 37 (weggefallen) ersetzt.

2. § 5 wird gestrichen.

3. In § 25 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 eingefügt:

„(7) § 19 gilt entsprechend.“

4. In § 26 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 eingefügt:

„(7) § 19 gilt entsprechend.“

5. § 36 erhält die folgende Fassung:

„§ 36
Ausgleichsverpflichtung für die Umsetzung von Pflichten nach dem Energieeffizienzgesetz

(1) Erlässt die Landesregierung eine Verordnung auf Grundlage des Energieeffizienzgesetzes, die Aufgaben auf Gemeinden, Kreise oder Ämter überträgt, ist das Land verpflichtet, den Gemeinden, Kreisen oder Ämtern einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, soweit sich aus der Aufgabenwahrnehmung eine Mehrbelastung ergibt.

(2) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung einen nach Absatz 1 erforderlichen finanziellen Ausgleich zu regeln, insbesondere Bestimmungen zur Höhe und zum Auszahlungsverfahren zu treffen.

(3) Soweit die Landesregierung durch Verordnung die Befugnis zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Energieeffizienzgesetz auf eine oberste Landesbehörde überträgt, wird die Landesregierung ermächtigt, insoweit die Befugnis zum Erlass einer Rechtsverordnung nach Absatz 2 auf dieselbe oberste Landesbehörde zu übertragen.“

6. § 37 wird gestrichen.

Begründung:

Allgemein:

Problem:
Der Bund novelliert derzeit das Energieeffizienzgesetz. Aus dem Energieeffizienzgesetz folgen Pflichten für das Land und für andere öffentliche Stellen, insbesondere die Kommunen. Gegenüber den Kommunen bedarf das Bundesrecht einer Umsetzung durch Landesrecht. Bislang findet sich eine Umsetzung in § 5 EWKG (Verpflichtung öffentlicher Stellen/Einrichtungen zur Datenlieferung) sowie in §§ 36 f. EWKG (Regelung für einen Kostenausgleich gegenüber den Kommunen für entstehende Mehrausgaben).
Es ist absehbar, dass die bestehenden landesrechtlichen Regelungen nach der Novellierung des Energieeffizienzgesetzes nicht mehr geeignet sein werden, das Bundesrecht - und mit ihm das dahinterstehende Unionsrecht - rechtskonform umzusetzen. Zugleich

besteht ein erheblicher Zeitdruck für die Umsetzung; die unionsrechtlichen Umsetzungsfristen sind zum Teil bereits verstrichen.

Lösung:
Die bestehende landesrechtliche Umsetzung über § 5 EWKG wird aufgehoben. Eine Umsetzung folgt stattdessen durch Verordnung der Landesregierung aufgrund von Verordnungsermächtigungen des Energieeffizienzgesetzes nach dessen Inkrafttreten. Da das Bundesrecht nur zum Erlass der Sachregelung, nicht aber zum Erlass einer Ausgleichsregelungen gegenüber den Kommunen per Verordnung ermächtigt, muss für letzteres eine landesrechtliche Verordnungsermächtigung geschaffen werden. Hierfür werden §§ 36 f. EWKG entsprechend angepasst.
Zugleich wird durch eine Ergänzung in §§ 24 f. EWKG das Verhältnis vom EWKG zu den neuen, bundesrechtlichen Pflichten zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden redaktionell ergänzt.

Haushalt/Verwaltungsaufwand:
Aus der Änderung folgen für sich genommen keine Mehrausgaben und kein erhöhter Verwaltungsaufwand. Mittelbar können sich aus einer etwaig auf der Grundlage von § 36 EWKG neu erlassenen Verordnung Mehrausgaben ergeben. Ob, und wenn ja, in welcher Höhe solche Mehrausgaben entstehen werden, wird sich erst bewerten lassen, wenn die finale Fassung des novellierten Energieeffizienzgesetzes vorliegt. Etwaige Mehrausgaben würden der zwingenden Umsetzung von Bundes- und Unionsrecht entspringen.

<u>Einzelbegründungen:</u>

Zu Nummer 1:
Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeanpassung der Inhaltsübersicht.

Zu Nummer 2:
§ 5 EWKG wird aufgehoben. Die Vorschrift dient der Umsetzung der Datenlieferungspflicht des Energieeffizienzgesetzes. Durch die aktuell laufende Novellierung des Energieeffizienzgesetzes durch den Bund, wird die Regelung absehbar ungeeignet für eine landesgesetzliche Umsetzung sein. Aufgrund der engen zeitlichen Vorgaben für eine landesgesetzliche Umsetzung aus dem (zu erwartenden) Bundesrecht und dem Unionsrecht soll eine Umsetzung zukünftig - zumindest zunächst - durch eine Verordnung der Landesre-

gierung aufgrund von Verordnungsermächtigungen des Energieeffizienzgesetzes erfolgen. Hierfür muss § 5 EWKG – als anderenfalls einer etwaigen Verordnung widersprechende gesetzliche Regelung – aufgehoben werden.

Zu Nummer 3 und 4:
Es handelt sich um Klarstellungen, die infolge der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes hin zum Gebäudemodernisierungsgesetz erforderlich geworden sind. §§ 25. ff. EWKG enthalten landesrechtliche Vorgaben zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden und Parkplätzen. Für derartige Regelungen besteht eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Klimaschutz beziehungsweise Luftreinhaltung, Artikel 74 Absatz 1 Nummer 24 GG). Der Bund hatte bislang von seiner Kompetenz keinen Gebrauch gemacht, sodass die Länder zur Gesetzgebung berechtigt waren. Hiervon hat Schleswig-Holstein über §§ 25 ff. EWKG Gebrauch gemacht.
Mit dem Gebäudeenergiegesetz hat der Bund nun seinerseits Vorgaben zur Installation von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden erlassen, die zum 1. Januar 2027 in Kraft treten werden (§ 106 GModG). Die bundesgesetzlichen Pflichten sind mit den landesgesetzlichen nicht deckungsgleich, sondern bleiben in zeitlicher und teils auch in inhaltlicher Hinsicht hinter den landesgesetzlichen Regelungen zurück, gehen in inhaltlicher Hinsicht jedoch zum Teil auch über die landesgesetzlichen Bestimmungen hinaus. Zugleich wird § 106 Absatz 4 GModG die Länder ermächtigen, weitergehende Anforderungen an die Errichtung von Photovoltaikanlagen zu stellen. Folglich bedarf es analog zu § 19 EWKG für Heizungsanlagen auch für Photovoltaikanlagen einer Bestimmung zum Verhältnis zwischen EWKG und Bundesrecht. Das Landesrecht gilt dabei (nur) solange und soweit es weitergehende Anforderungen enthält. Inhaltliche Änderungen der landesrechtlichen Pflicht sind mit der Ergänzung nicht verbunden.

Zu Nummer 5:
§ 36 enthält künftig die landesgesetzliche Regelungen für den Kostenausgleich für die Kommunen für die Übertragung von Pflichten nach dem Energieeffizienzgesetz.
Absatz 1 normiert den allgemeinen Grundsatz: Werden den Kommunen zur Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes Aufgaben übertragen, aus deren Wahrnehmung sich Mehrbelastungen ergeben, sind die entstehenden Mehrbelastungen vom Land auszugleichen.
Absatz 2 berechtigt die Landesregierung, das Nähere durch Verordnung zu regeln. Da die Verpflichtung durch eine Rechtsverordnung aufgrund des Energieeffizienzgesetzes erfolgen soll, muss zugleich - also möglichst mit derselben Verordnung - auch der Ausgleich geregelt werden. Hierzu bedarf es einer entsprechenden Verordnungsermächtigung für die Landesregierung.

Absatz 3 ermächtigt die Landesregierung, die Verordnungsermächtigung für den Kostenausgleich auf eine oberste Landesbehörde zu übertragen, wenn sie zugleich die Ermächtigung zum Erlass der Sachregelung auf diese oberste Landesbehörde überträgt. Sollte die Landesregierung Verordnungsermächtigungen nach dem Energieeffizienzgesetz auf das zuständige Ministerium übertragen, müsste das zuständige Ministerium zugleich auch den Kostenausgleich regeln. Hierfür wäre eine Übertragung der Befugnis zum Erlass der Verordnung über den Kostenausgleich auf das entsprechende Ministerium erforderlich. Diese Ermächtigung findet sich in Absatz 3.

Zu Nummer 6:
Bislang fanden sich Regelungen zum Kostenausgleich in §§ 36 und 37. Aufgrund der geänderten Struktur findet sich die Regelung künftig gänzlich in § 36. § 37 kann daher entfallen.

4. Es wird folgender **Artikel 10 (Änderung der Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs)** eingefügt:

„Artikel 10
Änderung der Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs

Die Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs vom 27. November 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 927), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. September 2025 (GVOBl. 2025 Nr. 140), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird Satz 4 wie folgt gefasst:

„Die Dynamisierung entfällt für die Jahre 2025 und 2026.“

2. Nach § 1 Satz 4 wird der folgende Satz eingefügt:

„Die Gesamtsumme der ÖPNV-Mittel wird ab dem Jahr 2027 jährlich um 3 % dynamisiert.“

3. In § 1 wird der bisherige Satz 5 wie folgt gefasst:

„Die ÖPNV-Mittel bestehen wie folgt:

Jahr	Landesmittel	Regionalisierungsmittel	Gesamt
2020	33.006.100,00 €	38.595.230,00 €	71.601.330,00 €
2021	38.600.100,00 €	39.290.000,00 €	77.890.100,00 €
2022	39.294.900,00 €	39.997.221,00 €	79.292.121,00 €
2023	40.002.200,00 €	40.717.200,00 €	80.719.400,00 €
2024	40.722.300,00 €	41.450.100,00 €	82.172.400,00 €
2025	40.722.300,00 €	41.450.100,00 €	82.172.400,00 €
2026	40.722.300,00 €	41.450.100,00 €	82.172.400,00 €
2027	43.187.500,00 €	41.450.100,00 €	84.637.600,00 €
2028	45.726.600,00 €	41.450.100,00 €	87.176.700,00 €
2029	48.341.900,00 €	41.450.100,00 €	89.792.000,00 €
2030	51.035.700,00 €	41.450.100,00 €	92.485.800,00 €
2031	53.810.200,00 €	41.450.100,00 €	95.260.300,00 €

4. In § 9 wird der Satz 2 wie folgt gefasst:

„Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2031 außer Kraft.“

Begründung:

Zu § 1 Absatz 1 Satz 4 und 5:
Vor dem Hintergrund der Verständigung zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Landesverbänden wurde entschieden, die zum Haushaltsjahr 2025 aus Gründen der Haushaltskonsolidierung entfallene Dynamisierung der Landes- und Regionalisierungsmittel nach der Landesverordnung über die Finanzierung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs ab dem Jahr 2027 wieder aufzunehmen und den Dynamisierungsfaktor auf 3 % zu erhöhen.

Zu § 1 Absatz 1 Satz 6:
Die Dynamisierung erfolgt auf den Gesamtbetrag. Der Anteil der Regionalisierungsmittel bleibt konstant auf dem Niveau 2026. Die Landesmittel werden ab 2027 dementsprechend überproportional erhöht. Die Tabelle in § 1 Absatz 1 Satz 6 der Landesverordnung zeigt die konkreten Haushaltsansätze für die Landes- und Regionalisierungsmittel im jeweiligen Jahr. Die mit dem Landesanteil verbundene Mehrkosten für das Land (in 2027: 2.465,2 T€, in 2028: 2.539,1 T€, in 2029: 2.615,3 T€, in 2030: 2.693,8 T€ und 2031: 2.774,6 T€) werden über den Gesamthaushalt gedeckt.

Zu § 9 Satz 2:
Die Geltungsdauer der Landesverordnung wird außerdem bis zum 31.12.2031 verlängert und bietet den Kreisen und kreisfreien Städten somit Planungs- und Finanzierungssicherheit für die folgenden fünf Jahre. Zudem stehen dem Land Schleswig-Holstein zumindest bis einschließlich 2031 Regionalisierungsmittel nach § 5 Regionalisierungsgesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378 ,2395), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. November 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 287), zur Verfügung.

5. Der bisherige **Artikel 9 (Inkrafttreten)** wird zum neuen Artikel 11 und wie folgt gefasst:

„**Artikel 11**
Inkrafttreten

Das Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 mit Wirkung vom 1. Januar 2027 in Kraft. Artikel 7 Nummer 2 Buchstabe a und c sowie Nummer 3 Buchstabe a tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2026 in Kraft.“

Begründung:
Damit aufgrund der Änderung des § 3 Abs. 2 FAG nicht 18,33 % in die Finanzausgleichsmasse abfließen, muss die Regelung noch in 2026 in Kraft treten.

SH Schleswig-Holstein Finanzministerium

Anlage 6

Haushaltsdaten in Mio. €
Stand 10.11.2026

	Ist 2025	Soll (2. Lesung) 2026	Soll (inkl. 2. Nachtrag) 2026	Eckwerte 2027	HHE 2027	NSL 2027	Veränderung NSL zu HHE 2027
Bereinigte Einnahmen	**17.706,3**	**17.422,3**	**17.833,6**	**17.697,8**	**18.472,9**	**18.801,3**	**328,3**
ggü. Vorjahr		902,9	1.314,2	275,5	639,4	967,7	328,3
Veränderung ggü. Vorjahr in %	4,4 %	5,5 %	8,0 %	-0,8 %	3,6 %	5,4 %	1,8 %
davon: Steuereinnahmen inkl. Finanzkraftausgleich, Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) und Kfz-Steuerkompensation	*13.880,3*	*14.124,8*	*14.124,8*	*14.565,7*	*14.202,9*	*14.308,9*	*106,0*
davon: Globale Mehr-/Mindereinnahmen für Steuerrechtsänderungen in Kapitel 1101	*0,0*	*127,4*	*127,4*	*-87,0*	*0,0*	*-84,1*	*-84,1*
Bereinigte Ausgaben	**17.797,6**	**18.158,8**	**18.737,0**	**18.385,7**	**19.365,5**	**19.593,5**	**228,0**
ggü. Vorjahr		609,4	1.187,6	226,9	628,5	856,4	228,0
Veränderung ggü. Vorjahr in %	2,7 %	3,5 %	6,8 %	-1,9 %	3,4 %	4,6 %	1,2 %
davon: Personalausgaben	*5.604,5*	*5.983,9*	*6.321,1*	*6.393,8*	*6.377,1*	*6.376,9*	*-0,2*
Personalausgabenquote	31,5 %	33,0 %	33,7 %	34,8 %	32,9 %	32,5 %	-0,4 %
davon: Zinsausgaben	*526,3*	*545,5*	*535,5*	*559,7*	*570,3*	*577,2*	*6,9*
davon: Investitionsausgaben	*1.785,7*	*1.953,7*	*2.228,6*	*2.061,9*	*2.631,7*	*2.638,4*	*6,7*
Investitionsquote	10,0 %	10,8 %	11,9 %	11,2 %	13,6 %	13,5 %	-0,1 %
davon: KFA in Kapitel 1102	*2.537,0*	*2.668,3*	*2.668,3*	*2.741,1*	*2.692,0*	*2.685,9*	*-6,2*
Finanzierungssaldo (Differenz bereinigte Einnahmen / bereinigte Ausgaben)	**-91,3**	**-736,5**	**-903,5**	**-687,9**	**-892,6**	**-792,2**	**100,4**
Entnahmen aus Rücklagen (Netto) (Entnahmen abzüglich Zuführungen)	-33,2	171,4	449,4	10,1	109,0	108,7	-0,3
Nettotilgung (+) / Nettokreditaufnahme (-)	-124,5	-565,1	-454,1	-677,8	-783,6	-683,5	100,1
notwendige Nettotilgung (+) / zulässige Nettokreditaufnahme (-)	-647,1	-569,7	-458,7	-677,8	-783,6	-683,5	100,1
davon: konjunkturelle Tilgungsverpflichtung (+) / Kreditaufnahme (-)	*107,0*	*-81,4*	*-81,4*	*-190,2*	*-281,0*	*-180,9*	*100,1*
davon: Saldo Finanzielle Transaktion (Landesregel)	*-273,4*	*-10,9*	*100,1*	*-10,9*	*-11,0*	*-11,0*	*0,0*
davon: Tilgung Notkredit	*40,8*	*50,0*	*50,0*	*52,5*	*52,5*	*52,5*	*0,0*
Anteil des Landes an der strukturellen Neuverschuldungsmöglichkeit gemäß Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz	-521,5	-527,4	-527,4	-529,2	-544,1	-544,1	0,0
Differenz zur maximal zulässigen Schuldenaufnahme laut Landesverfassung („Abstand Verfassungsgrenze“)	**522,6**	**4,6**	**4,6**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	**0,0**
Globale Minderausgabe		**199,0**	**191,6**	**1.284,0**	**232,9**	**225,1**	**-7,8**
davon: bislang vereinbarter Konsolidierungspfad		*0,0*	*0,0*	*200,0*	*0,0*	*0,0*	*0,0*